

Proletarier aller Länder, vereinigt Euch !

VKS GmbH  
Postfach 10 20 51  
63020 Offenbach

1. Auflage 2002

ISBN 3-932636-46-5

**Dokumente des Kampfes  
der KP Chinas  
gegen den modernen Revisionismus  
1956 - 1966**

**Verlag Olga Benario und Herbert Baum**



## Editorische Vorbemerkung

Zur Auswahl der Dokumente für den Polemik-Reader (KP China)

In diesen Reader wurden alle verfügbaren Dokumente der KP Chinas zur Polemik gegen den Chruschtschow-Revisionismus aufgenommen.

- Eine Ausnahme stellt lediglich der Sammelband „Völker aller Länder, vereinigt euch zum allseitigen, gründlichen, restlosen und entschiedenen Verbot der Kernwaffen und ihrer Vernichtung!“ dar, der verschiedene Dokumente zum Vertrag vom 25. Juli 1963 über die teilweise Einstellung von Kernwaffenversuchen zwischen den USA, England und der Sowjetunion enthält.

Diese Dokumente, insbesondere die Leitartikel aus der „Renmin Ribao“, wiederholen sich inhaltlich. Bei einem Gesamtumfang von 135 Seiten erschien uns daher eine Auswahl sinnvoll.

Drei Dokumente aus dem Sammelband wurden in den Reader aufgenommen:

- Die Erklärung des Sprechers der chinesischen Regierung vom 1.9.1963 (als offizielle Stellungnahme der chinesischen Regierung)
- „Das ist Verrat am Sowjetvolk“ (Leitartikel aus „Renmin Ribao“, der insbesondere die Frage des „Kapitulantentums“ aufwirft)
- „Warum bringt der Dreiervertrag hundert Nachteile, aber keinen einzigen Vorteil?“ (Leitartikel aus „Renmin Ribao“, der die Position der KP Chinas am systematischsten darstellt)

Sieben Artikel, die effektiv nichts Neues bringen, wurden daher nicht aufgenommen (siehe auch das beiliegende Inhaltsverzeichnis).

- Der als Anhang aufgenommene Artikel von 1967 zur Selbstkritik der KP Indonesiens fällt zeitlich sicherlich aus dem Rahmen der sonstigen Auswahl. Inhaltlich stellt er jedoch bis zu einem gewissen Grad eine Korrektur zum Kommentar über den „friedlichen Weg“ dar, indem er sich die Position der KP Indonesiens zu eigen macht bzw. diese unterstützt. Da es sich hier um das einzig bekannte Dokument zu dieser Frage nach der „Polemik“ handelt, erscheint es uns sinnvoll, dieses Dokument als Anhang in den Reader aufzunehmen.

Der Verlag

# Inhaltsverzeichnis

## Teil I

Über die historischen Erfahrungen der Diktatur des Proletariats (1956)	3
Mehr über die historischen Erfahrungen der Diktatur des Proletariats (1956)	16
Genosse Mao Tse-tung über „Der Imperialismus und alle Reaktionäre sind Papiertiger“ (1958)	41
Es lebe der Leninismus (1960)	60
* Es lebe der Leninismus	
* Vorwärts auf dem Weg des großen Lenin	
* Vereinigt Euch unter Lenins revolutionärem Banner!	
Proletarier aller Länder, vereinigt euch gegen den gemeinsamen Feind! (1963)	121
* Proletarier aller Länder, vereinigt euch gegen den gemeinsamen Feind	122
* Die Differenzen zwischen Genossen Togliatti und uns	133
* Leninismus und moderner Revisionismus	162
* Schließen wir uns auf der Grundlage der beiden Moskauer Erklärungen zusammen!	174
* Woher die Differenzen?	186
* Mehr über die Differenzen zwischen Genossen Togliatti und uns	208
* Ein Kommentar zur Erklärung der Kommunistischen Partei der USA	323
* Ein Spiegel für Revisionisten	334

## Teil II

### Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung

Ein Vorschlag zur Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung (1963)	343
Ursprung und Entwicklung der Differenzen zwischen der Führung der KPdSU und uns (1963)	374
* Anhang I: Zusammenfassung der Ansichten zur Frage des friedlichen Übergangs (1957)	402
* Anhang II: Erklärung der Delegation der KPCH auf der Bukarester Beratung der Bruderparteien (1960)	404
* Anhang III: Die fünf Vorschläge, um die Differenzen beizulegen und zur Einheit zu gelangen, enthalten im Antwortschreiben des ZK der KP Chinas auf das Informationsschreiben des ZK der KPdSU (1960)	407
Zur Stalinfrage (1963)	408
Ist Jugoslawien ein sozialistischer Staat? (1963)	421
Die Verfechter des neuen Kolonialismus (1963)	446
Zwei Linien in der Frage von Krieg und Frieden (1963)	466
Zwei völlig entgegengesetzte Arten der Politik der friedlichen Koexistenz (1963)	486
Die Führung der KPdSU ist der größte Spalter der Gegenwart (1964)	510
Die proletarische Revolution und der Revisionismus Chruschtschows (1964)	541
Über den Pseudokommunismus Chruschtschows und die historischen Lehren für die Welt (1964)	571
Warum Chruschtschow von der Bühne abgetreten ist (1964)	608
<b>Anhang:</b>	
Brief des ZK der KPdSU an das ZK der KP Chinas (1963)	615
Offener Brief des ZK der KPdSU an alle Kommunisten der Sowjetunion (1963)	633



## Teil III

Völker aller Länder, vereinigt euch zum allseitigen, gründlichen, restlosen und entschiedenen Verbot der Kernwaffen und ihrer Vernichtung!	671
* Erklärung des Sprechers der chinesischen Regierung (1963)	671
* Das ist Verrat am Sowjetvolk (1963)	688
* Warum bringt der Dreiervertrag hundert Nachteile, aber keinen einzigen Vorteil (1963)	691
Die Wahrheit darüber, wie sich die Führer der KPdSU mit Indien gegen China verbündet haben (1963)	700
* Anhang: Ein emster Spannungsherd in Asien - Artikel der Prawda (1963)	721
Sieben Briefe - Korrespondenz zwischen dem ZK der KPCh und dem ZK der KPdSU (1963 - 1964)	728
* Brief des ZK der KPCh vom 7.5.1964 an das ZK der KPdSU	729
* Brief des ZK der KPCh vom 20.2.1964 an das ZK der KPdSU	738
* Brief des ZK der KPCh vom 27.2.1964 an das ZK der KPdSU	740
* Brief des ZK der KPCh vom 29.2.1964 an das ZK der KPdSU	744
* Brief des ZK der KPdSU vom 29.11.1963 an das ZK der KPCh	760
* Brief des ZK der KPdSU vom 22.2.1964 an das ZK der KPCh	770
* Brief des ZK der KPdSU vom 7.3. 1964 an das ZK der KPCh	776
Antwort des ZK der KP Chinas auf des Schreiben des ZK der KPdSU vom 15.6. 1964	787
* Anhang: Brief des ZK der KPdSU vom 15.6.1964 an das ZK der KPCh	804
Antwort des ZK der KP Chinas auf das Schreiben des ZK der KPdSU vom 30.7.1964	824
* Anhang: Brief des ZK der KPdSU vom 30.7.1964 an das ZK der KP Chinas	829
Kommentar zur Moskauer März-Konferenz (1965)	835
Die historischen Lehren des antifaschistischen Krieges (1965)	850
Kampf zwischen zwei Linien im Verhalten zum US-Imperialismus (1965)	865
Widerlegung der sogenannten „Aktionseinheit“ der neuen Führung der KPdSU (1965)	890

Die Führer der KPdSU sind Verräter an der Deklaration und der Erklärung (1965)	924
Die neuen Führer der KPdSU bekennen sich zur Linie der Sowjetisch-amerikanischen Zusammenarbeit (1966)	933
Communiqué der 11. Plenartagung des VIII. Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas (1966)	951
Glückwunschtelegramm Mao Tse-tungs an den V. Parteitag der Partei der Arbeit Albanien (1966)	961
<b>Anhang:</b>	
Volk von Indonesien, vereinige dich und kämpfe für den Sturz des faschistischen Regimes! (1967)	963
Folgende Artikel der Broschüre: „Völker aller Länder, vereinigt euch zum allseitigen, gründlichen, restlosen und entschiedenen Verbot der Kernwaffen und ihrer Vernichtung!“ wurden nicht aufgenommen:	
* Erklärung der chinesischen Regierung zu ihrer Forderung nach dem allseitigen, gründlichen, restlosen und entschiedenen Verbot der Kernwaffen und deren Vernichtung sowie zu ihrem Vorschlag einer Konferenz der Regierungschefs aller Länder (1963)	
* Brief des Ministerpräsidenten Tschou En-lai an die Regierungschefs aller Länder der Welt (1963)	
* Erklärung des Sprechers der chinesischen Regierung (1963)	
* Rede auf der Großkundgebung in Peking, 1. August 1963, zur Unterstützung der IX. Weltkonferenz gegen Atom- und Wasserstoffbomben von Liao Tscheng-dschi, Vizepräsident des chinesischen Friedenskomitees und Vorsitzender des chinesischen Komitees für asiatisch-amerikanische Solidarität (1963)	
* Enthüllt den nuklearen Schwindel der USA! (1963)	
* Völker der Welt, schließt euch zum Kampf um das allseitige Verbot und die restlose Vernichtung der Kernwaffen zusammen! (1963)	
* Erneute Bloßstellung der verräterischen Handlungen der sowjetischen Führer (1963)	
Gemeinsame chinesisch-albanische Erklärung (8. Januar 1964)	966
Die Gemeinsame albanisch-chinesische Deklaration (11. Mai 1966)	976

**VÖLKER ALLER LÄNDER,  
VEREINIGT EUCH ZUM ALLSEITIGEN, GRÜNDLICHEN,  
RESTLOSEN UND ENTSCHIEDENEN  
VERBOT DER KERNWAFFEN  
UND IHRER VERNICHTUNG!**

VERLAG FÜR FREMDSPRACHIGE LITERATUR  
PEKING 1963

**ERKLÄRUNG DES SPRECHERS DER CHINESISCHEN  
REGIERUNG**

— Kommentar zur Erklärung der Sowjetregierung  
vom 21. August

(1. September 1963)

Am 21. August gab die Sowjetregierung eine Erklärung als Antwort zu der des Sprechers der chinesischen Regierung vom 15. August ab.

Diese Erklärung der Sowjetregierung ist noch kläglicher als ihre Vorgänger. In dieser Erklärung findet sich kein einziges logisches Argument, um den Verrat der sowjetischen Führer zu verteidigen. Sie hat keine Antwort auf eine einzige der grundsätzlichen Fragen, die wir in unserer letzten Erklärung aufwarfen. Das einzig Neue an dieser Erklärung ist die plumpe Behauptung, China wolle durch die Entfesselung eines thermonuklearen Kriegs, in dem die Hälfte der Menschheit zugrunde geht, den Sieg erringen. Mit dieser Behauptung erreicht der neueste Verleumdungsfeldzug der sowjetischen Führer gegen China einen neuen Höhepunkt. Anscheinend sind die sowjetischen Führer bereits so tief gesunken, daß sie nur mit Lügen ihr Leben fristen können.

Mehr und mehr Tatsachen geben Zeugnis, daß die Theorie der sowjetischen Führer in der Frage von Krieg und Frieden ist, die Revolution zu verbieten, und ihre Praxis darin besteht, vom Abenteurertum zum Kapitulantentum überzugehen; der Abschluß des Dreiervertrags ist ein weiterer Markstein in der Entwicklung ihres Kapitulantentums. Um das alles nur ja nicht ans Licht kommen zu lassen, verdrehen sie verzweifelt die marxistisch-leninistische Linie der chinesi-

schen kommunistischen Partei und der chinesischen Regierung in der Frage von Krieg und Frieden und behaupten, China wolle sein „Programm des Abenteuerertums“ anderen Ländern aufdrängen.

Die Sowjetregierung ist in ihrer Erklärung unverschämt genug zu sagen, daß wir sie nur deshalb kritisieren können, weil China unter dem Schutz sowjetischer Kernwaffen steht.

Gut denn, Ihr Führer der Sowjetunion, schützt uns, bitte, noch ein Weilchen länger mit Euren Kernwaffen. Wir werden Euch auch weiterhin kritisieren und hoffen, daß Ihr den Mut habt, die Sache mit uns zu diskutieren, bis Klarheit erreicht ist.

## I

In unseren Erklärungen vom 31. Juli und 15. August bewiesen wir anhand unwiderlegbarer Tatsachen, daß mit der Unterzeichnung des Dreiervertrags die Sowjetführer Verrat an ihrem eigenen ursprünglichen Stand, Verrat an den Interessen des Sowjetvolks, Verrat an den Interessen der Völker des sozialistischen Lagers und Verrat an den Interessen der Völker der ganzen Welt begangen haben.

In ihrer Erklärung vom 3. August suchte sich die Sowjetregierung vor unserer Kritik hinter dem Schutzschild der staatlichen Souveränität zu verstecken, diesmal dagegen sucht sie sich einen Schutzschild aus Geheimnissen der nationalen Verteidigung aufzurichten. Sie sagt, die Umstände, und nicht die sowjetischen Führer, hätten sich geändert. Worin sie sich geändert haben, können wir euch nicht mitteilen, denn es ist ein Geheimnis, das die nationale Verteidigung angeht.

Das ist die reinste Heuchelei. Geheimnisse der nationalen Verteidigung! Was ist da geheim? Um das Kind beim richtigen Namen zu nennen: daß nach den Versuchen von 1961 und 1962 die Sowjetunion in den Besitz der benötigten technischen Daten kam. Wer weiß nicht und kennt nicht diese sogenannten militärischen Geheimnisse? Jene Umstände ergaben sich schon in 1962, aber noch am 15. Juni 1963 erklärten die so-

wjetischen Führer den Stand der Westmächte für unannehmbar. Wie ist diese Wendung um volle 180 Grad, die die Sowjetführer nach dem 15. Juni 1963 machten und mit der sie an ihrer ursprünglichen Position Verrat übten, mit einer Veränderung, die 1962 vor sich ging, wegzudeuten?

In der Sowjeterklärung wird behauptet, daß nach dem Abschluß des Dreiervertrags die Situation schlimmsten Falls die gleiche sei wie ohne den Vertrag; wie könnte da jemand behaupten, der Vertrag hätte die Kriegsgefahr noch erhöht? Die USA dürften unterirdische Kernwaffenversuche durchführen, aber nicht auch die Sowjetunion?

Diese Behauptung kann nur Leute, die die Dinge oberflächlich sehen oder sehr naiv sind, irremachen. Das Wesen der Sache ist, daß die USA auf dem Gebiet der unterirdischen Versuche einen Vorsprung haben. Ohne den Dreiervertrag hätte man die USA verurteilt, wenn sie unterirdische Kernwaffenversuche vorgenommen hätten. Der Dreiervertrag legalisiert die unterirdischen Kernwaffenversuche, was gerade den USA hilft, ihren Vorsprung beizubehalten und zu vergrößern.

In der kurzen Zeit seit dem Abschluß des Dreiervertrags haben die USA bereits drei unterirdische Kernwaffenversuche durchgeführt. Am 24. August legte das Verteidigungsministerium der USA dem Senat ein Programm vor, in dem eine bedeutende Intensivierung der unterirdischen Kernversuche vorgeschlagen wurde. Der stellvertretende Verteidigungsminister der USA Gilpatric sagte: „Das Programm der unterirdischen (nuklearen) Versuche der USA wird sehr umfassend sein. Deshalb wird es dahin revidiert werden, um so viele Versuchszwecke wie möglich einzuschließen, die wir sonst bei unbeschränktem Experimentieren vornehmen würden“, um so „das Höchstmaß der erreichbaren Fortschritte in der Technologie der Kernwaffen zu gewährleisten“.

All das ist erschütternd für Menschen, die wirklich um den Frieden besorgt sind. Wie können sich die Führer der Sowjetunion anstellen, als sähen sie das nicht?

Der ganzen Welt ist bekannt, daß der Dreiervertrag dazu bestimmt ist, allen sozialistischen Ländern außer der Sowjetunion und allen friedliebenden Ländern Fesseln anzulegen, während er den USA-Imperialisten absolut keine Zügel anlegen kann. Er hindert die USA nicht, im Kriegsfall Kernwaffen anzuwenden. Er hindert die USA nicht, Kernwaffen herzustellen und zu lagern, er hindert sie auch nicht daran, Kernwaffen unter ihren Verbündeten zu verbreiten. Nach dem Abschluß des Dreiervertrags haben die USA-Imperialisten immer wieder propagiert, daß sie in keiner Weise gebunden sind, und die sowjetischen Führer haben dagegen kein Wort des Protests laut werden lassen.

Die Sowjeterklärung stellt sich an, als ob sie das alles nicht wüßte, und behauptet weiterhin, die sowjetischen Führer seien in der Frage der Verbreitung von Kernwaffen völlig im Recht.

In der sowjetischen Erklärung wird behauptet, es hätte keine große Bedeutung, wenn ein oder zwei weitere sozialistische Länder in den Besitz von Kernwaffen kämen, es wäre aber furchtbar, wenn ein oder zwei weitere kapitalistische Länder Kernwaffen erhielten; die Sowjetunion könne doch nicht einerseits Kernwaffen an China geben und andererseits dagegen sein, wenn die USA Westdeutschland mit Kernwaffen versehen; denn täte die Sowjetunion so etwas, dann würden die USA bestimmt Westdeutschland mit Kernwaffen bewaffnen. Die Sowjeterklärung brüstet sich sogar mit diesem „prinzipiellen Standpunkt“ der Sowjetführer in der Frage der Verhütung der Verbreitung von Kernwaffen.

Hört, hört, welch „prinzipieller Standpunkt“! Untersuchen wir einmal, worin dieser „prinzipielle Standpunkt“ eigentlich besteht.

Jeder Mensch mit einiger Kenntnis des Marxismus-Leninismus, der seinen Kopf nur ein wenig anstrengt, wird verstehen:

daß dies ein Standpunkt von Feiglingen ist, die auf die Stärke der eigenen Klassenbrüder verächtlich herabsehen, zur

Macht der Imperialisten aber mit untertäniger Bewunderung aufschauen;

daß dies ein völlig absurder Standpunkt ist, der das sozialistische Lager dem imperialistischen gleichsetzt und keinen Unterschied zwischen dem Feind und unseren eigenen Leuten macht;

daß dies ein reaktionärer Standpunkt ist, der voraussetzt, daß die USA-Imperialisten Kernwaffen nicht für Aggressionen, sondern zu Verteidigungszwecken verbreiten, und daß der Imperialismus seinen aggressiven Charakter bereits geändert hat.

Selbst ein bürgerlicher Staatsmann mit etwas gesundem Menschenverstand weiß, daß eine eingegangene Verpflichtung notwendigerweise eine Verpflichtung der anderen Seite voraussetzt. Die Sowjetunion gibt China keine Kernwaffen, aber haben denn die USA auch die Verpflichtung übernommen, Westdeutschland nicht mit Kernwaffen auszurüsten?

Unserer Meinung nach, ist die starrsinnige Treue, mit der sich die sowjetischen Führer an ihren sogenannten „prinzipiellen Standpunkt“ klammern, ein Fall von unerwidelter Liebe. Seht doch, wie mitleidslos die USA-Imperialisten sind! Nach Unterzeichnung des Dreiervertrags gehen sie mit großem Lärm an den Aufbau der „multilateralen Kernmacht“ der NATO und schaffen weiterhin Kernwaffen nach Westdeutschland. Wo ist da die geringste Spur einer Verpflichtung?

Der Dreiervertrag ist ein Markstein für die Kapitulation der Sowjetführer vor dem USA-Imperialismus, er ist ein durch und durch übler Vertrag, dem China natürlich nicht beitreten kann.

In der Sowjeterklärung wird behauptet, daß China mit seiner Weigerung, diesen Vertrag zu unterzeichnen, die Rolle eines rechten Flügelmannes im Glied der amerikanischen „Besessenen“, der westdeutschen Revanchisten und der französischen Extremisten übernimmt. Wenn dem so ist, sind dann nicht Tschiang Kai-schek, Adenauer und Franco, die unterzeichnet haben, zu Friedenskräften am linken Flügel

geworden? Also so stehen die Dinge. Damit haben die Sowjetführer wahrlich eine große Entdeckung gemacht!

## II

Da sie keine Argumente zur Verteidigung des Dreiervertrags finden, nehmen die Sowjetführer ihre Zuflucht zu Verleumdungen gegen China. Eine davon ist die Behauptung, China sei deshalb gegen den Dreiervertrag, weil ihm die Sowjetunion keine Atombombe gegeben hätte. Das ist eine wissentliche Entstellung von Chinas Standpunkt.

Schon in unserer letzten Erklärung legten wir im einzelnen dar, daß bereits 1959 die Sowjetführer, als Geschenk für die USA, China die für die Herstellung von Kernwaffen nötigen technischen Daten verweigerten. Aber aus Rücksicht für die größeren Interessen haben wir das niemals zuvor erwähnt, selbst vor Bruderparteien nicht. Hätten die sowjetischen Führer sich nicht mit den USA-Imperialisten zusammengetan, um China zur Verpflichtung, keine Kernwaffen herzustellen, zu zwingen, würden wir überhaupt nicht davon gesprochen haben.

Unsere Enthüllung hat die sowjetischen Führer wütend gemacht, so daß sie nun daherfaseln, das sei doch Preisgabe vertraulicher Dokumente und Informationen über die Verteidigung der Länder des sozialistischen Lagers, aus der sie ihre eigenen Schlüsse ziehen würden.

Stellt Euch bitte nicht so unschuldig. Ihr selbst wißt doch sehr gut, daß Ihr, lange bevor wir unsere Erklärung veröffentlichten, den USA die Geheimnisse zwischen China und der Sowjetunion über die Kernwaffen bereits mitgeteilt habt.

Was das Schlüsseziehen betrifft — habt Ihr das nicht schon vor langem getan? Ihr seid nicht nur wortbrüchig geworden, indem Ihr das Abkommen, China mit technischen nuklearen Daten zu versorgen, einseitig zerrissen habt, sondern Ihr habt auch unverfroren den chinafeindlichen indischen Reaktionären,

die ständig bewaffnete Provokationen gegen China unternehmen, immer größere militärische Hilfe zukommen lassen. Was ist das anderes als Eure „eigenen Schlüsse“?

Der Kern der Sache ist, daß die sowjetischen Führer glauben, China solle und dürfe keine Kernwaffen herstellen, und daß nur einige wenige Kernmächte, insbesondere der Feind der Völker der ganzen Welt — der USA-Imperialismus — weiterhin Kernwaffen herstellen dürften.

In der Sowjeterklärung wird gesagt, China könne sich auf die Kernwaffen der Sowjetunion stützen, es brauche sie nicht selbst herzustellen; würde China selbst solche Waffen herstellen, so brächte das seiner Wirtschaft große Schwierigkeiten.

Soll China sich die Mittel verschaffen, der nuklearen Erpressungspolitik der USA Widerstand zu leisten oder nicht?

Gewiß, wenn die Sowjetführer wahren proletarischen Internationalismus praktizierten, könnte China erwägen, daß es nicht seine eigenen Kernwaffen herzustellen brauchte.

Aber ebenso wahr ist, daß die Sowjetführer, wenn sie wirklich proletarischen Internationalismus praktizierten, keinerlei Grund hätten, China an der Herstellung seiner eigenen Kernwaffen zu hindern.

Ist China nicht sehr arm und rückständig? Ja — es ist sehr arm, sehr rückständig. Nach den Behauptungen der Sowjetführer löffeln die Chinesen wässrige Suppe aus einer gemeinsamen Schüssel und haben nicht einmal Hosen anzuziehen, wie sollten sie da berechtigt sein, Kernwaffen zu produzieren?

Die Sowjetführer sind vielleicht zu voreilig, China seiner Rückständigkeit wegen zu verspotten. Vielleicht haben sie recht, vielleicht auch nicht. Aber jedenfalls, und selbst wenn es den Chinesen auch in hundert Jahren noch nicht gelingt, eine Atombombe herzustellen, wird das chinesische Volk sich weder vor dem Befehlsstab der Sowjetführer beugen noch vor den nuklearen Erpressungen der USA-Imperialisten auf die Knie fallen.

In der Sowjeterklärung heißt es, daß, wenn China auch zwei oder drei Atombomben herstellte, die Imperialisten viele solcher Bomben gegen China richten würden. Das heißt wahrhaftig, die Imperialisten dazu aufzumuntern, China mit Atombomben zu bedrohen.

Natürlich muß die Tatsache, daß die USA-Imperialisten vielleicht mehr Atom- und Wasserstoffbomben gegen China richten wollen, aufmerksam und wachsam verfolgt werden. Aber das braucht uns nicht zu schrecken. Auch jetzt richten die USA viele solcher Waffen auf China. Es wird keinen großen Unterschied machen, auch wenn die USA auf die Sowjetführer hören und noch einige mehr hinzufügen. Das chinesische Volk wird vor den Kerndrohungen der USA nicht zittern. Aber man muß doch fragen, wohin sich die Sowjetführer mit solchen Anstiftungen plazieren wollen.

In den Augen der Führer der Sowjetunion dreht sich die ganze Welt und die Geschichte der Menschheit um Kernwaffen. Deshalb klammern sie sich fest an ihre Kernwaffen, haben Angst, daß jemand sie ihnen wegnehmen oder in ihren Besitz kommen könnte und sie so ihr Monopol verlieren würden. Sie sind daher sehr nervös und schreiben die prinzipielle Kritik, die China am Dreiervertrag übte, der Tatsache zu, daß es die ersehnten Atombomben nicht erhalten hätte.

Wir finden diese Haltung der Sowjetführer lächerlich. Diese Haltung bringt uns eine alte chinesische Fabel ins Gedächtnis.

Huidse war Premierminister im Staate Liang. Dschuangdse war auf dem Weg, ihn zu besuchen.

Da sagte jemand zu Huidse: „Dschuangdse kommt mit der Absicht, um dich von deinem Platz als Premierminister zu verdrängen.“

Huidse wurde dadurch ängstlich und ließ drei Tage und drei Nächte lang das ganze Land nach Dschuangdse durchstreifen.

Endlich erschien Dschuangdse vor ihm und sagte: „Hast du vom Vogel des Südens, dem Phönix, gehört? Er fliegt

vom Südmeer zum Nordmeer und rastet nirgends anders als auf dem Dryandraum, er nährt sich nur von den Früchten des Bambus und trinkt nur von der klarsten Quelle. Eine Eule, die eine Feldmaus gefangen hatte, sah mit einem ängstlichen ‚Uhuuh!‘ auf, als der Phönix an ihr vorbeiflog. Hältst du es nicht ebenso mit mir deines Königreichs wegen?“

Die Moral dieser Geschichte ist, daß verschiedene Leute verschiedene Ziele erstreben, und daß man einen aufrechten Mann nicht mit dem Maßstab eines niederträchtigen messen soll.

### III

Die Besonderheit der vorliegenden Erklärung der Sowjetregierung besteht vor allem in der verleumderischen Behauptung, daß wir über einen thermonuklearen Krieg den Sozialismus erringen wollen und bereit sind, 300 Millionen Chinesen und die Hälfte der Bewohner des Erdballs aufzuopfern, um auf Leichen und Ruinen eine höhere Zivilisation aufzubauen. Die Sowjeterklärung keift drauflos gegen China, es hätte sich auf eine „unmenschliche Zielrichtung“ orientiert und folge einer „tierischen Konzeption“.

Das sind wirklich haarsträubende Dinge. Wie schrecklich! Die chinesischen Kommunisten sind nichts als eine Bande blutdürstiger Ungeheuer, schlimmer noch als Hitler, schlimmer als alle Tyrannen in Vergangenheit und Gegenwart und, es erübrigt sich zu sagen, Hunderte Male schlimmer als die USA-Imperialisten.

Wie ist das aber möglich? Worauf stützen sich die Sowjetführer, wenn sie gegen China solch fantastische Anklagen vorbringen? Mit allem Drum und Dran laufen ihre Vorwürfe auf zwei Punkte hinaus:

Erstens, daß gewisse verantwortliche chinesische Funktionäre von der Möglichkeit gesprochen haben, ein Krieg würde Hunderte Millionen Opfer fordern;

zweitens, daß die chinesische Zeitschrift „Rote Fahne“ die Behauptung aufgestellt hat: „Die siegreichen Völker werden dann auf den Ruinen des toten Imperialismus sich eine lichte Zukunft aufbauen.“

Diese Worte stammen aus einer Rede, die Genosse Mao Tse-tung am 18. November 1957 auf der Moskauer Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien hielt, und aus einem redaktionellen Artikel der Zeitschrift „Rote Fahne“, der unter der Überschrift „Es lebe der Leninismus!“ erschien.

Nun wollen wir uns einmal ansehen, was die KP Chinas damals wirklich sagte:

Genosse Mao Tse-tung legte dar:

„Meiner Meinung nach ist die internationale Lage an einem neuen Wendepunkt angelangt. Es gibt in der heutigen Welt zwei Arten von Winden — den Ostwind und den Westwind. Ein chinesisches Sprichwort besagt: ‚Wenn der Ostwind nicht den Westwind überwindet, so überwindet der Westwind den Ostwind.‘ Ich glaube, für die gegenwärtige Lage ist es charakteristisch, daß der Ostwind den Westwind überwindet. Das heißt, die Kräfte des Sozialismus übertreffen bei weitem die Kräfte des Imperialismus.“

Von dieser Einschätzung ausgehend, wies Genosse Mao Tse-tung darauf hin, daß die Möglichkeit, die Imperialisten an der Entfesselung eines neuen Weltkriegs zu verhindern, jetzt immer größer wird.

Genosse Mao Tse-tung fügte hinzu:

„Aber auch eine andere Möglichkeit muß in Rechnung gezogen werden, nämlich daß die Kriegswahnsinnigen überall ihre Atom- und Wasserstoffbomben abwerfen. Wenn sie solche Bomben abwerfen, werden auch wir solche Bomben abwerfen. So wird es Chaos geben und Menschen werden zugrunde gehen. Man muß die Frage vom schlimmsten Fall her

erwägen. Das Politbüro unserer Partei hat in mehreren Sitzungen diese Frage diskutiert. Wenn jetzt ein Krieg ausbricht, hat China nur Handgranaten und keine Atombomben. Aber die Sowjetunion besitzt sie. Man muß sich einmal vorstellen, wie viele Menschen würden im Kriegsfall zugrunde gehen? Von den 2,7 Milliarden Menschen auf der ganzen Welt vielleicht ein Drittel; vielleicht noch mehr, die Hälfte wird ihm zum Opfer fallen. **Nicht wir, sondern sie wollen einen Krieg beginnen.** Sobald der Krieg ausbricht, werden sie Atom- und Wasserstoffbomben abwerfen. Ich habe mit einem ausländischen Politiker diese Frage diskutiert. Er war der Ansicht, die Menschen würden in einem Atomkrieg ausgerottet. Ich meinte, im schlimmsten Fall würde die Hälfte der Menschheit zugrunde gehen, die andere Hälfte würde am Leben bleiben, während der Imperialismus vernichtet sein und die ganze Welt sozialistisch würde. Nach einer Reihe von Jahren würde die Zahl der Menschen in der Welt erneut 2,7 Milliarden erreichen und bestimmt sogar noch übertreffen. **Wir Chinesen haben unseren Aufbau noch nicht beendet, wir wollen Frieden.** Aber wenn die Imperialisten darauf bestehen, einen Krieg zu beginnen, bleibt uns nichts anderes übrig, als entschlossen den Krieg zu Ende zu führen und danach erst unser Land aufzubauen. Wenn du dich tagaus, tagein vor einem Krieg fürchtest und der Krieg dann doch ausbricht, was tust du dann? Ich habe vorausgeschickt, daß der Ostwind den Westwind überwindet und daher kein Krieg ausbrechen wird. Ich habe diese Ergänzungen hinzugefügt, für den Fall, daß ein Krieg doch ausbricht. Damit sind beide Möglichkeiten berücksichtigt.“

Der Abschnitt im Artikel „Es lebe der Leninismus!“ lautet:

„Wir sind von jeher gegen die Entfesselung der verbrecherischen Kriege durch den Imperialismus gewesen, weil ein imperialistischer Krieg allen Völkern (auch dem



amerikanischen Volk und den Völkern der anderen imperialistischen Länder) riesige Opfer auferlegen würde. Sollten die Imperialisten den Völkern jedoch ein solches Opfer aufzwingen wollen, ist es sicher, daß dieses Opfer gesühnt werden wird — das zeigen die Erfahrungen der russischen und chinesischen Revolution. Die siegreichen Völker werden dann auf den Ruinen des toten Imperialismus mit Riesenschritten eine dem kapitalistischen System tausendmal überlegene Zivilisation schaffen und sich eine lichte Zukunft aufbauen.“

Der Sinn dieser Worte ist völlig klar:

1. China will Frieden und nicht Krieg;
2. nicht wir, sondern die Imperialisten wollen einen Krieg beginnen;
3. ein Weltkrieg kann verhütet werden;
4. selbst wenn der Imperialismus den Völkern der Welt einen Krieg aufzwingt und ihnen riesige Opfer auferlegt, wird nicht die Menschheit, sondern das imperialistische System zugrunde gehen, und vor der Menschheit wird sich noch immer eine herrliche Zukunft eröffnen.

In Wirklichkeit haben wir diese vier Sätze gesprochen, die miteinander verbunden sind. Aber die Sowjetführer haben einen halben Satz aus unseren vier Sätzen herausgegriffen und zwar den Teil, in dem wir über die den Völkern der ganzen Welt möglicherweise auferlegten großen Opfer sprachen. Sie haben diesen halben Satz aus dem Zusammenhang der vier Sätze gerissen und wie ein Ganzes behandelt, wobei sie den Sinn der restlichen dreieinhalb Sätze völlig umkehren. Das Ergebnis ist dann: China wünscht Krieg, nicht Frieden; nicht die Imperialisten, sondern China will einen Krieg entfesseln; der Weltkrieg wird bestimmt ausbrechen; China will einen nuklearen Weltkrieg entfesseln und durch den Tod einer Hälfte der Menschheit der Menschheit eine lichte Zukunft zusichern. Es ist traurig, daß Führer eines großen Landes, dazu noch eines großen sozialistischen Staates, sich zu derartig niederträchtigen Lügen herablassen.

Aber die Lügen der Sowjetführer sind allzu grob und fantastisch. Menschen mit Verstand in der Welt werden sich fragen: Wie kann China einen nuklearen Krieg entfesseln, wo es doch überhaupt keine Atombomben besitzt? Die revolutionären Völker der ganzen Welt wissen ganz genau, daß der Imperialismus der Urquell des Kriegs ist. Wie kann man sich vorstellen, das sozialistische China würde einen Weltkrieg beginnen? Das ist undenkbar.

Die vorher erwähnten Worte des Genossen Mao Tse-tung vom Jahr 1957 waren eine Erwiderung auf die These gewisser Leute, daß die Menschheit im Fall eines von den Imperialisten entfesselten nuklearen Kriegs ausgerottet würde. In den letzten Jahren haben die Führer der Sowjetunion unentwegt diese Behauptung verbreitet und verbreiten sie noch jetzt. Wenn die Imperialisten einen nuklearen Krieg beginnen, sagen sie, wird nicht nur alles in Brand gesetzt, sondern verkohlt. Das heißt, die drei Milliarden Menschen der Welt werden alle zugrunde gehen. Wir teilen eine solch pessimistische und hoffnungslose Ansicht nicht. Wir meinen: Wenn die Imperialisten einen nuklearen Krieg beginnen und es zum Schlimmsten käme, würde die Hälfte der ganzen Menschheit zum Opfer fallen. Wir sind voller Zuversicht für die Zukunft der Menschheit.

Sie behaupten, wir hätten eine tierische Konzeption, weil wir wagen, uns den Tod der Hälfte der Menschheit vorzustellen. Gut denn, ist es nicht eine doppelt tierische Konzeption, wenn sie immer wieder vom Tod der gesamten drei Milliarden Menschen in der Welt reden?

Einerseits machen sie Reklame für ihre Theorie vom Untergang der Menschheit. Andererseits behaupten sie, daß die Völker, wenn ihnen die Imperialisten einen nuklearen Krieg aufzwingen, den Imperialismus begraben werden. Zum Beispiel wird im Offenen Brief des ZK der KPdSU vom 14. Juli 1963 gesagt: „Es ist selbstverständlich unumstritten, daß die Völker, falls die imperialistischen Tollköpfe dennoch einen Krieg entfachen sollten, den Kapitalismus hinwegfegen und

begraben werden.“ Da muß man doch fragen: Da nach Eurer Theorie die drei Milliarden Menschen der Welt im Fall eines von den Imperialisten begonnenen nuklearen Kriegs ausgerottet werden, wer wird dann den Imperialismus begraben?

In der Tat ist diese von den Sowjetführern vorgebrachte Lüge nicht neu. Auch das Patentrecht dafür können sie nicht beanspruchen.

Bereits am 1. und 8. Oktober 1960 verleumdete der Delegierte der USA, Wadsworth, China auf der Vollversammlung der UN, indem er den Satz von den Ruinen des toten Imperialismus aus dem Artikel „Es lebe der Leninismus!“ zitierte. Wadsworth behauptete, daß „China einen Atomkrieg begrüßen“ würde und einen „mit Wasserstoffbomben geführten“ Weltkrieg herbeisehnte, „wenn nur dieser Krieg dem Kommunismus die Eroberung der ganzen Welt verspricht“.

In seiner im Jahr 1960 herausgegebenen Broschüre „Sozialismus und Krieg“ behauptete Kardelj, einer der Tito-Verräterclique, ebenfalls, daß China durch die Entfesselung eines Weltkriegs die Weltrevolution vorantreiben wolle. In einer Kritik dieser Broschüre wies die sowjetische Zeitung „Prawda“ am 2. September 1960 darauf hin, daß Kardelj den imperialistischen Herren in den USA Handlangerdienste leiste und „in Wirklichkeit die von den USA-Imperialisten verbreiteten Verleumdungen über die sogenannte ‚Aggressivität‘ der Volksrepublik China wiederholt“.

Jetzt haben die Sowjetführer nur den Speichel der Imperialisten und Renegaten zusammengekratzt. Die USA-Imperialisten versuchten, sich mit solchen Verleumdungen, da ihnen aber niemand Aufmerksamkeit schenkte, reden sie auch nicht mehr davon. Aber die Führer der Sowjetunion hämmern immer weiter an diesen Lügen herum und geben ihnen immer neue Farben und neues Leben, sie wollen unbedingt andere diese Lügen glauben machen.

Warum wiederholen die Sowjetführer immer wieder diese faustdicken Lügen? Glauben sie denn wirklich, daß die Imperialisten keinen Weltkrieg beginnen würden? Glauben sie

denn wirklich, daß China einen Weltkrieg entfesseln wollte? Offensichtlich liegt das Problem nicht hier!

Das wirkliche Problem besteht darin, welche Politik man der nuklearen Erpressungs- und Bedrohungspolitik der USA gegenüber schließlich verfolgen soll. Soll man Widerstand leisten oder soll man kapitulieren? Wir sind für Widerstand, daher behaupten sie, wir wollen einen Krieg entfesseln und die Hälfte der Menschheit zugrunde gehen lassen. Sie glauben sogar, daß jeder, der sich die Möglichkeit eines von den Imperialisten entfesselten Krieges vorzustellen wagt, selbst den Krieg vom Zaun brechen will. Wenn dem so ist, wo ist dann ein Ausweg? Selbstverständlich gibt es da nur Kapitulation, und zwar Kapitulation, bevor die Imperialisten einen Krieg beginnen. In der letzten Analyse dienen alle ihre geistigen Anstrengungen und all ihre Lügenpropaganda nur dazu, diesen ihren schändlichen Kapitulantensstandpunkt zu verdecken.

#### IV

In der Sowjeterklärung wird gesagt: „Meilenweit riechen die Losungen der Führer der Volksrepublik China nach Demagogie und Abenteuerertum“ und „Das Schicksal der nationalen Befreiungsbewegung mit der Verschärfung der internationalen Spannung damit zu verknüpfen, daß die Menschheit in einen thermonuklearen Weltkrieg gestürzt wird, wie es die Führer der Volksrepublik China tun, ist gleichbedeutend damit, den Völkern Freiheit nach dem Tode zu verheißen.“

Was die Sowjetführer meinen, ist sehr klar. Den mit Kernwaffen gerüsteten Imperialisten darf man nicht widerstehen. Wenn aber die geknechteten Volksmassen und die unterdrückten Nationen Widerstand leisten und die sozialistischen Staaten sie bei ihrem Widerstand unterstützen, bedeutet das, die Menschheit in einen thermonuklearen Weltkrieg zu stürzen.

Nach Ansicht der Sowjetführer „wird jetzt irgendeine Frage der revolutionären Bewegung der Arbeiterklasse und der na-

tionalen Befreiungsbewegung unvermeidlich in Verbindung mit dem Kampf für den Frieden und die Verhütung eines thermonuklearen Weltkriegs betrachtet werden“.

Die sowjetischen Führer sind der Ansicht, „die gegenwärtigen ‚begrenzten Kriege‘ bedeuten eine große Gefahr. Denn jeder ‚begrenzte Krieg‘ kann der Funke zu einem Weltbrand werden“.

Die sowjetischen Führer sind der Ansicht, daß, wenn die Völker es wagen, die antiimperialistischen revolutionären Kriege zu führen, es nichts anderes als einen „schönen Tod“ erstrebt und eine „Bewegung von Leichen“ unternimmt.

Die sowjetischen Führer sind der Ansicht, daß im Fall eines Kernkriegs „für viele Völker die Frage des Sozialismus überhaupt nicht mehr bestehen würde. Denn diese Völker würden überhaupt auf unserem Planeten leiblich zu existieren aufgehört haben“.

Die Führer der Sowjetunion sind sogar der Ansicht, daß angesichts der drohenden Gefahr eines nuklearen Kriegs Häuptlinge des USA-Imperialismus wie Kennedy „Sorge um die Erhaltung des Friedens gezeigt haben“ und „sich ihrerseits bemühen, einen Krieg zu vermeiden“.

Kurz gesagt, hat sich nach Ansicht der Sowjetführer durch das Auftreten von Kernwaffen alles geändert. Auch der Charakter des Imperialismus und das Wesen unserer Zeit haben sich geändert. Unser Zeitalter ist bereits nicht mehr, wie die Moskauer Erklärung es herausstellte, ein revolutionäres Zeitalter, sondern das sogenannte nukleare Zeitalter oder das nukleare Jahrhundert.

Die sowjetischen Führer erklärten im Offenen Brief des ZK der KPdSU vom 14. Juli: „Die Entwicklung von Raketen- und Atomwaffen in der Mitte unseres Jahrhunderts hat die früher gültigen Vorstellungen vom Krieg verändert.“ Damit ist im wesentlichen gemeint, daß nach dem Auftreten der Kernwaffen der Krieg nicht mehr die Fortsetzung der Politik ist und es keinen Unterschied mehr zwischen gerechten und ungerechten Kriegen gibt. Der Imperialismus ist nicht mehr

der Ursprung des Krieges. Die Völker der ganzen Welt dürfen keinen gerechten Krieg mehr gegen die bewaffnete Aggression des Imperialismus und die bewaffnete Unterdrückung von seiten eines reaktionären Regimes führen. Denn in derartigen gerechten Kriegen kann überhaupt nicht mehr gesiegt werden und sie werden nur die Ausrottung der ganzen Menschheit zur Folge haben.

Die Schlußfolgerung daraus ist, daß alle geknechteten Volksmassen und unterdrückten Nationen, alle unter Aggression leidenden und unterdrückten Staaten und Völker sich vor den mit Kernwaffen ausgerüsteten Imperialisten kapitulieren müssen, wenn sie nicht vernichtet werden wollen. Wer es wagt, sich der imperialistischen Unterdrückung, Aggression und Drohung zu widersetzen und einen revolutionären Krieg um Unabhängigkeit und Befreiung zu führen, wer es wagt, diesen revolutionären Krieg zu unterstützen, der verfällt in Abenteuerertum und muß für die Katastrophe des Untergangs der Menschheit die Verantwortung tragen. Nach Ansicht der Sowjetführer ist in diesem nuklearen Jahrhundert das Weiterleben alles. Das Ziel ist nichts. Das ist eine Knechtsphilosophie, die von allen Völkern fordert, sich der imperialistischen Ausbeutung und Ausplünderung zu unterwerfen. Das ist eine reaktionäre Theorie, die dem Imperialismus dient. Das erst ist eine wahrhaft tierische Konzeption.

v

Der oben dargelegte Standpunkt der sowjetischen Führer ist ein völliger Verrat am Marxismus-Leninismus. Dieser Standpunkt steht auch in jeder Weise in Widerspruch zu den historischen Tatsachen seit Ende des 2. Weltkriegs.

Jeder, der nicht blind ist, muß sehen, daß auch nach dem Erscheinen von Kernwaffen die Imperialisten den konterrevolutionären Krieg als Mittel ihrer Unterdrückungs- und Versklavungspolitik allen Völkern gegenüber betrachten.

Die Aggression und Unterdrückung ausgesetzten Länder und Völker betrachten, genau wie früher, den revolutionären Krieg als Mittel gegen imperialistische Aggression und Unterdrückung und zur Erringung ihrer Unabhängigkeit und Befreiung. Die Geschichte der letzten achtzehn Jahre ist voll von Aggressionskriegen und Widerstandskriegen gegen Aggression, voll von gerechten und ungerechten Kriegen. Krieg bleibt also nach wie vor die Fortsetzung der Politik.

Gegen Ende des 2. Weltkriegs warfen die USA-Imperialisten über den japanischen Städten Hiroshima und Nagasaki je eine Atombombe ab. Danach wiegten sie sich in dem Glauben, daß sie, im Besitz dieser „letzten aller Waffen“, sich über die ganze Welt hinwegsetzen und tun und lassen könnten, was sie wollten. Damals herrschte unter dem chinesischen Volk und den anderen Völkern eine Art Angstpsychose, denn der mit Atomwaffen ausgerüstete USA-Imperialismus erschien ihnen allen so stark, daß sie glaubten, er könne nach Belieben die Revolutionen aller Völker niederschlagen.

Gerade in diesem kritischen Augenblick stellte Genosse Mao Tse-tung im Jahr 1946 in einem Interview mit der amerikanischen Korrespondentin Anna Louise Strong fest:

„Die Atombombe ist ein Papiertiger, mit dem die amerikanischen Reaktionäre die Menschen einschüchtern. Er sieht furchterregend aus, aber in Wirklichkeit ist er es nicht. Natürlich ist die Atombombe eine Waffe des Massenmords. Aber über Sieg oder Niederlage im Krieg entscheidet das Volk, nicht ein oder zwei neue Arten von Waffen.

Alle Reaktionäre sind Papiertiger. Sie sehen furchterregend aus, aber in Wirklichkeit besitzen sie keine besondere Kraft. Auf längere Sicht betrachtet, gehören die wirklich gewaltigen Kräfte dem Volke, nicht aber den Reaktionären.“

Genosse Mao Tse-tung hat mit dieser marxistisch-leninistischen These rechtzeitig das atomare Erpressungskomplott der

USA-Imperialisten aufgezeigt und das chinesische Volk und die anderen revolutionären Völker dagegen bewaffnet. In den sieben Jahren seitdem haben die Völker mit ihren Revolutionskriegen gegen die Angriffe und Versklavungsversuche der Imperialisten und ihrer Lakaien einen Sieg nach dem anderen davongetragen und damit die Richtigkeit dieser These immer aufs neue bestätigt.

Noch während die USA-Imperialisten das Kernwaffenmonopol besaßen, errang das chinesische Volk trotz der Erpressungsversuche und Drohungen der amerikanischen Imperialisten den gewaltigen Sieg seiner Revolution.

Noch während die USA-Imperialisten ihre nukleare Überlegenheit besaßen, konnten sie bei ihrer Aggression in Korea nicht der Niederlage entgehen. Im November 1950, als die USA-Imperialisten auf dem koreanischen Kriegsschauplatz schwere Rückschläge erlitten hatten, schrie Truman, der damalige Präsident der USA, nach dem Einsatz von Atombomben, was sofort den energischen Protest aller Völker ebenso wie eine allgemeine Panik und Einwände der Verbündeten der USA hervorrief. Außerdem versprachen sich selbst die militärischen Kreise der USA keine überragende praktische Wirkung vom Einsatz der Atomwaffen. Das Ergebnis war, daß die USA-Imperialisten letzten Endes doch nicht wagten, im Koreakrieg Atomwaffen einzusetzen.

Nach dem Waffenstillstand in Korea wurde das vietnamesische Volk Sieger in seinem revolutionären Widerstandskrieg gegen die französischen Imperialisten. Mit ihren Atomwaffen waren die USA-Imperialisten nicht in der Lage, ihren Plan der verstärkten Einmischung im Krieg in Vietnam zu verwirklichen.

Nach mehr als sieben bitteren Jahren des Krieges gelang es dem algerischen Volk, in seinem nationalen Unabhängigkeitskrieg den Sieg zu erringen.

Auch das kubanische Volk vor den Toren des USA-Imperialismus hat durch seinen bewaffneten Kampf in der Revolution gesiegt. Die USA-Imperialisten haben es nicht gewagt,

vom Einsatz der Kernwaffen gegen das kubanische Volk zu reden.

Heute führen die Streitkräfte der Bevölkerung von Südvietnam einen siegreichen Kampf gegen die USA-Imperialisten und ihre Lakaien, die Ngo-dinh-Diem-Clique. Obwohl die USA-Imperialisten viele moderne Waffen eingesetzt haben, wagen sie es doch nicht, Kernwaffen zu gebrauchen.

Die USA-Imperialisten können durch Einsatz von Kernwaffen den revolutionären Kampf der Völker nicht verhindern, weil sie sich sonst politisch völlig isolieren; militärisch wird der Einsatz von Kernwaffen durch deren ungeheure Zerstörungskraft beschränkt, so daß in Bürger- und nationalen Unabhängigkeitskriegen, die durch den verworrenen Verlauf der Fronten und Nahkämpfe gekennzeichnet sind, der Einsatz von massenmörderischen Kernwaffen beiden kriegführenden Seiten Verluste zufügen würde.

Kennedy gestand in seiner Rede vom 16. Dezember 1959 ein, daß die USA ihre Kernwaffen „nicht in einem Krieg an der Peripherie von der Art eines ‚Buschfeuers‘ einsetzen können. Sie wurden weder in Korea noch in Indochina, Ungarn, im Suez-Krieg, im Libanon, auf Quemoy, in Tibet oder Laos angewandt. Kurz gesagt, man kann die Kommunisten damit nicht hindern, den Rand des Territoriums und die Macht der Freien Welt anzunagen, bis die Sicherheit unseres Landes stetig und Stück um Stück abgebröckelt ist“.

Es ist daher klar, daß die revolutionären Völker in ihren Revolutionen siegen können, wenn sie sich bloß nicht von der nuklearen Erpressung der Imperialisten schrecken lassen und in ihrem gerechten Kampf ausharren. Diese Kämpfe und Siege haben zu keinem Weltkrieg geführt, sondern im Gegenteil den Imperialismus immer schwächer gemacht und wirksam in Schranken gehalten, sie haben dadurch die Gefahr eines durch die Imperialisten ausgelösten Weltkriegs vermindert und den Weltfrieden gewahrt.

Die revolutionären Interessen aller Völker sind mit den Interessen des Weltfriedens identisch. Daß die KP Chinas die

dauernd anwachsende nationale Befreiungsbewegung in Asien, Afrika und Lateinamerika mit allen Kräften unterstützt, ist ein Ausdruck ihres proletarischen Internationalismus. Die Führer der Sowjetunion belegen die KP Chinas dieses Standpunkts wegen mit dem Schimpfnamen Rassismus. Sie klagen uns an, die Einheit der nationalen Befreiungsbewegung mit dem Weltproletariat zu zerstören. Da Ihr doch wahrhaftig die nationale Befreiungsbewegung als „Bewegung von Leichen“, die den Völkern „Freiheit nach dem Tod verheißt“, geschmäht habt, wozu muß man dann von der Einheit reden? Gibt Einheit mit einem Leichenhaufen irgendeinen Sinn? Eure Verachtung für die farbigen Menschenrassen und unterdrückten Nationen ist hundertprozentiger Rassismus und reaktionärer Nationalismus.

## VI

Der Imperialismus kann sich nicht mit Hilfe der Kernwaffen vor seinem unvermeidlichen Untergang retten. Ebenso wenig können die sozialistischen Staaten im Kampf gegen den Imperialismus nur mit Kernwaffen den Sieg erringen.

Wir haben stets die wichtige Rolle, die Kernwaffen im Besitz der Sowjetunion beim Kampf aller Völker gegen die imperialistische Aggressions- und Kriegspolitik, im Kampf um den Weltfrieden spielen, in vollem Maß berücksichtigt. Aber alles hat seine Grenzen. Dort, wo diese Grenzen einmal überschritten werden, beginnt die Unvernunft. Unglücklicherweise haben die Führer der Sowjetunion mit ihrem Standpunkt zum sowjetischen Besitz von Kernwaffen ebendiesen Punkt erreicht.

Die Führer der Sowjetunion lieben es, die Rolle der Kernwaffen zu übertreiben, sie glauben an die Allmacht solcher Waffen, verachten die Volksmassen und vergessen, daß die Volksmassen die Schöpfer der Geschichte sind. Dadurch sind sie zu Anbetern von Kernwaffen herabgesunken.

Im Juni 1960 sagte der sowjetische Führer N. S. Chruschtschow während der Bukarester Beratung, daß sie früher auch Milizionäre organisiert hätten. Doch da sie jetzt moderne Waffen haben, sind diese Milizionäre für sie keine Truppen mehr, sondern ein Haufen Fleisch.

Es ist ganz klar, in den Augen der sowjetischen Führer sind die 3 Milliarden Menschen der ganzen Welt nichts anderes als Kehrlicht, während ihre eigenen Kernwaffen und die der USA-Imperialisten allmächtige Zauberwaffen darstellen.

Daher prahlen sie nach Leibeskräften mit dem, was sie die entscheidende Rolle der sowjetischen Kernwaffen bei der Verteidigung des Weltfriedens nennen, und verleugnen mit einem Federzug die große Bedeutung des antiimperialistischen Kampfes der Völker der ganzen Welt.

Am 10. Juli 1962 sagte der sowjetische Führer auf dem Weltkongreß für Abrüstung und Frieden in Moskau: „Die Raketen- und nukleare Schlagkraft der Sowjetunion ist das entscheidende Mittel, um den Frieden zu verteidigen. Mit ihr wurde die Menschheit schon öfter vor einem Weltkrieg, den die westlichen imperialistischen Kreise zu beginnen versuchten, bewahrt.“

In ihrer letzten Erklärung behauptet die Sowjetregierung sogar noch unverfrorener als früher, daß die sowjetischen Kernwaffen eine entscheidende Rolle bei der Niederlage des anglo-französischen Aggressionskriegs gegen Ägypten im Jahr 1956 spielten, daß durch sie die bewaffnete Bedrohung Syriens von seiten der USA im Jahr 1957 mißlang, daß sie auch die anglo-amerikanische Intervention gegen den Irak im Jahr 1958 zum Scheitern verurteilten.

Alle diese Niederlagen der Imperialisten waren vor allem das Ergebnis des Kampfes des ägyptischen, syrischen und irakischen Volks. Daß die Völker der ganzen Welt, einschließlich des Sowjetvolkes, die Völker dieser Länder entschlossen unterstützten, spielte auch eine wichtige Rolle. Wie aber kann behauptet werden, alles sei nur den sowjetischen Kernwaffen zu verdanken?

Es ist vor allem lächerlich, daß in der Sowjeterklärung der Sieg des chinesischen Volks, das 1958 die militärischen Provokationen der USA-Imperialisten in der Taiwan-Straße zunichtemachte, ebenfalls auf die sowjetischen Kernwaffen zurückgeführt wird. Die sowjetische Zeitung „Krasnaya Swesda“ schrieb am 25. August 1963 sogar: „Die jetzt von den Pekinger Verleumdern angegriffene Nuklearmacht der Sowjetunion hat Millionen Chinesen vor dem nuklearen Tod gerettet, die Souveränität, Sicherheit und Unabhängigkeit ihres Staats verteidigt.“

Wie aber sieht es in Wirklichkeit aus? Durch die Aggression und Provokation der USA-Imperialisten war die Lage in der Taiwan-Straße im August und September 1958 wirklich sehr gespannt. Am 7. und 19. September nahmen die sowjetischen Führer zweimal Stellung für China. Aber obwohl die damalige Lage in der Taiwan-Straße gespannt war, bestand die Möglichkeit des Ausbruchs eines nuklearen Kriegs nicht. Es war nicht notwendig, China mit sowjetischen Kernwaffen zu unterstützen. Und die sowjetischen Führer nahmen erst Stellung für China, nachdem sie sich darüber klar waren.

Wir haben die Hilfe, die das Sowjetvolk China seit langem in der Taiwan-Frage gewährt hat, nicht vergessen und werden sie auch nicht vergessen.

Die Stellungnahme zur Taiwan-Frage aber, wie sie der sowjetische Führer N. S. Chruschtschow im Oktober 1959 nach seinem Besuch in den USA zum Ausdruck brachte, haben wir ebenfalls nicht vergessen und werden sie auch nicht vergessen.

Er sagte damals, die Taiwan-Frage sei Zündstoff in der internationalen Lage. Die USA unterstützten Tschiang Kai-schek, während die Sowjetunion China unterstützte. Dadurch sei die Atmosphäre eines drohenden Weltkriegs gegeben. Die Sowjetunion trete dafür ein, alle Bedingungen zur Milderung der internationalen gespannten Lage zu schaffen und den Krieg abzuschaffen.

Chruschtschow sagte weiter, es gäbe immer mehrere Methoden, um irgendwelche komplizierte Fragen zu lösen. Es

komme darauf an, welche Methode man als Grundlage zur Lösung nähme. Zum Beispiel wurde nach der Oktoberrevolution im Fernen Osten der Sowjetunion die Fernöstliche Republik gegründet. Lenin habe sie damals anerkannt. Es sei ein vorläufiges Zugeständnis und Opfer gewesen, später wurde diese Republik doch mit Rußland vereinigt.

Der Sinn dieser Worte des sowjetischen Führers ist ganz klar. Offensichtlich verlangte er von China, sich mit dem Komplott der USA, „zwei China“ zu schaffen, einverstanden zu erklären.

Nachdem diese unsinnige Forderung von chinesischer Seite resolut verurteilt und abgelehnt worden war, hielt der sowjetische Führer eine Reihe von Reden, in denen er in verbrämter Form behauptete, China sei „auf Krieg versessen, wie der Hahn auf den Kampf“, und wolle, wie Trotzki, „weder Frieden noch Krieg“ usw.

Jetzt hat die Tschiangkaischek-Clique, auf Grund der von der Sowjetunion und den USA über die Formalitäten der Unterzeichnung getroffenen Vereinbarung, stolz als souveräner Staat den Dreiervertrag unterzeichnet. Die Führer der Sowjetunion verlangen nicht nur von der chinesischen Regierung, sie solle, zusammen mit der vom chinesischen Volk verworfenen Tschiangkaischek-Clique, ihre Unterschrift unter denselben Vertrag setzen und so die Situation von zwei China hervorrufen, sondern die sowjetischen Führer drohen sogar, die USA würden der Tschiangkaischek-Clique bei der Herstellung von Kernwaffen helfen, wenn die chinesische Regierung gegen diesen Vertrag auftritt und sich nicht an ihn gebunden fühlt. Um „Millionen Chinesen vor dem nuklearen Tod zu retten“, soll also der eine chinesische Staat unbedingt in zwei chinesische Staaten verwandelt werden! Offensichtlich scheuen die sowjetischen Führer vor keiner Untat zurück, um sich bei den USA-Imperialisten beliebt zu machen. Die internationale Position der DDR, die Souveränität und territoriale Integrität Chinas bedeuten für sie gar nichts.

Obwohl die Dinge bereits so klar zutage liegen, schwatzen die sowjetischen Führer noch immer davon, daß Chinas Unabhängigkeit und Souveränität durch die sowjetische Nuklearmacht behütet würde. Sie sollten sich was schämen!

## VII

Kernwaffen im Besitz sozialistischer Staaten dürfen immer nur der Abwehr nuklearer Drohungen von seiten des Imperialismus dienen. Im Gegensatz zu den imperialistischen Staaten brauchen die sozialistischen Staaten niemals ihre Kernwaffen für Erpressungszwecke oder um ein Hasardspiel zu treiben, und dürfen es auch nicht tun. Da die Anwendung von Kernwaffen die Interessen von Hunderten Millionen Menschen betrifft, müssen die sozialistischen Staaten in dieser Frage äußerst vorsichtig und dürfen auf keinen Fall leichtsinnig sein. Sowohl Abenteuerertum als auch Kapitulantentum ist in der Frage von Kernwaffen äußerst gefährlich.

Die Führer der Sowjetunion haben während der karibischen Krise sowohl den Fehler des Abenteuerertums als auch den des Kapitulantentums begangen. Sie übten nicht nur keine Selbstkritik, sondern prahlten noch mit dem Schlag, der ihnen ins Gesicht versetzt wurde. Sie brüsteten sich mit ihrem „echt proletarischen Internationalismus“, mit dem, was sie den „großen Sieg der Politik der Vernunft, der Kräfte des Friedens und des Sozialismus“ nannten. Ungeniert griffen sie die chinesische kommunistische Partei wegen ihres gerechten Stands in dieser Frage an und behaupteten, China wünsche einen Zusammenstoß zwischen den USA und der Sowjetunion und versuche, einen Kernkrieg zu provozieren. So etwas ist wirklich das Extrem der Niederträchtigkeit.

Die sowjetischen Führer werden nicht müde zu behaupten, daß es im karibischen Raum zu einer thermonuklearen Kriegskrise kam, und daß diese Krise erst durch ihr eigenes uner-

schütterliches Festhalten an der Politik der friedlichen Koexistenz beseitigt wurde.

Die Tatsachen liegen für jedermann klar zutage. Obwohl die gespannte Lage im karibischen Raum der vom USA-Imperialismus betriebenen Aggressionspolitik Kuba gegenüber entspringt, obwohl dauernd die Gefahr einer Invasion Kubas durch den USA-Imperialismus besteht, war doch, bevor die Sowjetunion Raketen nach Kuba schickte, keine Gefahr, daß die USA im karibischen Raum Kernwaffen anwenden würden und ein Kernkrieg ausbrechen könnte. Wenn wirklich eine solche Krise entstand, ist sie nur auf den Leichtsinns der sowjetischen Führer zurückzuführen.

Die Sowjetführer suchen uns damit zu verleumden, daß wir auf einen Zusammenstoß zwischen den USA und der Sowjetunion bauten. Wir möchten fragen: Haben wir von Euch verlangt, Raketen nach Kuba zu schicken? Das Etikett „Abenteuerer“ kann uns nicht aufgeklebt werden. Handelt man entsprechend der marxistisch-leninistischen Linie, an die wir uns seit jeher halten, dann kann die Frage des Transports von Raketen nach Kuba überhaupt nicht erwachsen, dann kann es überhaupt nicht zu einer Krise, die zum Kernkrieg führt, kommen. Und wo käme dann die Frage des Abenteuererturns her?

Wir wollen dagegen die sowjetischen Führer fragen: Habt Ihr Euch in einer derartig wichtigen Frage, wie es der Transport von Raketen nach Kuba war, mit dem Sowjetvolk, mit den anderen sozialistischen Staaten und der Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder beraten? Ohne Euch mit irgend jemandem zu beraten, habt Ihr einen leichtsinnigen und verantwortungslosen Kurs eingeschlagen und mit dem Leben von Hunderten Millionen Menschen gespielt. Ihr selbst habt diesen Fehler begangen, mit welchem Recht wollt Ihr dann andere beschuldigen?

Der Transport von Raketen nach Kuba ist zur Unterstützung der kubanischen Revolution überhaupt nicht notwendig. Das haben die Sowjetführer früher gesagt und das sagen sie auch

jetzt, sogar in den schönsten Worten. Zum Beispiel heißt es im Offenen Brief des ZK der KPdSU vom 14. Juli: „... daß im Falle der Invasion der amerikanischen Imperialisten wir dem kubanischen Volk genauso vom sowjetischen Territorium zu Hilfe kommen würden, wie wir es vom kubanischen Territorium aus getan hätten. Allerdings werden sich dabei die Raketen etwas länger auf dem Fluge befinden, aber ihre Treffsicherheit wird dadurch keineswegs geringer.“ Wenn dem so ist, warum habt Ihr denn dann Raketen nach Kuba geschickt? Hattet Ihr wirklich die Absicht, mit ihnen die kubanische Revolution zu verteidigen? Wäre es nicht richtiger zu sagen, daß Ihr unter dem Decknamen: Verteidigung der kubanischen Revolution, in Wirklichkeit ein politisches Spiel getrieben habt?

Denkende Menschen werden sich fragen: Da erst Raketen nach Kuba gesandt wurden, warum mußten sie später zurückgezogen werden, und wenn die Raketen später aus Kuba zurückgezogen wurden, warum mußten sie erst hingeschickt werden? Ihr sagt, es steckte viel Finesse darin, daß Ihr die Raketen erst hingeschickt und dann wieder zurückgezogen habt. Der Abzug der sowjetischen Raketen, so wird behauptet, wurde gegen das Versprechen der USA eingetauscht, jede Invasion Kubas zu unterlassen. Die Amerikaner sagen: Es gab kein solches Versprechen. Ihr sagt, es gibt eins. Aber wo ist denn dieses Versprechen? Glaubt Ihr wirklich, daß die USA keine Invasion auf Kuba mehr verüben werden? Ihr selbst scheint bedauerlicherweise kein großes Vertrauen darauf zu haben.

Die sowjetischen Führer behaupten, China sei gegen den Abzug von Raketen aus Kuba und gegen die Bemühungen der Sowjetunion, einen nuklearen Krieg zu vermeiden, gewesen. Das ist völlig aus der Luft gegriffen. Da wir mit Eurem Transport von Raketen nach Kuba überhaupt nicht einverstanden waren, warum sollten wir gegen den Abzug Eurer Raketen aus Kuba gewesen sein? Es ist verständlich, daß Ihr Euch bemüht, aus der von Euch selbst geschaffenen schwierigen Lage herauszukommen. Aber wir waren absolut dagegen,



daß Ihr die von den USA-Imperialisten gestellten entwürdigenden Bedingungen, die durch nichts zu rechtfertigen waren, angenommen habt.

Die sowjetischen Führer machen China zum Vorwurf, die Sowjetunion nicht so unterstützt zu haben, wie ein Verbündeter das sollte. Die Führer der Sowjetunion sollten sich einmal die Dokumente durchlesen. Gab es etwas, was Ihr während der karibischen Krise richtig tatet, worin wir Euch nicht unterstützt hätten? Ihr seid nicht zufrieden, aber worin eigentlich wolltet Ihr unsere Unterstützung?

Hätten wir uns etwa mit Eurem Beschluß, die Kontrolle sowjetischer Schiffe auf offenem Meer durch die amerikanischen Piraten zuzulassen, einverstanden erklären sollen? Nein, das ging nicht. Damit hätten wir uns gegen das große Sowjetvolk vergangen.

Hätten wir etwa Euren Beschluß, die Forderung der USA-Imperialisten nach „internationaler Kontrolle“ über Kuba anzunehmen, unterstützen sollen? Nein. Damit hätten wir uns gegen das große kubanische Volk vergangen.

Wenn die Führer der Sowjetunion voller Leichtsinns Raketen nach Kuba einfuhrten und später in entwürdigender Weise wieder abzogen, sind sie vom Abenteuerertum ins Kapitulantentum verfallen und haben dem Sowjetvolk, dem kubanischen Volk, den Völkern des sozialistischen Lagers und der ganzen Welt Schande gebracht. Eine solch ungeheuerliche Schmach und Schande, wie sie die sowjetischen Führer dem Weltproletariat angetan haben, hat es noch nie gegeben. All das ist unauslöschlich ins Buch der Geschichte eingetragen. Ganz gleich, wie die sowjetischen Führer auch lügen mögen und welche Täuschungsmanöver sie auch versuchen, diese Schmach und Schande können sie nicht abwaschen.

Die Kapitulation der sowjetischen Führer hat die Aggressivität und Frechheit der Imperialisten noch vergrößert.

Nach der karibischen Krise, als die USA-Imperialisten sahen, daß ihre Politik der nuklearen Erpressung bereits gelungen war, zogen sie die Schlußfolgerung: Moskau hat größere Angst

vor einem Atomkrieg als Washington. Wie ein Neureicher, über den gerade ein unerwarteter Goldregen hereingebrochen ist, werden die USA-Imperialisten sofort höchst anmaßend. Jetzt, wo sie die Schwächen der sowjetischen Führer durchschaut haben, bedienen sie sich zweier Taktiken, einer harten und einer weichen, um die Sowjetführer zu weiteren Kapitulationen zu zwingen.

Der Abschluß des Dreiervertrags ist das Zeichen einer weiteren Kapitulation der sowjetischen Führer vor dem USA-Imperialismus.

### VIII

Der Standpunkt und die Linie der KP Chinas und der chinesischen Regierung in der Frage von Krieg und Frieden ist seit jeher eindeutig und kann nicht verdreht werden.

Wir sind entschieden gegen einen Weltkrieg und verteidigen entschlossen den Weltfrieden. Kurz nach Ende des 2. Weltkriegs stellte Genosse Mao Tse-tung eindeutig fest, daß ein dritter Weltkrieg verhindert werden kann. Seit mehr als zehn Jahren verharret das chinesische Volk mit eisernem Willen im Kampf gegen die Aggressions- und Kriegspolitik des Imperialismus, im Kampf gegen einen neuen Weltkrieg und für die Verteidigung des Weltfriedens. Wir waren immer der Ansicht, daß ein neuer Weltkrieg und ein Kernwaffenkrieg verhindert werden können, daß der Weltfrieden gewahrt werden kann, wenn sich die Völker der ganzen Welt zusammenschließen, der richtigen Linie folgen und beharrlich den Kampf weiterführen.

Unserer Ansicht nach ist der Imperialismus der Ursprung des modernen Kriegs und der USA-Imperialismus der Hauptfaktor für Aggression und Krieg. Ohne einen entschiedenen Kampf gegen die Aggressions- und Kriegspolitik des USA-Imperialismus kann von der Verteidigung des Weltfriedens überhaupt keine Rede sein. Den USA-Imperialismus zu

beschönigen und das Kampfziel der Völker zu verschleiern, gefährdet nur den Weltfrieden.

Unserer Meinung nach ist es für die Erringung des Weltfriedens notwendig, daß die friedliebenden Kräfte der ganzen Welt zu gemeinsamen Anstrengungen zusammenstehen, nämlich: Das sozialistische Lager, die nationale Befreiungsbewegung, die revolutionäre Bewegung der Völker aller Länder und alle friedliebenden Staaten und Völker. Wenn man die Macht der Volksmassen geringschätzt und blind an die Allmacht der Kernwaffen glaubt, wird nur der Weltfrieden gefährdet.

Nach unserer Anschauung ist es für die Erringung des Weltfriedens notwendig, die Geschlossenheit des sozialistischen Lagers und die nationale Verteidigung der Staaten des sozialistischen Lagers zu verstärken. Wenn man aber das sozialistische Lager spaltet und seine Verteidigungskraft schwächt, dann wird nur der Weltfrieden gefährdet.

Nach unserer Ansicht ist es für die Erringung des Weltfriedens notwendig, die nationale Befreiungsbewegung und den revolutionären Kampf der Völker aller Länder voll und ganz zu unterstützen. Je weiter sich dieser Kampf entwickelt, desto mehr wird der Imperialismus geschwächt und desto günstiger läßt sich ein durch die Imperialisten ausgelöster Weltkrieg verhüten. Wenn man es ablehnt, die nationale Befreiungsbewegung und den revolutionären Kampf aller Völker zu unterstützen und diese Bewegung sogar sabotiert, wird nur der Weltfrieden gefährdet.

Wir treten konsequent dafür, daß Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung friedlich koexistieren sollen. China ist Initiator der Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz, China hat sich beharrlich für die Verwirklichung der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung auf Grundlage der Fünf Prinzipien eingesetzt. Für die sozialistischen Staaten muß sich die friedliche Koexistenz unter allen Umständen auf Prinzipien gründen und darf nicht von Prinzipien abgehen. Ver-

handlungen sind eine Form von Kampf gegen den Imperialismus. Notwendige Kompromisse können bei Verhandlungen eingegangen werden, solange die Grundinteressen des Volks gewahrt bleiben. Aber wenn man Verhandlungen als das hauptsächliche oder sogar das einzige Mittel für die Verwirklichung der friedlichen Koexistenz ansieht und, um eines Kompromisses mit dem Imperialismus willen, nicht einmal davor zurückscheut, die grundsätzlichen Interessen des Volks zu verschachern, dann ist das nicht friedliche Koexistenz, sondern Kapitulant-Koexistenz. Das Ergebnis wird nur Gefährdung des Weltfriedens sein.

Wir sind für allgemeine Abrüstung und glauben, daß durch den beharrlichen Kampf der Völker aller Länder die Imperialisten gezwungen werden können, gewisse Abrüstungsabkommen zu akzeptieren. Nach unserer Ansicht kann auch, wenn der Imperialismus noch besteht, ein allgemeines und vollständiges Verbot der Kernwaffen erzielt werden, genau wie die Anwendung von Giftgasen verboten werden konnte. Der Grund dafür ist, daß die Anwendung dieser Massenvernichtungswaffen völlig dem Willen der Menschen widerstrebt und, darüber hinaus, auch diejenigen, die solche Waffen anwenden, selbst der Gefahr der Vernichtung aussetzt. Aber allgemeine und vollständige Abrüstung wird erst dann möglich sein, wenn Imperialismus, Kapitalismus und alle Systeme der Ausbeutung liquidiert sind. Wenn man, noch während der Imperialismus besteht, eine „Welt ohne Waffen, ohne Armeen und ohne Kriege“ durch allgemeine und vollständige Abrüstung propagiert, dann ist das ein Betrug an den Völkern der ganzen Welt und für den Kampf um die Erringung des Weltfriedens schädlich.

Während wir zustimmen, daß die Möglichkeit, die Imperialisten an der Entfesselung eines neuen Weltkrieges zu verhindern, immer mehr zunimmt, sind wir doch der Ansicht, daß die Gefahr eines neuen Weltkrieges noch immer besteht. Gegen diese Gefahr müssen die nötigen Vorbereitungen getroffen werden. Je besser wir vorbereitet sind, desto geringer

ist die Möglichkeit, daß die Imperialisten einen solchen Krieg vom Zaun zu brechen wagen. Aber wenn man nur die eine Möglichkeit betont, die Möglichkeit, daß der Imperialismus keinen Weltkrieg zu beginnen wagt, und die Völker der ganzen Welt nur an diese Möglichkeit glauben macht; wenn man sogar nicht einmal wagt, sich eine andere Möglichkeit vorzustellen: Dann können die Völker der Welt nur in ihrer Wachsamkeit gelähmt werden, und dem Imperialismus wird die Gelegenheit gegeben, die Gefahr eines Weltkriegs auszunutzen und zu vergrößern.

Wir sind der Ansicht: Im Kampf mit dem Imperialismus müssen wir den Feind strategisch und im Ganzen geringschätzen, wir müssen wagen, ihn zu bekämpfen und den Sieg zu erringen; gleichzeitig müssen wir aber den Feind taktisch, in jedem konkreten Kampf ernst nehmen und vorsichtig sein. Wenn man den Feind taktisch nicht ernst nimmt und wild und leichtsinnig ist, ihn dagegen strategisch nicht geringzuschätzen wagt, dann wird man bestimmt taktisch den Fehler des Abenteurertums und strategisch den Fehler des Kapitulantentums begehen.

Der Standpunkt und die Linie der KP Chinas und der chinesischen Regierung in der Frage von Krieg und Frieden stimmt voll und ganz mit den revolutionären Prinzipien in der Deklaration von 1957 und der Erklärung von 1960 überein. Diese Linie ist marxistisch-leninistisch. Wenn man dieser Linie folgt, werden nicht nur die Völker aller Länder in der Revolution siegen, sondern auch der Sieg im Kampf um den Weltfrieden gewonnen werden.

Unserer Auffassung nach ist die von den Führern der Sowjetunion befolgte Linie eine antimarxistisch-antileninistische Linie. Diese Linie steht mit den revolutionären Prinzipien der Deklaration und der Erklärung in Widerspruch. Wenn man dieser Linie folgt, wird nicht nur das grundsätzliche Interesse der Völker aller Länder, sondern auch der Weltfrieden gefährdet.

Unsere Linie in der Frage von Krieg und Frieden steht zur Linie der sowjetischen Führer tatsächlich in völligem Gegensatz. Die Führer der Sowjetunion haben selbstverständlich das Recht, ihre eigene Linie zu verteidigen. Aber Schimpfen ist keine Debatte, Lügen sind kein Argument. Kommunisten sollten sich immer an die Tatsachen halten und vernünftig reden. Welche Linie richtig und welche falsch ist, ob unsere oder eure Linie, das muß der Entscheidung des chinesischen Volks, des sowjetischen Volks und der Völker der ganzen Welt überlassen bleiben. Wir nehmen davon Kenntnis, daß die sowjetischen Zeitungen unsere Erklärung vom 15. August veröffentlicht haben. Wir hoffen, daß Ihr diese gute Praxis beibehalten und auch diese unsere Erklärung veröffentlichen werdet.

## DAS IST VERRAT AM SOWJETVOLK!

*Leitartikel der „Renmin Ribao“ (Volkszeitung)*

*(3. August 1963)*

Im Verein mit den Regierungen der USA und Großbritanniens hat die Sowjetregierung einen Vertrag über das teilweise Verbot der Kernwaffenversuche unterzeichnet. Damit hat sie einen schweren Betrug begangen, der die Interessen der Völker der Welt und den Weltfrieden gefährdet. Gegenwärtig tun die Führer der Sowjetunion und die Sowjetpresse alles in ihren Kräften Stehende, um diesen Vertrag zu lobpreisen und so zu versuchen, die Auswirkungen dieses Betrugs zu vergrößern; sie verdoppeln ihre Anstrengungen, um die gegen den Imperialismus kämpfenden Völker der Welt einzuschläfern und in die Irre zu führen.

Was bedeutet denn eigentlich der Abschluß eines derartigen Vertrags, durch den die Einstellung der Kerntests vom Verbot der Kernwaffen getrennt wird und der die Frage des Verbots von Kerntests unter der Erdoberfläche ausschließt? Man braucht die Antwort auf diese Frage nicht bei den „Wahnsinnigen“ des Westens zu suchen. Die Führer der Sowjetunion und die Sowjetpresse haben bereits die richtige Antwort darauf gegeben. Jetzt haben sie Verrat an sich selbst geübt.

In der Vergangenheit erklärten sie, durch den Abschluß eines solchen Vertrags würden „der Sowjetunion die Hände gebunden“ und „die Interessen der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Staaten verletzt“. Jetzt haben sie aber Verrat an sich selbst geübt, indem sie behaupten, das sei ein Sieg für die sowjetische Politik der „friedlichen Koexistenz“.

Früher sagten sie, der Abschluß eines solchen Vertrags würde den USA helfen, „ihre Kernwaffen zu verbessern“, und „die einseitige militärische Überlegenheit der Westmächte sichern“. Jetzt haben sie aber Verrat an sich selbst geübt, indem sie behaupten, dadurch wäre „der Menschheit der Weg zur vollständigen Befreiung von der Gefahr einer durch Atom- und Wasserstoffbomben hervorgerufenen Katastrophe eröffnet worden“.

Früher sagten sie, der Abschluß eines solchen Vertrags würde „einer Ermutigung der Aggressoren gleichkommen, ihre die ganze Menschheit gefährdenden Ränke Tat werden zu lassen“, und „der Sache des Friedens einen schlechten Dienst leisten“. Aber jetzt haben sie Verrat an sich selbst geübt, indem sie behaupten, es wäre „ein entscheidender Schritt auf dem Weg zum Weltfrieden“.

Früher sagten sie, der von den USA und Großbritannien am 27. August 1962 unterbreitete Vertragsentwurf bedeute „eine Spekulation mit den Humanitätsgefühlen der Menschheit“. Aber jetzt haben sie Verrat an sich selbst geübt, indem sie behaupten, daß die Reproduktion dieses Vertrags „den erhabenen Prinzipien des sozialistischen Humanismus entspricht“.

In der Vergangenheit gab der Führer der Sowjetunion die feierliche Verkündigung ab: „Selbstverständlich kann und wird sich die Sowjetregierung zu einer solchen Abmachung nie herbeilassen. Nach ihr streben nur diejenigen, deren Politik auf Irreführung der Völker, auf Scheinverhandlungen beruht.“ Aber jetzt hat er an sich selbst Verrat geübt und sich gerade zu einer solchen Abmachung herbeigelassen.

Das ist eine Wendung um volle 180 Grad, eine Wendung, mit der nicht nur der bisher richtige Standpunkt der sowjetischen Führer und die Interessen des Sowjetvolks, sondern auch alle Menschen, die sie unterstützt hatten, preisgegeben wurden.

Man erinnert sich noch, daß die Sowjetregierung im August 1961 zur Stärkung ihrer nationalen Verteidigung, zum Widerstand gegen die nukleare Bedrohung durch den USA-Imperia-

lismus beschloß, die Kernwaffenversuche wiederaufzunehmen. Damals griffen die USA-Imperialisten, die anderen imperialistischen Mächte und die Reaktionäre aller Länder die Sowjetunion aufs wütendste an und riefen für eine Weile einen großen Wirrwarr hervor. Wie ungestüm sich die Feinde auch gebärdeten, wie sehr auch der Sturm tobte, trat die chinesische Regierung und das chinesische Volk im Interesse des gesamten sozialistischen Lagers und des Weltfriedens den Prinzipien treu hervor, taten ohne Zögern ihre Pflicht des proletarischen Internationalismus und unterstützten entschieden die Sowjetregierung in ihren korrekten Handlungen.

Man erinnert sich ebenfalls, daß die Sowjetregierung im August 1962 mit Recht den von den USA und Großbritannien unterbreiteten Vertragsentwurf über die teilweise Einstellung der Kernversuche ablehnte. Die chinesische Regierung unterstützte damals ganz unzweideutig den Standpunkt der Sowjetregierung und wies darauf hin, daß die USA und Großbritannien ihren Entwurf in Wirklichkeit nur deshalb unterbreitet hatten, weil sie ihre Politik der nuklearen Erpressung verfolgen und die Vorbereitungen zu einem Kernkrieg beschleunigen wollten. Angesichts der Tatsache, daß die USA-Imperialisten durchaus nicht den aufrichtigen Willen zu einem Kernwaffenverbot besäßen, müßten die sozialistischen Staaten ihre Verteidigungskräfte stärken und dürften sich keinen unrealistischen Vorstellungen hingeben.

Tatsächlich setzte die Sowjetregierung noch in den ersten Junitagen dieses Jahrs, nachdem sie mit den USA und Großbritannien bereits Verhandlungen über Einstellung der Kernversuche in Moskau verabredet hatte, die chinesische Regierung offiziell davon in Kenntnis, daß der Standpunkt der Westmächte zur Frage der Einstellung der Kerntests gegenwärtig keine Grundlage für Vereinbarungen bilden könne. Ob Verhandlungen von Erfolg gekrönt sein würden, hinge völlig vom Westen ab.

Aber schon kurz danach gab die Sowjetregierung ihren bisher richtigen Standpunkt völlig auf. Das betrübt die chinesi-

sche Regierung und das chinesische Volk. Das betrübt alle Menschen, die früher den richtigen Standpunkt der Sowjetunion unterstützten.

Die unbestreitbaren Tatsachen beweisen, daß die Sowjetregierung die Interessen des Sowjetvolks, die Interessen der Völker des sozialistischen Lagers und damit auch des chinesischen Volks, die Interessen aller friedliebenden Völker verraten und verkauft hat. Das ist keine „Diplomatie der Geduld“, sondern durchaus die Diplomatie des Kapitulantentums. Das ist kein Sieg für die Politik der „friedlichen Koexistenz“, sondern der konzentrierte Ausdruck des Kapitulantentums.

Um diese Diplomatie des Kapitulantentums zu verschleiern, veröffentlichte die sowjetische Zeitung „Iswestija“ einen merkwürdigen Artikel, in dem von oben herab orakelt wird: „Man muß die Augen öffnen und das Gestern und Heute in der Welt erkennen. Es ist doch ganz unsinnig, zwischen 1962 und 1963 ein Gleichheitszeichen zu setzen.“ Was soll das heißen? Bedeutet das nicht, daß die Sowjetregierung gerade in der Zeit von Juni bis Juli 1963, nicht früher und nicht später, alle Gründe hatte, vor dem USA-Imperialismus zu kapitulieren?

Aus Ärger darüber, daß es den von den Führern der Sowjetunion im Verein mit dem USA-Imperialismus begangenen Schwindel entschlossen aufdeckte, machte die „Iswestija“ dem chinesischen Volk seinen „absurden Standpunkt“ zum Vorwurf. Das ist fürwahr recht merkwürdig. Unser jetziger Standpunkt gegen den Dreiervertrag ist der gleiche Standpunkt, von dem aus wir früher die Sowjetunion unterstützten und auf dem seinerzeit die Sowjetunion selbst beharrte. Der heutige Standpunkt der Führer der Sowjetunion erst ist wirklich absurd. Noch absurder ist es, wenn „Iswestija“ gegen das chinesische Volk geifert, es mache gemeinsame Sache mit den amerikanischen „Wahnsinnigen“. Nein, das chinesische Volk hat diese „Ehre“ noch nicht gehabt. Nicht wir machen mit den amerikanischen „Wahnsinnigen“ gemeinsame Sache, sondern Ihr, die die USA-Imperialisten mit solcher Begeisterung in die

Arme geschlossen habt. Derjenige, der sich selbst Lenins wahren Nachfolger nennt, tut sich mit dem Häuptling des Imperialismus zusammen. Das erst ist eine „seltsame Kumpane!“.

Die Führer der Sowjetunion sehen nur den USA-Imperialismus. Sie meinen, alles wäre in bester Ordnung, wenn die USA-Imperialisten bejahend nicken und ihnen auf die Schulter klopfen. Die anderen sozialistischen Staaten und aller friedliebenden Länder bedeuten ihnen gar nichts. Der Vorsitzende des Ministerrats der UdSSR Chruschtschow erklärte vor langem öffentlich: „Wenn friedliche, freundschaftliche Beziehungen zwischen den USA und der Sowjetunion hergestellt würden, dann könnte wohl kaum jemand die internationale Lage komplizieren, denn er müßte doch mit unseren beiden Ländern rechnen.“ Außerdem hat er wiederholt für die „allseitige Zusammenarbeit“ der Sowjetunion mit den USA die Trommel gerührt. Es scheint, daß es eben diese „allseitige Zusammenarbeit“ der Sowjetunion mit den USA ist, worum sich der Führer der Sowjetunion von Camp David bis Wien, von Wien bis Moskau bemüht hat. Jetzt, da sie in Moskau mit den USA und deren Partner Großbritannien diesen Vertrag zusammengekleistert haben, wollen sie, daß die übrigen etwa 130 Länder der Welt ihr Kreuz daruntersetzen. Sie behaupten auch, es sei „ein guter Anfang“. Das bedeutet, daß sie diesen Weg noch weiter gehen wollen: den Weg der Zusammenarbeit mit den USA zur Beherrschung der Welt.

Daß der Dreiervertrag China an Händen und Füßen binden soll, liegt klar auf der Hand. Der USA-Delegierte an den Dreierverhandlungen in Moskau erklärte öffentlich, daß die USA, Großbritannien und die Sowjetunion deshalb zu einem Abkommen gelangen konnten, weil „wir zusammenarbeiten konnten, um China die nukleare Kapazität vorzuhalten“. In letzter Zeit haben die sowjetischen Führer und die sowjetischen Zeitungen, während sie einerseits mit den USA-Imperialisten engste Beziehungen unterhalten und sie Brüder nennen, das sozialistische China andererseits ihren zähneknirschenden

Haß verspüren lassen. Sie überschütten China mit einer Flut von Schimpfwörtern, wie sie den USA-Imperialisten geläufig sind. Das ist einfach ein Bündnis der Sowjetunion mit den USA gegen China, sonst gar nichts.

Mit der Inspiration aus Moskau erklärt die westliche Propaganda, daß „eine ‚Neuverteilung‘ der Welt im Gange ist“ (AFP-Meldung). Die Propagandamaschine der USA geht sogar soweit auszuposaunen: „Wenn Chruschtschow China böse ist — und in seinem eigenen Interesse neigt er sowieso dazu — könnten wir ihm weitgehend entgegenkommen.“ („New York Times“). Und die „Chicago Sun Times“ ging noch weiter, indem sie die Sowjetunion unverhohlen aufforderte, „ihre Bündnisse umzukehren“, und „eine Begrüßungsfeier mit allem Zeremoniell für den verlorenen sowjetischen Sohn“ versprach. Offensichtlich wird eben jetzt eine solche Begrüßungsfeier mit allem Zeremoniell zur Rückkehr des verlorenen Sohns vorbereitet.

Aber die USA-Imperialisten und ihre Komplizen sollen nicht allzu früh frohlocken. Die Sowjetunion ist ein großer sozialistischer Staat, das Sowjetvolk ist ein großes Volk mit glorreichen revolutionären Traditionen, die KPdSU wurde von Lenin selbst gegründet und ist eine große Partei, die sich im Kampf gegen den Opportunismus aller Schattierungen entwickelt hat. Alle Machenschaften, durch die an der Sowjetunion, am Sowjetvolk und an der KPdSU Verrat geübt wird, sind schließlich zum schmachvollen Scheitern verurteilt.

## WARUM BRINGT DER DREIERVERTRAG HUNDERT NACHTEILE, ABER KEINEN EINZIGEN VORTEIL?

*Beobachter der „Renmin Ribao“ (Volkszeitung)  
(10. August 1963)*

Der USA-Imperialismus und seine Anhänger besitzen heute Tausende und aber Tausende Nuklearbomben und sind dabei, immer mehr herzustellen. Diese Kernwaffen sind eine stetige Gefahr für die Völker aller Länder. Die drei Milliarden Menschen der Welt, mit Ausnahme des USA-Imperialismus und seiner Anhänger, die sich zu Aggressionen, Drohungen und Erpressungen auf ihre Kernwaffen verlassen, setzen ihre sehnlichsten Hoffnungen auf das allseitige, vollständige, restlose und entschiedene Verbot der Kernwaffen und ihre Vernichtung.

Den Vertrag zur teilweisen Einstellung der Kernwaffenversuche, den die Außenminister der USA, Großbritanniens und der UdSSR am 5. August formell unterzeichneten, haben die Führer der Sowjetunion als einen guten Beginn beschrieben, durch den die Aggressions- und Kriegskräfte ins Wanken kämen. Wie schön! Aber was sind denn die Tatsachen? Es läßt sich nachdrücklich feststellen, daß dieser Vertrag hundert Nachteile, aber keinen einzigen Vorteil bringt.

### I. DASS DIE KERNTTESTS TATSÄCHLICH TEILWEISE EINGESTELLT WURDEN, ERGAB SICH DURCHAUS NICHT AUS DER UNTERZEICHNUNG DIESES VERTRAGS

Manche Leute meinen, daß der von den USA, Großbritannien und der Sowjetunion unterzeichnete Dreiervertrag über die

Einstellung der Kernversuche in der Atmosphäre, im Kosmos und unter Wasser in gewissem Maß die Verseuchung der Luft und des Wassers durch Atommüll vermindern könne und doch eine gute Sache sei. Es wäre daher besser, diesen Vertrag zu haben als gar keinen.

Entspricht das wirklich den Tatsachen? Unserer Meinung nach nicht.

Es ist ohne weiteres verständlich, daß die Völker aller Länder die Einstellung der Kerntests und die Verminderung, ja sogar völlige Beseitigung der Verseuchung der Atmosphäre und des Wassers durch Atommüll erhoffen.

Aber wenn von der Einstellung der Kerntests gesprochen wird, muß darauf hingewiesen werden, daß die ganze Verantwortung beim USA-Imperialismus liegt, wenn es bisher nicht zur Einstellung der Kerntests kam.

Die USA waren die ersten, die Atombomben hergestellt und angewendet haben.

Es sind die USA, die wie besessen die Aufrüstung mit Kernwaffen betreiben und alles daransetzen, um ihr Kernmonopol zu bewahren und die nukleare Überlegenheit zu gewinnen.

Zu diesem Zweck haben die USA unendlich viele Kerntests verschiedener Art durchgeführt. Nach offiziellen statistischen Angaben der USA haben sie von Juli 1945 bis Juni d. J. 259 nukleare Versuche vorgenommen. Das heißt, daß die USA die meisten Kerntests auf der Welt durchgeführt haben. Gegenüber dieser wahnwitzigen Politik der USA von nuklearer Aufrüstung und Erpressung sehen sich die sozialistischen Länder, um ihre eigene Sicherheit zu verteidigen und die Kernmonopolstellung der USA zu beseitigen, gezwungen, die nötigen Experimente durchzuführen.

Insbesondere durch ihre nuklearen Versuche in der Atmosphäre und im Kosmos, die meistens auf hoher See im Stillen Ozean durchgeführt wurden, haben die USA das Leben und die Gesundheit der Völker aller Länder Asiens und am Pazifik, vor allem des japanischen Volks, aufs ernstlichste geschädigt. Die Völker in aller Welt fordern seit langem von den USA, ihre

nuklearen Versuche einzustellen, und diese Forderung hat sich bereits zum Druck in weltweitem Umfang ausgeweitet.

Die nuklearen Versuche in der Atmosphäre, im kosmischen Raum und unter Wasser sind jetzt tatsächlich eingestellt worden. Aber nicht durch die Unterzeichnung dieses Vertrags, sondern weil die Völker aller Länder den nuklearen Versuchen ihren machtvollen Widerstand entgegensetzen, weil die Nuklearstaaten, besonders die USA, bereits ausreichende Daten aus ihren Versuchen gezogen haben, so daß selbst die völlige Einstellung der Kerntests in der Atmosphäre, im kosmischen Raum und unter Wasser die fortgesetzte Massenproduktion von Kernwaffen nicht beeinflussen kann.

Der Informationsdienst der USA (USIS) berichtete am 26. Juli auch: „Durch das Verbot der Kernwaffenversuche in der Atmosphäre, im kosmischen Raum und unter Wasser ändert der Vertrag die gegenwärtige Situation für die drei nuklearen Großmächte nicht. Keine von ihnen hat kürzlich solche Tests durchgeführt, und keine hat gute Gründe, solche Tests in der absehbaren Zukunft wiederaufzunehmen.“

Was die USA jetzt brauchen, ist andererseits die Fortsetzung der nuklearen Versuche unter der Erdoberfläche, und dieser Vertrag legalisiert tatsächlich solche Tests, und das entspricht gerade ihren Wünschen. Nach der Paraphierung des Dreiervertrags berichtete United Press International, daß die Militärschefs der USA diesen Vertrag unterstützen würden. „Ein überzeugender Faktor für den Führungsstab der USA-Streitkräfte ist jedoch, daß dieser Vertrag den USA freie Hand läßt, achtzig Prozent ihrer als notwendig erachteten Atomtests mit Hilfe von Explosionen unter der Erdoberfläche durchzuführen.“

In seinem Kommentar zum Dreiervertrag bemerkte Allal Al Fassi, Präsident der Marokkanischen Istiqlal-Partei, sehr treffend: „Da ihr euch entschlossen habt, die teuflischen Waffen in eurem Besitz beizubehalten, und da ihr euch nicht verpflichtet habt, keine Testexplosionen durchzuführen oder die zu bestrafen, die nicht einer Meinung mit euch sind, was hat



es dann für einen Sinn, die Menschen mit solch einem Vertrag hinters Licht zu führen?“ „Wenn ihr einerseits die Tests in der Atmosphäre verbietet und euch andererseits die völlige Freiheit vorbehaltet, unterirdische Tests durchzuführen, dann muß man fragen, welcher Unterschied eigentlich zwischen diesen beiden Mitteln der Vernichtung besteht? Es scheint mir dasselbe zu sein, ob uns ein Blitz vom Himmel her oder von unter der Erde trifft. Beides sind vernichtende Bomben.“

Es ist nicht so, daß die sowjetischen Führer nicht imstande sind, die Wahrheit in den Worten Fassis zu begreifen. Früher hatte doch Chruschtschow festgestellt: „Würde ein Beschluß nur über das Verbot der Versuche in der Atmosphäre gefaßt werden, so würde das den Hoffnungen der Völker auf die völlige Einstellung der Versuche nicht gerecht werden.“ Er kennzeichnete das auch als „reinen Propagandatrick zur Täuschung der Öffentlichkeit“. Jetzt aber macht die Sowjetregierung mit dem Imperialismus gemeinsame Sache für einen solchen Propagandatrick zur Täuschung der Öffentlichkeit. All dies legt an den Tag, daß die sowjetischen Führer offen vor dem Imperialismus kapituliert haben.

## **II. DIESER VERTRAG KANN DIE KERNMÄCHTE GAR NICHT ZÜGELN, SONDERN NUR ANDERE LÄNDER AN HÄNDEN UND FÜSSEN BINDEN**

Manche Leute könnten sagen: Zugegeben, daß es nicht diesem Vertrag zu danken ist, wenn in letzter Zeit keine Kerntests in der Atmosphäre, im kosmischen Raum und unter Wasser vorgenommen wurden. Was ist aber schlecht daran, wenn dieser Vertrag die Kernmächte zügeln und die derzeitige Einstellung dieser Arten von Kerntests dauerhaft machen kann?

Nein, dieser Vertrag kann die Signatarländer durchaus nicht in dieser Weise zügeln. Er bietet keine Gewähr, der obenerwähnten derzeitigen Situation Dauer zu verleihen.

In Artikel IV dieses Vertrags ist vorgesehen: „Jeder Teilnehmer hat in Ausübung seiner staatlichen Souveränität das Recht, aus dem Vertrag auszuschneiden, wenn er zu der Schlußfolgerung kommt, daß die mit dem Inhalt dieses Vertrags verbundenen außergewöhnlichen Ereignisse die höchsten Interessen seines Landes gefährden. Von einem solchen Ausschneiden muß er alle anderen Vertragspartner drei Monate vorher in Kenntnis setzen.“

Das bedeutet, daß eine der nuklearen Mächte, hauptsächlich die USA, einfach mit dem Vorwand „außergewöhnlicher Ereignisse“ und „in Ausübung ihrer staatlichen Souveränität“, zu jeder beliebigen Zeit aus dem Vertrag ausscheiden, die Kerntests in der Atmosphäre, im kosmischen Raum und unter Wasser wiederaufnehmen kann, ohne sich überhaupt mit den anderen Signatarstaaten besprechen und deren Bestätigung einholen zu müssen.

Was soll denn das für ein Vertrag sein?

Nach allgemeiner internationaler Gepflogenheit hat jeder internationale Vertrag für jedes Signatarland eine gewisse, in gleichem Maß bindende Kraft. Aber der in Moskau unterzeichnete Vertrag zur teilweisen Einstellung der nuklearen Versuche legt den Kernmächten überhaupt keine Verpflichtungen auf. Jede von ihnen kann einseitig zu einer „Schlußfolgerung“ kommen und den Vertrag zerreißen. Daher ist dieser Vertrag überhaupt kein Vertrag. Selbst der USA-General Lauris Norstad, früherer Allierter Oberbefehlshaber der NATO in Europa, konnte sich nicht enthalten, zu diesem Vertrag festzustellen: „Er ist etwas, das durch einseitigen Entschcheid verletzt werden kann. Er ist nicht etwas, das man durchführen kann.“ Kein Wunder, daß der USA-Präsident Kennedy sofort nach der Paraphierung des Vertrags erklärte: „Wir müssen . . . jederzeit darauf vorbereitet bleiben, wenn nötig, aus dem Vertrag auszutreten und alle Arten der Versuche wiederaufzunehmen.“

Wie allgemein bekannt, ist dieser Vertrag eine Neuauflage des Vertragsentwurfs, den die USA und Großbritannien am 27.

August 1962 vorlegten. Der einzige Unterschied liegt darin, daß die Signatarländer keine Sitzung brauchen, um nach Belieben aus diesem Vertrag auszuschcheiden. Daher hat er für die drei Kernmächte, hauptsächlich die USA, noch weniger Verbindlichkeit als der Entwurf der USA und Großbritanniens.

Dieser Vertrag besitzt nicht nur keine Verbindlichkeit für die drei nuklearen Mächte, noch absurder ist es, daß damit andere Länder zur Unterzeichnung eingefangen werden und bedingungslos die Pflicht übernehmen sollen, keine Kernwaffenversuche durchzuführen. Nach den Bestimmungen dieses Vertrags können die drei nuklearen Mächte unterirdische Kerntests fortsetzen, während nichtnukleare Länder überhaupt keine Kerntests durchführen dürfen. Denn es ist ja allgemein bekannt, daß Kernwaffentests mit Versuchen in der Atmosphäre beginnen müssen. Ohne die in solchen Tests gesammelten Daten kann man keine Kernwaffen herstellen, von unterirdischen Tests zur Verbesserung solcher Waffen gar nicht zu reden.

Weiterhin sind alle anderen Länder, die diesem Vertrag beitreten, nur verpflichtet, sich an seine Bestimmungen zu halten, haben aber nicht das Recht, ihn zu revidieren. Der Dreiervertrag setzt ausdrücklich fest: „Jede Abänderung zu diesem Vertrag muß mit Stimmenmehrheit sämtlicher Vertragspartner, einschließlich der Stimmen aller ursprünglichen Teilnehmer, bestätigt werden.“ Das bedeutet also, daß dieser Vertrag den drei nuklearen Mächten das unantastbare Vetorecht zusichert. Infolgedessen kann der Beitritt von sogar hundert Staaten zu diesem Vertrag nicht ein Hundertstel seines Wesens ändern.

Hinzu kommt noch, daß nukleare Mächte wie die USA, gäbe es diesen Vertrag nicht, unter dem täglich steigenden Druck der Völker aller Länder gegen Kernwaffenversuche, es sich wohl überlegen müßten, die nuklearen Versuche in der Atmosphäre, im kosmischen Raum und unter Wasser wiederaufzunehmen. Mit diesem Vertrag können sie aber sehr leicht

einen Vorwand finden, um die Wiederaufnahme dieser Arten von Kerntests zu legalisieren.

In ihrem Kommentar zum Beitritt Japans zu diesem Vertrag schrieb die japanische bürgerliche Zeitung „Mainichi Shimbun“: „Dies kann nur dazu führen, das Monopol der drei Mächte nicht nur auf Kernwaffen, sondern auch auf die diesen Kernwaffen beruhende Diplomatie anzuerkennen“, was gleichbedeutend wäre mit der „Mißachtung der Prinzipien der Souveränität und Gleichberechtigung“. Die pakistanische Zeitung „Hurriyat“ schrieb treffend in einem Leitartikel: „Es ist merkwürdig, daß die Sowjetunion, ein sozialistisches Land, sich mit den westlichen Imperialisten zusammengetan hat.“

Was sind die Handlungen der Sowjetführer anderes als Kapitulation vor dem Imperialismus?

### III. DIESER VERTRAG HILFT DEM USA-IMPERIALISMUS, DIE NUKLEARE ÜBERLEGENHEIT ZU GEWINNEN, UND VERMEHRT DIE GEFAHR EINES KERNKRIEGS

Manche Leute wenden ein, auch wenn dieser Vertrag seine Unterzeichner zu nichts verpflichtet, käme es doch höchstens auf dasselbe heraus wie ohne ihn, wie könne man da sagen, daß es schlimmer sei, diesen Vertrag zu haben als gar keinen?

Ja, wir behaupten, daß es schlimmer, sogar viel schlimmer ist, diesen Vertrag zu haben als ihn nicht zu haben. Das ist durchaus keine Übertreibung, denn:

Erstens kann dieser Vertrag die Völker der verschiedenen Länder irreführen, ihren Willen lähmen und ihren Kampf desorganisieren. Die friedliebenden Völker der Welt haben der Politik des USA-Imperialismus mit seiner nuklearen Aufrüstung, seinen Vorbereitungen auf einen Kernkrieg und seinen nuklearen Erpressungen gegenüber erhöhte Wachsamkeit bewahrt. Sie haben sich in immer breiterem Maßstab zum Kampf gegen die Gefahr eines Kernkriegs, für die Forderung nach dem allseitigen Verbot der Kernwaffen mobilisiert. Jetzt, da die USA, Großbritannien und die Sowjetunion einen solchen

Schwindelvertrag zusammengezimmert haben, und es Leute gibt, die ihn in den Himmel heben, mit Behauptungen wie: er stelle einen „Wendepunkt in der Geschichte“ dar, er „eröffnet der Menschheit den Weg zur vollständigen Befreiung von der Gefahr einer durch A- und H-Bomben hervorgerufenen Katastrophe“ usw. usf., wird in der Welt das Scheinbild hervorgerufen, daß einige wenige Kernmächte Maßnahmen ergriffen haben, durch die die Gefahr des Kernkriegs beseitigt werden kann, und daß sie damit dem Weltfrieden nützen, so daß die Völker ohne Sorge dahinleben können.

Wie die burmesische Zeitung „Ludu“ dazu feststellte, könnte der Dreiervertrag die Menschen in der Illusion wiegen, der USA-Imperialismus liebe den Frieden, woraus die USA-Imperialisten sehr großen politischen Gewinn ziehen würden.

All das kann selbstverständlich nur dem USA-Imperialismus bei seiner Kernausrüstung und seinen Vorbereitungen auf einen Nuklearkrieg nützen und dem Kampf der Völker gegen die Gefahr eines Kernkriegs und für das Verbot der Kernwaffen schaden. Das Ergebnis ist, daß die Gefahr des Kernkriegs nicht nur nicht vermindert, sondern vielmehr vergrößert wird.

In Wirklichkeit ist es gar nicht so, daß die Führer der Sowjetunion das früher nicht bemerkt haben. In seiner Erklärung vom 9. September 1961 zur Erklärung der USA und Großbritannien zur Frage der Kernwaffenversuche stellte Chruschtschow fest, daß „eine Einigung über die Einstellung lediglich einer Art der Versuche, nämlich der Versuche in der Atmosphäre, der Sache des Friedens einen schlechten Dienst leisten würde. Sie wäre ein Betrug an den Völkern. Eine solche Einigung könnte bei den Völkern die schädliche und gefährliche Illusion hervorbringen, daß Schritte zur Einstellung des Wettrüstens getan werden, während das in Wirklichkeit keineswegs der Fall wäre“. Aber jetzt verbreiten sie, gemeinsam mit den USA-Imperialisten, gerade solch eine schädliche und gefährliche Illusion, wobei ihre Stimme sogar die des USA-

Imperialismus übertönt. Das ist im wahrsten Sinn des Worts „ein schlechter Dienst für den Frieden“!

Zweitens ist noch nötiger hervorzuheben, daß dieser Vertrag den USA unterirdische Kernversuche zugesteht und somit den Weltfrieden in ernste Gefahr bringt.

Die Kennedy-Regierung ist sich zutiefst bewußt, daß die Entfesselung eines Kernkriegs äußerst ernste Folgen für sie selbst nach sich ziehen würde. So verlegt sie den Schwerpunkt der militärischen Strategie der USA auf Vorbereitungen zu lokalen Kernkriegen. Ihre Politik zur Vorbereitung nuklearer Kriege besteht zur Zeit einerseits in der Verbesserung strategischer Kernwaffen, andererseits in der rührigen Weiterentwicklung taktischer Kernwaffen. Die USA richten ihre besondere Aufmerksamkeit auf die Schaffung taktischer Kernkräfte, in Vorbereitung auf sogenannte „beschränkte Kernkriege“ gegen die sozialistischen Staaten und insbesondere gegen die nationale Unabhängigkeitsbewegung der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas. Obwohl die USA in Korea und in Südvietnam die modernsten konventionellen Waffen, ja sogar barbarische bakteriologische und chemische Waffen, eingesetzt haben, war ihnen der Sieg nicht beschieden. Mit größter Ungeduld streben sie nun danach, ihre Schlappe durch die Anwendung taktischer Kernwaffen wettzumachen.

Diese Vorstellungen und Vorbereitungen der USA dienen ihrer sogenannten Strategie der „elastischen Reaktion“, wie Maxwell Taylor, Kennedys militärischer Berater und Vorsitzender des Führungsstabs der USA-Streitkräfte, es in seinem Buch „The Uncertain Trumpet“ vor langem deutlich erklärt hat. Nach einer Analyse der ungünstigen Position der USA im Verhältnis ihre konventionellen militärischen Kräfte und ihrer nuklearen militärischen Kräfte, unterbreitete er einen Vorschlag zur Aufstellung eines neuen militärischen Staatsplans, der folgendes enthalten sollte:

1) Den Verzicht auf die Strategie der massiven Vergeltung und die Erklärung, daß die „USA bereit sind, an jedem Ort

und zu jeder Zeit mit den der Situation entsprechenden Waffen und Streitkräften zu antworten“;

2) die Anerkennung der „Grenzen unserer atomaren Vergeltungskräfte“ und ihren Einsatz nur im Fall eines „atomaren Überfalls auf das Festland der USA oder der Entdeckung unwiderlegbarer Beweise, daß ein solcher Überfall bevorstehe“, und „falls Europa einem großangelegten Angriff ausgesetzt wäre“;

3) Revidierung der Definition des totalen Kriegs und des beschränkten Kriegs: Totalkrieg „bezeichnet einen Konflikt, in den die Streitkräfte der USA und der UdSSR direkt verwickelt sind und in dem der Einsatz von Atomwaffen von Anfang an angenommen werden muß“. Beschränkter Krieg „wird als ein Konflikt betrachtet, der an einen Totalkrieg noch nicht heranreicht und in dem die USA-Streitkräfte Atomwaffen einsetzen, wie es die Erreichung ihrer nationalen Ziele erfordert“.

Er schrieb auch: „In bezug auf Atomwaffen würden unsere Streitkräfte mit kleinen taktischen Atomwaffen versehen . . . im Baumuster der taktischen Atomwaffen muß das Gewicht auf die Entwicklung von Atomwaffen mit sehr geringem Potential gelegt werden, die die Truppen unserer Freunde und die alliierte Bevölkerung nicht dem Risiko von Atommüll oder ernster Gefahr aussetzen.“

Die gegenwärtige Politik der nuklearen Aufrüstung der USA wurde nach ebendiesen strategischen Auffassungen ausgearbeitet. Das war es, was Kennedy meinte, als er nach der Paraphierung des Dreiervertrags kundtat: „Die USA haben sich bewußt dafür entschieden, sich auf die Entwicklung beweglicherer und wirksamerer Waffen mit niedrigerem, aber völlig ausreichendem Potential zu konzentrieren.“ Zur fortgesetzten Verbesserung ihrer strategischen Kernwaffen und zur aktiven Entwicklung ihrer taktischen Kernwaffen brauchen die USA unterirdische nukleare Versuche und können sich auch auf solche Versuche verlassen. John MacCone, der frühere Präsident der Atomenergie-Kommission der USA, erklärte:

„Durch unterirdische Versuche können (nukleare) Waffen, große wie kleine, entwickelt und verbessert werden.“

Die USA brauchen fortgesetzte Kerntests unter der Erdoberfläche, und der Dreiervertrag legalisiert die Fortführung ebensolcher Tests. Unter dem Schutzschild dieses Vertrags können sie nach Belieben mit Kernwaffen aufrüsten und der Verurteilung durch die Weltöffentlichkeit entgehen.

Drittens hilft dieser Vertrag den imperialistischen Staaten, während er die sozialistischen Staaten und alle unterdrückten Länder bindet.

Dieser Vertrag kann die USA weder hindern, ihre nuklearen Stützpunkte, nuklearen Ausrüstungen, nuklearen U-Boote und Flugzeuge in alle Teile der Welt zu verstreuen, noch sie davon abhalten, Kernwaffen und technische Daten zu ihrer Herstellung an die unter ihrer Kontrolle stehenden Staaten zu liefern. Am 1. August deutete Kennedy auf seiner Pressekonferenz an, daß die USA trotz dem Dreiervertrag Kernwaffen nach wie vor ihren Alliierten „verkaufen können“, und „die USA sind bereit, Frankreich nukleare Hilfe zukommen zu lassen“. Auch Harriman stellte am 31. Juli fest, daß dieser Vertrag durchaus keine Vorkehrungen enthalte, um die USA daran zu hindern, ihren Verbündeten Kerngeheimnisse mitzuteilen.

Beachtenswert ist, daß die Kennedy-Regierung ihren Plan der „multilateralen Kernmacht“ eben jetzt intensiviert. Dieser Plan ist seinem Wesen nach ein Plan zur Verbreitung von Kernwaffen im westlichen Lager. Er macht es noch mehr westlichen Ländern möglich, sich Kernwaffen zu verschaffen, und verstärkt somit die Kernmacht des ganzen imperialistischen Lagers. Nach Unterzeichnung des Dreiervertrags nahm die Konferenz zur Errichtung der „multilateralen Kernmacht“ in Washington sofort ihre Besprechungen wieder auf. Die westdeutsche Nachrichtenagentur DPA gab bekannt, daß die USA eine gewaltige diplomatische Tätigkeit entfalteten, um immer mehr Staaten zu diesen Besprechungen heranzuziehen.

Kennedy hat sich bereits offen darüber geäußert, daß die USA bereit sind, Frankreich in einige „nukleare Geheimnisse“ einzuweißen, im Tauschhandel für Frankreichs Beitritt zum Dreiervertrag. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die USA aktiv damit beschäftigt sind, Kernwaffen unter ihren Verbündeten zu verbreiten. Ihre Bestrebungen zielen dabei darauf ab, diese Staaten erst ihrer unmittelbaren Kontrolle zu unterstellen, bevor sie ihnen Kernwaffen in die Hand geben.

Im Gegensatz dazu fesselt dieser Vertrag die sozialistischen Staaten außer der UdSSR an Händen und Füßen, er fesselt die von den USA unterdrückten Länder und macht es ihnen unmöglich, ihre Verteidigungskräfte gegen die nukleare Bedrohung von seiten des USA-Imperialismus zu stärken. Trotzdem sieht die Sowjetregierung diesen Vertrag als einen Schritt, der die Verbreitung von Kernwaffen verhüten kann. Während sie keinen Einspruch gegen die Aktionen der USA zur Verbreitung von Kernwaffen unter ihren Verbündeten erhebt, tut sie ihr möglichstes, um zu verhindern, daß die sozialistischen Länder und alle unterdrückten Staaten sich Kernwaffen verschaffen. Das Ergebnis kann nur sein, dem von den USA geführten imperialistischen Lager die nukleare Überlegenheit leichter erreichbar zu machen. Die indonesische „Bintang Timur“ hat ganz richtig darauf hingewiesen, daß dieser Vertrag den Imperialismus begünstigt, während er für die Völker der Welt ungünstig ist. Diese Zeitung erklärte, daß dieser Vertrag „dem Imperialismus einen Freibrief aushändigt, mit dem er seine Politik der nuklearen Erpressung weiterführen kann“.

Die Sowjetregierung kommt dienstbeflissen den Wünschen des USA-Imperialismus entgegen, hilft ihm, ihre nukleare Monopolstellung zu festigen, stärkt das imperialistische und schwächt das sozialistische Lager sowie alle unterdrückten Staaten. Was soll das alles heißen, wenn nicht Verrat und Kapitulation?

#### IV. NICHT DER ERSTE SCHRITT ZUM FRIEDEN, SONDERN EIN SCHRITT, DER DIE KRIEGSGEFAHR NÄHERBRINGT

Manche sind der Auffassung, der Vertrag zur teilweisen Einstellung der Kernversuche beseitige zwar nicht die Gefahr eines Kernkriegs, sei aber doch ein Schritt zum vollständigen Verbot der Kernwaffen und zur Verhütung eines Kernkriegs. Wenn man nun nicht sofort ein vollständiges Verbot der Kernwaffen erreichen könne, warum sollte man Einwände gegen den ersten Schritt erheben?

Die chinesische Regierung vertritt immer die Ansicht, Schritt um Schritt bis zum vollständigen Verbot der Kernwaffen zu tun. Der Vorschlag, von der chinesischen Regierung in ihrer Erklärung vom 31. Juli unterbreitet, enthielt vier durchführbare Maßnahmen, die zuerst ergriffen werden sollen.

Aber was sieht der Dreiervertrag vor?

Wie die Sowjetregierung früher immer wieder betonte, hat die Einstellung der Kernwaffenversuche nur als Teil des gesamten Abrüstungsprogramms und als eine der Maßnahmen zum vollständigen Verbot der Kernwaffen Bedeutung. Aber der Dreiervertrag scheidet die Einstellung der Kerntests völlig vom Verbot der Kernwaffen und erwähnt kein Wort über das Verbot. Durch Legalisierung unterirdischer Kerntests wurde sogar das vollständige Verbot der nuklearen Versuche weit in den Hintergrund gerückt.

Bei der Unterzeichnungszeremonie des Dreiervertrags in Moskau erklärte der Außenminister der USA Dean Rusk: „Der Vertrag, den wir heute unterzeichnet haben, ist ein guter erster Schritt, ein Schritt, auf den die USA seit langem sehnlichst gewartet haben . . . Er macht der Gefahr eines Kernkriegs kein Ende. Er vermindert nicht die Kernwaffenlager. Er verhindert nicht die Herstellung von Kernwaffen. Er beschränkt nicht die Anwendung von Kernwaffen im Kriege.“ Und Rusk fügte hinzu: „Daher können wir jetzt keine Gewähr dafür geben, welche Bedeutung dieser Vertrag haben wird.“ Jene, die ihre Kapitulation zu decken suchen, tun ihr mög-

lichstes, um diesen Vertrag als einen historisch bedeutenden Schritt hinzustellen. Es zeigt sich aber, daß Dean Rusk mehr Gewicht darauf legte, die Gewinne der USA daraus aufzuzählen, als den Kapitulanten und Verrätern einen Zufluchtsort einzuräumen.

Es ist allen bekannt, daß die Sowjetunion noch im vorigen Jahr, als sie sich einverstanden erklärte, die Unterzeichnung eines Vertrags über die Einstellung nuklearer Versuche in der Atmosphäre, im Kosmos und unter Wasser in Erwägung zu ziehen, darauf bestand, daß keine unterirdischen Kerntests durchgeführt werden dürften, bevor eine Übereinkunft über die Kontrolle solcher Versuche getroffen war. Jetzt aber gibt der Dreiervertrag den nuklearen Mächten Handlungsfreiheit, unterirdische Kerntests nach Belieben vorzunehmen. Bedeutet das nicht, daß der Dreiervertrag geradezu ein Hindernis bei der Verwirklichung eines vollständigen Verbots der Kerntests darstellt?

Nach der Unterzeichnung dieses Vertrags erklärte Kennedy vor aller Welt, daß die USA ihre unterirdischen Kernversuche weiterführen würden. W. C. Foster, Leiter des Amtes für Waffenkontrolle und Abrüstung der USA, erklärte unverblümt, es wäre so gut wie unmöglich, unterirdische Kerntests in naher Zukunft zu verbieten. Wenn ein Schritt wie das Verbot unterirdischer nuklearer Versuche in solch weite Ferne gerückt ist, was für ein erster Schritt ist dann dieser Dreiervertrag zur teilweisen Einstellung der Kerntests?

Dieser Vertrag ist nicht nur kein erster Schritt zum vollständigen Verbot der Kernwaffen und zur allgemeinen Abrüstung hin, sondern erschwert sogar die Realisierung dieser dringlichen Aufgabe noch mehr.

Hätte die Sowjetregierung ihren früheren richtigen Standpunkt zum Verbot der Kernwaffen und zur Abrüstung beibehalten und die Völker der Welt zum Kampf um die Verwirklichung dieser Ziele mobilisiert, dann wäre die Möglichkeit größer, die USA und ihre Anhänger zu konkreten Verpflichtungen zu zwingen. Tatsächlich wird in den letzten Jahren

der Kampf der Völker um die Errichtung kernwaffenfreier Zonen und um die Liquidierung der Militärbasen auf fremdem Boden, einschließlich der nuklearen Basen, immer stärker, und die Lage der USA immer unhaltbarer. Aber jetzt hat die Sowjetunion mit den USA und Großbritannien einen Scheinvertrag zur sogenannten teilweisen Einstellung der Kernversuche abgeschlossen, sie verkündet, die Forderung nach der Errichtung kernwaffenfreier Zonen und nach der Auflösung der Militärstützpunkte auf fremdem Boden sei unrealisierbar, und verlangt, die Völker aller Länder sollten mit ihren Hoffnungen auf die Verhütung eines Kernkriegs auf die „schrittweise“ Erreichung einer Vereinbarung unter den drei Kernmächten setzen. Hat sie damit nicht das vollständige Verbot der Kernwaffen und andere dringliche Aufgaben beiseite geschoben? Hat sie damit einer Erreichung des vollständigen Verbots der Kernwaffen und der allgemeinen Abrüstung nicht noch mehr Hindernisse in den Weg gelegt?

Radio Ghana äußerte in seinem Kommentar vom 3. August, daß in kaum mehr als einer Woche seit der Paraphierung des Dreiervertrags „die freudige Stimmung der friedliebenden Völker in Zweifel, ja sogar Niedergeschlagenheit umschlägt“. „Der erste Grund dieser Besorgnis ist die täglich stärker werdende Einsicht, daß unterirdische Versuche, die im Teststoppvertrag nicht miteingeschlossen sind, den Wissenschaftlern die Möglichkeit zur Forschung über die nukleare Aufrüstung auf praktisch allen Gebieten geben. Den zweiten Grund dieser Besorgnis bildet die schmerzliche Einsicht, daß der Moskauer Vertrag die lebenswichtige Frage der Vernichtung der aufgespeicherten Kernwaffen völlig unbereinigt läßt.“ Der Kommentar stellt daher mit Recht fest: „Die Lücken im Moskauer Vertrag können die Welt einem Kernkrieg noch näher bringen.“

Klar ist, daß der Dreiervertrag, von welchem Gesichtswinkel auch immer gesehen, durchaus kein erster Schritt zum Frieden ist, sondern ein ernster Schritt zur Vergrößerung der Kriegs-

gefahr, ein ernster Schritt der Führer der Sowjetunion zur offenen Kapitulation vor dem Imperialismus.

Zu beachten ist, daß jetzt ein weiterer politischer Handel ausgekocht wird. Die Völker der Welt müssen dagegen äußerste Wachsamkeit üben.

Der Dreiervertrag ist ein Schwindel, ein höchst gefährlicher Schwindel. Es ist heute dringlichste Kampfaufgabe der friedliebenden Länder und Völker in der ganzen Welt; diesen Schwindel aufzudecken, ihn zunichte zu machen, jeden neuen Schwindel zu verhindern, daß Banner des vollständigen Verbots und der restlosen Vernichtung der Kernwaffen ebenso wie das Banner des Kampfs gegen den Imperialismus und für die Verteidigung des Weltfriedens noch höher zu heben.

**DIE WAHRHEIT DARÜBER,  
WIE SICH  
DIE FÜHRER DER KPdSU  
MIT INDIEN GEGEN CHINA  
VERBÜNDET HABEN**

Redaktion der „Renmin Ribao“ (Volkszeitung)

VERLAG FÜR FREMSPRACHIGE LITERATUR  
PEKING 1963

**Die Wahrheit darüber, wie sich die Führer der  
KPdSU mit Indien gegen China verbündet haben**

*Redaktion der „Renmin Ribao“ (Volkszeitung)*

*(2. November 1963)*

Am 19. September veröffentlichte die sowjetische Zeitung „Prawda“ einen redaktionellen Artikel zur chinesisch-indischen Grenzfrage mit dem Titel: „Ein ernster Spannungsherd in Asien“. Diesen Artikel hat unsere Zeitung bereits am 25. September im vollen Wortlaut gebracht. Tatsachen werden darin beiseitegelassen, Recht und Unrecht verdreht und China verleumderisch beschuldigt, die chinesisch-indische Grenzfrage durch einen Krieg lösen zu wollen und nicht den guten Willen zur friedlichen Lösung dieser Frage zu besitzen. In diesem Artikel wird mit allen Mitteln versucht, Zwietracht in den Beziehungen zwischen China und den asiatisch-afrikanischen Ländern zu säen. Auch wird China zum Vorwurf gemacht, daß es nicht wie Indien „auf die Vorschläge der Colombo-Konferenz positiv reagiert und sie vollinhaltlich und ohne jeden Vorbehalt angenommen“ hätte. In der Beflissenheit, Verwirrung zu stiften, wird die aufreizende Behauptung aufgestellt, daß Zusammenstöße an der chinesisch-indischen Grenze „erneut eine scharfe Form annehmen“ könnten.



Dieser Artikel fand bei den indischen Reaktionären und den USA-Imperialisten sofortigen Beifall.

Am 21. September stellte Nehru fest, der „Prawda“-Artikel zeige „einen bedeutungsvollen Fortschritt in der Beurteilung des indischen Standpunkts von seiten der Sowjetunion“.

Begeistert über diesen unerwarteten Glücksfall, wies der indische Informationsdienst alle seine Empfangsstellen an, dem „Prawda“-Artikel im vollen Wortlaut „größtmögliche Publizität“ zu verschaffen.

Die reaktionären indischen Zeitungen krächten laut, daß „die Sowjetunion Indien allseitig gegen China unterstützt“, und erklärten, „die Sowjetunion hat jetzt ihr ‚brüderliches‘ Schweigen aufgegeben und steht im chinesisch-indischen Grenzkonflikt offen auf seiten Indiens“.

Die amerikanische Zeitung „Christian Science Monitor“ schrieb, die Sowjetunion „spielt eine positive Rolle“, um China Einhalt zu gebieten, so daß „der Westen Grund hat, erleichtert aufzuatmen, was er sehr nötig hat“. Diese Zeitung berichtete weiters, daß viele Inder den „Prawda“-Artikel als „Abschreckungsmittel betrachten, dessen Auswirkungen den bevorstehenden westlich orientierten Luftmanövern gleichgesetzt werden können“.

Der „Prawda“-Artikel ist in der Tat ein außerordentlich wichtiger Artikel. Seit langem haben sich die Führer der Sowjetunion mit den indischen Reaktionären gegen das sozialistische China verbunden. Dieser Artikel ist ein Meilenstein in der Entwicklung von der früheren vorgeblichen Neutralität der Führer der Sowjetunion, die in Wirklichkeit die indischen Reaktionäre bevorzugten, zum Bund mit dem USA-Imperialismus, zur offenen Unterstützung der indischen Reaktionäre.

## I

Die chinesisch-indische Grenzfrage gehört zu den wichtigen prinzipiellen Differenzen zwischen uns und den Führern der Sowjetunion. Wir hätten es vorgezogen, über den Ursprung und die Entwicklung der Differenzen in dieser Frage zwischen China und der Sowjetunion zu schweigen. Da aber die Führer der Sowjetunion sie jetzt an die Öffentlichkeit gebracht und in der Erklärung der Sowjetregierung vom 21. September behauptet haben, daß ihr eigener Standpunkt in der chinesisch-indischen Grenzfrage seit 1959 immer richtig gewesen sei, der chinesische Standpunkt jedoch falsch, ist es nun, um Recht von Unrecht zu scheiden, notwendig geworden, nachzusehen, wie sich die Differenzen zwischen uns und den sowjetischen Führern in dieser Frage in den letzten Jahren entwickelt haben.

1. Nachdem die indischen Reaktionäre, als sie die reaktionäre Clique der Oberschicht Tibets zum bewaffneten Putsch aufhetzten und unterstützten, einen Mißerfolg erlitten hatten, provozierten sie am 25. August 1959 den ersten bewaffneten Zusammenstoß an der chinesisch-indischen Grenze. Am 6. September 1959 legte ein leitender chinesischer Funktionär dem sowjetischen Geschäftsträger den wahren Sachverhalt dieses Zusammenstoßes dar sowie Chinas Politik, sich um die Vermeidung weiterer Zusammenstöße zu bemühen. Dabei wurde auch festgestellt, daß die indische Regierung den Grenzzusammenstoß provoziert hatte, um eine Hetzkampagne gegen den Kommunismus und gegen China anzukurbeln; es sei völlig gesetzmäßig, daß die Bourgeoisie immer reaktionärer würde, je mehr sich der Klassenkampf im Lande zuspitze; da Nehru nun nichts unversucht läßt, um die So-

wjetunion dazubringen, einen Druck auf China auszuüben, dürfe sich die Sowjetunion nicht hinters Licht führen lassen.

2. Am Vormittag des 9. September 1959 setzte der sowjetische Geschäftsträger die chinesische Regierung in Kenntnis, die Sowjetregierung werde am 10. September eine TASS-Erklärung zur chinesisch-indischen Grenzfrage abgeben, und überreichte der chinesischen Regierung das Manuskript dieser Erklärung. Die chinesische Regierung brachte sofort prinzipiell zum Ausdruck, es wäre am besten, wenn die Sowjetregierung in dieser Frage nicht offen Stellung nähme.

Am Nachmittag desselben Tags übergab die chinesische Regierung dem sowjetischen Geschäftsträger die Abschrift eines von Ministerpräsident Tschou En-lai am 8. September an Ministerpräsident Nehru gerichteten Schreibens. In diesem Schreiben schlug die chinesische Regierung der indischen Regierung vor, durch Verhandlungen in freundschaftlicher Weise die Grenzfrage zu lösen und, vor der Lösung dieser Frage, den Status quo an der Grenze aufrechtzuerhalten.

Am gleichen Abend informierte die chinesische Regierung den sowjetischen Geschäftsträger, daß die chinesische Seite den Brief von Ministerpräsident Tschou En-lai an Nehru bereits veröffentlicht habe. Die sowjetische Regierung wurde ersucht, die von der chinesischen Regierung in diesem Schreiben zum Ausdruck gebrachte Haltung und Stellungnahme zu berücksichtigen und die TASS-Erklärung nicht zu veröffentlichen.

3. In der Nacht des 9. September 1959 veröffentlichte die Sowjetregierung trotz Abratens von chinesischer Seite vorfristig die TASS-Erklärung und brachte die Differenzen zwischen China und der Sowjetunion vor die

Öffentlichkeit. In dieser Erklärung kümmerte sich die Sowjetregierung nicht darum, wer beim Zusammenstoß an der chinesisch-indischen Grenze im Recht oder Unrecht war, und drückte nur vage ihr „Bedauern“ aus. Oberflächlich gesehen, blieb die Sowjetregierung neutral, in Wirklichkeit aber nahm sie Partei für Indien und verurteilte somit China.

4. Am 30. September 1959 verurteilte Genosse Chruschtschow China offen, es solle doch nicht „die Stabilität des kapitalistischen Systems mit Waffengewalt erproben“. Es ist der ganzen Welt bekannt, daß er damit China in der Taiwan-Frage und der chinesisch-indischen Grenzfrage als „kriegslüstern“ hinstellte.

5. Am 2. Oktober 1959 erklärten leitende chinesische Funktionäre Genossen Chruschtschow persönlich den wahren Zusammenhang und die Hintergründe des Zusammenstoßes an der chinesisch-indischen Grenze. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Grenze mit Provokationen von indischer Seite her verletzt wurde und daß man den indischen Reaktionären nicht immer nachgeben dürfe. Aber Chruschtschow wollte gar nicht die Wahrheit über die Grenzfrage wissen, auch nicht, wer der Provokateur war, sondern behauptete steif und fest, es sei auf alle Fälle falsch, Leute totzuschießen.

6. Am 21. Oktober 1959 lösten die indischen Reaktionäre den zweiten bewaffneten Zusammenstoß an der chinesisch-indischen Grenze aus. Die chinesische Regierung setzte am 26. Oktober den sowjetischen Geschäftsträger vom ganzen Verlauf dieses Vorfalles in Kenntnis.

7. Am 31. Oktober 1959, auf der Sitzung des Obersten Sowjets der UdSSR, sprach Chruschtschow erneut sein „Bedauern“ und seinen „Schmerz“ über die Zusam-

menstöße an der chinesisch-indischen Grenze aus und vertuschte Indiens Verantwortung für diese Provokation.

8. Am 7. November 1959 sprach Chruschtschow in einem Interview mit dem Korrespondenten der indischen Wochenschrift „New Age“ weiter davon, daß der chinesisch-indische Grenzzwischenfall „tragisch“ und „dumm“ sei. Unter Anführung des Beispiels der Lösung der Grenzfrage zwischen der Sowjetunion und Iran sagte er: „Was machen für einen Staat wie die Sowjetunion schon ein paar Kilometer aus?“ Damit deutete er an, China solle sein eigenes Gebiet abtreten und Indiens Forderungen erfüllen.

9. Vom 10. Dezember 1959 bis zum 30. Januar 1960 führten leitende chinesische Funktionäre sechs Gespräche mit dem sowjetischen Botschafter. Sie wiesen darauf hin, daß die sowjetischen Führer unrecht hätten, in der chinesisch-indischen Grenzfrage „strikte Neutralität zu bewahren“, daß in Wirklichkeit auch ihre Reden alles eher als neutral wären, indem sie Indien begünstigten und China verurteilten.

10. Am 6. Februar 1960 teilte das ZK der KPdSU mündlich dem ZK der KP Chinas mit: „Man kann doch unmöglich ernstlich annehmen, daß ein Staat wie Indien, der militärisch wie wirtschaftlich viel schwächer ist als China, tatsächlich beabsichtigt, eine militärische Offensive und Aggression gegen China zu starten“. Auch wurde festgestellt, Chinas Handlungsweise sei „Ausdruck einer engstirnigen nationalistischen Haltung“, „die Schießereien, die kurz vor der Reise N. S. Chruschtschows nach den USA an der chinesisch-indischen Grenze begannen, wurden von der ganzen Welt als Vorfälle ausgelegt, die die Schwierigkeiten der Sowjetunion bei ihren Friedensbemühungen vermehren“ würden.

11. Am 22. Juni 1960 sagte Chruschtschow während der Bukarester Beratung zum Leiter der Delegation der KP Chinas: „Ich weiß, was Krieg ist. Da Inder ums Leben kamen, bedeutet das, daß China Indien angegriffen hat.“ Er fügte noch hinzu: „Wir sind Kommunisten, für uns ist es unwichtig, wo die Staatsgrenze verläuft.“

12. Am 8. Oktober 1962 teilte ein führender chinesischer Funktionär dem sowjetischen Botschafter mit, China hätte in Erfahrung gebracht, daß Indien an der chinesisch-indischen Grenze eine großangelegte Offensive zu starten beabsichtige. Wenn Indien diese Offensive begänne, würden wir uns entschlossen verteidigen. Er wies weiter auch darauf hin, daß Indien die von der Sowjetunion hergestellten Hubschrauber und Transportflugzeuge dazu benütze, um Kriegsmaterial im chinesisch-indischen Grenzgebiet abzuwerfen und dorthin zu transportieren, was einen schlechten Eindruck auf unsere Grenzsoldaten mache, und daß China es als seine internationale Pflicht betrachte, die Sowjetunion darüber zu informieren.

13. Am 13. und 14. Oktober 1962 teilte Chruschtschow dem chinesischen Botschafter mit, daß sowjetische Informationen über indische Vorbereitungen für eine Offensive gegen China mit den chinesischen übereinstimmen. Wenn sich die Sowjetunion an Chinas Stelle befände, würde sie die gleichen Maßnahmen ergreifen. In der chinesisch-indischen Grenzfrage dürfe keine neutrale Haltung bezogen werden. Es wäre Verrat, wenn jemand China angreift und wir uns neutral erklären.

14. Am 20. Oktober 1962 starteten die indischen Reaktionen ihre großangelegte Offensive gegen China. Am 25. Oktober stellte die sowjetische Zeitung „Prawda“ in ihrem Leitartikel fest, daß die berühmte McMahan-

Linie dem chinesischen wie dem indischen Volk aufgezwungen und von China niemals anerkannt worden sei. Der sowjetische Leitartikel bezeichnete auch die in der Erklärung der chinesischen Regierung vom 24. Oktober enthaltenen drei Vorschläge als konstruktiv und als annehmbare Basis für den Beginn der Verhandlungen und die friedliche Beilegung des Konflikts zwischen China und Indien.

15. Am 12. Dezember 1962 hatte Chruschtschow alles vergessen, was er vor zwei Monaten gesagt hatte, und fiel erneut auf die alte Leier zurück. Auf einer Sitzung des Obersten Sowjets der UdSSR redete er unter vielen Anspielungen davon her, daß die Bevölkerungsdichte in den umstrittenen Gebieten an der chinesisch-indischen Grenze unbedeutend sei, und daß sie keinen großen Wert für das Leben des Menschen hätten; die Sowjetunion wäre durchaus nicht der Meinung, daß Indien mit China einen Krieg anfangen wolle. In der Frage von Grenzstreitigkeiten verträte sie die Leninschen Ansichten. Die 45jährigen Erfahrungen der Sowjetunion hätten bewiesen, daß es keine Grenzstreitigkeiten gäbe, die nicht ohne Anwendung von Waffen gelöst werden könnten. Es sei selbstverständlich sehr gut, daß China einseitig das Feuer eingestellt und seine Truppen zurückgezogen habe; aber wäre es nicht besser gewesen, gar nicht erst von jenen Positionen aus vorzurücken, auf denen diese Truppen seinerzeit gestanden haben?

16. Durch die Veröffentlichung eines redaktionellen Artikels in der „Prawda“ am 19. September 1963 ließen die Führer der Sowjetunion jede Maske völlig fallen, stellten sich offen auf die Seite des USA-Imperialismus und unterstützten die indischen Reaktionäre im Kampf gegen das sozialistische China.

Aus den vorgenannten historischen Tatsachen geht deutlich hervor, daß von chinesischer Seite her das Menschenmögliche getan wurde, um in der chinesisch-indischen Grenzfrage die Differenzen zwischen China und der Sowjetunion beizulegen. Aber die Führer der Sowjetunion verharrten auf ihrem Standpunkt des Großmacht-Chauvinismus, wollten keine Vernunft annehmen und hörten kein Wort von dem, was China vorbrachte. Um den sogenannten Geist von Camp David zu erwecken, brachten sie, als Morgengabe für den USA-Imperialismus, die Differenzen zwischen China und der Sowjetunion an die Öffentlichkeit. Während der karibischen Krise machten sie aus Zweckmäßigkeit ein paar anscheinend faire Bemerkungen. Sobald aber die Krise vorüber war, stritten sie gleich alles wieder ab. Die ganze Zeit hindurch haben sie auf seiten der indischen Reaktionäre gegen China gestanden. Wie die Tatsachen zeigen, ist der Standpunkt der Führer der Sowjetunion in der chinesisch-indischen Grenzfrage völliger Verrat an den Prinzipien des proletarischen Internationalismus.

## II

Die Differenzen der letzten vier Jahre zwischen uns und den sowjetischen Führern in der chinesisch-indischen Grenzfrage lassen sich in der Hauptsache zu folgenden vier Fragen zusammenfassen:

- 1) Ist die chinesisch-indische Grenzfrage eine wichtige und prinzipielle oder eine ganz unbedeutende Frage?
- 2) Wer hat konsequent den Status quo an der Grenze aufrechterhalten, wer hat die bewaffneten Grenzzusammenstöße provoziert?

3) Welche Haltung soll ein sozialistischer Staat bei einem bewaffneten Angriff von seiten der bürgerlichen Reaktionäre einnehmen?

4) Wem fehlt der ehrliche Wille zur friedlichen Regelung der chinesisch-indischen Grenzfrage, Indien oder China?

Untersuchen wir einmal, wie die Führer der Sowjetunion, mit Hintergedanken, in diesen vier Fragen den Sachverhalt vertuscht, Recht und Unrecht auf den Kopf gestellt, Indien unterstützt und China verraten haben.

**1. Ist die chinesisch-indische Grenzfrage eine wichtige, prinzipielle oder eine ganz unbedeutende Frage?**

In der ganzen Welt ist bekannt, daß sich die chinesisch-indische Grenzfrage um chinesisches Territorium im Ausmaß von 125 000 Quadratkilometern dreht. Daher ist das eine große und keine kleine Frage. Wir vertreten seit jeher die Ansicht, daß selbst eine derart große Frage gelöst werden kann, wenn sich beide Seiten gegenseitig als gleichberechtigt und im Geist des gegenseitigen Verständnisses und Entgegenkommens behandeln. Aber die indische Regierung hat nicht nur im östlichen Sektor der chinesisch-indischen Grenze 90 000 Quadratkilometer chinesisches Gebiets südlich der widerrechtlichen McMahon-Linie und im mittleren Sektor 2000 Quadratkilometer chinesisches Gebiets besetzt, sondern wurde dadurch nur noch gieriger und will auch noch im Westsektor 33 000 Quadratkilometer chinesisches Gebiets besetzen, das immer unter chinesischer Jurisdiktion geblieben ist. Das ist der Grund, warum die chinesisch-indische Grenzfrage lange Zeit hindurch ungelöst geblieben ist.

Die Führer der Sowjetunion behaupten jedoch, es sei eine ganz unbedeutende Frage.

Chruschtschow meint: „Was machen schon ein paar Kilometer aus?“

Wir können uns mit einer solchen Anschauung nicht einverstanden erklären. Es geht nicht um ein paar Kilometer, sondern um 125 000 Quadratkilometer. Wieviel sind 125 000 qkm? Mehr als die Fläche der zwei Unionsrepubliken der UdSSR, Aserbaidshan und Armenien, zusammengenommen. Wollte ein kapitalistischer Staat diese beiden Unionsrepubliken der UdSSR okkupieren, würden die Führer der Sowjetunion das auch für eine ganz unbedeutende Sache halten und nicht der Rede wert?

Chruschtschow sagt auch, daß die Bevölkerungsdichte in den umstrittenen Gebieten an der chinesisch-indischen Grenze unbedeutend ist, daß diese Gebiete für das Leben des Menschen keinen großen Wert haben, man brauche daher nicht viel Aufhebens von ihnen machen.

Wir können uns auch damit nicht einverstanden erklären. Wer hat bestimmt, daß sozialistische Staaten nur ihre dicht besiedelten Gebiete verteidigen dürfen, dünn besiedelte Gebiete aber nicht zu schützen brauchen? Im Ostsektor der chinesisch-indischen Grenze ist die Bevölkerungsdichte ungefähr die gleiche wie in der Unionsrepublik Turkmenien der UdSSR. Im Westsektor der chinesisch-indischen Grenze ist das Gebiet auch nicht mehr Öde und Leere als das riesige Gebiet unter ewigem Eis im Nordosten der Sowjetunion, das von dem den USA gehörenden Alaska durchs Meer getrennt ist. Wollte sich ein kapitalistischer Staat darauf versteifen, dieses Gebiet der Sowjetunion zu annektieren, würden die Führer der Sowjetunion dann auch denken, es stünde

nicht dafür, sich aufzuregen, und man sollte das Gebiet auf einem Präsentierteller überreichen?

Die sowjetischen Führer sagen auch: Für Kommunisten ist es unwichtig, wo die Staatsgrenze verläuft.

Solche Worte klingen natürlich recht schön. Leider wurde dabei vergessen, daß wir in einer Welt leben, in der es noch Klassen und Staaten, noch Imperialisten und bürgerliche Reaktionäre gibt. Hätten die sozialistischen Länder, diesen Worten nach, überhaupt noch das Recht, ihre Grenzen zu verteidigen? Und welchen Sinn hätte dann die einmütige Entschlossenheit aller sozialistischen Staaten, daß die Oder-Neiße-Grenze zwischen Deutschland und Polen nicht verletzt werden dürfe? Selbstverständlich kann eine derartig unsinnige Behauptung weder vom Sowjetvolk noch von den Völkern der anderen sozialistischen Länder geduldet werden.

**2. Wer hat konsequent den Status quo an der Grenze aufrechterhalten, wer hat die bewaffneten Grenzzusammenstöße provoziert?**

Auch hier liegt die Antwort auf der Hand.

Obwohl Indien bereits mehr als 90 000 Quadratkilometer chinesischen Gebiets besetzt hat, setzt sich China konsequent für die friedliche Lösung der Grenzfrage durch Verhandlungen ein und, solange die Frage nicht gelöst ist, für die Aufrechterhaltung des Status quo an der Grenze und die Vermeidung von Zusammenstößen.

Die indischen Reaktionäre jedoch wollen keine Lösung der Grenzfrage durch Verhandlungen, auch keine Aufrechterhaltung des tatsächlich bestehenden Status quo an der Grenze. Ihre Begierde, weiters einige 30 000 Quadratkilometer chinesischen Gebiets zu besetzen, brachte sie dazu, zu wiederholten Malen mit Waffenge-

walt den Status quo an der Grenze zu verletzen und selbst bewaffnete Zusammenstöße zu provozieren.

Der diametral entgegengesetzte Standpunkt Chinas und Indiens zur Grenzfrage liegt für alle unvoreingenommenen Menschen, die die Tatsachen respektieren, klar zutage.

China ist unablässig bemüht, an der Grenze den Status quo aufrechtzuerhalten, die Ruhe an der Grenze zu sichern und die friedliche Lösung der Grenzfrage durch Verhandlungen zu erreichen.

China hat die illegale McMahon-Linie nicht anerkannt. Aber seit über zehn Jahren hat China niemals diese Linie überschritten.

Nachdem Indien zwei Grenzzusammenstöße nacheinander provoziert hatte, schlug China am 7. November 1959 vor, beide Seiten sollten ihre Streitkräfte je 20 km von der tatsächlichen Kontrolllinie zurückziehen und den Patrouillendienst einstellen. Obwohl all diese Vorschläge von Indien abgelehnt wurden, stellte China seinerseits den Patrouillendienst ein.

Im April 1960, ungeachtet der damals von den indischen Reaktionären angekurbelten antichinesischen Hetzkampagne, besuchte der chinesische Ministerpräsident Neu-Delhi und führte Besprechungen mit dem indischen Premierminister. Aber Indien wünschte weder eine friedliche Lösung der Grenzfrage noch die Aufrechterhaltung des Status quo an der Grenze.

1961 und besonders 1962 benutzte Indien die einseitige Einstellung des Patrouillendienstes auf chinesischer Seite, um Schritt für Schritt vorzudringen, mehr und mehr chinesisches Gebiet zu besetzen und immer ernstere bewaffnete Provokationen anzuzetteln. China, das größte Geduld und Zurückhaltung bewahrte, unterbrei-

tete zwischen August und Oktober 1962 zu drei verschiedenen Malen Vorschläge zur Aufnahme von Verhandlungen über die Grenzfrage. Aber diese Vorschläge wurden alle drei Male zurückgewiesen.

Am 12. Oktober 1962 gab Nehru bekannt, er hätte bereits den Befehl erteilt, chinesisches Grenzgebiet von chinesischen Truppen zu „säubern“. Am 20. Oktober 1962 starteten indische Truppen eine massive Generaloffensive. Erst als die Situation völlig unerträglich wurde und kein weiteres Zurückweichen möglich war, unternahm China zur Selbstverteidigung einen Gegenangriff. Um die Lage wieder einzurenken, unterbreitete China schon am 24. Oktober die drei Vorschläge, die Zusammenstöße einzustellen, die Verhandlungen wieder aufzunehmen und die Grenzfrage friedlich zu lösen. Nachdem diese Vorschläge von Indien abgelehnt worden waren, ergriff China erneut aus eigener Initiative eine Reihe von wichtigen, einlenkenden Maßnahmen wie Feuereinstellung und Rückzug der Truppen.

Die Tatsachen der letzten Jahre haben bewiesen, daß es China ist, das konsequent den Status quo an der Grenze aufrechterhalten hat, während Indien ihn mit Waffengewalt zu ändern versucht. Alle Friedensvorschläge sind von China ausgegangen, während alle bewaffneten Konflikte von Indien provoziert wurden.

Aber all diesen offensichtlichen Tatsachen gegenüber haben die Sowjetführer ihre Augen verschlossen. Nicht mit einem einzigen offenen Wort haben sie Indien in all diesen Jahren verurteilt, in denen die indischen Reaktionen wiederholt bewaffnete Provokationen angezettelt, Stück um Stück chinesisches Territorium angegriffen haben und sogar bis zu einem Großangriff gegangen sind. Als jedoch China gezwungen war, zur Selbstver-

teidigung den Angriff zurückzuschlagen, erhoben sie ein großes Geschrei, brachen sie in die wildesten Verleumdungen aus und verbissen sich kurzerhand darauf, China wolle „den Grenzkonflikt mit Indien auf kriegerischem Weg beilegen“. Worauf gründen sich solche Behauptungen?

Chruschtschow sagt: „Ich weiß, was Krieg ist. Da Inder ums Leben kamen, bedeutet das, daß China Indien angegriffen hat.“

Das ist doch völlig widersinnig. Das heißt nichts anderes als zu sagen, daß man sich vom Angreifer niederknüppeln lassen muß und nicht zurückschlagen darf, denn, wenn beim Zurückschlagen auf feindlicher Seite jemand getötet wird, verwandelt sich der Angegriffene in einen Aggressor. Wie kann jemand, dem sein Gewissen noch nicht abhanden gekommen ist, so etwas sagen?

Chruschtschow sagt: „Wir sind durchaus nicht der Meinung, daß Indien mit China einen Krieg anfangen will.“ Die Sowjetführer sagen auch: „Man kann doch unmöglich ernstlich annehmen, daß ein Staat wie Indien, der militärisch wie wirtschaftlich viel schwächer ist als China, tatsächlich beabsichtigt, eine militärische Offensive und Aggression gegen China zu starten.“ Mit anderen Worten, ihrer Meinung nach kann, da China stärker als Indien ist, nur China einen militärischen Angriff und eine Aggression gegen Indien begonnen haben, aber nicht umgekehrt.

Ein solches Argument ist ebenfalls jeden Sinnes bar. Wer auch nur das geringste vom Marxismus-Leninismus versteht, weiß, daß alle Reaktionäre subjektivistisch eingestellt sind und gewöhnlich das Kräfteverhältnis und die Entwicklung der Lage falsch einschätzen. Auch die indischen Reaktionäre bilden keine Ausnahme bei

dieser Regel. Sie sahen die Geduld und Zurückhaltung, die sich China so lange auferlegte, als Zeichen der Schwäche an, sie glaubten, China ließe sich verunglimpfen. Sie dachten auch, sie könnten auf Rückendeckung von seiten der Imperialisten und auf die Unterstützung der Sowjetführer bauen und brauchten sich vor nichts zu fürchten, und daß sie, sobald sie losschlügen, China zum Zurückweichen zwingen würden, daß sie ihre Gebietsansprüche durchsetzen könnten. Von ebendieser falschen Analyse und Einschätzung ausgehend, begannen sie ihre Großoffensive gegen China. Die Sowjetführer bringen nicht den Mut auf, diesen Tatsachen ins Auge zu sehen, und nehmen unsinnigerweise die Stärke eines Staats als Maßstab für ein Urteil, wer Angreifer und wer Opfer ist. Zeigt eine solche Haltung auch nur ein Jotä von Marxismus-Leninismus?

Daß China aus eigener Initiative das Feuer einstellte und seine Truppen zurückzog, wurde von allen friedliebenden Staaten und Völkern freudig begrüßt und lobend anerkannt. Chruschtschow dagegen schoß auf China aus verborgenen Motiven einen Pfeilschuß aus dem Dunkel ab, indem er sagte, Chinas einseitige Feueereinstellung und der Rückzug seiner Truppen sei natürlich sehr gut; aber wäre es nicht besser gewesen, wenn die chinesischen Truppen gar nicht erst von jenen Positionen aus vorgeückt wären, auf denen sie seinerzeit gestanden haben?

Diese Frage scheint sehr geschickt gestellt zu sein. Aber wir möchten gern den Führer der Sowjetunion fragen: „Warum fragen Sie nicht Nehru, ob es nicht besser gewesen wäre, wenn er anfangs überhaupt keinen Befehl zum Angriff erteilt hätte?“ Wie konnte es ohne Angriff einen Gegenangriff geben? Ist das nicht etwas, was selbst ein Schuljunge verstehen kann?

Wir können dem Sowjetführer mitteilen: Die chinesischen Grenztruppen gingen bei ihrem Gegenangriff zur Selbstverteidigung in die chinesischen Gebiete südlich der widerrechtlichen McMahan-Linie vor, um den bewaffneten Angriff der indischen Reaktionäre restlos zurückzuschlagen und so deren Plan, mit Waffengewalt den Status quo an der Grenze zu ändern, zu vereiteln. Daß die chinesischen Grenztruppen aus eigener Initiative das Feuer einstellten und sich zurückzogen, geschah, um unseren konsequenten Standpunkt, den Status quo an der Grenze nicht mit Waffengewalt zu ändern und die Bedingungen für die Lösung der Grenzfrage durch Verhandlungen zu schaffen, in die Tat umzusetzen. Daran ist nichts Unverständliches. Die Tatsachen beweisen, daß die indischen Reaktionäre sich etwas verständiger benehmen und daß sich die Lage an der chinesisch-indischen Grenze im großen ganzen entspannt hat, eben weil wir sie in einem Gegenangriff zurückschlügen.

**3. Welche Haltung soll ein sozialistischer Staat bei einem bewaffneten Angriff von seiten der bürgerlichen Reaktionäre einnehmen?**

Angesichts eines bewaffneten Angriffs von seiten der bürgerlichen Reaktionäre gibt es für einen sozialistischen Staat nur die Alternative: Selbstverteidigung oder Kapitulation. Nach der Logik der Sowjetführer ist nur Kapitulation erlaubt, sonst verstößt man gegen das Prinzip der friedlichen Koexistenz. Sie behaupten auch, ein solcher Standpunkt sei leninistisch, während Chinas Aktion der Selbstverteidigung und des Gegenangriffs gegen den bewaffneten Angriff der indischen Reaktionäre



nichtleninistisch und der Ausdruck einer engstirnigen nationalistischen Haltung sei.

Gibt es ein leninistisches Prinzip, das bei einem militärischen Angriff der Reaktionäre die Selbstverteidigung und den Gegenangriff verbietet? Nein, absolut nicht. Eine solche Redeweise wäre eine Schändung des großen Lenin.

Gibt es in dem von Lenin herausgestellten Prinzip der friedlichen Koexistenz einen Punkt, daß man sich schlagen lassen muß und nicht zurückschlagen darf? Nein, absolut nicht. Eine solche Redeweise wäre eine Beleidigung für den großen Lenin.

Wie jedermann weiß, ist friedliche Koexistenz stets für beide Seiten bindend. Nur wenn beide Seiten gewillt sind, friedlich zu koexistieren und die friedliche Koexistenz in die Praxis umzusetzen, können Konflikte vermieden und ein Zustand friedlicher Koexistenz aufrechterhalten werden. Wenn eine Seite auf Krieg erpicht ist, sind Zusammenstöße unvermeidlich, wie nachgiebig auch immer sich die andere Seite zeigen möge. Das alles fällt in den Bereich des gesunden Menschenverstands. In der chinesisch-indischen Grenzfrage hat China alles im Rahmen seiner Möglichkeiten Liegende getan, um einen Konflikt zu vermeiden. Der bewaffnete Zusammenstoß wurde China von den indischen Reaktionären vorsätzlich aufgenötigt. Daß China sofort nach dem zur Selbstverteidigung unternommenen Gegenangriff das Feuer einstellte und seine Streitkräfte zurückzog, geschah eben, um die Lösung der Grenzfrage auf dem Verhandlungsweg zu erreichen und die friedliche Koexistenz aufrechtzuerhalten. Die von den Sowjetführern propägierte friedliche Koexistenz ist in Wirklichkeit Kapitulantentum. Für Kapitulantentum ist in unserer Politik kein Platz.

Zur Verteidigung seiner eigenen falschen Ansichten behauptet Chruschtschow, die 45jährigen Erfahrungen der Sowjetunion hätten bewiesen, daß es keine Grenzstreitigkeiten gibt, die nicht ohne Anwendung von Waffen gelöst werden könnten.

Das ist eine freche Entstellung der Geschichte der Sowjetunion.

Man erinnert sich, daß es 1921 in den sowjetisch-türkischen Beziehungen zum folgenden Zwischenfall kam: Obwohl damals der Sowjetstaat nach Kräften die türkische Revolution unterstützte und obwohl damals Verhandlungen über einen sowjetisch-türkischen Freundschaftsvertrag im Gange waren, besetzte die Kemal-Regierung, die von der Wiederherstellung eines großtürkischen Reichs träumte, mit Waffengewalt sowjetisches Territorium, ja, nach Unterzeichnung des Vertrags sogar Batum, eine wichtige Stadt in Grusinien. Unter diesen Umständen gab die sowjetische Regierung der Roten Armee den Befehl, einen Gegenangriff zur Selbstverteidigung zu unternehmen. Nach dreitägigem Kampf wurde Batum zurückerobert. Nur so konnte die expansionistische Raubgier der Kemal-Regierung gebändigt, die Sicherheit an der Grenze des Sowjetstaats verteidigt und die Freundschaftsbeziehungen zwischen der Sowjetunion und der Türkei aufrechterhalten werden.

Wir möchten die Sowjetführer fragen: Läßt sich etwa behaupten, daß die seinerzeit von der Roten Armee zur Selbstverteidigung unternommene Aktion nichtleninistisch war? Läßt sich etwa behaupten, daß Lenins Entschluß der Ausdruck einer engstirnigen nationalistischen Haltung war?

Selbstverständlich läßt sich das nicht behaupten. Ganz im Gegenteil, der Standpunkt Chruschtschows in der

chinesisch-indischen Grenzfrage ist ein hervorstechendes Beispiel seiner Entstellung von Lenins Grundsätzen über die friedliche Koexistenz.

#### 4. Wem fehlt der ehrliche Wille zur friedlichen Regelung der chinesisch-indischen Grenzfrage, Indien oder China?

China hat nicht nur in der Vergangenheit unbeirrbar an seiner Politik zur friedlichen Regelung der chinesisch-indischen Grenzfrage festgehalten, sondern selbst nachdem es den militärischen Großangriff der indischen Reaktionen zurückgeschlagen hatte, wich es nicht im geringsten von dieser Politik ab. Die chinesische Regierung ergriff positive Maßnahmen, um die Feueereinstellung zu stabilisieren, die bewaffneten Streitkräfte der beiden Seiten auseinander zu ziehen, die Spannung an der Grenze zu mildern, in der Bemühung, die Regelung der chinesisch-indischen Grenzfrage durch Verhandlungen zu erreichen. Ganz im Gegenteil dazu hat die indische Regierung alles daran gesetzt, die Feueereinstellung nicht stabil werden zu lassen und die Streitkräfte beider Seiten engagiert zu halten, sie hat weitere Spannungen geschaffen und sich hartnäckig geweigert, Verhandlungen aufzunehmen. Diese beiden Arten der Haltung stehen in deutlichem Kontrast zueinander, für alle Welt erkennbar.

Trotzdem verleumdete die Führer der Sowjetunion China ohne jeglichen Grund, es hätte nicht den ehrlichen Willen, die chinesisch-indische Grenzfrage auf friedlichem Weg beizulegen, sie beschuldigen China, „nicht auf die Stimme der Vernunft, die den Willen der Völker Asiens und Afrikas zum Ausdruck brachte, gehört“ zu haben. Sie behaupten weiters, „die indische Regierung hat auf

die Vorschläge der Colombo-Konferenz positiv reagiert, sie vollinhaltlich, ohne jeden Vorbehalt angenommen und ihre Bereitwilligkeit ausgedrückt, auf Grund dieser Vorschläge mit der Volksrepublik China Verhandlungen aufzunehmen, während die chinesische Regierung bis heute die Vorschläge der befreundeten neutralen Länder noch nicht angenommen und auch keine Bereitschaft gezeigt hat, Verhandlungen auf der vorgeschlagenen Grundlage zu beginnen . . . Von chinesischer Seite wurden keine konstruktiven Maßnahmen ergriffen“.

Tatsachen sprechen lauter als Worte. Sehen wir uns einmal an, was von chinesischer Seite getan wurde.

Erstens stellten die chinesischen Grenztruppen aus eigener Initiative das Feuer ein und zogen sich aus eigener Initiative zurück. Sie zogen sich nicht nur aus dem eigentlich zu China gehörenden Gebiet zurück, in das sie während ihres Gegenangriffs zur Selbstverteidigung einmarschiert waren, sondern sogar bis auf 20 km hinter die Linie, bis zu der am 7. November 1959 Chinas tatsächliche Kontrolle reichte.

Zweitens, um eine günstige Atmosphäre für die Wiederaufnahme von Verhandlungen zu schaffen, entließ und repatriierte die chinesische Regierung aus eigener Initiative alle gefangenen indischen Offiziere und Soldaten, und gab den Großteil der erbeuteten indischen Waffen und des Kriegsmaterials zurück.

Drittens, die chinesische Regierung schlug wiederholt Verhandlungen zwischen den Ministerpräsidenten beider Länder vor und erklärte, wenn dem indischen Premier die Reise nach Peking nicht genehm wäre, würde unser Premier nochmals nach Neu-Delhi reisen, um einen Weg zur friedlichen Lösung der chinesisch-indischen Grenz-

frage zu finden. Diesen Vorschlag haben wir auch vor kurzem wiederholt.

Viertens, die großen Anstrengungen, die China machte, legten den Grund für die Vermittlungsversuche der Colombo-Konferenz-Länder, eine Tatsache, die von diesen einstimmig anerkannt wird. Die chinesische Regierung antwortete positiv auf den Appell und die Vorschläge der Colombo-Konferenz, sie hat ihrerseits die überwiegende Mehrzahl der Vorschläge der Colombo-Konferenz in die Tat umgesetzt, in gewisser Hinsicht ist sie sogar über deren Forderungen hinausgegangen. Zum Beispiel verlangten die Colombo-Vorschläge nur, daß sich China im Westsektor der chinesisch-indischen Grenze 20 km zurückziehe. China ging jedoch auch im mittleren und Ostsektor 20 km zurück.

Fünftens, als Antwort auf die Mittlerbemühungen der Colombo-Konferenz-Länder hat China seinerseits außerdem noch diejenigen Gebiete auf der chinesischen Seite der tatsächlichen Kontrolllinie geräumt, in die Indien eingedrungen war, ebenso wie Gebiete, wo Meinungsverschiedenheiten über die Maßnahmen zur Feuereinstellung entstanden waren, und hat sogar in keinem dieser Gebiete Zivilstellen errichtet.

Sechstens, Chinas Haltung den Colombo-Vorschlägen gegenüber ist aufrichtig und konsequent. China akzeptiert die Colombo-Vorschläge im Prinzip als Basis zur Aufnahme von Verhandlungen zwischen China und Indien, es macht seine eigene Auslegung von einzelnen Punkten darin nicht zur Vorbedingung solcher Verhandlungen.

Diese von China getroffenen wichtigen und konstruktiven Maßnahmen haben hinreichende Bedingungen für die Wiedereröffnung der Verhandlungen zwischen China

und Indien geschaffen, sie werden von den Colombo-Konferenz-Ländern sehr hoch eingeschätzt und gelobt. Keins der Colombo-Konferenz-Länder bestreitet die positive Haltung Chinas gegenüber der Colombo-Konferenz und seine Bereitwilligkeit zur Mitarbeit, Chinas ehrlichen Willen für die friedliche Regelung der chinesisch-indischen Grenzfrage und die wertvollen Beiträge, die es bereits dazu geleistet hat. Ist es nicht eine platte Lüge, wenn „Prawda“ China bezichtigt, „keine konstruktiven Maßnahmen ergriffen“ zu haben?

Sehen wir nun, was die indische Regierung getan hat.

Während China aus eigener Initiative das Feuer eingestellt hat, setzt Indien seine Provokationen an der Grenze fort.

Während China sich aus eigener Initiative zurückgezogen hat, ist Indien von neuem vorgedrungen.

Während China alle indischen Gefangenen freigegeben und repatriiert hat, hat Indien dort ansässige Chinesen eingesperrt und verfolgt.

Während sich China bemüht, die Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu verbessern, fährt Indien fort, die antichinesische Hysterie zu schüren.

Während China für Verhandlungen ohne Vorbedingungen eintritt, beharrt Indien auf seinen Vorbedingungen und weigert sich, Verhandlungen aufzunehmen.

Im Munde der sowjetischen Führer ergibt all das: Indien hat „positiv auf die Colombo-Vorschläge reagiert“, während China nichts getan hat. Wofür sehen sie eigentlich die Colombo-Konferenz an, wenn sie solchen Blödsinn daherreden, als eine Konferenz, die direkte Verhandlungen zwischen China und Indien fördert, oder als Konferenz, die Indien begünstigt und gegen China eingestellt ist?

Bei dem Versuch, ihre arrogante Haltung, mit der sie Verhandlungen ablehnen, zu verdecken, hat die indische Regierung die Ausrede von der „Annahme der Colombo-Vorschläge als Ganzem“ erfunden. Was steckt nun eigentlich hinter der indischen „Annahme der Colombo-Vorschläge als Ganzem“? Anfangs meinte Indien doch auch, daß die Colombo-Vorschläge nicht klar wären, und nahm sie auch nur im Prinzip an. Erst nach der Herausgabe eines Dokuments, der sogenannten Neu-Delhi-Klärung der Colombo-Vorschläge, drückte Indien seine „Annahme der Colombo-Vorschläge als Ganzes“ aus. China war von dieser sogenannten Klärung vorher nichts bekannt. Wir fanden später heraus, daß es sich dabei um ein von der indischen Regierung selbst entworfenes Dokument mit ihrer eigenen Auslegung der Colombo-Vorschläge handelt. Mit ihrem Drängen zur „Annahme der Colombo-Vorschläge als Ganzem“ macht die indische Regierung in Wirklichkeit die Annahme ihrer eigenen Auslegung der Vorschläge zur Vorbedingung für den Beginn chinesisch-indischer Verhandlungen. Die indische Regierung war sich völlig darüber im klaren, daß China niemals eine so unbillige Vorbedingung akzeptieren würde. Indien hat darauf bestanden, um es nicht zu Verhandlungen kommen zu lassen. Das ist ein Komplott, um den guten Willen der Colombo-Konferenz-Länder in ihrer Vermittlerrolle in ein falsches Licht zu setzen. Und die Belobigung dieses Komplotts durch „Prawda“ zeigt nur, daß die Sowjetführer gar keine Lösung der chinesisch-indischen Grenzfrage und auch keinen Erfolg der Colombo-Konferenz-Länder bei ihren Mittlerbemühungen sehen wollen.

Noch lächerlicher ist es, daß „Prawda“, um die indischen Reaktionäre zu decken, Chinas Abschluß von

Grenzabkommen auf dem Weg von Verhandlungen mit Burma, Nepal und anderen seiner Nachbarländer als Beweis dafür anführt, China hätte nicht den ehrlichen Willen, die chinesisch-indische Grenzfrage friedlich beizulegen. Die Logik der „Prawda“ geht dahin: China konnte seine Grenzfragen mit Burma, Nepal und anderen Nachbarländern friedlich beilegen, warum nicht auch mit Indien? Das zeigt, daß China nicht den ehrlichen Willen hat, die chinesisch-indische Grenzfrage auf friedlichem Weg zu lösen. Welch geniale Schlußfolgerung! Alle Menschen in der Welt, die logisch zu denken imstande sind, können aus der Tatsache, daß China mit Burma, Nepal und anderen seiner Nachbarländer Grenzabkommen geschlossen hat, nur die Folgerung ziehen: Wenn die indische Regierung ebenfalls den ehrlichen Willen dazu hätte, könnte auch die chinesisch-indische Grenzfrage, genau wie die chinesisch-burmesische und die chinesisch-nepalesische Grenzfrage, auf friedlichem Weg bereinigt werden. Daß die chinesisch-indische Grenzfrage noch nicht beigelegt wurde, ist nicht Chinas Schuld. Aber die Sowjetführer haben die diametral entgegengesetzte Schlußfolgerung gezogen. Um sich mit den USA zur Unterstützung Indiens gegen China zusammenzutun, sind die Führer der Sowjetunion bereits so tief gesunken, selbst die elementarste Logik außer acht zu lassen.

### III

Der Standpunkt der sowjetischen Führer in der chinesisch-indischen Grenzfrage bedeutet nicht nur den Verrat an den Prinzipien des proletarischen Internationalismus, sondern kann nicht einmal neutral genannt werden. Die Führer der Sowjetunion unterstützen, zusammen mit

den USA-Imperialisten, die indischen Reaktionäre gegen das sozialistische China, gegen das indische Volk. Sie haben damit nicht nur das sozialistische Lager, sondern auch das indische Volk verraten.

Ihr Standpunkt ist völlig anders als der der asiatisch-afrikanischen Länder, die sich strikt an die neutrale Politik halten.

Die asiatisch-afrikanischen Staaten respektieren Tatsachen und hören sich geduldig die Ansichten sowohl Chinas als auch Indiens an. Die Führer der Sowjetunion aber setzen sich einfach über die Tatsachen hinweg und schenken nur den indischen Reaktionären Gehör.

Die asiatisch-afrikanischen Staaten studieren ernsthaft, wer Recht und Unrecht hat in diesem Konflikt, und hüten sich davor, leichtfertig ein Urteil zu fällen. Aber die Führer der Sowjetunion verhalten sich ganz willkürlich und behaupten steif und fest, China habe einen Fehler begangen.

Die sechs asiatisch-afrikanischen Staaten, die an der Colombo-Konferenz teilnahmen, brachten wiederholt zum Ausdruck, daß ihre Aufgabe nur eine vermittelnde sei, aber nicht, einen Entscheid zu treffen. Ihr Ziel wäre, China und Indien zu direkten Verhandlungen zu bringen, und bevor sich China und Indien an den Verhandlungstisch setzten, brauchten sie die Colombo-Vorschläge nicht in ihrer Gänze anzunehmen. Aber die Führer der Sowjetunion verlangen, genau wie die indischen Reaktionäre, China müsse „die Vorschläge der Colombo-Konferenz als Ganzes annehmen“, und versuchen auf diese Weise, die Teilnehmerstaaten der Colombo-Konferenz auf eine Indien begünstigende Position zu bringen.

Die asiatisch-afrikanischen Staaten hegen die aufrichtige Hoffnung, daß die chinesisch-indische Grenzfrage

auf dem Verhandlungswege friedlich gelöst werden und die Situation an der chinesisch-indischen Grenze entspannt bleiben kann. In ihrem kürzlich veröffentlichten gemeinsamen Kommuniqué erklärten der Präsident der VAR, Gamal Abdel Nasser, und der ceylonische Premierminister, Mme. Sirimavo Bandaranaike: „Die Teilnehmerstaaten der Colombo-Konferenz müssen sich weiter bemühen, die gespannten Beziehungen zu mildern zwischen diesen beiden großen Ländern (China und Indien), mit denen die VAR und Ceylon freundschaftliche Bande geknüpft haben.“ Aber die Führer der Sowjetunion haben nichts unversucht gelassen, um den Streit zu schüren, sie haben sich völlig über die Tatsache hinweggesetzt, daß die Lage an der chinesisch-indischen Grenze schon längst durch die einseitigen Bemühungen Chinas entspannt worden ist, und behaupten, daß der Konflikt „erneut eine scharfe Form annehmen“ würde.

Die Tatsachen liegen dermaßen klar zutage, daß auch den engsten Freunden der sowjetischen Führer, der verräterischen Tito-Clique, nichts übrigblieb als zuzugeben: „Die Sowjetregierung ist bei ihrer Analyse der Zusammenstöße im Himalaja noch weiter gegangen als die Colombo-Staaten, indem sie vor allem China für den Konflikt verantwortlich macht.“<sup>1</sup>

Mehr noch, seit kurzem übertreffen die Führer der Sowjetunion in ihrer Unterstützung der indischen Reaktionäre manchmal sogar die USA-Imperialisten. Die USA-Imperialisten wissen ganz genau, daß die indischen Reaktionäre allerlei fantastische Gerüchte, daß China eine „Invasion“ in Indien vorbereite, in Umlauf setzen,

<sup>1</sup> „Neue Aktionen der Colombo-Staaten“, in der jugoslawischen Zeitung „Politika“ vom 4. Oktober 1963

um von den USA Geld zu erbetteln. Daher nehmen die USA-Imperialisten solchen Gerüchten gegenüber oft eine abwartende und reservierte Haltung ein. Die Führer der Sowjetunion jedoch scheuen keine Mühe, um die Nehru-Regierung bei der Erfindung der verschiedensten Gerüchte zu unterstützen und miteinzustimmen.

In der chinesisch-indischen Grenzfrage haben wir es stets begrüßt, daß sich befreundete asiatisch-afrikanische Staaten, ohne in den Konflikt verwickelt zu werden, unparteiisch bemühen, direkte Verhandlungen zwischen den beiden Seiten herbeizuführen, wir haben auch ihren von Gerechtigkeit getragenen Ansichten ein aufmerksames Ohr geschenkt. Die Führer der Sowjetunion dagegen haben sich wie die verräterische Tito-Clique völlig auf die Seite der indischen Reaktionäre gestellt und haben daher überhaupt kein Recht, in der chinesisch-indischen Grenzfrage mitzureden.

Die sowjetischen Führer unterstützen die indischen Reaktionäre nicht nur politisch mit allen Kräften, sondern geben ihnen auch, im Kielwasser des USA-Imperialismus folgend, bei ihrem Kampf gegen China aktive wirtschaftliche und militärische Hilfe.

Von 1955 bis April 1963 hat die Sowjetregierung Indien wirtschaftliche Hilfe in einer Gesamthöhe von fünf Milliarden Rupien gewährt oder versprochen, den größten Teil davon erst nach Beginn der von den indischen Reaktionären betriebenen Kampagne gegen China.

Die Führer der Sowjetunion begannen ihre militärische Hilfe für Indien im Jahr 1960, das heißt, nachdem die indischen Reaktionäre ihre bewaffneten Provokationen gegen China gestartet hatten.

Nach Beginn der Großoffensive der indischen Reaktionäre gegen China vom Oktober 1962 verstärkten die

Führer der Sowjetunion ihre Hilfe an Indien. C. Subramaniam, der indische Minister für die Stahl- und Schwerindustrie, sagte am 19. Dezember v. J. zu Journalisten, daß die Sowjetunion, seit Indien den „Ausnahmestand“ erklärt hatte, das Tempo ihrer Unterstützung Indiens beim Aufbau verschiedener Projekte beschleunigte.

Nach den Besprechungen der Vertreter der kommunistischen Parteien Chinas und der Sowjetunion im Juli d. J. versprachen die Führer der Sowjetunion den indischen Reaktionären noch größere militärische Hilfe.

Im Artikel der „Prawda“ wird gesagt, daß „die Hilfe, die Indien von der Sowjetunion erwiesen wird, genau denselben Charakter hat wie ihre Hilfe für viele andere junge Entwicklungsländer“.

Das Ziel der Hilfe, die ein sozialistischer Staat den neu unabhängigen Ländern gewährt, kann nur sein, sie bei der Entwicklung einer unabhängigen nationalen Wirtschaft, der Liquidierung des Einflusses des Kolonialismus und der Befreiung vom imperialistischen Joch zu unterstützen. Er darf jedoch keinesfalls diesen Ländern helfen, einen anderen sozialistischen Staat zu bekämpfen. Die Motive der Sowjetregierung bei ihrer Hilfe für die neu unabhängigen Länder sind aber zweifelhaft. Was ihre Hilfe an die indischen Reaktionäre anbelangt, so ist sie eine offene Unterstützung für diese, sich dem USA-Imperialismus in die Arme zu werfen, sich gegen China, gegen den Kommunismus, gegen das Volk zu stellen. Das sind nackte Tatsachen.

In der Erklärung der Sowjetregierung vom 21. September wird gesagt: „Heute machen uns die chinesischen Führer den Vorwurf, Indien bekriege China mit sowjetischen Waffen. Aber erstens entspricht das sachlich

nicht den Tatsachen, und zweitens hat die indische Regierung nach derselben Logik viel mehr Grund zu erklären, daß die chinesischen Truppen gegen Indien mit Einsatz sowjetischer Waffen Krieg führen, da ja allen bekannt ist, was für eine enorme militärische Hilfe die Sowjetunion China leistet.“

Ableugnen und Sophistereien helfen nichts. Erstens haben die chinesischen Grenztruppen während ihres Gegenangriffs zur Selbstverteidigung die von der Sowjetunion hergestellten Waffen erbeutet, die von den indischen Truppen benutzt wurden. Zweitens wollen wir die Führer der Sowjetunion fragen: Was seid Ihr denn eigentlich? Etwa Waffenhändler? Wenn ja, dann habt Ihr mit allem, was Ihr sagt, recht. Das heißt, Lieferung gegen Bargeld, und so könnt Ihr mit allen Leuten Geschäfte machen. Wenn Ihr Euch aber selber noch Kommunisten und dazu Führer eines sozialistischen Staats nennt, sind solche Reden völlig falsch und äußerst widersinnig. Wie kann man, vom Standpunkt eines Kommunisten aus, das sozialistische China in einem Atem mit dem unter der Herrschaft der Großbourgeoisie und Großgrundbesitzer stehenden Indien nennen? Wie kann man die Hilfe für den Klassenbruder auf die gleiche Stufe wie Hilfe für die Reaktionäre stellen?

Die Führer der Sowjetunion sagen: Die Unterstützung von Seiten der Sowjetunion kann Indien helfen, seine neutrale Position zu festigen, und dadurch zu verhüten, daß Indien den USA-Imperialisten und den anderen Westmächten näherkommt.

Das ist aber eine Lüge, mit der man sich selbst und auch die anderen betrügt. Die Tatsachen zeigen genau das Gegenteil. Je mehr die Sowjetunion den indischen Reaktionären hilft, desto weiter entfernen sich diese von

ihrer neutralen Position, und desto enger schließen sie sich dem USA-Imperialismus an.

Man sehe sich doch die Ereignisse seit einem Jahr an. Die indische Regierung hat mit den USA-Imperialisten Abkommen über militärische Hilfe und „Luftverteidigung“ abgeschlossen, die den Charakter militärischer Verträge tragen. Zahlreiche amerikanische Militärpersonen sind in Indien stationiert, und große Mengen amerikanischer Waffen und militärischer Ausrüstungen sind nach Indien hineingeströmt. Die indische Regierung hat sich verpflichtet, den USA noch mehr militärische Informationen zur Verfügung zu stellen, und sich mit Luftmanövern der amerikanischen und britischen Imperialisten in Indien einverstanden erklärt. In einem vom indischen Präsidenten Radhakrishnan und dem amerikanischen Präsidenten Kennedy am 4. Juni 1963 veröffentlichten gemeinsamen Kommuniqué wird unverblümt erklärt: Die USA und Indien sind übereingekommen, daß „die beiden Länder die Verantwortung für gemeinsame Verteidigung tragen, um die chinesischen Aggressionspläne gegen den Subkontinent zu vereiteln“. Daraus können alle Menschen, die nicht in Vorurteilen befangen sind, ablesen, daß die Nehru-Regierung bereits de facto mit den USA einen Militärpakt abgeschlossen hat, daß die sogenannte „nichtpaktgebundene“ Politik Indiens bereits ihre praktische Bedeutung verloren hat. Indien ist schon längst nicht mehr einer der Staaten, „die eine antiimperialistische Position einnehmen und zusammen mit den sozialistischen Ländern die ausgedehnte Friedenszone bilden“, wie es in der Moskauer Deklaration von 1957 heißt. Nur mit der Unterstützung und Hilfe der Führer der Sowjetunion kann die Nehru-Regierung noch immer unter dem zerfetzten Banner der „nichtpakt-

gebundenen“ Politik die Welt beschwindeln. Gerade diese Unterstützung und Hilfe ermöglicht es der Nehru-Regierung, sich trotz Widerstand des indischen Volks unverfroren in den Dienst des USA-Imperialismus zu stellen.

In Wirklichkeit konkurrieren die sowjetischen Führer bei ihrer Unterstützung der indischen Reaktionäre nicht nur mit den USA-Imperialisten, sondern haben sogar mit ihnen eine Aktiengesellschaft gegründet. Nach Veröffentlichung des redaktionellen Artikels der sowjetischen „Prawda“ vom 19. September schrieb die indische Zeitung „Indian Express“ triumphierend, daß „Indien neben den USA nun einen neuen mächtigen Verbündeten im Kampf gegen China hat“, und daß „Peking bereits den Hals in der Schlinge hat. Wir brauchen sie nur, zusammen mit unseren beiden mächtigen Verbündeten, zusammenzuziehen“. Obwohl das alles reinste, reaktionärste Fasel ist, kommt dadurch doch das gemeinsame Ziel der von den USA und der Sowjetunion gebildeten Aktiengesellschaft, Hilfe für Indien im Kampf gegen China, völlig ans Tageslicht.

Infolge der gesteigerten sowjetischen Hilfe für die indischen Reaktionäre können diese das Volk noch wüender als früher ausbeuten und unterdrücken. Die Nehru-Regierung scheut kein Mittel, um die Kriegshysterie zu schüren, die Aufrüstung und Kriegsvorbereitungen zu intensivieren. Sie hat das indische Volk offen seiner elementaren Rechte beraubt und Tausende indischer Kommunisten und anderer fortschrittlicher Menschen in den Kerker geworfen. Unter allen erdenklichen Namen werden dem indischen Volk Steuern abgepreßt, so daß es ins tiefste Elend geraten ist. Die indische Wochenschrift „Blitz“ gab am 22. Juni 1963 zu, daß sich die

überwiegende Mehrheit der Hunderte Millionen Inder am Rande des Verhungerns befindet, daß die Empörung des indischen Volks täglich steigt, und daß „ein langsamer, brennender Klassenhaß sich zusammenballt“. Die Zeitschrift rief entsetzt aus: „Es grollt der Donner, da die Wolken von Krise und Verzweiflung dunkel unser Land überziehen.“ Die Nehru-Regierung hat bereits ihre gefälschten Aushängeschilder von „Demokratie“ und „Fortschritt“ völlig über Bord geworfen. Ihre Politik ist eine durch und durch gegen den Kommunismus gerichtete, volksfeindliche Politik. Diese Politik hat bereits unter den indischen Volksmassen eine immer heftigere Protestwelle hervorgerufen. Aber die Führer der Sowjetunion haben mit ihrer Unterstützung und Hilfe für die Nehru-Regierung gerade deren reaktionären Charakter verdeckt und ihre Fähigkeit, das Volk zu unterdrücken, gestärkt, so daß sie dadurch noch freiere Hand hat, ihre konterrevolutionäre Politik durchzusetzen.

In der Moskauer Erklärung von 1960 wird gesagt: Die nationale Bourgeoisie in den neu unabhängigen Ländern hat einen zwiespältigen Charakter. Je mehr sich die sozialen Gegensätze verschärfen, desto mehr neigt die nationale Bourgeoisie dazu, mit der inneren Reaktion und dem Imperialismus zu paktieren. Die Kommunisten der neu unabhängigen Länder müssen die Versuche des reaktionären Flügels der Bourgeoisie enthüllen, seine rein egoistischen Klasseninteressen als Interessen der ganzen Nation hinzustellen. Die Dange-Verräterclique in der Kommunistischen Partei Indiens bemüht sich nicht nur nicht, die reaktionäre Politik der Nehru-Regierung bloßzustellen, sondern hat sogar das Proletariat und Volk Indiens völlig verraten und ist zum schimpflichen Werkzeug der indischen Großbourgeoisie und Großgrundbe-



sitzer herabgesunken. Die Führer der Sowjetunion haben der Dange-Verräterclique nicht die Maske vom Gesicht gerissen, sondern sie im Gegenteil ermuntert, den indischen Reaktionären bei der Verfolgung der wahren Kommunisten und fortschrittlichen Menschen zu helfen, im Versuch, die revolutionäre Bewegung des indischen Volks abzuwürgen.

Wer sich nach außen dem Imperialismus unterwirft, nach innen das indische Volk unterdrückt, das ist die Nehru-Regierung. Wer die Nehru-Regierung mit aller Macht unterstützt und in jeder Beziehung ihre reaktionäre Politik zu rechtfertigen und zu beschönigen sucht, das sind die Führer der Sowjetunion. Die Führer der Sowjetunion haben die Revolution des indischen Volks verraten. Einst wird der Tag der Abrechnung kommen.

#### IV

Heute, da sich die Lage an der chinesisch-indischen Grenze dank Chinas Initiative bereits entspannt hat, welche Absicht steckt da dahinter, wenn die „Prawda“ plötzlich Spannung heraufbeschwört und einen Artikel unter der sensationellen Schlagzeile „Ein ernster Spannungsherd in Asien“ veröffentlicht?

Zeigt der Artikel die Besorgnis der Sowjetführer für die Erhaltung des Friedens in Asien? Offensichtlich nicht. Gewiß gibt es Spannungen in Asien. Der Frieden von Asien wird tatsächlich bedroht und unterminiert. Aber es sind die Imperialisten, ihnen voran die USA, die den Frieden von Asien bedrohen und unterminieren. Der Herd für die Entstehung von Spannungen in Asien sind Gegenden, die unter amerikanischer Aggression zu leiden

haben und von den USA besetzt sind, z.B. Südkorea, Taiwan, Japan, Südvietnam und Laos. Besonders Südvietnam ist hier zu nennen, wo die USA-Imperialisten gegenwärtig ihren unmenschlichen Spezialkrieg führen. Warum wollen die Sowjetführer diesen Spannungsherden gegenüber ihre Augen verschließen? Warum haben sie nicht den Mut, vorzutreten und sich freiheraus gegen die Einmischung und Aggression der USA-Imperialisten in diesen Gebieten, besonders in Südvietnam und Laos, auszusprechen? Warum greifen sie ausgerechnet die bereits entspannte Situation an der chinesisch-indischen Grenze heraus und machen ein derartiges Geschrei darüber?

Um es geradeheraus zu sagen, die Sowjetführer machen ein Riesengeschrei, weil sie die chinesisch-indische Grenzfrage ausnutzen wollen, um in den Beziehungen der Länder Asiens und Afrikas mit China Zwistigkeiten hervorzurufen, die Völker Asiens und Afrikas vom Kampf gegen den Imperialismus abzulenken, die Aggressions- und Kriegshandlungen der USA-Imperialisten zu verschleiern. Das ist Verrat an der antiimperialistischen, revolutionären Sache der Völker Asiens und der ganzen Welt.

Eifrig bemüht, Zwietracht zu säen, verleumdet die „Prawda“ China, die Vermittlung der Colombo-Konferenz-Länder abgelehnt zu haben, die Bemühungen dieser Länder zu ignorieren und sogar „die Kompetenz der Colombo-Konferenz in Frage zu ziehen“. Diese Worte zeigen klar und deutlich, daß die Sowjetführer nicht nur ganz und gar auf seiten der indischen Reaktionäre gegen das sozialistische China stehen, sondern daß sie auch versuchen, mit Demagogie und verschiedenen Machenschaften hinter den Kulissen die Staaten der Colombo-Konferenz dahin zu bringen, die edle Vermittlermission

für den Frieden aufzugeben und ihnen bei der chinesisch-indischen Grenzfrage in ihrem kalten Krieg gegen China zu folgen. Die indische Wochenschrift „Blitz“ plauderte am 5. Oktober die Wahrheit aus, als sie schrieb, daß die „Prawda“ offen „China verurteilte“ und „für die Spannungen an der chinesisch-indischen Grenze verantwortlich machte“, und daß „Rußland es auch auf sich genommen hat, die Dinge in den asiatisch-afrikanischen Ländern zu erklären, die, wie China behauptet, Indien in der Grenzfrage kritisch gegenüberstehen“. Was ist mit diesen Erklärungen, von denen die indische Zeitschrift redet, gemeint? Das Säen von Zwietracht.

Die Sowjetführer unterstützen die indischen Reaktionsäre nicht nur, eine friedliche Beilegung der chinesisch-indischen Grenzfrage abzulehnen, sondern sind auch dagegen, daß China freundschaftliche Beziehungen mit anderen Ländern in Asien und Afrika aufnimmt und entwickelt; besonders sind sie dagegen, daß China Streitigkeiten, die von der Geschichte hinterlassen wurden, mit anderen Ländern Asiens bereinigt. Der „Prawda“-Artikel und die Erklärung der Sowjetregierung vom 21. September drücken wiederholt Unzufriedenheit mit China aus, weil es die Grenzfrage mit Pakistan beigelegt und gutnachbarliche Beziehungen entwickelt hat. Auf gemeinste Weise wird China verleumdet, daß es „mit offensichtlich reaktionären Regimes in Asien und Afrika liebäugelt“. Im Munde der Sowjetführer ist ihre Unterwürfigkeit und Kapitulation den Häuptlingen des Imperialismus gegenüber ein großer Beitrag zum Weltfrieden, während Chinas friedliche Regelung der Grenzfrage mit einem seiner Nachbarländer zu einem Verbrechen wird. Wir möchten jedoch die Sowjetführer fragen: Ist es noch nicht genug, daß Ihr die indischen Reaktionsäre

dabei unterstützt, an der chinesisch-indischen Grenze Spannungen zu erzeugen, wollt Ihr auch noch an der chinesisch-pakistanischen Grenze Spannungen stiften?

In den internationalen Massenorganisationen verbieten die Sowjetführer die Tätigkeit gegen den Imperialismus, während sie chinafeindliche Aktionen anstiften und die antiimperialistische Einheitsfront mit Hilfe der chinesisch-indischen Grenzfrage zerschlagen wollen. Obwohl China wiederholt mit großem Ernst darauf hingewiesen hat, daß, um der Einheit im gemeinsamen Kampf gegen den Imperialismus willen, in diesen Organisationen Zwistigkeiten unter den Ländern Asiens und Afrikas nicht aufgebracht werden sollten, hat die Sowjetunion doch wieder und wieder indische Delegierte aufgewiegelt und unterstützt, die chinesisch-indische Grenzfrage zum Unruhestiften auszunutzen. Zum Beispiel, während des Weltfrauenkongresses in Moskau ermunterte die Sowjetunion, das Gastgeberland, die indische Delegation, die chinesisch-indische Grenzfrage aufs Tapet zu bringen, obwohl diese Frage mit dem Thema des Kongresses überhaupt nichts zu tun hatte, und versuchte, mit ihren Manipulationen die chinesische Delegation des Rechts zu antworten zu berauben. Es ist bereits ein offenes Geheimnis, daß diese antichinesische Farce von der Sowjetunion sorgfältig vorbereitet und dirigiert war. Ein weiteres Beispiel ist die Solidaritätskonferenz der asiatisch-afrikanischen Völker in Moshi, wo die indische Delegation mit Unterstützung der sowjetischen Delegierten darauf bestand, die chinesisch-indische Grenzfrage auf die Tagesordnung zu setzen. In einem Brief an den „Indian Express“ ließ der Leiter der indischen Delegation auf dieser Konferenz einige vertrauliche Mitteilungen über diese dunklen Machenschaften aus dem Sack, als er

schrieb: „Es wurde uns die volle Unterstützung und Mitarbeit der Sowjetdelegation zuteil.“ Nichts könnte klarer sein, und doch hatte die „Prawda“ in ihrem Artikel vom 19. September die Unverfrorenheit, China zu beschuldigen, die chinesisch-indische Grenzfrage dazu zu benutzen, um die Atmosphäre bei verschiedenen internationalen Zusammenkünften zu „vergiften“. Haben diese Leute wirklich gar kein Schamgefühl?

Die Lage an der chinesisch-indischen Grenze hat sich durch Chinas Initiative und durch die aktive Vermittlung der Colombo-Konferenz-Länder bereits entspannt. Wenn Indien keine weitere Provokationen unternimmt, kann diese Entspannung ohne Zweifel aufrechterhalten werden. Doch im Interesse ihrer inneren und äußeren Politik geben sich die indischen Reaktionäre die größte Mühe, neue Spannungen zu schaffen. Die USA-Imperialisten sind natürlich äußerst lebhaft daran interessiert, Unruhe zu stiften. Die kommenden amerikanisch-englischen Luftmanöver in Indien sind ein Beweis, daß sie keine weitere Entspannung an der chinesisch-indischen Grenze wünschen. Daß die Sowjetführer zwischen den Ländern Asiens und Afrikas Zwietracht säen und die Flammen schüren, ist gleichfalls ein Zeichen, daß sie mit allen Mitteln versuchen, die Lage an der chinesisch-indischen Grenze zu verschärfen. Während die USA-Imperialisten die Lage ausnutzen möchten, um Indien unter ihrer Kontrolle zu halten, versuchen die Sowjetführer daraus Kapital zu schlagen, um China in Mißkredit zu bringen. Das sind verschiedene Wege zum gleichen Ziel. Die Möglichkeit, daß die indischen Reaktionäre an der chinesisch-indischen Grenze mit Unterstützung der USA-Imperialisten und der Sowjetführer einen neuen Konflikt

vom Zaun brechen, kann deshalb nicht ausgeschlossen werden.

Aber immerhin ist 1963 nicht 1962. Die sechs Colombo-Konferenz-Länder haben die Verantwortung der Friedensvermittlung übernommen. Die Völker Asiens, Afrikas und der ganzen Welt sehen immer klarer, wer in der chinesisch-indischen Grenzfrage Recht und Unrecht hat, die Nehru-Regierung enthüllt immer deutlicher ihre reaktionären Züge, und die antichinesischen Komplotte der USA-Imperialisten, der Sowjetführer und der indischen Reaktionäre sind längst kein Geheimnis mehr. Wenn unter diesen Umständen die indischen Reaktionäre es wagen sollten, neue Zusammenstöße hervorzurufen, sind wir sicher, daß sie und ihre Helfershelfer von den Völkern Asiens, Afrikas und der ganzen Welt aufs entschiedenste und schärfste verurteilt werden.

Wir hoffen, daß die Lage an der Grenze entspannt bleibt, und werden alles dafür tun, was in unserer Macht steht. Wir haben schon vor langem den Colombo-Konferenz-Ländern mitgeteilt, daß wir sie regelmäßig über indische Provokationen informieren werden, und haben bereits damit begonnen. Falls Indien nicht nur Störprovokationen, sondern auch bewaffnete Überfälle wie die vor dem 20. Oktober 1962 unternimmt und sich weigern sollte, aus chinesischem Gebiet abzuziehen, werden wir die Colombo-Konferenz-Länder ersuchen, Indien zum Rückzug zu bewegen. Wir werden nur dann an einen Gegenschlag zur Selbstverteidigung denken, wenn die indische Seite solche Ratschläge ablehnt und darauf beharrt, chinesischem Boden besetzt zu halten.

Was immer auch die indischen Reaktionäre unternehmen mögen, und wie auch immer die Sowjetführer sie unterstützen, unsere Politik bleibt unveränderlich, uns

um Verhandlungen zu bemühen und auf friedlichem Wege die chinesisch-indische Grenzfrage beizulegen. Wir sind fest davon überzeugt, daß unsere Politik am Ende triumphieren wird, was immer auch in der Welt geschieht und wie lange es auch dauern mag. Die große Freundschaft zwischen den Völkern Chinas und Indiens ist unverbrüchlich.

Standpunkt und Politik der Sowjetführer in der chinesisch-indischen Grenzfrage beweisen zur Genüge, daß sie das chinesische Volk, das sowjetische Volk, die Völker aller Länder des sozialistischen Lagers, das indische Volk und alle unterdrückten Völker und Nationen verraten haben. Tag für Tag wird deutlicher, daß die Sowjetführer die von den USA geführten Imperialisten und Reaktionäre aller Länder schon lange nicht mehr als ihre Feinde betrachten. Ihre Feinde sind alle Marxisten-Leninisten und alle revolutionären Völker, besonders China.

Um China zu bekämpfen, das fest zum Marxismus-Leninismus und zu den revolutionären Prinzipien der Deklaration von 1957 und der Erklärung von 1960 steht, haben sich die Sowjetführer mit den USA-Imperialisten und der verräterischen Tito-Clique alliiert und jetzt, mit ihrem redaktionellen Artikel der „Prawda“ vom 19. September und der Erklärung der Sowjetregierung vom 21. September, offen ihre Allianz mit den indischen Reaktionären verkündet. Vielleicht denken sie, daß sie China niederschimpfen können, daß China isoliert wird, wenn sie sich mit den Halunken der ganzen Welt im Chor zusammmentun.

Wir würden den Sowjetführern raten, sich nicht zu früh zu freuen. Das revolutionäre China kann niemals isoliert werden. Je unverhohlener Ihr Euch mit den Im-

perialisten und Reaktionären zusammmentut, desto mehr isoliert Ihr Euch selber. China kann nicht niederschimpft werden. Aus dem einfachen Grund, weil die Wahrheit auf Chinas Seite ist. Euer wunder Punkt ist, daß Ihr keinen Respekt vor der Wahrheit habt. Aber mehr als 90% der Weltbevölkerung haben Achtung vor der Wahrheit. Ein chinesisches Sprichwort besagt, mit der Wahrheit auf deiner Seite steht dir die ganze Welt offen, ohne Wahrheit kommst du keinen Fingerbreit von der Stelle. Wer die Wahrheit nicht achtet, wird am Ende doch verlieren.

## ANHANG

### Ein ernster Spannungsherd in Asien

(„Prawda“, 19. September 1963)

Der Abschluß eines Vertrags über das Kernwaffenversuchsverbot und der Beitritt der meisten Länder der Erde zu diesem Vertrag ist ein wichtiger Schritt, um die internationale Atmosphäre zu verbessern. Das ist eine allgemein anerkannte Tatsache, das ist die Einschätzung der Weltöffentlichkeit über den Moskauer Vertrag. Neue Hoffnungen wurden geweckt für die friedliche Lösung ausstehender internationaler Fragen durch Verhandlungen, für die Beseitigung der in der Welt noch vorhandenen Spannungsherde.

Leider gibt es auf unserem Planeten noch viel entzündliches Material, das jeden Augenblick in Flammen aufgehen und zu einer ernsten Gefahr für den Frieden werden kann. Einer dieser Spannungsherde ist der bereits lange schwelende chinesisch-indische Grenzkonflikt im Himalaja-Gebiet, der noch nichts an Schärfe verloren hat.

Die chinesische Presse hat kürzlich eine ganze Reihe von Erklärungen losgelassen, die sich mit dem chinesisch-indischen Grenzkonflikt befassen: — „Erklärung eines Sprechers des Außenministeriums der Volksrepublik China“ sowie Leitartikel und redaktionelle Artikel.

Diesen Äußerungen ist das Bestreben eigen, alle Handlungen der chinesischen Regierung im Grenzkonflikt zu rechtfertigen und die Politik anderer Staaten zu verunglimpfen. In diesen Stellungnahmen wimmelt es von verleumderischen Erfindungen über den Standpunkt der sowjetischen Regierung im chinesisch-indischen Konflikt.

Die chinesischen Führer sind bis zur Grenze des Absurden gegangen mit ihren Anschuldigungen, daß die Sowjetunion „mit dem USA-Imperialismus zusammenarbeitet“, daß sie „sich mit Indien im Kampf gegen China zusammentut“. Sie beschuldigen die sowjetische Regierung, Indien als zu einem „wichtigen Sektor einer Friedenszone“ gehörig zu betrachten. Damit ignorieren sie völlig die Feststellung der Deklaration von 1957, in der betont wurde, daß die friedliebenden Staaten Asiens und Afrikas einen wichtigen Faktor im Kampf zur Verhütung von Kriegen darstellen und, zusammen mit den sozialistischen Ländern, „eine ausgedehnte Friedenszone bilden“. Die Handlungen der chinesischen Regierung im chinesisch-indischen Konflikt widersprechen dem von den marxistisch-leninistischen Parteien gemeinsam vereinbarten Kurs für die friedliche Koexistenz und die Unterstützung der nationalen Befreiungsbewegung.

Auf der jüngsten Tagung des Exekutivkomitees der Solidaritätsorganisation der Asiatisch-Afrikanischen Völker gingen die chinesischen Vertreter in ihrer falschen Darstellung des Wesens sowjetischer Hilfe für Indien bis zur ungeheuerlichen Beschuldigung, daß die Sowjetunion „Indien zu Zusammenstößen mit China aufhetzt“. Diese absurde Feststellung wird natürlich nicht von den Tatsachen erhärtet. Das ist ganz verständlich, denn es gibt

keine solchen Tatsachen. Der chinesischen Regierung muß wohlbekannt sein, daß die Hilfe, die Indien von der Sowjetunion erwiesen wird, genau denselben Charakter hat wie ihre Hilfe für viele andere junge Entwicklungsländer.

Der Standpunkt der Sowjetunion im chinesisch-indischen Konflikt bestand und besteht, trotz allen Entstellungsversuchen der chinesischen Führer, im wesentlichen darin, beständig mitzuhelfen, den Konflikt möglichst schnell zu regeln. Man könnte selbstverständlich erwarten, daß dieser Standpunkt bei den chinesischen Führern Verständnis und Unterstützung finden würde. Merkwürdigerweise jedoch hat Peking sein möglichstes getan, um ihn zu entstellen. Was die jüngsten Äußerungen der chinesischen Führer zum Standpunkt der UdSSR im chinesisch-indischen Grenzkonflikt anbelangt, so kann man schwer erkennen, was in ihnen vorherrscht — Feindschaft gegenüber dem ersten Land des Sozialismus, das Bestreben, die Politik der friedlichen Koexistenz, die konsequent von der sowjetischen Regierung verfolgt wird, zu diskreditieren, oder der Versuch, hinter einem Wortschwall ihr Abweichen von der einmütig vereinbarten Linie der kommunistischen und Arbeiterparteien der ganzen Welt in den Fragen der Politik der sozialistischen Länder gegenüber den jungen unabhängigen Staaten zu verbergen.

Es ist wohlbekannt, daß die benachbarten Völker Indiens und Chinas viele Jahrhunderte lang in Frieden und Freundschaft gelebt haben. Es gab keine Kriege zwischen ihnen, keine Streitigkeiten über Territorialfragen.

Nachdem das indische Volk 1947 seine Unabhängigkeit errungen hatte und 1949 die Revolution in China triumphierte, wurden freundschaftliche Beziehungen zwi-

schen Indien und China aufgenommen. Die Grenze blieb dieselbe wie zuvor, es ergaben sich keine Grenzkonflikte. Im Jahr 1954 setzten die Regierungen der Volksrepublik China und der Republik Indien ihre Unterschriften unter die bekannten Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz — „Pantscha-Schila“.

Zusammen mit anderen friedliebenden Staaten Asiens und Afrikas bekundeten sie auf der Bandung-Konferenz feierlich ihr Festhalten an diesen großartigen Ideen.

Die ersten bewaffneten Zusammenstöße an der indisch-chinesischen Grenze begannen Mitte 1959. Die Lage verschärfte sich besonders im Herbst des vergangenen Jahrs. Schlachten, an denen große Truppeneinheiten teilnahmen, entbrannten zwischen China und Indien, Tausende von Soldaten wurden getötet, verwundet oder gefangengenommen.

Die Zusammenstöße im Himalaja riefen unter der friedliebenden Öffentlichkeit schwere Beunruhigung hervor. Das Sowjetvolk und die Völker der anderen sozialistischen Länder waren besonders besorgt über die Berichte von solchen Zusammenstößen. Die bekannte TASS-Erklärung vom 10. September 1959, die den Standpunkt der sowjetischen Regierung darlegte, wies auf die gefährlichen Folgen hin, die dieser Konflikt für das Geschick des Friedens in Asien und in der ganzen Welt zeitigen konnte. Sie stellte fest: „In führenden Kreisen der Sowjetunion drückt man die Gewißheit aus, daß die Regierung der Volksrepublik China und die Regierung der Republik Indien nicht zulassen werden, daß jene Kräfte aus diesem Zwischenfall Nutzen ziehen, die nicht die Verbesserung der internationalen Lage, sondern ihre Verschärfung wünschen, die bestrebt sind, die sich abzeichnende Minderung der Spannung in den Beziehungen

zwischen den Staaten nicht zuzulassen.“ Das war und bleibt in der Tat die einzig richtige Haltung zur Lösung dieses Problems, eine Haltung, die von allen friedliebenden Staaten unterstützt wird. In der Folgezeit rief die sowjetische Regierung zu verschiedenen Gelegenheiten dazu auf, die vorhandene Spannung im Himalaja zu beenden und den Konflikt auf gegenseitig akzeptabler Grundlage aus dem Weg zu räumen. Die Sowjetunion ging und geht davon aus, daß dieser Konflikt nur für die Kräfte des Imperialismus und der Reaktion, die an der Erhaltung internationaler Spannungsherde interessiert sind, von Vorteil ist.

Die chinesischen Führer jedoch sind nicht zufrieden mit dem friedlichen Standpunkt der UdSSR. Vielleicht wollten sie den Grenzkonflikt mit Indien auf kriegerischem Weg beilegen und hofften dabei auf die Unterstützung der Sowjetunion? Wenn die Führer in Peking das wollten, dann haben sie natürlich alles Recht, über den Standpunkt der UdSSR „empört“ zu sein. Was immer sie jedoch in Peking sagen mögen, hat die sowjetische Regierung, treu der Leninschen Friedenspolitik, alles getan und wird es auch weiter tun, um die Brandherde internationaler Spannung auszulöschen, statt sie anzuzünden, und die Wahrung und Festigung des Friedens entschlossen zu fördern. Wir waren und sind der Ansicht, daß es keine Ursache für den Ausbruch eines Grenzkonflikts zwischen Indien und China gibt und gab, und noch weniger für die Ausweitung dieses Konflikts zu einem bewaffneten Zusammenstoß.

Der Grenzkonflikt im Himalaja hat bei den jungen asiatisch-afrikanischen Staaten ernste Besorgnis erweckt, denn sie wissen aus eigener Erfahrung, daß Schwächung der Einheit unter den jungen unabhängigen Staaten, daß

Reibungen und Unstimmigkeiten unter ihnen nur den Imperialisten und Kolonialisten in die Hände spielen. Im Herbst 1962, als militärische Zusammenstöße im Großmaßstab an der indisch-chinesischen Grenze ihren Höhepunkt erreichten, appellierten Präsident Nasser der Vereinigten Arabischen Republik, Ben Bella, der Leiter der algerischen Regierung, Präsident Bourguiba von Tunesien, Shermarke, der Ministerpräsident der Republik Somali, und viele andere führende Persönlichkeiten asiatisch-afrikanischer Staaten an die Volksrepublik China und an Indien, das Blutvergießen einzustellen, Verhandlungen zu beginnen und den Konflikt auf friedliche Weise beizulegen.

Nach der Feuereinstellung an der indisch-chinesischen Grenze im Oktober v. J., die auf Initiative der chinesischen Seite erfolgte, hofften alle Menschen guten Willens, daß der Konflikt schnell beigelegt würde und das tragische Kapitel in den Beziehungen zwischen Indien und China für immer ein Ende finde. Diese Hoffnungen waren umso begründeter, da die chinesische Regierung unge löste territoriale Fragen mit anderen Nachbarländern zu regeln wußte. Grenzabkommen wurden mit Nepal und Burma abgeschlossen, obgleich, wie Tschou En-lai, der Premier des Staatsrats der Volksrepublik China, erklärte, „die Frage der Grenze zwischen China und Burma viel komplizierter als die chinesisch-indische Grenzfrage war“.

Die chinesische Regierung hat eine Reihe von Schritten unternommen, um ihre Beziehungen zu Pakistan zu regeln, das, wie allgemein bekannt, SEATO und CENTO, den von den Westmächten errichteten militärisch-politischen Blocks, angehört.

In ihren Äußerungen erklären die chinesischen Führer, daß die asiatisch-afrikanischen Völker angeblich über die Haltung der indischen Regierung im Grenzkonflikt „spotten“. Aber sie verschweigen die Tatsache, daß in diesen Ländern Leute ihre Verwunderung über den Standpunkt der chinesischen Regierung in dieser Angelegenheit ausdrücken oder ihn offen verdammen. Die Menschen in diesem Teil der Welt sind über die Lage an der chinesisch-indischen Grenze besorgt; sie glauben, daß mit gutem Willen und dem Wunsch nach Beilegung des Grenzkonflikts durch Besprechungen am runden Tisch der Frieden und die Ruhe an der indisch-chinesischen Grenze schon längst hätten wiederhergestellt werden können. Diese Hoffnungen haben sich jedoch noch nicht erfüllt.

Es ist bekannt, daß durch die Initiative von Sirimavo Bandaranaike, dem Ministerpräsidenten von Ceylon, die führenden Staatsmänner von sechs nichtpaktgebundenen Staaten (Ceylon, VAR, Ghana, Burma, Indonesien und Kambodscha) auf der Colombo-Konferenz im Dezember v. J. Vorschläge für die friedliche Regelung des Konflikts ausarbeiteten. Die Teilnehmer an dieser Konferenz hofften, ihre „Vorschläge würden zur Konsolidierung des Waffenstillstands beitragen und, falls sie angenommen würden, den Weg für Besprechungen von Vertretern beider Länder bereiten“. Charakteristisch ist, daß die nichtpaktgebundenen asiatisch-afrikanischen Länder, die an der Colombo-Konferenz teilnahmen, obwohl die Regierung der Volksrepublik China alle Schuld am Konflikt der indischen Regierung zuzuschreiben versucht, es für nötig befanden, an niemand anderen als die chinesische Regierung zu appellieren, ihre Truppen 20 km von der Linie zurückzuziehen, an der sie sich tatsächlich in-

folge der Feindseligkeiten im Großmaßstab im Herbst 1962 befanden.

Die Vorschläge der Konferenz in Colombo drückten nichts anderes als den freundschaftlichen Wunsch von Staaten aus, die eine gegenseitig annehmbare Lösung des Grenzstreits zu finden aufrichtig bemüht waren.

Leider hat man in Peking nicht auf die Stimme der Vernunft, die den Willen der Völker Asiens und Afrikas zum Ausdruck brachte, gehört.

Was war denn los? Was verhinderte denn die friedliche Beilegung des Konflikts?

Es unterliegt keinem Zweifel, daß, wenn sich beide Seiten an den Verhandlungstisch gesetzt und die gegenseitigen Ansprüche ruhig, nüchtern und unvoreingenommen erörtert hätten, der Konflikt schon lange geregelt und der Spannungsherd in diesem Gebiet der Welt für immer beseitigt wäre. Wie die Presse in vielen Ländern feststellt, hat die indische Regierung positiv auf die Vorschläge der Colombo-Konferenz reagiert, sie vollinhaltlich, ohne jeden Vorbehalt angenommen und ihre Bereitschaft ausgedrückt, auf Grund dieser Vorschläge mit der Volksrepublik China Verhandlungen aufzunehmen, während die chinesische Regierung bis heute die Vorschläge der befreundeten neutralen Länder noch nicht angenommen und auch keine Bereitschaft gezeigt hat, Verhandlungen auf der vorgeschlagenen Grundlage zu beginnen. Was nach Ansicht der chinesischen Regierung getan werden konnte, war nur darauf beschränkt, sich „im Prinzip“ mit diesen Vorschlägen einverstanden zu erklären. Von chinesischer Seite wurden keine konstruktiven Schritte unternommen.

In den Ländern Asiens und Afrikas nimmt man die Tatsache zur Kenntnis, daß die chinesische Regierung



selbst zweimal, im Oktober und November 1962, an diese Länder appellierte, „Initiative zu zeigen“ und die Aufnahme direkter indisch-chinesischer Verhandlungen zu „erleichtern“. Als aber diese Hilfe angeboten wurde, machte die chinesische Regierung von den Vermittlerdiensten dieser Länder keinen Gebrauch.

Die Presse vieler Länder Asiens und Afrikas stellt fest, daß anfangs die chinesische Regierung erklärte, die Vorschläge der Colombo-Konferenz „im Prinzip“ anzunehmen. Später erklärte sie, sie nicht vollständig annehmen zu können, da „nicht alles klar“ sei und verlangte eine Klärung. Als diese Erklärungen dargeboten wurden, stellte die chinesische Regierung fest, sie seien nur von einigen Vertretern der Teilnehmerstaaten der Colombo-Konferenz gegeben worden und daher, wie es die „Renmin Ribao“ ausdrückte, „keine Konferenzdokumente legalen Charakters“. Auch andere Argumente wurden in der chinesischen Presse vorgebracht, die die Kompetenz der Colombo-Konferenz in Frage zogen.

In ihrer Erklärung vom 20. August behauptete die chinesische Regierung von neuem, sie wäre „im Prinzip zur Annahme der Colombo-Vorschläge“ bereit. Doch ging sie nicht über solch allgemeine Feststellungen hinaus.

Kein Wunder, daß jetzt viele Leute anfangen zu sagen, daß die chinesische Regierung, während sie die Initiative der nichtpaktgebundenen Nationen in den Himmel hebt und erklärt, ihre Vermittlerdienste „anzuerkennen“ und „gebührend zu schätzen“, in Wirklichkeit deren Bemühungen ignoriert und durchaus nicht den Wunsch zeigt, von den Colombo-Vorschlägen Gebrauch zu machen.

Die Völker der Länder Asiens und Afrikas bringen die Politik der Führung der Volksrepublik China in der Grenzfrage mit ihrer Haltung einem weiteren Feld inter-

nationaler Beziehungen gegenüber in Zusammenhang und ziehen ihre eigenen Schlußfolgerungen. Der nigerische „West African Pilot“, z. B., schreibt, daß Peking „nicht an friedliche Koexistenz glaubt, und je früher wir das einsehen, umso besser für die ganze Welt“.

Die Völker Asiens und Afrikas sind ernstlich beunruhigt durch den ungeheuren Schaden, der der Sache der Solidarität und Einheit der Völker im Kampf für die nationale Befreiung, gegen den Imperialismus und Kolonialismus und für den Frieden aus dem chinesisch-indischen Grenzkonflikt erwächst. Sie können nicht übersehen, daß hinter der Politik der Regierung der Volksrepublik China die Absicht steckt, Indien in Streitigkeiten mit den anderen Staaten Asiens und Afrikas zu verwickeln.

Es ist beachtenswert, daß seit kurzem die chinesischen Führer mit großem Getöse die Behauptung verbreiten, die Nehru-Regierung sei imperialistisch und expansionistisch gesinnt, sie wolle sich ein Imperium von riesigen Ausmaßen, sogar größer als das britische, aufrichten. Nach solchen Argumenten fällt es schwer, den chinesischen Führern zu glauben, daß sie aufrichtig sind, wenn sie den Wunsch nach friedlicher Beilegung des Grenzkonflikts mit Indien zum Ausdruck bringen.

Es entsteht der Eindruck, daß man in der Hauptstadt der Volksrepublik China nicht begreifen will, wem der jetzige Konflikt nutzt, der bereits unter allen Völkern ungeheuren Schaden angerichtet hat und es auch weiter tut. Wie man weiß, bemächtigten sich die Imperialisten des chinesisch-indischen Konflikts sofort, um zu versuchen, im Himalaja die Flammen eines Kriegs zu entfachen. Sie verbinden dies mit ihren weitreichenden Plänen; sie überschütten Indien mit Angeboten von Waf-

n und gemeinsamen militärischen Aktionen. Die Imperialisten sind besonders entzückt davon, daß eine der Seiten im Konflikt ein sozialistischer Staat ist. Sie möchten diese Tatsache dazu ausbeuten, die Ideen von der irdlichen Koexistenz von Staaten verschiedener Gesellschaftsordnung, die Freundschaft und Zusammenarbeitsverhältnisse zwischen den sozialistischen Staaten und den jungen unabhängigen Staaten Asiens und Afrikas in Verruf zu bringen. Jedoch steckt hinter all dem der Wunsch, aus dem Konflikt Kapital zu schlagen, um einen gefährlichen Spannungsherd aufrechtzuerhalten.

Wozu hat der chinesisch-indische Konflikt tatsächlich geführt, was sind seine Konsequenzen?

Dieser Konflikt hat bereits der Einheit und Geschlossenheit der Länder Asiens und Afrikas in ihrem gemeinsamen Kampf gegen Imperialismus und Kolonialismus bedeutenden Schaden zugefügt. Er hat auch die Einheit und Zusammenarbeit der jungen befreiten Staaten mit den sozialistischen Ländern, vor allem Indiens mit der Volksrepublik China, sehr beeinträchtigt.

Im Gefolge der Feindseligkeiten haben China und Indien bereits große, nicht zu rechtfertigende Verluste erlitten. Der Grenzstreit zwischen den beiden Ländern, die jahrhundertlang in Eintracht und Freundschaft miteinander gelebt hatten, hat nicht nur zum Bruch der engen, gutnachbarlichen Bande, sondern auch zu ernststen wirtschaftlichen Folgen geführt. Es genügt festzustellen, daß sich Indiens Ausgaben für militärische Zwecke in den letzten Jahren vervierfacht haben. Damit wird eine schwere Bürde auf die Schultern der Werktätigen gelegt. Zusätzliche Steuern und Zölle sind eingeführt worden.

Die reaktionären Kräfte in Indien nutzen den Konflikt für die Entfesselung eines chauvinistischen Rausches,

für den Angriff auf die fortschrittlichen Kräfte des Landes und dafür aus, um Indien vom Weg der Neutralität abzudrängen und es in die militärisch-politischen Blocks des Westens einzubeziehen. Auf Kundgebungen und Versammlungen, in der Presse und im Parlament verbreiten die Führer der reaktionären Parteien „Swatantra“, „Jan Sangh“, der sogenannten Praja-Sozialistischen Partei und die extremsten nationalistischen Elemente der herrschenden Indischen Nationalen Kongreßpartei auf jede mögliche Art chauvinistische antichinesische Propaganda, erklären sich gegen Verhandlungen mit der Volksrepublik China, durch die die friedliche Lösung des Konflikts erreicht werden könnte, verlangen eine straffe Linie der Volksrepublik China gegenüber. Der Ausnahmezustand ist seit langem erklärt, die demokratischen Rechte der Bevölkerung sind geschmälert. Viele Hunderte von Kommunisten und Gewerkschaftsführern sind verhaftet und eingekerkert worden. Die indischen Reaktionäre schreien nach Einschränkung des wirtschaftlichen Entwicklungsprogramms, nach der Verwendung der beschränkten Ressourcen des Landes für militärische Zwecke und für den Aufbau einer riesigen Kriegsmaschinerie.

Eine der jüngsten Erklärungen des Außenministeriums der Volksrepublik China drückt Zufriedenheit mit der Tatsache aus, daß während der Zusatzwahlen fürs indische Parlament im Mai d. J. die Kandidaten der Indischen Nationalen Kongreßpartei geschlagen wurden. Das Außenministerium der Volksrepublik China ließ jedoch kein Wort davon verlauten, daß die Erzreaktionäre Kripalani und Masani die Mehrheit der Stimmen errangen. Tatsächlich beschreiben die chinesischen Führer den

allgemeinen stärken, würde es beiden Völkern ermöglichen, sich gänzlich auf die Probleme des wirtschaftlichen Fortschritts, denen sie sich gegenübersehen, zu konzentrieren.

Das sowjetische Volk will gutnachbarliche Beziehungen wiederhergestellt sehen zwischen den beiden größten Mächten in Asien — der Volksrepublik China und der Republik Indien. Bei Grenzstreitigkeiten halten wir uns an die Leninschen Anschauungen und sind überzeugt, daß es keine Streitigkeiten gibt, die nicht friedlich, durch Verhandlungen und ohne Blutvergießen, beigelegt werden können. Gerade aus diesen Erwägungen heraus beurteilt das sowjetische Volk die Ereignisse an der chinesisch-indischen Grenze. Was die Sowjetunion angeht, achtet sie ihre Nachbarn in der Erkenntnis, daß gutnachbarliche Beziehungen nur dann bestehen können, wenn die zwischen Staaten vorhandenen Grenzen respektiert werden.

N. S. Chruschtschow, der Vorsitzende des Ministerrats der UdSSR, gab eine klare Beschreibung des Standpunkts aller Sowjetmenschen, als er auf der Tagung des Obersten Sowjets im Dezember v. J. die Hoffnung aussprach, daß die Regierungen Chinas und Indiens „das Mißverständnis mit der nötigen Rücksicht auf das gegenseitige Interesse im Geiste der traditionellen Freundschaft zwischen den Völkern Chinas und Indiens beilegen“ würden. Die Haltung der UdSSR ist die konsequente und ehrliche Politik der sowjetischen Regierung und des leninistischen Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion für die Aufrechterhaltung des Friedens und für die Stärkung der Freundschaft unter den Nationen. Die verwickeltsten Verhandlungen sind besser als Krieg. Streitigkeiten sollten nicht durch militärische, sondern durch friedliche Mittel am runden Tisch bereinigt werden. Das

sowjetische Volk appelliert entschlossen für die friedliche Regelung des indisch-chinesischen Grenzkonflikts und für die baldmöglichste Beseitigung dieses gefährlichen Herds ernster Spannungen in diesem Teil der Welt.

## SIEBEN BRIEFE

KORRESPONDENZ ZWISCHEN  
DEM ZK DER KPCh  
UND DEM ZK DER KPdSU

VERLAG FÜR FREMDSPRACHIGE LITERATUR  
PEKING 1964

Die Dokumente des Februar-Plenums des ZK der KPdSU, die am 3. April d. J. veröffentlicht wurden, und der Leitartikel der „Prawda“ vom selben Datum lassen einiges aus dem Inhalt des zwischen den Zentralkomitees der KPCh und der KPdSU seit November 1963 geführten internen Briefwechsels durchblicken; wobei die Tatsachen entstellt werden, um die Mitglieder der KPdSU und das Sowjetvolk zu täuschen und die in den wirklichen Sachverhalt nicht eingeweihte Weltöffentlichkeit irrezuführen. Das ZK der KPCh hat in seinem Schreiben vom 7. Mai dem ZK der KPdSU mitgeteilt, daß es die Veröffentlichung des vollen Wortlautes der zwischen der KPCh und der KPdSU seit November 1963 gewechselten Briefe für notwendig hält, damit die Tatsachen klargestellt und die Dinge ins rechte Licht gerückt werden.

Tieferstehend werden folgende Briefe veröffentlicht: Der Brief des Zentralkomitees der

-- 1 --

Kommunistischen Partei Chinas vom 7. Mai 1964 an das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion sowie die früher — am 20., 27. und 29. Februar 1964 — abgesandten Briefe des ZK der KPCh an das ZK der KPdSU und die Briefe des ZK der KPdSU vom 29. November 1963, 22. Februar und 7. März 1964 an das ZK der KPCh,

BRIEF DES ZK DER KPCh VOM 7. MAI 1964  
AN DAS ZK DER KPdSU

7. Mai 1964

An das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion

Liebe Genossen!

Das ZK der KP Chinas hat den Brief des ZK der KPdSU vom 7. März 1964 erhalten.

In Eurem Brief spricht Ihr zungenfertig von Eurem Wunsch, daß „die bestehenden Differenzen so rasch als möglich beigelegt werden“ und „die offene Polemik zwischen den kommunistischen Parteien eingestellt wird“, von Eurer Bereitschaft, „alles zu tun“, um „zur Festigung der Einheit der kommunistischen Bewegung . . . beizutragen“. Aber die Tatsachen zeigen, daß Eure schönklingenden Worte ganz und gar auf Betrug abzielen. Weder vor der Absendung Eures Briefes noch nachher habt Ihr den Angriff gegen die KP Chinas und andere marxistisch-leninisti-

sche Bruderparteien jemals eingestellt. Auf ausnahmslos jeder Tagung einer der internationalen demokratischen Organisationen, die in den letzten Monaten stattfand, habt Ihr Eure falsche Linie gepredigt und durchzudrücken versucht, habt Ihr eine chinafeindliche Tätigkeit betrieben. Schon Mitte Februar dieses Jahres, also drei Wochen vor Eurem Brief vom 7. März, habt Ihr auf der Plenartagung des ZK der KPdSU, an der 6000 Menschen teilnahmen, einen antichinesischen Bericht verlautbart und eine antichinesische Resolution angenommen, um „Fehler“ der KP Chinas „in aller Öffentlichkeit darzulegen“ und ein „offenes und entschiedenes Auftreten“ gegen die KP Chinas zu organisieren.

All das zeigt deutlich, daß Ihr mit Eurem Brief vom 7. März einfach ein Doppelspiel treibt. Unter dem Aushängeschild einer angeblichen „tiefen Sorge um die Überwindung der Meinungsverschiedenheiten und um den Zusammenschluß der internationalen kommunistischen Bewegung“ bereitet Ihr intensiv eine neue Kampagne gegen die KP Chinas und andere marxistisch-leninistische Bruderparteien vor und schmiedet ein großangelegtes Komplott zur offenen Spaltung des sozialistischen Lagers und der internationalen kommunistischen Bewegung.

Wir haben Euch mehrmals unseren konsequenten Standpunkt zur offenen Polemik dargelegt. Da Ihr jedoch unsere wiederholten Ratschläge ignoriert, die offene Polemik halsstarrig provoziert und erweitert, massive offene Angriffe gegen uns und andere Bruderparteien unternommen habt, sind wir und die anderen Bruderparteien gemäß den Prinzipien der Gleichberechtigung der Bruderparteien selbstverständlich berechtigt, in aller Öffentlichkeit zu entgegnen. Es ist unser gutes Recht, Euch so viel zu antworten, als Ihr uns angreift.

Unsere Presse hat bis jetzt die Erwiderung auf Euren „Offenen Brief“ vom 14. Juli 1963 noch nicht abgeschlossen. Wir haben auf die mehr als 2000 chinafeindlichen Artikel und sonstigen Materialien, die Ihr nach Eurem „Offenen Brief“ veröffentlicht habt, sowie auf die zahlreichen Resolutionen, Erklärungen und Artikel, in denen uns einige Dutzend Bruderparteien angegriffen haben, noch nicht einmal zu antworten begonnen, geschweige denn die Antwort abgeschlossen. Wie könnt Ihr, da Ihr nun eine solche Unmenge von Resolutionen, Erklärungen, Artikeln, Broschüren und Büchern, in denen die KP Chinas angegriffen wurde, herausgegeben habt, ohne deren Inhalt jemals öffentlich widerrufen zu

haben, von uns verlangen, unser Recht auf öffentliche Beantwortung aufzugeben?

Bei verschiedenen öffentlichen Veranstaltungen, einschließlich internationaler Konferenzen, habt Ihr gegen die fundamentalen Grundlehren des Marxismus-Leninismus und die revolutionären Prinzipien der Deklaration von 1957 und der Erklärung von 1960 verstoßen; denn Ihr predigt überall Eure Generallinie des „friedlichen Übergangs“, des „friedlichen Wettbewerbs“ und der „friedlichen Koexistenz“ und wollt sie durchsetzen, seid darauf versessen, Euch mit dem gemeinsamen Feind aller Völker, dem amerikanischen Imperialismus, zu verbünden, um die nationale Befreiungsbewegung, die proletarische Revolution und die Diktatur des Proletariats zu bekämpfen und die Einheit des sozialistischen Lagers und der internationalen kommunistischen Bewegung zu untergraben. Ihr versucht, den Bruderparteien und den internationalen demokratischen Organisationen Eure falsche Politik aufzuzwingen. Wie könnt Ihr erwarten, daß wir und die anderen Marxisten-Leninisten in der ganzen Welt zu diesem Eurem üblen Verhalten und zu diesen wichtigen prinzipiellen Fragen, die die Zukunft der Weltrevolution und das Schicksal der Menschheit betreffen, schweigen, Eure revisionistischen und spalterischen Irrtümer

nicht aufdecken und offen bekämpfen, unseren Standpunkt und unsere Ansichten nicht öffentlich darlegen werden?

Früher habt Ihr behauptet, daß Ihr mit der Einleitung der offenen Polemik auf dem XXII. Parteitag der KPdSU „auf Leninsche Art gehandelt“ hättet. Jetzt, in Eurem letzten Brief, behauptet Ihr, daß die Einstellung der offenen Polemik dem „Vermächtnis Lenins“ entspreche. Welche These ist nun richtig? Wenn Ihr wirklich die Einstellung der offenen Polemik wollt, hat dann nicht Euer XXII. Parteitag einen Fehler begangen? Seid Ihr bereit, diesen Fehler einzugestehen?

Der von Euch am 3. April dieses Jahres veröffentlichte antichinesische Bericht und die antichinesische Resolution des Februar-Plenums des ZK der KPdSU sowie eine Reihe nachfolgender Tatsachen zeigen immer deutlicher, daß Euer Vorschlag zur sogenannten Einstellung der offenen Polemik lediglich dazu dient, uns mundtot zu machen, damit Ihr ungestört Eure revisionistische und Spalterpolitik fortsetzen könnt.

Zur Frage einer Aussprache zwischen Vertretern der chinesischen und der sowjetischen Partei und einer Konferenz von Vertretern aller Bruderparteien haben wir in unserem Schreiben vom

29. Februar dieses Jahres vorgeschlagen: die Verhandlungen zwischen den beiden Parteien im Oktober d. J. zwecks Vorbereitung der Konferenz von Vertretern aller Bruderparteien fortzusetzen; danach eine Beratung abzuhalten, die von 17 Bruderparteien beschickt wird und auf der weitere Vorbereitungen für die Konferenz von Vertretern aller Bruderparteien zu treffen sind; wenn diese Vorbereitungen abgeschlossen sind; eine Konferenz von Vertretern aller Bruderparteien einzuberufen, die dann zu einer Konferenz der Einheit auf Basis der revolutionären Prinzipien des Marxismus-Leninismus würde.

In Eurem Brief vom 7. März d. J. erklärt Ihr Euch mit unserem vernünftigen Vorschlag nicht einverstanden und werft uns vor, absichtlich Verzögerungen herbeizuführen. Ihr verlangt, daß die Besprechungen zwischen der chinesischen und der sowjetischen Partei im Mai dieses Jahres, die vorbereitende Beratung von Vertretern der Bruderparteien im Juni-Juli dieses Jahres und die internationale Konferenz aller Bruderparteien im Herbst dieses Jahres stattfinden solle.

Auf den ersten Blick scheint Ihr sehr tatenhungrig und begeistert zu sein! Dieser gedrängte Terminplan wurden aber von Euch nicht aufgestellt, um die Differenzen beizulegen und die Einheit zu festigen. Im Gegenteil: immer mehr

Tatsachen zeigen, daß das zu Eurem Komplott gehört, die offene Spaltung der internationalen kommunistischen Bewegung zu beschleunigen.

Bereits am 12. Februar d. J. habt Ihr hinter unserem Rücken ein gegen die KP Chinas gerichtetes Schreiben an die Bruderparteien gesandt. Aus Eurem Brief an uns vom 22. Februar d. J. geht hervor, daß Ihr in jenem chinafeindlichen Schreiben zu einem „Widerstand“ gegen uns aufgerufen und mit „kollektiven Maßnahmen“ gedroht habt. Und auf dem Plenum des ZK der KPdSU vom 14. und 15. Februar dieses Jahres habt Ihr ein „offenes und entschiedenes Auftreten gegen die falschen Ansichten und gefährlichen Aktionen der Führung der KP Chinas“ beschlossen. Mit anderen Worten: Ihr habt bereits das Gewehr geladen und haltet den Finger am Abzug. Ist es nicht pure Heuchelei, wenn Ihr unter diesen Umständen ein Treffen zwischen China und der Sowjetunion für Mai dieses Jahres vorschlagt, damit angeblich „die bestehenden Differenzen so rasch als möglich beigelegt werden“?

Wir möchten die Genossen der KPdSU fragen: Warum habt Ihr es so eilig? War es nicht Eure Absicht, im Falle, daß wir Euren Vorschlag für die Abhaltung von Besprechungen zwischen der KPCh und der KPdSU im Mai



dieses Jahres ablehnen, dies zum Vorwand zu nehmen, um bedenkenlos und einseitig eine internationale Konferenz einzuberufen und die offene Spaltung Tatsache werden zu lassen?

Die KP Chinas vertritt konsequent den Standpunkt, daß die Einheit gewahrt und eine Spaltung bekämpft werden muß. Wir bemühen uns nach wie vor ständig um die Beilegung der Differenzen und die Wiederherstellung der Geschlossenheit. Wir verstehen auch ganz gut, daß die zwischen uns und Euch bestehenden Differenzen schwerwiegend sind und eine ganze Reihe von Grundprinzipien des Marxismus-Leninismus betreffen. Diese Differenzen traten in Zusammenhang mit den XX. Parteitag der KPdSU auf und verschärften sich während des XXII. Parteitags und später. Offensichtlich können diese grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten, die sich im Laufe einer so langen Zeit angesammelt haben, nicht über Nacht beigelegt werden. Hierfür braucht man Zeit und Geduld.

Wenn wir in unserem Schreiben vom 29. Februar d. J. vorgeschlagen haben, die Verhandlungen zwischen der chinesischen und der sowjetischen Partei im Oktober d. J. fortzusetzen; so ließen wir uns hauptsächlich von der Erwägung leiten, daß wir damit sieben Monate für eine Reihe von Vorbereitungsarbeiten zur Ver-

fügung hätten. So wollen wir zum Beispiel ein Exemplar Eures am 12. Februar d. J. an Bruderparteien gesandten Schreibens erhalten, um uns über dessen Inhalt zu informieren. Wir würden gern die magischen Waffen sehen, von denen Ihr so viel Aufhebens macht, darunter die „offene Darlegung der Ansichten“, die „Veröffentlichung von Dokumenten und Materialien“; die „entschiedenste Abwehr“ und die „kollektiven Maßnahmen“. Wir würden auf Eure Angriffe zu antworten und auf die von Euch eingesetzten magischen Waffen zu reagieren haben. Das alles braucht Zeit.

Zu unserem Bedauern weigert Ihr Euch bis heute ganz ohne Grund, uns ein Exemplar Eures am 12. Februar d. J. an Bruderparteien gesandten Schreibens zu übergeben, obwohl wir wiederholt darum gebeten haben. Es handelt sich doch hier um einen Brief, in dem wir angegriffen werden, und Ihr habt ihn vielen Bruderparteien zukommen lassen; warum enthält Ihr ihn dann gerade uns so hartnäckig vor? Wir sind berechtigt, von Euch eine Kopie zu verlangen. Hiermit bitten wir Euch erneut um diesen Brief. Wenn Ihr ihn uns weiterhin verweigert, werden wir dennoch auf unserer Bitte beharren, nie aufhören; auf ihrer Erfüllung zu bestehen;

Was Eure magischen Waffen betrifft, so habt Ihr endlich am 3. April d. J. begonnen, einige von ihnen hervorzuholen. Allem Anschein nach seid Ihr nun aufgewärmt und habt noch viel zu sagen. Bis jetzt aber wissen wir noch immer nicht, welche magische Waffen Ihr noch habt und was es mit Eurer „entschiedensten Abwehr“ und Euren „kollektiven Maßnahmen“ für eine Bewandnis hat.

Gestattet da die Frage: Wie können unter solchen Umständen Verhandlungen zwischen der chinesischen und der sowjetischen Partei und eine internationale Konferenz der Bruderparteien Erfolg haben? Worüber soll man denn auf diesen Beratungen sprechen? Würde man sich nicht lediglich streiten, um dann ergebnislos auseinanderzugehen? Oder es käme zu einer offenen Spaltung und jeder ginge dann seiner Wege? Solltet Ihr wirklich zur offenen Spaltung entschlossen sein?

Genossen, wir sind gegen die Spaltung. Solange Ihr alle Euren gerühmten magischen Waffen nicht hervorgeholt habt, solange sich die beiden Seiten über ihre Thesen und Absichten nicht im klaren sind und solange nicht eine umfassende Vorbereitungsarbeit geleistet worden ist, können Besprechungen zwischen den Parteien Chinas und der Sowjetunion und eine in-

ternationale Konferenz der Bruderparteien nur zur Spaltung führen, und damit können wir uns nicht einverstanden erklären.

Wenn wir von der jetzigen Situation ausgehen, so ist es nicht nur unmöglich, ein Treffen zwischen den Parteien Chinas und der Sowjetunion im Mai abzuhalten, sondern sogar im Oktober dieses Jahres wird es noch zu früh sein. Wir halten es für zweckmäßiger, die Besprechungen zwischen der chinesischen und der sowjetischen Partei bis zur ersten Hälfte des kommenden Jahres, zum Beispiel bis Mai 1965, zu verschieben. Wenn bis dahin eine der beiden Parteien zur Ansicht gelangt, daß die Zeit dafür noch nicht reif ist, können die Besprechungen weiter verschoben werden.

Wann die vorbereitende Beratung für die Konferenz von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien aller Länder stattfinden soll, hängt vom Ergebnis der Verhandlungen zwischen der chinesischen und der sowjetischen Partei ab. Die Zusammensetzung der vorbereitenden Beratung kann durch Konsultationen mit den Bruderparteien vereinbart werden. Noch sind wir nach wie vor der Ansicht, daß der in unserem Brief vom 29. Februar d. J. unterbreitete Vorschlag zweckmäßig ist, wonach die Bruderparteien folgender 17 Länder an dieser

vorbereitenden Beratung teilnehmen sollten: Albanien, Bulgarien, China, Deutsche Demokratische Republik, Korea, Kuba, Mongolei, Polen, Rumänien, Sowjetunion, Tschechoslowakei, Ungarn und Vietnam sowie Indonesien, Japan; Italien und Frankreich.

Wir sind prinzipiell nicht gegen eine Erweiterung des Teilnehmerkreises. Wir können jedoch Eurem Vorschlag, der 26 statt 17 Bruderparteien als Teilnehmer an der vorbereitenden Beratung nennt, nicht zustimmen; denn zwischen der heutigen Situation und der im Jahre 1960 besteht ein sehr großer Unterschied. In manchen der auf Eurer Liste aufscheinenden Länder gibt es jetzt zwei Parteien. So wird beispielsweise in Australien eine Partei von E. F. Hill vertreten und eine andere von L. L. Sharkey. Erstere ist eine marxistisch-leninistische Partei, letztere eine revisionistische. In Brasilien ist die Situation ähnlich. Offensichtlich gehen Eure und unsere Meinung darüber auseinander; welche Partei auf der Beratung vertreten sein soll. Indien ist wieder ein anderes Beispiel. Dort sind Dange und sein Klüngel bereits zu Handlangern der Großbourgeoisie und der Großgrundbesitzer degeneriert, zu Renegaten des Kommunismus geworden. Wir möchten fragen: Wie kann man der verräterischen Dange-Clique die Teilnahme

an einer Konferenz der Bruderparteien erlauben? Wenn der Teilnehmerkreis an der vorbereitenden Konferenz erweitert werden soll, dann kommen hierfür unserer Ansicht nach jene Bruderparteien in Betracht, die dem Marxismus-Leninismus treu geblieben sind und heroisch für die Revolution kämpfen.

Was die Konferenz von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien aller Länder betrifft, sind wir der Ansicht, daß dies eine Konferenz der Einheit auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus sein soll, gewiß aber nicht eine Konferenz der Spaltung. Deshalb müssen gründliche Vorbereitungen getroffen werden und darf man die Konferenz nicht übereilt einberufen. Das ist unser konsequenter Standpunkt und auch der Standpunkt vieler anderer Bruderparteien; darunter auch solcher, die mit uns ideologische Differenzen haben. Früher habt auch Ihr eine solche Haltung gutgeheißen. In Eurem an uns gerichteten Schreiben vom 29. November 1963 habt Ihr Euch damit einverstanden erklärt, daß entsprechende Bedingungen geschaffen werden; damit diese Konferenz „nicht zu einer Spaltung der kommunistischen Weltbewegung, sondern zu einer wirklichen Geschlossenheit und Einheit aller Bruderparteien, aller Kräfte des Friedens und des Sozialismus führe“; Wenn es Euch nicht

mit einer offenen Spaltung eilig ist, solltet Ihr nicht so große Eile haben, im Herbst dieses Jahres die internationale Konferenz einzuberufen. Wir raten Euch, das einmal ruhig und nüchtern zu überlegen: Unter den heutigen Umständen ist es tunlich, die internationale Konferenz der Bruderparteien lieber später als früher einzuberufen; oder sie sogar überhaupt nicht einzuberufen.

In der Gegenwart gibt es keine solche internationale Organisation wie die III. Internationale, noch gibt es eine ständige Körperschaft, wie es sie in der III. Internationale gab, die zur Einberufung von internationalen Konferenzen berechtigt wäre. Unter diesen Umständen wäre es falsch und unzulässig, wenn eine einzelne Partei oder einige Parteien unter Verletzung des Prinzips der Herbeiführung einer Einmütigkeit durch Konsultationen zwischen den Bruderparteien einseitig die Einberufung einer Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien aller Länder beschließen wollten. Eine solche Handlungsweise wäre rechtswidrig und völlig falsch; sie würde schwere Folgen haben. Das ist Euch; uns und allen anderen kommunistischen und Arbeiterparteien klar; Sollte das ZK der KPdSU so arrogant sein; unsere Ratschläge und die vieler Bruderparteien zu mißachten, jene Parteien; die seine falsche re-

visionistische und Spalterpolitik unterstützen, eigenmächtig zusammenzutrommeln und eine derartige, in aller Eile abgehaltene Konferenz als angebliche Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien aller Länder auszugeben, dann würdet Ihr vom Weltproletariat, von den revolutionären Volksmassen und von allen echten marxistisch-leninistischen Parteien aufs schärfste verurteilt werden. Ihr hättet damit das Banner der Einheit, das Ihr scheinheilig herumschwenkt, weit fortgeschleudert und müßtet die Verantwortung für eine Spaltung tragen. Wollt Ihr das? Wollt Ihr Euch in eine solche ausweglose Lage versetzen? Wir erklären Euch das in aller Aufrichtigkeit und zeigen Euch klar, was nottut und wo die Gefahren liegen. Sagt also dann nicht, Ihr wäret nicht im voraus gewarnt worden.

Wir sind der Meinung; daß eine Reihe von vorbereitenden Maßnahmen notwendig sind, um die internationale Konferenz der Bruderparteien zu einem Erfolg zu machen. Dazu gehören Gespräche zwischen der chinesischen und der sowjetischen Partei, bilaterale oder multilaterale Verhandlungen zwischen anderen Bruderparteien; die Einberufung einer vorbereitenden Beratung von Bruderparteien; die Erzielung eines einstimmigen Abkommens auf dieser Beratung usw;

Der gegenwärtigen Situation nach werden diese Vorbereitungen vielleicht vier bis fünf Jahre oder sogar noch länger dauern müssen.

Unsere Ansichten gehen von der großen Sorge um die Einheit des sozialistischen Lagers und der internationalen kommunistischen Bewegung aus. Wir hoffen, daß diese Ansichten von Euch mit großem Ernst und sehr sorgfältig überlegt werden.

Außerdem bitten wir Euch, nochmals den Vorschlag in Erwägung zu ziehen, den wir in unserem an Euch gerichteten Schreiben vom 27. Februar d. J. gemacht haben. Der Vorschlag besagt, daß unsere beiden Parteien ein Abkommen treffen, demzufolge beide Seiten auf der Basis der Gleichheit in ihren Zeitungen Dokumente, Artikel und sonstige Materialien veröffentlichen, die von beiden Seiten bereits veröffentlicht wurden oder noch werden und eine Kritik an der anderen Seite enthalten. Zwar habt Ihr in Eurem Brief vom 7. März dieses Jahres diesen Vorschlag abgelehnt, doch konntet Ihr keine wirklich stichhaltigen Gründe dafür vorbringen. Ihr habt einseitig viele Reden und Artikel veröffentlicht, in denen die KP Chinas verleumdet wird. Andererseits habt Ihr es den Mitgliedern der KPdSU und dem Sowjetvolk verboten, unsere Antwortartikel zu lesen und sich mit

unserem wirklichen Standpunkt und unseren wirklichen Ansichten vertraut zu machen. Das gerade ist nichts anderes als ein vorsätzlicher Versuch, zwischen dem chinesischen und dem sowjetischen Volk Feindschaft zu säen. Wenn Ihr jedoch den Mitgliedern der KPdSU und dem sowjetischen Volk sowie Euch selbst vertraut, besteht für Euch kein Grund, eine Vereinbarung mit uns über diese Frage abzulehnen.

Die Dokumente des Februar-Plenums Eures ZK und der Leitartikel der „Prawda“ vom 3. April d. J. lassen einiges aus dem Inhalt des zwischen den Zentralkomitees unserer beiden Parteien seit November 1963 geführten internen Briefwechsels durchblicken, wobei die Tatsachen entstellt werden, um die Mitglieder der KPdSU und das Sowjetvolk zu täuschen und die in den wirkliche Sachverhalt nicht eingeweihte Weltöffentlichkeit irrezuführen. Um den Tatbestand zu klären und die Wahrheit darzulegen, hält es das ZK der KP Chinas für notwendig, die seit November 1963 zwischen den beiden Parteien gewechselten Briefe im Wortlaut zu veröffentlichen; und zwar: die Briefe des ZK der KPdSU vom 29. November 1963, vom 22. Februar und 7. März 1964 sowie die Briefe des ZK der KP Chinas vom 20. Februar, 27. Februar, 29. Februar und 7. Mai 1964. Wir hoffen, daß Ihr ebenfalls

die gleichen Maßnahmen wie wir treffen, das heißt diesen Briefwechsel zwischen der chinesischen und der sowjetischen Seite auch in Eurer Presse im Wortlaut abdrucken werdet.

Mit brüderlichen Grüßen

**Zentralkomitee der Kommunistischen  
Partei Chinas**

**BRIEF DES ZK DER KPCh VOM  
20. FEBRUAR 1964 AN DAS ZK  
DER KPdSU**

20. Februar 1964

An das Zentralkomitee der Kommunistischen  
Partei der Sowjetunion

Liebe Genossen!

Von vielen Seiten haben wir erfahren, daß das ZK der KPdSU vor kurzem den Bruderparteien ein gegen die KP Chinas gerichtetes Schreiben gesandt hat. In diesem Schreiben werden die Tatsachen bezüglich der gegenwärtigen offenen Polemik in der internationalen kommunistischen Bewegung entstellt, wird die KP Chinas mit Erfindungen verleumdet und werden die Bruderparteien aufgehetzt, einen sogenannten „Kampf gegen die großmachtchauvinistischen und trotzkistischen Ansichten, die fraktionelle und Wühltätigkeit der chinesischen Führer“ zu starten. Dieses Schreiben wurde jedoch der KP Chinas nicht zugestellt, wird also vor ihr geheimgehalten.

— 21 —

Es muß mit allem Ernst darauf hingewiesen werden, daß die Führung der KPdSU einerseits vorgibt, die Einheit zu wünschen, und nach Einstellung der offenen Polemik ruft, andererseits hinter dem Rücken der KP Chinas eine neue Kampagne gegen die KP Chinas und andere marxistisch-leninistische Parteien in Gang bringt und skrupellos eine sektiererische, fraktionelle und Spaltertätigkeit entfaltet. Die ganzen letzten Jahre hindurch haben die Führer der KPdSU ein Doppelspiel getrieben, sind ihre Worte und Taten auseinandergegangen. Eure bösertige Doppelzüngigkeit ist eine grobe Verletzung der in der Erklärung von 1960 festgelegten Normen für die Beziehungen zwischen den Bruderparteien sowie der Prinzipien des proletarischen Internationalismus.

Unter dem neuen Vorwand, daß die KP Chinas auf Euren Brief vom 29. November 1963 noch nicht geantwortet hat, habt Ihr jetzt diese Kampagne gegen die KP Chinas begonnen. Wir möchten Euch aber fragen: Warum konntet Ihr eine lange Zeit hindurch nach Eurem Gutdünken vorgehen und die Vorschläge anderer Bruderparteien zurückweisen, die Euch rieten, nicht vor den Augen und Ohren des Feindes die Differenzen unter den Bruderparteien auszutragen und die offene Polemik einzustellen, soll aber die

KP Chinas den Brief der Führung der KPdSU als Gebot Gottes betrachten und darauf so schnell wie möglich eine positive Antwort geben, andernfalls sie die Todsünde der Gehorsamsverweigerung begeht? Warum könnt Ihr Tausende Artikel, in denen wir angegriffen werden, und dergleichen veröffentlichen, während wir darauf keine Antworten geben dürfen, in denen die Tatsachen klargestellt werden und Recht von Unrecht unterschieden wird? Einen Weg legt man Schritt für Schritt zurück, und Fragen löst man eine nach der anderen. Euer Brief wird zu gegebener Zeit beantwortet werden. Ihr glaubt angreifen zu können, wann immer es Euch paßt, und wir haben stehenzubleiben, sobald Ihr „halt!“ schreit. Eine derart selbstherrliche und eigenmächtige Haltung stellt nur Euren eingefleischten Großmacht-Chauvinismus und Eure Allüren einer „Vater-Partei“ bloß.

Das gegenwärtige folgenschwere Vorgehen der Führung der KPdSU, das auf eine Spaltung abzielt, enthüllt wieder einmal das Ränkespiel, das Ihr ständig treibt: unter dem Deckmantel eines scheinbaren Einheitswunsches eine Spaltung herbeizuführen.

Der konsequente Standpunkt der KP Chinas besteht darin, mit aller Entschiedenheit die Reinheit des Marxismus-Leninismus und die revolu-

tionären Grundsätze der Deklaration von 1957 und der Erklärung von 1960 zu verteidigen und auf dieser Grundlage die Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung und des sozialistischen Lagers sowie die Einheit der KP Chinas und der KPdSU, die Einheit unserer beiden Völker zu wahren. Dieser unser Standpunkt bleibt unverrückbar. Wir gehorchen nur der Wahrheit und werden uns auf keinen Prinzipienstachel einlassen.

Das ZK der KP Chinas hat bereits am Nachmittag des 18. Februar Genossen Peng Tschen, Mitglied des Politbüros und Sekretariats, beauftragt, den sowjetischen Botschafter in China, Genossen Tscherwonenko, mündlich von unserer Meinung in Kenntnis zu setzen.

Wir ersuchen nun nochmals nachdrücklich das ZK der KPdSU, uns ein Exemplar des gegen die KP Chinas gerichteten Schreibens zu übergeben, das vor kurzem den Bruderparteien zugestellt wurde. Wir werden nach dem Studium dieses Euren Schreibens unsere Antwort geben.

Mit brüderlichen Grüßen

**Zentralkomitee der Kommunistischen  
Partei Chinas**

— 24 —

**BRIEF DES ZK DER KPCh VOM 27.  
FEBRUAR 1964 AN DAS ZK DER KPdSU**

27. Februar 1964

An das Zentralkomitee der Kommunistischen  
Partei der Sowjetunion

Liebe Genossen!

Das ZK der KP Chinas hat Euren Brief vom 22. Februar 1964 erhalten. Charakteristisch an diesem Brief ist, daß Ihr darin eine Fülle von Schimpfwörtern gebraucht — wie „unanständig“, „plumper Versuch, die Schuld auf andere zu schieben“, „rüde“ und „lächerlich“ —, mit deren Hilfe Ihr den wesentlichen Fragen ausweichen wollt, die wir in unserem Brief vom 20. Februar 1964 Euch gestellt haben. Euer Brief spottet wirklich jeder Beschreibung.

Ihr beschuldigt uns, die Taktik „Haltet den Dieb!“ anzuwenden. In Wirklichkeit aber wollt Ihr mit diesem Trick die Aufmerksamkeit von Euch ablenken und Euch davon schleichen, weil

— 25 —



Ihr bei Euren sektiererischen, fraktionellen und Spalteraktionen auf frischer Tat ertappt worden seid und die unumstößlichen Beweise auf dem Tisch seht. Welche Ausflüchte auch immer Ihr vorbringen werdet und mit welchen Spitzfindigkeiten auch immer Ihr operieren möget, so könnt Ihr doch folgende Tatsachen nicht ableugnen: Erstens habt Ihr tatsächlich hinter unserem Rücken an Bruderparteien einen Brief versendet, der ausschließlich gegen die KP Chinas gerichtet ist, zweitens plant Ihr hinter unserem Rücken tatsächlich, „kollektive Maßnahmen“ unter Ausschluß der KP Chinas zu ergreifen und einen Schritt weiter bei der Spaltung der internationalen kommunistischen Bewegung zu gehen.

In unserem Brief vom 20. Februar stellen wir fest, daß Ihr „skrupellos eine sektiererische, fraktionelle und Spaltertätigkeit entfaltet“, eine „böartige Doppelzüngigkeit“ an den Tag legt, Euch durch einen „eingefleischten Großmacht-Chauvinismus“ und durch „Eure Allüren einer ‚Vater-Partei‘“ auszeichnet. Euer letzter Brief beweist, daß diese Kritik zur Gänze den Tatsachen entspricht und vollkommen richtig ist.

Behauptet Ihr nicht in einem fort, daß Ihr eine Verbesserung der Beziehungen und die Erhaltung der Einheit wollt? Wenn Ihr wirklich einen derartigen Wunsch hegt, dann müßt

Ihr doch zugeben: Recht bleibt Recht und Unrecht bleibt Unrecht. Es ist besser, ehrlich zu sein. Das ist der einzige Weg zu einer wirklichen Lösung der Probleme. Es gibt keine Alternative.

Ihr beginnt Euren Brief sogar mit der Behauptung, Ihr hättet das „Recht“, den Brief des ZK der KP Chinas an das ZK der KPdSU „überhaupt unbeantwortet zu lassen“, während wir wiederholt hervorhoben, daß wir Euren Brief vom 29. November 1963 zu gegebener Zeit beantworten werden. Wir mahnten Euch zur Geduld, weil wir mit der Beantwortung Eurer zahlreichen Angriffe noch nicht fertig sind. Darüber geratet ihr derart in Wut, als ob wir ein ungeheuerliches Verbrechen begangen hätten. Überlegt Euch doch die Sache ruhig: Ist das ein Verhalten gegenüber einer gleichberechtigten Bruderpartei?

Ihr weigert Euch nicht nur, in Übereinstimmung mit den Lehren Lenins Eure Fehler ernsthaft zu prüfen, sie offen einzugestehen und zu korrigieren, sondern seid umgekehrt soweit gegangen, alle Tatsachen zu vertuschen, aus schwarz weiß zu machen und uns in verleumderischer Weise der Fraktionstätigkeit zu beschuldigen. Ihr führt sogar den Fall Belishova vom Juni 1960 als einen wichtigen Beweis gegen

uns an. Aber der Stein, den Ihr aufgehoben habt, wird nur auf Eure eigenen Füße fallen. Unser Meinungsaustausch mit verantwortlichen Genossen einer Bruderpartei über die internationale kommunistische Bewegung war völlig offen, normal und einwandfrei. Andererseits haben Eure Intrigen im Falle Belishova das Tageslicht zu scheuen. Ihr habt Belishova zu einem Werkzeug gemacht, um die Führung einer Bruderpartei und eines Bruderlandes zu stürzen und die Einheit des sozialistischen Lagers und der internationalen kommunistischen Bewegung zu untergraben. Die albanischen Genossen haben Eure Intrigen entlarvt und den Fall Belishova korrekt behandelt.

Es sind die Führer der KPdSU selbst, die „eine echte Fraktionstätigkeit hinter den Kulissen gegen eine Bruderpartei“ entfaltet haben; Bereits im Januar 1960, das heißt 5 Monate vor dem Fall Belishova, habt Ihr Genossen Mikojan zu einer Zusammenkunft mit den führenden Genossen Albaniens entsandt, in der Absicht, Aktionen gegen die KP Chinas anzuzetteln. Auf der Bukarester Beratung von Vertretern der Bruderparteien der sozialistischen Länder wurde Eure hinter den Kulissen betriebene Fraktionstätigkeit am 24. Juni 1960 von Genossen Kapo, dem Leiter

der albanischen Delegation, in Gegenwart des Genossen Chruschtschow aufgedeckt.

Ihr benehmt Euch wie ein Bramarbas und behauptet in Eurem Brief, daß Ihr „Dokumente veröffentlichen“ und Eure „Ansichten offen darlegen“ wollt. Darüber hinaus habt Ihr uns am 21. September 1963 Eure „entschiedenste Abwehr“ angekündigt. Habt Ihr solche Tricks nicht schon lange genug vorgeführt? Ist es denn wenig, was Ihr schon publik gemacht habt? Um das alles aufzuzählen, könnten wir zahlreiche Beispiele; angefangen vom XX. Parteitag der KPdSU, anführen. Ihr kennt sie sowieso, und es wäre daher schade um die Tinte. Nun gebt Ihr wiederum Schreckschüsse ab. Offen gesagt, damit könnt Ihr nur Leute mit schwachen Nerven schrecken. Eure drohenden Gebärden erinnern uns nur an einen Papiertiger; sie gleichen einem Speer mit Stanniolspitze. Zeigt doch bitte alle Zauberwaffen aus Eurer Rüstkammer — die „entschiedenste Abwehr“; die „offene Darlegung der Ansichten“; die „kollektiven Maßnahmen“ gegen die KP Chinas, diese oder jene Dokumente, dieses oder jenes Material und so weiter. Laßt sie mal sehen!

Wenn Ihr die Wahrheit und die Volksmassen nicht fürchtet; wenn Ihr Vertrauen zur politischen Reife und Urteilskraft der Mitglieder der

KPdSU und des Sowjetvolkes habt und sie nicht als Unmündige betrachtet, dann schlagen wir vor, daß unsere beiden Parteien ein Abkommen treffen, wonach jede Seite auf der Grundlage der Gleichheit in ihrer eigenen Presse die Dokumente, Artikel und anderen Materialien, die von jeder der beiden Seiten als Kritik der Gegenseite veröffentlicht wurden oder werden, abdrucken soll.

Ihr beschuldigt uns, einen Fehler begangen zu haben, weil wir von Euch „verlangen“\*, nicht aber „bitten“, uns eine Abschrift Eures Briefes vom 12. Februar zu senden. Im chinesischen Sprachgebrauch besteht zwischen diesen beiden Wörtern kein so großer Unterschied, wie Ihr ihn darstellt. Aber da Ihr das so ernst nehmt und es als einen Grund für die Ablehnung betrachtet, uns den gegen die KP Chinas gerichteten Brief vom 12. Februar zu übersenden, so wohl an denn! Wir kommen hiermit Eurem Wunsche nach und *bitten* Euch, uns eine Abschrift des Briefes, den

\* Entsprechend dem chinesischen Sprachgebrauch wurde in der deutschen Fassung des Briefes des ZK der KPCh vom 20. Februar an das ZK der KPdSU das betreffende Wort mit „ersuchen“ und nicht mit „verlangen“ übersetzt.

— Red: —

Ihr am 12. Februar anderen Bruderparteien zugestellt habt, zukommen zu lassen. Wir hoffen sehr, daß Ihr das tun werdet!

Mit brüderlichen Grüßen

**Zentralkomitee der Kommunistischen  
Partei Chinas**

BRIEF DES ZK DER KPCh VOM  
29. FEBRUAR 1964 AN DAS ZK  
DER KPdSU

29. Februar 1964

An das Zentralkomitee der Kommuni-  
stischen Partei der Sowjetunion

Liebe Genossen!

Das ZK der KP Chinas schreibt Euch diesen Brief als Antwort auf den Brief des ZK der KPdSU vom 29. November 1963.

Die KP Chinas betrachtet seit jeher die Erhaltung und Verstärkung der Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung für ihre heilige Pflicht.

Die Einheit der Kommunisten aller Länder ist nicht die Einheit von Mitgliedern eines Klubs, sondern eine revolutionäre Einheit von Menschen, die sich von einer gemeinsamen Theorie leiten lassen und für dasselbe Ideal kämpfen. Die Einheit der internationalen kom-

munistischen Bewegung kann nur auf der Grundlage der revolutionären Lehre von Marx und Lenin beruhen. Ohne diese Grundlage kann von einer proletarischen internationalistischen Einheit überhaupt nicht die Rede sein.

Die Differenzen zwischen uns und den Führern der KPdSU betreffen eine Reihe wichtiger, prinzipieller Fragen der marxistisch-leninistischen Theorie und der gesamten internationalen kommunistischen Bewegung. Um diese Differenzen zu beseitigen und die Solidarität zwischen der chinesischen und der sowjetischen Partei zu stärken, müssen diese Grundsatzprobleme gelöst werden.

Die Ansichten, die wir in unserer Antwort vom 14. Juni 1963 auf den Brief des ZK der KPdSU, also in unserem Vorschlag zur Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung, und in unseren vor und nach dieser Antwort veröffentlichten Artikeln dargelegt haben, beruhen voll und ganz auf dem Marxismus-Leninismus und auf den revolutionären Prinzipien der Deklaration von 1957 und der Erklärung von 1960.

In diesem Brief möchten wir unsere Meinung zu einigen in Eurem Brief erwähnten Fragen äußern.

## 1. Die chinesisch-sowjetische Grenzfrage

Die Regierung der VR China vertritt seit jeher die Ansicht, daß die von der Geschichte hinterlassene chinesisch-sowjetische Grenzfrage durch Verhandlungen zwischen den beiden Regierungen gelöst werden kann. Solange diese Frage nicht gelöst ist, muß man den Status quo an der Grenze aufrechterhalten. Das haben wir seit mehr als 10 Jahren getan. Hätte die Sowjetregierung die gleiche Haltung eingenommen, so könnten die beiden Seiten entlang der Grenze in Freundschaft leben, und die Ruhe hätte gewahrt bleiben können.

Mit der Entwicklung der antichinesischen Handlungen der Führer der KPdSU hat die sowjetische Seite in den letzten Jahren wiederholt den Status quo an der Grenze verletzt, chinesisches Gebiet besetzt und Grenzzwischenfälle provoziert. Noch schwerwiegender ist, daß die sowjetische Seite unverfroren eine großangelegte subversive Tätigkeit in den chinesischen Grenzgebieten entfaltete, mit Hilfe der Presse und des Rundfunks Zwietracht unter den Nationalitäten Chinas zu säen versuchte; nationale Minderheiten zur Loslösung von ihrem Vaterland China aufhetzte und Zehntausende chinesischer Staats-

bürger in die Sowjetunion lockte oder zwangsweise über die Grenze brachte. Das alles ist nicht nur ein Verstoß gegen die Regeln für die Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern, sondern sogar in den allgemeinen zwischenstaatlichen Beziehungen absolut unzulässig.

Unter allen unseren Nachbarn sind es heute nur die Führer der KPdSU und die reaktionären Nationalisten in Indien, die absichtlich Grenzstreitigkeiten mit China anzetteln. Die chinesische Regierung hat nicht nur mit ihren brüderlichen sozialistischen Nachbarn, ausschließlich der Sowjetunion, sondern auch mit ihren nationalistischen Nachbarn mit Ausnahme von Indien; wie Burma, Nepal, Pakistan und Afghanistan die von der Geschichte hinterlassenen komplizierten Grenzfragen in zufriedenstellender Weise gelöst:

Die Delegationen unserer beiden Regierungen haben am 25. Februar 1964 in Peking mit den Verhandlungen über die Grenzfrage begonnen. Obwohl die in früherer Zeit abgeschlossenen Verträge über die chinesisch-russische Grenze ungleiche Verträge sind, ist die chinesische Regierung gewillt, diese Verträge zu respektieren und einer vernünftigen Lösung der chinesisch-sowjetischen Grenzfrage zugrunde zu legen. Die chinesische Regierung wird die Verhandlungen im Einklang mit dem proletarischen Internatio-

nalismus und den Normen für die Beziehungen zwischen sozialistischen Staaten, im Geiste auf Gleichberechtigung basierender Konsultationen; eines gegenseitigen Verständnisses und gegenseitiger Zugeständnisse auf freundschaftliche Weise mit der Sowjetregierung führen. Wenn auch die sowjetische Seite die gleiche Haltung wie die chinesische Regierung einnimmt, dann glauben wir, daß die Lösung der chinesisch-sowjetischen Grenzfrage ohne Schwierigkeiten erreicht werden kann und die chinesisch-sowjetische Grenze tatsächlich zu einer Grenze der ewigen Freundschaft wird.

## *II. Die Frage der Hilfe*

Wir haben die freundschaftliche sowjetische Hilfe, die zur Zeit der Führung Stalins begann, immer gebührend gewürdigt. Wir haben immer die Ansicht vertreten, daß die freundschaftliche Hilfe des Sowjetvolkes eine nützliche Rolle bei der Errichtung der ersten Fundamente für die sozialistische Industrialisierung Chinas gespielt hat. Dafür haben die KP Chinas und das chinesische Volk zu wiederholten Malen ihren Dank ausgesprochen.

In den letzten Jahren pflegten die Führer der KPdSU sich als Wohltäter auszugeben und brühten sich fortwährend mit ihrer „uneigennütigen Hilfe“. Zum 14. Jahrestag der Unterzeichnung des Chinesisch-Sowjetischen Freundschafts-, Bündnis- und Beistandsvertrages im Februar dieses Jahres rührten die „Prawda“, die „Iswestija“ und andere Eurer Propagandawerkzeuge erneut die Reklametrommel zu demselben Thema. Wir haben darauf bis heute in unserer Presse noch keine Antwort in Form einer systematischen Darstellung gegeben. Wir können hier nicht umhin, darauf zu verweisen, daß die von der Sowjetunion China erwiesene Hilfe nicht einseitig war. Noch viel weniger war sie unentgeltlich, sondern sie wurde hauptsächlich in der Form des Handelsverkehrs geleistet. Die von der Sowjetunion gelieferten kompletten Ausrüstungen und anderen Waren, einschließlich jener, bei denen uns ein Kredit gewährt wurde, hat China der Sowjetunion mit Warenlieferungen bzw. in Gold oder konvertierbarer ausländischer Währung samt Zinsen bezahlt. Es muß noch hinzugefügt werden, daß die Preise der von uns aus der Sowjetunion importierten Waren weit höher waren als die Weltmarktpreise.

Nicht nur China erhielt Hilfe von der Sowjetunion, sondern auch die Sowjetunion erhielt von

China eine entsprechende Hilfe. Niemand kann behaupten, daß die chinesische Hilfe für die Sowjetunion bedeutungslos und keiner Erwähnung wert war. Hier einige Beispiele:

Bis Ende 1962 hat China der Sowjetunion Getreide, Speiseöl und andere Nahrungsmittel im Wert von 2,1 Milliarden Neue Rubel geliefert. Darunter waren die wichtigsten Waren: 5 760 000 Tonnen Sojabohnen, 2 940 000 Tonnen Reis, 1 090 000 Tonnen Speiseöl und 900 000 Tonnen Fleisch.

Im gleichen Zeitabschnitt lieferte China der Sowjetunion Erze und Metalle im Wert von über 1,4 Milliarden Neue Rubel. Die wichtigsten davon waren: 100 000 Tonnen Lithiumkonzentrat, 34 000 Tonnen Berylliumkonzentrat, 51 000 Tonnen Borax, 270 000 Tonnen Wolframkonzentrat, 32,9 Tonnen Piezoelektrischer Quarz, 7730 Tonnen Quecksilber, 39 Tonnen Tantal-Niob-Konzentrat, 37 000 Tonnen Molybdänkonzentrat und 180 000 Tonnen Zinn. Viele von diesen Erzaufbereitungsprodukten sind unentbehrliche Materialien für die Entwicklung der modernsten Zweige der Wissenschaft und für die Herstellung von Raketen und Kernwaffen.

Was die von der Sowjetunion gewährten Kredite betrifft, muß hervorgehoben werden, daß der überwiegende Teil dieser Kredite von China

benutzt wurde, um von der Sowjetunion Kriegsmaterial zu kaufen, das zum größten Teil im Widerstandskrieg gegen die amerikanische Aggression und für die Unterstützung Koreas verwendet und aufgebraucht wurde. Das koreanische Volk hatte im Krieg gegen die amerikanische Aggression die schwersten Lasten zu tragen und die größten Verluste zu erleiden. Auch das chinesische Volk nahm schwere Opfer auf sich und trug gewaltige Militärausgaben. Die KP Chinas war immer der Ansicht, daß dies eine internationalistische Pflicht war, die das chinesische Volk auf sich nehmen mußte, und daß man in keiner Hinsicht damit prahlen darf. Jahr für Jahr haben wir der Sowjetunion die Schulden aus dem Titel dieser Kredite samt Zinsen abbezahlt, was einen bedeutenden Anteil an unserem Export in die Sowjetunion ausmachte. Somit war sogar das während des Krieges gegen die amerikanische Aggression und für die Unterstützung Koreas an China gelieferte Kriegsmaterial keine unentgeltliche Hilfe.

### *III. Die Frage der sowjetischen Spezialisten*

Die sowjetischen Spezialisten, die in China gearbeitet haben, genossen stets die Gastfreund-

schaft, die Wertschätzung und das Vertrauen der chinesischen Regierung und des chinesischen Volkes. Die überwiegende Mehrheit der sowjetischen Spezialisten arbeitete fleißig und half beim sozialistischen Aufbau Chinas mit. Ihrer gewissenhaften Arbeit haben wir immer hohe Anerkennung gezollt, und wir behalten sie bis zum heutigen Tag in bester Erinnerung.

Ihr solltet Euch doch daran erinnern, daß wir, als die Führer der KPdSU einseitig beschlossen; alle sowjetischen Spezialisten aus China abzurufen, nachdrücklich unseren Wunsch geäußert haben, sie bei uns zu behalten, damit sie ihre Arbeit in China fortsetzen könnten, wobei wir hofften, daß die Führer der KPdSU sich die Sache sorgfältig überlegen und ihre Entscheidung abändern würden.

Trotz unseren Einwendungen habt Ihr die Normen der internationalen Beziehungen über Bord geworfen und skrupellos innerhalb der kurzen Frist eines Monats die 1390 sowjetischen Spezialisten, die in China tätig waren, abgezogen; 343 Kontrakte und Zusatzverträge über die Beschäftigung von Spezialisten zerrissen und 257 Projekte für wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit annulliert.

Ihr habt doch genau gewußt, daß die sowjetischen Spezialisten in mehr als 250 Industriebe-

trieben und Instituten auf wirtschaftlichem Gebiet sowie auf den Gebieten der Landesverteidigung, Kultur, Erziehung und wissenschaftlichen Forschung tätig waren, daß sie wichtige Aufgaben bei technischen Projekten, bei der Ausführung von Bauvorhaben, der Montage von Ausrüstungen, bei Produktionsversuchen und wissenschaftlichen Forschungsarbeiten übernommen hatten. Ihr habt die sowjetischen Spezialisten zur Einstellung ihrer Arbeit und zur Rückkehr in die Sowjetunion gezwungen. Dadurch mußten viele unserer wichtigsten Projekte und wissenschaftlichen Forschungsprogramme auf halbem Weg abgebrochen werden. Einige Bauvorhaben mußten mitten in der Ausführung stillgelegt werden, und einige jener Betriebe, deren Produktion sich gerade im Versuchsstadium befand, konnten nicht mehr rechtzeitig anlaufen; Euer Wortbruch störte unseren ursprünglichen Volkswirtschaftsplan und fügte dem sozialistischen Aufbau Chinas gewaltige Verluste zu.

Ihr habt, als China von schweren Naturkatastrophen heimgesucht wurde, diese Gelegenheit ausgenutzt, um Eure schwerwiegenden Maßnahmen zu treffen. Damit habt Ihr ganz und gar gegen die kommunistische Moral verstoßen.

Eure Handlungsweise zeigt deutlich, daß Ihr die Prinzipien der gegenseitigen Hilfe zwischen



den sozialistischen Ländern verletzt und die Entsendung von Spezialisten als ein Werkzeug benutzt habt, um einen politischen Druck auf die Bruderländer auszuüben, Euch in ihre inneren Angelegenheiten einzumischen, ihren sozialistischen Aufbau einzuschränken und zu sabotieren;

Nun habt Ihr wieder die Entsendung von Spezialisten nach China zur Sprache gebracht; Ehrlich gesagt, das chinesische Volk kann Euch nicht vertrauen. Es hat eben erst die ihm durch die Abberufung Eurer Spezialisten geschlagenen Wunden geheilt. Das Vergangene ist noch in frischer Erinnerung. Unter den gegebenen Umständen, da die Führung der KPdSU eine anti-chinesische Politik betreibt, wollen wir nicht in die Falle gehen.

Unserer Ansicht nach müssen die Länder des sozialistischen Lagers die Frage der Entsendung von Spezialisten in Übereinstimmung mit den Grundsätzen einer echten Gleichberechtigung, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, der gegenseitigen Hilfe und des Internationalismus behandeln. Die Vereinbarungen und Kontrakte über die Entsendung von Spezialisten dürfen keinesfalls einseitig annulliert oder zerrissen werden. Wenn ein Staat eine derartige Vereinbarung und einen derartigen Kontrakt bricht, dann muß er in Übereinstimmung mit den

internationalen Gepflogenheiten die dadurch der anderen Seite zugefügten Verluste wiedergutmachen. Nur so kann ein Austausch von Spezialisten zwischen China und der Sowjetunion, zwischen den Ländern des sozialistischen Lagers auf der Basis der Gleichheit und des gegenseitigen Nutzens durchgeführt werden.

Nebenbei möchten wir erwähnen, daß wir uns, ausgehend vom internationalistischen Prinzip der gegenseitigen Hilfe unter den Ländern des sozialistischen Lagers, um die gegenwärtige wirtschaftliche Situation in der Sowjetunion große Sorgen machen. Wenn Ihr es für notwendig erachtet, daß China Euch seine Spezialisten zur Hilfeleistung auf gewissen Gebieten sendet, so würden wir das gerne tun.

#### *IV. Die Frage des chinesisch-sowjetischen Handels*

Über den wirklichen Grund für den Rückgang des chinesisch-sowjetischen Handels in den letzten Jahren solltet Ihr am besten Bescheid wissen. Dieser Rückgang war gerade ein Ergebnis dessen, daß Ihr die ideologischen Differenzen auf das Gebiet der zwischenstaatlichen Beziehungen ausgedehnt habt;

Die plötzliche Abberufung aller in China tätigen sowjetischen Spezialisten hat die Zeitpläne für die Bauvorhaben und die Produktionspläne vieler unserer Fabriken, Bergwerke und anderer Unternehmungen durcheinandergebracht und hatte direkten Einfluß auf unseren Bedarf an Importen kompletter Ausrüstungen. Gestattet die Frage: Wollt Ihr unter solchen Umständen etwa uns weiter diese Dinge anhängen, nur damit wir sie zur Schau stellen?

Dazu kommt noch, daß Ihr seit 1960 eine Politik der weiteren Einschränkung und Diskriminierung Chinas auf den Gebieten der Wirtschaft und des Handels betreibt und demzufolge absichtlich Hindernisse für wirtschaftliche und Handelsverhandlungen zwischen unseren beiden Staaten geschaffen und die Lieferung von wichtigen Gütern, die China benötigte, verzögert oder abgelehnt habt. Ihr habt darauf bestanden, eine große Menge von Waren, die wir nicht benötigten oder nicht dringend benötigten, zu liefern, während Ihr die von uns dringend benötigten Waren zurückgehalten oder nur in kleinen Mengen geliefert habt. Mehrere Jahre hindurch habt Ihr die Handelsbeziehungen zwischen unseren beiden Ländern als ein Mittel benützt, um auf China einen politischen Druck auszuüben. Wie konnte da eine Verringerung des Handels-

volumens zwischen China und der Sowjetunion vermieden werden?

In den aufeinanderfolgenden drei Jahren von 1959 bis 1961 wurde unser Land von besonders schweren Naturkatastrophen heimgesucht; wir waren deshalb nicht mehr imstande, Euch mit einer so großen Menge von landwirtschaftlichen Produkten und Erzeugnissen aus solchen wie früher zu beliefern. Das war das Ergebnis einer Force majeure. Es ist überaus ungerecht, daß Ihr China in diesem Punkt angreift und auf uns die Schuld an der Verringerung des Handelsumfangs zu schieben sucht.

In Wahrheit wäre ohne die Anstrengungen Chinas das Handelsvolumen zwischen China und der Sowjetunion noch kleiner geworden. Nehmen wir dieses Jahr als Beispiel. China hat bereits eine Liste vorgelegt, die den Bezug von Waren aus der Sowjetunion im Werte von 220 Millionen Neue Rubel und Exporte nach der Sowjetunion im Werte von 420 Millionen Neue Rubel vorsieht. Aber Ihr schiebt ohne jeden Grund die Entscheidung darüber hinaus und haltet weiter die von uns benötigten Waren zurück, während Ihr uns Waren aufzuzwingen sucht, die wir nicht brauchen. In Eurem Brief schreibt Ihr: „Die UdSSR könnte in den nächsten Jahren in gesteigertem Umfang Waren, an

denen Ihr interessiert seid, nach China exportieren . . . ; " Aber Eure Taten stimmen mit Euren Worten nicht überein.

Ihr beschuldigt uns immer wieder, „im Alleingang“ vorzugehen, und behauptet, daß Ihr für ausgedehnte wirtschaftliche Beziehungen und eine internationale Arbeitsteilung unter den sozialistischen Ländern eintretet. Wie aber schauen Eure praktischen Taten in dieser Hinsicht aus?

Ihr verletzt die Unabhängigkeit und Souveränität der Bruderländer und wendet Euch gegen ihr Bestreben, ihre Wirtschaft entsprechend den eigenen Bedürfnissen und Möglichkeiten auf einer unabhängigen und selbständigen Grundlage zu entwickeln;

Ihr drangsaliert die wirtschaftlich relativ rückständigen Bruderländer und seid gegen ihre Industrialisierung. Ihr versucht sie mit allen Mitteln zu zwingen, auf ewig Agrarländer zu bleiben und Euch als Lieferanten von Rohstoffen und als Absatzmärkte für Eure Waren zu dienen.

Ihr drangsaliert die industriell relativ mehr entwickelten Bruderländer und besteht darauf, daß sie auf die Erzeugung ihrer traditionellen Produkte verzichten und ihre Fabriken in Nebenbetriebe verwandeln, die gewissen Zweigen Eurer Industrie dienen.

Ihr habt ferner das Dschungelgesetz der kapitalistischen Welt in die Beziehungen zwischen den sozialistischen Staaten hineingetragen. Ihr folgt offen dem Beispiel des von einer Gruppe des Monopolkapitals organisierten „Gemeinsamen Marktes“;

Alle diese Eure Taten sind falsch.

Wir treten für Beziehungen der Zusammenarbeit neuen Typs zwischen China und der Sowjetunion sowie zwischen allen sozialistischen Ländern auf wirtschaftlichem Gebiet und auf den Gebieten der Wissenschaft, Technik und Kultur ein; Diese Beziehungen müssen jedoch auf der Grundlage echter Gleichberechtigung und echten gegenseitigen Nutzens beruhen.

Wir sind der Ansicht, daß es notwendig ist, den heutigen Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe der sozialistischen Länder entsprechend den Prinzipien des proletarischen Internationalismus umzugestalten und diese Organisation, die jetzt von den Führern der KPdSU allein kontrolliert wird, in eine auf echter Gleichberechtigung und echtem gegenseitigem Nutzen basierende Organisation zu verwandeln, an der die Bruderländer des sozialistischen Lagers freiwillig teilnehmen können. Wir hoffen, daß dieser Vorschlag einen positiven Widerhall bei Euch findet.

## V. Die Frage der Einstellung der öffentlichen Polemik

Die öffentliche Polemik wurde von Euch provoziert. Wir traten früher dafür ein, die Differenzen in der internationalen kommunistischen Bewegung durch interne Diskussionen beizulegen. Aber Ihr habt darauf bestanden, sie in die Öffentlichkeit zu bringen. Auf dem XXII. Parteitag der KPdSU habt Ihr die in der Erklärung von 1960 festgelegten Normen für die Beziehungen zwischen Bruderparteien verletzt und der gesamten kommunistischen Weltbewegung eine offene Polemik aufgezwungen, wobei Ihr behauptet habt, Ihr hättet damit „auf Leninische Art gehandelt“. Was Ihr getan habt, war eine schlechte Sache. Ihr habt den Bruderparteien Schwierigkeiten bereitet, den Imperialisten und Reaktionären aber einen guten Dienst erwiesen. Heute, da sich die große offene Debatte allseitig entfaltet, wird die Wahrheit immer klarer und entwickelt sich der Marxismus-Leninismus immer weiter. Die schlechte Sache hat begonnen, sich in eine gute Sache zu verwandeln;

Im Laufe dieser großen Debatte haben die Kommunisten, das Proletariat, die anderen Werktätigen, die revolutionären Intellektuellen und alle übrigen Menschen in der Welt, die am

Kampf gegen den Imperialismus und gegen die Reaktionäre aller Länder interessiert sind, ihr politisches Bewußtsein erhöht, größere Klarsicht gewonnen, ihre revolutionäre Aktivität bedeutend gesteigert und ihr theoretisches Niveau beträchtlich gehoben. Die öffentliche Debatte führt zu Ergebnissen, die Euren Wünschen entgegengesetzt sind. Immer mehr Menschen machen sich dadurch von dem schlechten Einfluß des Taktstocks frei und kommen dazu, über die Probleme selbständig nachzudenken. Genau wie die anderen großen Debatten in der Geschichte der internationalen kommunistischen Bewegung wird die gegenwärtige Debatte unvermeidlich den Prolog zu einem neuen revolutionären Aufschwung bilden;

Als es Euch einfiel, mit der öffentlichen Polemik gegen die marxistisch-leninistischen Bruderparteien zu beginnen, habt Ihr gesagt, daß das Beharren auf derartige Polemiken „dem einzig richtigen, wahrhaft marxistisch-leninistischen prinzipiellen Standpunkt“ entspräche und „im Interesse der ganzen kommunistischen Weltbewegung“ läge. Nachdem aber die öffentliche Polemik immer deutlicher Eure wahren revisionistischen Züge gezeigt und Euch immer mehr in eine ungünstige Position gebracht hat, erklärt Ihr, daß die offene Debatte „der kommunistischen

Bewegung großen Schaden zugefügt hat“, daß die Einstellung der offenen Debatte „das vernünftigste“ wäre und „den Interessen der Einheit der kommunistischen Weltbewegung entsprechen“ würde. Einmal sagt Ihr das, ein andermal das Gegenteil; wo ist da bei Euch die Wahrheit und wo ist Eure Prinzipientreue? Welchen Eurer Worte soll man Eurer Meinung nach Glauben schenken? Und auf welche Eurer Worte soll man Eurer Meinung nach hören?

Was die Vorschläge zur Einstellung der öffentlichen Polemik anbelangt, so scheint Ihr vergessen zu haben, daß die Partei der Werktätigen Vietnams bereits im Januar 1962 einen solchen Vorschlag gemacht hatte. Von der KP Indonesiens und der KP Neuseelands gingen ähnliche Vorschläge aus. Wir waren damals mit diesen Vorschlägen sofort einverstanden. Ihr habt ihnen aber Euer Ohr verschlossen, die öffentliche Polemik nicht nur nicht eingestellt, sondern sie sogar noch ausgedehnt. Warum muß man dann Euren Vorschlag sofort annehmen, sobald Ihr ihn nur unterbreitet habt?

Ihr scheint auch vergessen zu haben, daß wir in unserem Brief vom 9. März 1963 zur Frage der Einstellung der öffentlichen Polemik schrieben; es sei „notwendig, daß unsere beiden Parteien und die betreffenden Bruderparteien sich darüber

aussprechen und zu einem für alle annehmbaren und gerechten Übereinkommen gelangen“. Ihr habt aber unseren Vorschlag ignoriert. Als die Verhandlungen zwischen der chinesischen und der sowjetischen Partei sich ihrem Ende näherten, schlugen wir am 20. Juli 1963 vor, folgendes ins Kommuniqué zu setzen: „Unsere beiden Parteien und die betreffenden Bruderparteien sollen gemeinsame Anstrengungen unternehmen, um eine vernünftige Grundlage zu finden und zu einem für alle annehmbaren und gerechten Übereinkommen über die Einstellung der öffentlichen Polemik zu gelangen.“ Unser Vorschlag wurde von Euch abermals abgelehnt.

In Eurem Brief schreibt Ihr, es wäre richtig; „die Aufmerksamkeit nicht auf die Probleme zu konzentrieren, bei denen es zwischen uns Meinungsverschiedenheiten gibt, mit ihnen zu warten, bis sich die erhitzten Gemüter abgekühlt haben, die Zeit arbeiten zu lassen“. Ihr scheint wiederum vergessen zu haben, daß wir bereits am 10. Oktober 1960 in einer der Redaktionskommission der 26 Bruderparteien überreichten schriftlichen Erklärung feststellten: „Falls über einige Fragen vorläufig keine Einstimmigkeit erzielt werden kann, ist es besser, diese Fragen offenzulassen, als sie mit Gewalt zu lösen . . . die Zeit wird uns helfen, die Mei-

nungsverschiedenheiten beizulegen.“ Unser Vorschlag wurde damals von Euch kategorisch abgelehnt. In Eurem Brief vom 5. November 1960 an das ZK der KP Chinas, den Ihr während der Beratung der Bruderparteien zirkulieren ließet, habt Ihr erklärt: „Auf das ‚Urteil der Geschichte‘ zu warten, wäre ein schwerer Fehler, der verhängnisvolle Folgen für die gesamte kommunistische Bewegung nach sich ziehen würde.“ In dieser Frage macht Ihr heute wieder eine Kehrtwendung und behauptet plötzlich, daß man mit den Meinungsverschiedenheiten zu warten sollte. Was wollt Ihr eigentlich? Um es geradeheraus zu sagen: Ihr wollt, nachdem Ihr selbst so viel Kübel Unrat über die KP Chinas und andere marxistisch-leninistische Parteien ausgegossen habt, uns mit einem solchen Trick das Recht auf Antwort nehmen.

Während die Verhandlungen zwischen der chinesischen und der sowjetischen Partei in Moskau im Gange waren, habt Ihr ungeachtet unserer wiederholten Ermahnungen Euren an alle Parteiorganisationen und alle Kommunisten der Sowjetunion gerichteten „Offenen Brief“ veröffentlicht, um Euch so beim amerikanischen Imperialismus lieb Kind zu machen und mit ihm eine Vereinbarung über ein Kernwaffenmonopol zu treffen. Ihr habt eine beispiellose china-

feindliche Hetzkampagne entfesselt. Nach unvollständigen Statistiken brachte die Sowjetpresse vom 15. Juli bis Ende Oktober 1963 nahezu 2000 chinafeindliche Artikel und andere Materialien.

Gleichzeitig veröffentlichten unter Eurem Einfluß die Führer der Bruderparteien der sozialistischen Länder — der KP der Tschechoslowakei, der KP Bulgariens, der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei und der Mongolischen Revolutionären Volkspartei — ebenfalls eine große Zahl von antichinesischen Artikeln und Materialien.

Ihr schreibt in Eurem Brief, daß „die Meinungsverschiedenheiten und die scharfe Polemik der kommunistischen Bewegung großen Schaden zufügen“. Wenn dem wirklich so ist, dann sei die Frage gestattet: Meint Ihr nicht, Ihr solltet Euch selbst Vorwürfe machen und fragen; warum Ihr immer wieder darauf beharrt, die KP Chinas und andere marxistisch-leninistischen Parteien wiederholt und in großem Stil zu verleumdern und anzugreifen?

Ihr schreibt in Eurem Brief auch, daß die Schwierigkeiten der anderen Bruderparteien in Betracht gezogen werden sollten. Wir haben immer auf die Schwierigkeiten anderer Bruderpar-

teien größte Rücksicht genommen. Eben aus diesem Grund rieten wir den Führern der KPdSU wiederholt, die Differenzen nicht in die Öffentlichkeit zu tragen. Den Führern der KPdSU folgend, hat aber die Führung vieler kommunistischer und Arbeiterparteien der kapitalistischen Länder, zum Beispiel Frankreichs; Italiens, Belgiens, Spaniens, Hollands, der Schweiz, Dänemarks, Finnlands, Schwedens; Österreichs, Westdeutschlands, Griechenlands; Portugals, Englands, der USA, Kanadas, Chiles; Brasiliens, Argentinens, Mexikos, Perus, Kolumbiens, Paraguays, Uruguays, Australiens, Ceylons; Syriens, Libanons, Iraks, der Türkei, Irans, Jordaniens und Algeriens sowie die Clique um den Verräter am indischen Proletariat Dange viele Artikel veröffentlicht, in denen die KP Chinas und andere marxistisch-leninistische Parteien angegriffen werden. Manche von ihnen nahmen Resolutionen an, gaben Erklärungen heraus oder versandten Briefe an ihre Parteimitglieder, oder gingen sogar soweit, innerhalb ihrer Partei jene Genossen zu maßregeln oder auszuschließen, die am marxistisch-leninistischen Standpunkt festhalten. Haben sie, als sie so vorgingen, an ihre eigenen Schwierigkeiten gedacht? Und habt Ihr; als Ihr sie dabei unterstützt, daran gedacht; welche Schwierigkeiten sie haben?

Obwohl uns diese Bruderparteien in so vielen Artikeln und anderen Materialien angegriffen haben, waren wir immer sehr zurückhaltend. Wir haben darauf — mit Ausnahme der Angriffe seitens der Führer der kommunistischen Parteien Frankreichs, Italiens und der USA, die wir seinerzeit teilweise beantwortet haben, nicht reagiert. Doch haben wir uns das Recht auf eine Antwort vorbehalten. Wir haben sie niemals gestört; wie konnten wir ihnen da Schwierigkeiten bereiten? Wenn sie Schwierigkeiten haben; wurden diese von ihnen selbst verursacht.

Selbst nach Absendung Eures Briefes vom 29. November 1963 habt Ihr und Eure Gefolgsleute niemals mit der chinafeindlichen Hetzkampagne aufgehört. Ihr habt uns in den Artikeln „Wozu irreführen?“ und „14 Jahre Sowjetisch-Chinesischer Vertrag“ („Prawda“), „Ein wichtiges Dokument“ („Iswestija“) und „Die Welt in einer Woche“ (Wochenschrift „Za Rubezhom“) sowie in vielen anderen Artikeln und Materialien namentlich angegriffen. Überdies habt Ihr vor kurzem antichinesische Bücher wie „Gespräche über politische Probleme“; „Unsere Leninsche Partei“, „Ein Vertrag, der die Atmosphäre reinigt : . :“, „Lenins Lehre von der Partei und die kommunistische Bewegung der Gegenwart“ und „Die allgemeine Krise des Kapitalismus und die

Außenpolitik“ veröffentlicht. In diesen Büchern werden von allen Seiten her konzentrische Angriffe gegen die KP Chinas geführt. Ihr habt ferner Eure Botschaften im Ausland und Eure Vertreter in den internationalen Massenorganisationen benutzt, um antichinesische Broschüren zu verteilen. Auf die von Euren Gefolgsleuten seit der Absendung Eures Briefes vom 29. November veröffentlichten Artikel und Materialien wollen wir hier nicht eingehen.

Nach dem 29. November 1963 habt Ihr auf der Warschauer Tagung des Weltfriedensrates; der Prager Sitzung des Exekutivbüros des Weltgewerkschaftsbundes, der Berliner Konferenz des Exekutivbüros der Internationalen Demokratischen Frauenföderation, der Budapester Sitzung des Exekutivkomitees des Internationalen Studentenbundes und auf einer Reihe anderer internationaler Konferenzen scharfe polemische Fragen aufgeworfen und so Debatten hervorgerufen. Als wir uns auf diesen Konferenzen mit den Delegierten anderer Länder für die tatkräftige Förderung des Kampfes aller Völker für den Frieden einsetzten, die nationale Befreiungsbewegung unterstützten und zur Bildung einer gegen den amerikanischen Imperialismus gerichteten Einheitsfront aufriefen, habt Ihr halsstarrig auf der Annahme von Resolutionen zur Billigung

des Dreiervertrags bestanden, der Eurer Allianz mit dem amerikanischen Imperialismus zum Kampf gegen China dient, den amerikanischen Imperialismus gelobt und Spaltungen erzeugt.

Alles das hat eindeutig gezeigt, daß Eure Taten in völligem Gegensatz zu Euren Worten stehen und Euer Rufen nach Einstellung der offenen Polemik nichts als Lug und Trug ist.

Während Ihr zahlreiche gegen China gerichtete Artikel und andere Materialien veröffentlicht habt, haben wir bis jetzt erst sieben Artikel als Antwort auf Euren „Offenen Brief“ publiziert. Wir haben die Entgegnung auf von Euch im „Offenen Brief“ aufgeworfene wichtige Fragen noch nicht fertiggestellt und mit der Beantwortung der von Euch in anderen chinafeindlichen Artikeln aufgeworfenen Fragen nicht einmal begonnen. In allen unseren Artikeln haben wir Tatsachen angeführt und stichhaltige Argumente ins Treffen geführt. Wie könnt Ihr behaupten, daß unsere Artikel „die Freundschaft und Geschlossenheit der Völker der sozialistischen Gemeinschaft erschüttern“ und „die antiimperialistische Front schwächen“? Und wäre es nicht angebracht, mit diesen Worten gerade Eure zahlreichen und durch nichts zu rechtfertigenden verleumderischen Erfindungen zu kennzeichnen?



Ihr habt bei Euren Angriffen auf die KP Chinas alle nur möglichen boshafte Ausdrücke verwendet und uns eine Reihe von Etiketten angehängt wie: „Dogmatiker“, „linke Abenteurer“, „Pseudorevolutionäre“, „neugebackene Trotzlisten“, „Nationalisten“, „Rassisten“, „Großmacht-Chauvinisten“, „Sektierer“, „Spalter“, Leute, „die in eine Gesellschaft mit den Kräften der imperialistischen Reaktion geraten sind“, die „es nach einem Krieg gelüftet“, die „die Rolle des rechten Flügelmanns in den Reihen der amerikanischen ‚Tollhäusler‘, der westdeutschen Revanchisten und der französischen Ultras übernehmen“ usw. usf. Kurz, die chinesischen Kommunisten sind in Euren Augen zweifellos hundertprozentige Reaktionäre, die reaktionärste Kraft in der Welt. Wenn dem so ist, möchten wir fragen: Wie können derart vorzügliche Leute, wie Ihr, die Ihr Euch hundertprozentige Marxisten-Leninisten nennt, von einer Einheit mit solch verderbten Leuten reden, die Eurer Ansicht nach hassenswerter sind als jeder Feind? Wie gedenkt Ihr, mit all dem Schluß zu machen? Seid Ihr bereit, in die Öffentlichkeit zu treten und ausdrücklich Erklärungen abzugeben, in denen Ihr die von Euch in der Vergangenheit gegen die KP Chinas durchgeführten Angriffe als Verleumdungen und Lügen

eingesteht und alle Eure gegen die KP Chinas gerichteten Beschuldigungen widerruft? Oder besteht Ihr darauf, daß wir uns Eurem Urteilspruch unterwerfen, das revolutionäre Banner des Marxismus-Leninismus einrollen und vor Eurer revisionistischen Linie Kotau machen?

Es ist nun völlig klar, daß die Differenzen zwischen uns und Euch eine Reihe wichtiger, prinzipieller Fragen betreffen, bei denen es sich darum handelt, ob man an den Grundlehren des Marxismus-Leninismus und den revolutionären Prinzipien der Deklaration und der Erklärung festhalten soll oder nicht, also zum Beispiel:

Ist der amerikanische Imperialismus der Erzfeind der Völker der ganzen Welt oder ein vernünftiger Friedensbote? Ist er der Herr, der das Schicksal der Menschheit entscheidet?

Wo ist der zuverlässige Weg zur Verhinderung der Auslösung eines Weltkrieges durch die Imperialisten und zur Erhaltung des Weltfriedens?

Soll man sich im Interesse des Weltfriedens und der Revolution mit den Arbeitern, Bauern, den revolutionären Intellektuellen, den anti-imperialistischen, antifeudalen Revolutionären der nationalen Bourgeoisie aller Länder und mit allen anderen Kräften, mit denen eine Einheit möglich ist, zusammenschließen, um eine möglichst breite Einheitsfront gegen den amerikani-

schen Imperialismus und seine Lakaien zu bilden und gegen sie einen gemeinsamen Kampf zu führen, oder soll man alle Hoffnungen auf die amerikanisch-sowjetische Zusammenarbeit setzen?

Hat man angesichts des Angriffes der indischen Reaktionäre auf das sozialistische China die Prinzipien des proletarischen Internationalismus einzuhalten und die Provokationen der indischen Reaktionäre zu verurteilen, oder muß man den indischen Reaktionären mit Kriegsmaterial helfen, damit sie gegen die Brüder des Sowjervolkes kämpfen können?

Sind die Titoisten Verräter oder Genossen? Sind sie ein Sondertrupp des amerikanischen Imperialismus oder nicht? Ist Jugoslawien ein sozialistisches Land oder nicht?

Braucht man das sozialistische Lager oder nicht? Auf der Grundlage welcher Prinzipien soll man die Einheit des sozialistischen Lagers festigen?

Soll man die unterdrückten Volksmassen und geknechteten Nationen in ihrem revolutionären Freiheitskampf und in ihrem Klassenkampf aktiv unterstützen oder soll man ihnen die Durchführung der Revolution verbieten und gegen ihre Revolution auftreten?

War Stalin ein großer Marxist-Leninist oder ein Henker, Bandit und Hasardeur?

Sollen die sozialistischen Länder die proletarische Diktatur aufrechterhalten, oder sollen sie mit Hilfe des sogenannten Staates des ganzen Volkes und der sogenannten Partei des ganzen Volkes der kapitalistischen Restauration den Weg bahnen?

Und so weiter und so fort;

Bei allen diesen Fragen darf nicht die geringste Zweideutigkeit zugelassen werden; sie erfordern eine äußerst klare Antwort. Kann man denn derart wichtige Fragen mit einer Handbewegung abtun? Wäre dem so, dann bestünde zwischen Marxismus-Leninismus einerseits und Revisionismus und Dogmatismus andererseits, zwischen Marxismus-Leninismus und Trotzismus, zwischen einer kommunistischen und einer sozialdemokratischen Partei, zwischen Kommunismus und Kapitalismus überhaupt kein Unterschied mehr;

Ihr versucht jetzt häufig, mit Eurer „entschiedensten Abwehr“ zu schrecken. Und in der Tat haben die von Euch unternommenen verschiedenen Manöver, seien sie hart oder sanft, bitter oder süß, die Menschen schon genug gekostet. Ihr habt militärischen, wirtschaftlichen und politischen Druck auf Albanien ausgeübt, die diplomatischen Beziehungen abgebrochen, Verträge zerrissen und den Handelsverkehr eingestellt. Ebenso habt ihr mit China abgeschlossene Verträge zerrissen, Eure

Spezialisten aus China abgezogen, die Hilfe an China eingestellt und eine Wühlätigkeit gegen China entfaltet. Die KP Chinas und alle anderen Parteien, die dem Marxismus-Leninismus treu bleiben, werden sich weder durch schönklingende Worte irreführen lassen, noch dem Druck beugen oder auf einen Prinzipienschacher einlassen. Solltet Ihr wirklich zu so etwas bereit sein, das den Namen „entschiedenste Abwehr“ verdient, bereit sein, Eure „Ansichten offen darzulegen“, „Dokumente und anderes Material zu veröffentlichen“, „kollektive Maßnahmen“ zu ergreifen, oder was immer auch sonst zu tun, bitte sehr, tut nur alles, was Ihr zu tun beabsichtigt.

Obwohl sich die Differenzen bis zu ihren heutigen ernstesten Ausmaßen vergrößert haben, ist die KP Chinas nach wie vor gewillt, alles für die Wiederherstellung und Festigung der Einheit zu tun. In Eurem Schreiben vom 29. November des Vorjahrs sind wohl viele hohltönende Phrasen über eine Einstellung der offenen Polemik enthalten, werden jedoch keine konkreten Maßnahmen zur Lösung der Fragen vorgeschlagen. Deshalb möchten wir Euch nun folgende konkrete Maßnahmen zur Lösung der Fragen vorschlagen und hoffen, daß Ihr sie in Erwägung ziehen und uns dann Eure Antwort zukommen lassen werdet:

1. Für die Einstellung der offenen Polemik ist es notwendig, daß die chinesische und die sowjetische Partei sowie andere betroffene Bruderparteien verschiedene bilaterale und multilaterale Verhandlungen führen, um durch Konsultation eine gerechte und vernünftige, für alle annehmbare Lösung zu finden und zu einer gemeinsamen Vereinbarung zu gelangen.

2. Die Kommunistische Partei Chinas befürwortet seit jeher die Einberufung einer Konferenz von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien aller Länder und setzt sich aktiv dafür ein. Vor der Einberufung dieser Konferenz müssen entsprechende Vorbereitungen getroffen und die Schwierigkeiten und Hindernisse überwunden werden. Wir wollen uns mit anderen Bruderparteien darum bemühen, daß diese Konferenz eine Tagung der Einheit werde, die auf den revolutionären Prinzipien des Marxismus-Leninismus beruht.

3. Die Fortsetzung der Verhandlungen zwischen der chinesischen und der sowjetischen Partei ist eine notwendige Vorbereitungsmaßnahme für eine erfolgreiche Abhaltung der Konferenz der Bruderparteien. Wir schlagen vor, die Verhandlungen zwischen der chinesischen und der

sowjetischen Partei in der Zeit vom 10. bis 25. Oktober 1964 in Peking fortzusetzen.

4. Um weitere Vorbereitungen für die Konferenz von Vertretern aller Bruderparteien zu treffen, schlagen wir vor, nach Abschluß der chinesisch-sowjetischen Besprechungen eine Beratung von Vertretern der Bruderparteien aus folgenden 17 Ländern einzuberufen: Albanien, Bulgarien, China, der Deutschen Demokratischen Republik, Korea, Kuba, der Mongolei, Polen, Rumänien, der Sowjetunion, der Tschechoslowakei, Ungarn und Vietnam, sowie Indonesien, Japan, Italien und Frankreich.

VEREINIGEN WIR UNS UNTER DEM  
BANNER DES MARXISMUS-LENINISMUS!

Zentralkomitee der Kommunistischen  
Partei Chinas

BRIEF DES ZK DER KPdSU VOM  
29. NOVEMBER 1963 AN DAS  
ZK DER KPCh

29. November 1963

An das Zentralkomitee der Kommuni-  
stischen Partei Chinas  
Genossen Mao Tse-tung

Liebe Genossen!

In letzter Zeit wurden in der kommunistischen Presse Dokumente veröffentlicht, in denen die marxistisch-leninistischen Parteien ihre Haltung zu den Grundfragen der internationalen kommunistischen Bewegung, die in der entfalteten Diskussion aufgeworfen wurden, öffentlich dargelegt haben. Aus diesen Dokumenten ist ersichtlich, daß es in der kommunistischen Bewegung ernste Meinungsverschiedenheiten gibt; daß die Grundthesen der Deklaration und der Erklärung der Moskauer Beratungen verschieden aufgefaßt und ausgelegt werden. Wir wollen

— 65 —

nicht verhehlen, daß wir, ebenso wie viele Bruderparteien, gleichgültig, welche Haltung sie einnehmen, ernstlich wegen der Tatsache besorgt sind, daß die aufgetretenen Meinungsverschiedenheiten sich immer mehr vertiefen, der Kreis der diskutierten Fragen immer weiter wird und die scharfe, offene Polemik Formen annimmt, die in den Beziehungen zwischen Marxisten-Leninisten unzulässig sind.

Besondere Besorgnis ruft der Umstand hervor, daß die ideologischen Differenzen auf die zwischenstaatlichen Beziehungen ausgedehnt werden, sich in der Sphäre der konkreten Politik zeigen und damit die Freundschaft und Geschlossenheit der Völker der sozialistischen Gemeinschaft erschüttern, die antiimperialistische Front schwächen. Die Kräfte und die Aufmerksamkeit der Bruderparteien werden von der Lösung der dringenden Aufgaben des sozialistischen Aufbaus, vom Kampf gegen den Imperialismus abgelenkt.

Eine solche Lage in der kommunistischen Bewegung verursacht uns großen Kummer. Wir haben schon mehrmals erklärt und wiederholen dies neuerlich, daß die abnormen Beziehungen zwischen der KPCh und der KPdSU die Kräfte der Kommunisten veruneinigen, daß sie nur unseren Feinden dienlich sind, die ihrerseits auf

jede Weise bestrebt sind, die Widersprüche auszuspielen und die vorhandenen Schwierigkeiten für ihre antikommunistischen Ziele auszunützen.

Gewiß können solche Parteien wie die KPdSU und die KPCh, die an der Spitze der zwei größten Staaten der Welt stehen, auch arbeiten, falls die Polemik fortgesetzt wird. Wir stimmen dem zu, daß, wie Ihr dem sowjetischen Botschafter Gen. Tschewonenko gesagt habt, selbst dann, wenn sich unsere beiden Parteien solchen Umständen gegenübersehen, der Himmel nicht einstürzen wird, das Gras und die Bäume wachsen, die Frauen Kinder gebären und die Fische im Wasser schwimmen werden.

Wir können jedoch nicht umhin zu sehen, daß die Meinungsverschiedenheiten und die scharfe Polemik der kommunistischen Bewegung großen Schaden zufügen. Wir haben auch nicht das Recht, nicht an jene Abteilungen der kommunistischen Bewegung zu denken, die unter äußerst schwierigen und komplizierten Bedingungen gegen den Imperialismus kämpfen müssen. Solche Parteien sind mit Recht der Ansicht, daß sie sowohl die Freundschaft der KPdSU wie die der KPCh brauchen; aus der Geschlossenheit und Einheit der kommunistischen Bewegung schöpfen alle marxistisch-leninistische Parteien Kraft für die Überwindung von Schwierigkeiten.

Die Kommunisten aller Länder wollen die Aktionseinheit. Und sie haben Recht: Ohne Aktionseinheit wird unser Kampf gegen die Klassenfeinde um ein Vielfaches schwerer sein.

Unter den gegenwärtigen Umständen ist es eine äußerst wichtige und unaufschiebbare Aufgabe für die Marxisten-Leninisten, einer unerwünschten Entwicklung der Ereignisse vorzubeugen, diesen eine Wendung von der Gefahrenzone weg in die Richtung auf eine Normalisierung zu geben, die Zusammenarbeit und Geschlossenheit aller Bruderparteien und aller Länder des Sozialismus zu festigen. Die Hinweise Lenins darauf, daß sich jede Partei ihrer hohen Verantwortung für unsere gemeinsame Sache bewußt sein muß; daß sie bereit sein muß, die Grundinteressen der kommunistischen Bewegung an die erste Stelle zu setzen; sind jetzt aktueller denn je:

Die Kommunistische Partei der Sowjetunion, die den leninistischen Kurs der kommunistischen Weltbewegung; wie er in der Deklaration und in der Erklärung der Moskauer Beratungen zum Ausdruck kommt, streng einhält, hielt und hält es für ihre Pflicht; alles in ihrer Macht Stehende zu tun; um die Einheit zu festigen;

Wir verstehen natürlich, daß es großer Anstrengungen aller marxistisch-leninistischer

Parteien bedarf, um die in der kommunistischen Weltbewegung aufgetretenen Schwierigkeiten zu beseitigen. In diesem Brief wollen wir unsere Überlegungen darüber äußern, welchen Beitrag unsere beiden Parteien zur Lösung dieser Aufgabe leisten können.

Wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkt; daß es ungeachtet der vorhandenen ersten Meinungsverschiedenheiten eine objektive Grundlage für die Verbesserung der Beziehungen zwischen der KPdSU und der KPCh sowie zwischen unseren Ländern gibt, nämlich: die gemeinsamen Grundinteressen unserer Völker, die gemeinsamen Aufgaben im Kampf für den Sozialismus und Kommunismus, bei der Unterstützung der revolutionären Arbeiter- und nationalen Befreiungsbewegung, im Kampf für den Frieden und gegen die aggressiven Mächte des Imperialismus.

Man kann nicht übersehen, daß es außer den Fragen, in denen Meinungsverschiedenheiten aufgetreten sind, auch Punkte gibt, wo unsere Ansichten völlig zusammenfallen oder zumindest einander sehr nahekommen. Wir haben eine objektive Gemeinsamkeit der Standpunkte in solchen Grundfragen wie den Fragen des Klassenkampfes, des Kampfes gegen den Imperialismus für den Sieg der Arbeiterklasse und des

ganzen werktätigen Volkes, der Diktatur des Proletariats; die, wie die Erfahrungen der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder zeigen, errichtet wird, um die Kräfte, die nach dem Sieg der proletarischen Revolution der Sache des Aufbaus des Sozialismus Widerstand entgegenzusetzen; zu zerschlagen. Obwohl die Interpretation dieser Fragen bei uns und Euch nicht in allem gleich ist, sind wir doch zutiefst überzeugt, daß sich, wenn man ruhig und unvoreingenommen klarstellt, worum es in der gegenwärtigen Diskussion geht; und alles Nichtdazugehörige und Zufällige beiseite räumt; breite Möglichkeiten nicht nur für die Aufrechterhaltung, sondern auch für die Entwicklung und Festigung unserer Zusammenarbeit in vieler Hinsicht finden werden;

Jetzt, nachdem die KPdSU und die KPCh sowie andere Bruderparteien ihre Ansichten zu den strittigen Fragen dargelegt haben; wäre es richtig; die Aufmerksamkeit nicht auf die Probleme zu konzentrieren, bei denen es zwischen uns Meinungsverschiedenheiten gibt; mit ihnen zuzuwarten, bis sich die erhitzten Gemüter abgekühlt haben; die Zeit arbeiten zu lassen. Wir sind überzeugt; daß das Leben die Richtigkeit der marxistisch-leninistischen Linie erweisen wird; Unterdessen könnten wir die Zusammenarbeit

auf den Gebieten; wo günstige Möglichkeiten dafür vorhanden sind; entwickeln. Eine solche Zusammenarbeit ist nicht nur für die Sowjetunion und China, sondern für alle Völker der sozialistischen Gemeinschaft vorteilhaft.

Konkret schlagen wir vor, ohne Rücksicht auf das Vorhandensein von Meinungsverschiedenheiten in den Mittelpunkt unserer gegenseitigen Beziehungen zu stellen: die Entwicklung der Zusammenarbeit im Interesse der Festigung der Freundschaft zwischen der Sowjetunion und China, zwischen allen sozialistischen Ländern und marxistisch-leninistischen Bruderparteien und die Koordinierung unseres Vorgehens in den verschiedenartigen internationalen Organisationen im Hinblick auf die gemeinsamen Ziele der Verteidigung des Friedens und des Kampfes gegen den Imperialismus;

Besonders große Möglichkeiten gibt es für die Festigung der Beziehungen zwischen der Volksrepublik China und der Sowjetunion auf den Gebieten der Wirtschaft; der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit und der Kultur. In diesem Brief möchten wir eine Reihe praktischer Vorschläge machen; deren Verwirklichung der Sache der Festigung der Freundschaft zwischen unseren Ländern dienlich sein kann;

Das ZK der KPdSU hofft, daß das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas seinerseits konkrete Schritte in dieser Richtung unternehmen wird, umso mehr als der Premier des Staatsrates der Volksrepublik China Gen; Tschou En-lai Pressemeldungen zufolge in seinen jüngsten Gesprächen mit ausländischen Staatsmännern und Journalisten erklärt hat, daß China beabsichtige, die Kontakte mit der Sowjetunion und mit anderen sozialistischen Staaten zu entwickeln, daß China an der Entwicklung des Handels und anderer Wirtschaftsbeziehungen sehr interessiert sei, daß die VR China an den fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz festhalte. Der Ministerpräsident der VR China sagte, daß China seinerseits den Versuchen der Imperialisten, die existierenden Meinungsverschiedenheiten zum Zweck der Untergrabung der Einheit der sozialistischen Gemeinschaft auszunützen, Hindernisse in den Weg legen werde. So ein Standpunkt stimmt mit den Erklärungen überein, die das ZK der KPdSU und die Sowjetregierung ihrerseits zu wiederholten Malen abgegeben haben.

Da beide Seiten daran interessiert sind, darf man zur Schlußfolgerung gelangen; daß man schon jetzt von konkreten Schritten sprechen könnte, die zu unternehmen wären, um die sowje-

tisch-chinesische Zusammenarbeit ins Geleise zu bringen.

Insbesondere könnte man in nächster Zeit dazu schreiten, gemeinsam in Übereinstimmung gebrachte provisorische Listen für den Warenaustausch zwischen der VR China und der Sowjetunion anzulegen. Die UdSSR könnte in den nächsten Jahren in gesteigertem Umfang Waren; an denen Ihr interessiert seid, nach China exportieren und Waren, die sowohl für unsere wie für Eure Wirtschaft von Interesse sind, aus der VR China in die UdSSR importieren.

Bekanntlich sollen gemäß dem von den Regierungen unserer Länder unterzeichneten Protokoll vom 13. Mai 1962 die Verhandlungen über die Belieferung der Volksrepublik China mit kompletten Ausrüstungen, deren Anfertigung über Wunsch der chinesischen Seite um zwei Jahre verschoben wurde, im kommenden Jahr wiederaufgenommen werden; Sollte eurerseits ein Interesse daran bekundet werden; könnte man ein Abkommen über die Erweiterung der technischen Hilfeleistung an die VR China beim Bau von Industrieunternehmungen treffen und insbesondere die Möglichkeiten für eine Hilfeleistung bei der Entwicklung der Erdölindustrie und beim Bau von Betrieben des Bergbaus und anderer



Industriezweige zu für unsere beiden Länder günstigen Bedingungen erörtern.

Wir bestätigen aufs neue unsere Bereitschaft, sowjetische Spezialisten in die Volksrepublik China zu entsenden, wenn Ihr das für notwendig erachtet.

Derzeit arbeitet die Sowjetunion den nächstfälligen Fünfjahrplan für den Zeitraum 1966 — 1970 aus. Auch in China wird der dritte Fünfjahrplan aufgestellt. Im Zusammenhang damit ist es gerade jetzt zweckmäßig, die Möglichkeiten der Entwicklung von Handels- und sonstigen Beziehungen zwischen unseren Ländern zu erörtern und im Hinblick darauf entsprechende Maßnahmen in den Volkswirtschaftsplänen beider Länder vorzusehen. Sicherlich ist es niemals zu spät, das gute Werk der Festigung der Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und der VR China in Angriff zu nehmen, doch wäre es besser, schon jetzt damit zu beginnen.

Unsere beiden Länder würden zweifellos aus einer Erweiterung der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit sowie aus der Entwicklung vielseitiger Kulturbeziehungen Nutzen ziehen. Wir sind der Ansicht, daß diese Fragen Gegenstand wechselseitiger Konsultationen und Verhandlungen zwischen den zuständigen Organen der Sowjetunion und der VR China sein

könnten. Wenn wir diese Vorschläge machen, sind wir selbstverständlich zugleich bereit, alle Eure Überlegungen bezüglich einer Erweiterung der wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technischen, kulturellen und sonstigen Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und der Volksrepublik China aufmerksam zu prüfen. Wir sind uns natürlich dessen bewußt, daß sich die Beziehungen und die Zusammenarbeit nur dann entwickeln können, wenn Ihr der Meinung seid, daß dies für China vorteilhaft ist. Wir sind unsrerseits davon überzeugt, daß es sowohl für China als auch für die Sowjetunion von gegenseitigem Nutzen ist.

Es ist wohl bekannt, daß Wirtschaftsbeziehungen eine Art von Zusammenarbeit darstellen, an der alle Völker besonders interessiert sind. Sogar für das Verhältnis zwischen Staaten mit verschiedener Gesellschaftsordnung haben die Wirtschaftsbeziehungen eine große Bedeutung: Sie schaffen günstige Bedingungen für die Verwirklichung des Prinzips der friedlichen Koexistenz, tragen zu einem besseren Verhältnis zwischen den Staaten bei. Umso notwendiger sind ausge dehnte wirtschaftliche Beziehungen für sozialistische Länder, die durch die Gemeinsamkeit der Gesellschaftsordnung und durch die Einheit der Ziele miteinander verbunden sind. Diese Be-

ziehungen sind ein wichtiger Faktor beim Aufbau des Sozialismus und Kommunismus, bei der Ausnützung der Vorzüge der sozialistischen internationalen Arbeitsteilung; sie tragen zur Festigung der Freundschaft der Brudervölker, zur Erzielung neuer Erfolge im ökonomischen Wettbewerb mit dem Kapitalismus und zur Vereinigung aller revolutionären antiimperialistischen Kräfte bei. Aus der Entwicklung einer solchen Zusammenarbeit wird sowohl China wie die Sowjetunion, werden das ganze sozialistische Lager und die Sache des internationalen Sozialismus Nutzen ziehen.

Wir verstehen natürlich, daß jedes Volk den Sozialismus und Kommunismus aufbaut, indem es sich vor allem auf die eigenen Kräfte stützt; denn niemand anderer als das Volk des betreffenden Landes wird den Sozialismus in diesem Land aufbauen. Ebenso offenkundig ist aber; daß die Zusammenarbeit der sozialistischen Länder den Aufbau des Sozialismus, den jedes Volk durchführt, erleichtert und beschleunigt. Die Wiederherstellung und Festigung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit unserer Länder wird nicht nur zur Beschleunigung der Entwicklung der Volkswirtschaft in der UdSSR und in China sowie der Wirtschaft des ganzen sozialistischen Systems, sondern auch zur Schaffung

günstiger Bedingungen für die Normalisierung der Beziehungen auf anderen Gebieten beitragen:

Für die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und China bestehen überaus günstige Voraussetzungen. Unsere Länder verfügen über mannigfaltige Naturreichtümer und haben beträchtliche Erfahrungen der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit gesammelt. Es ist gut bekannt, welchen wohltätigen Einfluß die sowjetisch-chinesische wirtschaftliche Zusammenarbeit auf den Verlauf des sozialistischen Aufbaus in der Volksrepublik China wie auch auf die wirtschaftliche Entwicklung der Sowjetunion hatte. Umso bedauerlicher ist es, daß die wirtschaftliche Zusammenarbeit und der Handel zwischen der Sowjetunion und der Volksrepublik China in den letzten Jahren nicht nur keine Entwicklung erfuhren, sondern immer mehr zusammenschumpften.

Die Erfahrung zeigt, daß die Entwicklung kommerzieller, ökonomischer und anderer Beziehungen die Atmosphäre im gegenseitigen Verhältnis verbessert und die Regelung anderer Fragen, von denen das Verhältnis zwischen unseren Ländern abhängt, fördert. Und solche

Fragen gibt es leider, und sie fordern ihre Lösung.

Ihr werdet wahrscheinlich dem beipflichten; daß die Lage, die sich in den letzten Jahren an einigen Abschnitten der sowjetisch-chinesischen Grenze herausgebildet hat, nicht als normal erachtet werden kann. Die Sowjetregierung hat bereits freundschaftliche Konsultationen zur Präzisierung der Grenzlinie an einzelnen Abschnitten vorgeschlagen, weil sie der Meinung ist, daß sie die Beseitigung der Ursachen, die zu den derzeitigen Mißverständnissen geführt haben; zur Folge haben werden. In letzter Zeit habt Ihr Euch auch dafür ausgesprochen, daß diese Frage auf der Grundlage gegenseitiger Konsultationen gelöst werde. Im Zusammenhang damit übersenden wir Euch ein entsprechendes Dokument;

In der letzten Zeit gab es in China Äußerungen über die aggressive Politik der zaristischen Regierung und die ungerechten Verträge, die China aufgezwungen wurden; Es versteht sich; daß wir nicht die Absicht haben; die russischen Zaren in Schutz zu nehmen; die bei der Festlegung der Staatsgrenzen mit den Nachbarländern willkürlich vorgegangen sind. Wir sind überzeugt, daß auch Ihr nicht die Absicht habt; die chinesischen Kaiser in Schutz zu nehmen, die nicht wenige fremde

Gebiete mit Waffengewalt an sich gerissen haben; Jedoch, wenn wir die reaktionären Taten der ausbeuterischen Oberschicht verurteilen, die damals in Rußland und in China an der Macht war; können wir doch nicht umhin, dem Rechnung zu tragen, daß jetzt zwischen den Staaten Grenzen bestehen, die sich historisch herausgebildet haben; Jeglicher Versuch, das zu ignorieren, kann zur Quelle von Mißverständnissen und Konflikten werden; ohne indes zur Lösung der Frage zu führen; Es wäre einfach unvernünftig, jetzt, da sich die Arbeiterklasse an der Macht befindet und unser gemeinsames Ziel der Kommunismus ist, der allmählich dazu führen wird, daß die Staatsgrenzen ihre frühere Bedeutung verlieren; künstlich territoriale Probleme zu schaffen; Wir haben jede Möglichkeit; wie immer geartete Reibungen an der Grenze völlig zu beseitigen und damit den Völkern ein Beispiel echt freundschaftlicher Verhältnisse zwischen zwei sozialistischen Staaten zu zeigen;

Uns obliegt es, Bedingungen zu schaffen; die eine Verbesserung der Beziehungen auch auf der Parteebene begünstigen würden; und alles zu vermeiden, was die in der kommunistischen Bewegung entstandenen Schwierigkeiten vertiefen könnte. Wir geben uns sehr wohl Rechenschaft

darüber, daß die Überwindung der Meinungsverschiedenheiten in der kommunistischen Bewegung eine komplizierte Sache ist, die ernsthafte Anstrengungen und Zeit erfordert. Es ist jedoch wichtig, in dieser Richtung Schritt für Schritt vorwärtszugehen, eine leninistische Sorge um die Festigung der Einheit der kommunistischen Weltbewegung auf prinzipieller marxistischer Grundlage an den Tag zu legen, keinerlei Handlungen zuzulassen, die die Einheit untergraben könnten; Fraktionisten und Spaltern Widerstand entgegenzusetzen.

Unserer Meinung nach besteht sogar in der gegenwärtigen komplizierten Lage die Möglichkeit, die Polemik nicht so sehr sich auswachsen zu lassen, daß sie nicht mehr kontrolliert werden kann, und die Sache so zu behandeln, daß die Geschlossenheit und Einheit zwischen der KPCh und der KPdSU sowie zwischen allen Bruderparteien gefestigt wird; Das ZK der KPdSU hat sich schon mehrmals für eine Einstellung der offenen Polemik ausgesprochen; Diesen Vorschlag haben wir am 25. Oktober und 7. November 1963 abermals wiederholt. Die Sowjetpresse hat die Publikation von Materialien eingestellt, die polemischen Charakter tragen. In diesem Brief rufen wir das Zentralkomitee der KP Chinas noch

einmal auf, alles Notwendige zu veranlassen, damit die offene Polemik und andere Handlungen, die der Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung und der Geschlossenheit der sozialistischen Länder zum Schaden gereichen, ein Ende finden. Wir schlagen nicht vor, den Meinungsaustausch über prinzipielle Fragen der Entwicklung in der Welt überhaupt einzustellen; sondern wollen lediglich, daß er sich in Formen abwickelt, die in der Erklärung der Bruderparteien vom Jahre 1960 vorgesehen sind: durch gegenseitige Konsultationen, Aussprachen und Briefwechsel.

Mit diesen Vorschlägen geht das ZK der KPdSU davon aus, daß sie zur Festigung des Vertrauens und zur Schaffung günstigerer Bedingungen für die Vorbereitung einer internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien beitragen werden. Die KPdSU und die KPCh, wie auch viele andere Bruderparteien, haben sich in letzter Zeit wiederholt für die Abhaltung einer solchen Beratung ausgesprochen. Wir bekräftigen auch jetzt diesen unseren Standpunkt. Gleichzeitig betonen wir wiederum mit Nachdruck, daß alle Parteien die Pflicht haben, zur Schaffung solcher Bedingungen beizutragen, die einen fruchtbaren Verlauf der

Konferenz gewährleisten, damit diese nicht zu einer Spaltung der kommunistischen Weltbewegung, sondern zu einer wirklichen Geschlossenheit und Einheit aller Bruderparteien, aller Kräfte des Friedens und des Sozialismus führe.

Das sind einige unserer Überlegungen über konkrete Maßnahmen, die man treffen könnte, um die entstandenen Schwierigkeiten zu überwinden.

Versteht uns richtig: Unser Brief ist ausschließlich von der Sorge um die Festigung der Einheit diktiert. Wir können in der Auffassung dieser oder jener ideologischen Probleme, in der Einschätzung einzelner Erscheinungen der gesellschaftlichen Entwicklung auseinandergehen; das Leben wird die Irrtenden korrigieren. Man darf aber nicht eine Minute lang, unter keinen Umständen die höchste Pflicht der Kommunisten vergessen, nämlich den Zusammenschluß der sozialistischen Gemeinschaft und der ganzen Front des Kampfes gegen das Kapital. Die Völker glauben den Kommunisten. Und uns ist es aufgelegt, ihr Vertrauen zu rechtfertigen. Laßt uns in gemeinsamem Bemühen den Weg für die Festigung der Zusammenarbeit bahnen und konkrete Maßnahmen in dieser Richtung treffen.

Die KPdSU und das Sowjetvolk hegen freundschaftliche Gefühle für das chinesische Volk und

die Kommunistische Partei Chinas, wünschen eine Festigung der Brüderlichkeit, die sich im Kampf für den Sozialismus und Kommunismus herausgebildet hat. Das ZK der KPdSU ist voller Entschlossenheit, alles zu tun, um eine Wendung des Geschehens zum Besseren, eine Festigung der Einheit der kommunistischen Weltbewegung und der Freundschaft der Völker Chinas und der Sowjetunion herbeizuführen.

Die KPdSU läßt sich unwandelbar von der Linie der kommunistischen Weltbewegung leiten und tritt unerschütterlich für die Prinzipien der Deklaration und der Erklärung der Moskauer Beratungen von 1957 und 1960 ein. Unsere leninistische Partei führt einen historischen Kampf für den Aufbau des Kommunismus in der UdSSR, für den Frieden, die Demokratie, die nationale Unabhängigkeit der Völker, für die Festigung der sozialistischen Weltgemeinschaft und der ganzen revolutionären antiimperialistischen Front; für die proletarische Revolution, für die Sache des internationalen Sozialismus; und das entspricht den Interessen aller Völker.

Das ZK der KPdSU ruft das ZK der KPCh auf, seinerseits praktische Schritte zu unternehmen, um die Geschlossenheit der Bruderparteien auf dem Boden der Prinzipien des Marxismus-

Leninismus und des proletarischen Internationalismus im Kampf für die große Sache des Sozialismus zu festigen;

Erster Sekretär des Zentralkomitees der  
Kommunistischen Partei der Sowjetunion

N. Chruschtschow

BRIEF DES ZK DER KPdSU VOM  
22. FEBRUAR 1964 AN DAS  
ZK DER KPCh

22. Februar 1964

An das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas

Liebe Genossen!

Das ZK der KPdSU hat Euren Brief vom 20. Februar 1964 erhalten.

Der rüde Ton und die unwürdigen, beleidigenden Methoden im Verhalten zur KP der Sowjetunion, zu denen Ihr in diesem Brief Zuflucht nehmt, geben ein moralisches Recht, ihn überhaupt unbeantwortet zu lassen. Und wenn wir nichtsdestoweniger es für zweckmäßig erachten, Euch zu antworten, so tun wir das nur, um die Möglichkeit irgendwelcher Spekulationen und von Versuchen zur Irreführung Uneingeweihter auszuschalten.

Ihr tragt eine Erzüththeit zur Schau, weil der Brief des ZK der KPdSU vom 12. Februar d. J.; der an viele Bruderparteien gesandt wurde, nicht dem Zentralkomitee der KP Chinas zugeschickt worden ist; und stellt das geradezu als einen Versuch, den Inhalt dieses Briefes vor Euch geheimzuhalten, als eine „sektiererische“ und „fraktionelle Tätigkeit der KPdSU“ dar.

Wie steht es damit in Wirklichkeit? Es ist kein Zufall, daß wir Euch den Brief vom 12. Februar d. J. nicht geschickt haben. Allein in den letzten Monaten hat sich das ZK der KPdSU mehrmals sowohl in mündlicher wie in schriftlicher Form an die Führung der KPCh mit dem Vorschlag gewandt, gemeinsame Maßnahmen zu treffen; um die Einheit der sozialistischen Gemeinschaft und der internationalen kommunistischen Bewegung zu festigen. Das Zentralkomitee der KP Chinas hat es nicht einmal für notwendig gehalten; auf unsere Vorschläge zu antworten. Ihr habt die Vorschläge zur Normalisierung der Lage in der kommunistischen Bewegung, die von der Delegation der KPdSU bei den Besprechungen in Moskau im Juli 1963 unterbreitet wurden; unbeachtet gelassen; Ihr habt auf den Brief des ZK der KPdSU vom 29. November 1963; der ein konkretes Aktionsprogramm zur Beseitigung der vorhandenen Meinungsverschiedenheiten enthielt, nicht

beantwortet. Ebenso bleibt Ihr auf die wiederholten mündlichen Appelle von Führern der KPdSU an die Führung der KPCh, die durch die Genossen Deng Hsiao-ping, Peng Dschen, Liu Hsiao und Pan Dsi-li übermittelt wurden, die Antwort schuldig.

Wenn Ihr die erwähnten Dokumente und Materialien zur Hand nehmen wollt, könnt Ihr Euch unschwer davon überzeugen, daß in ihnen gerade von den Fragen die Rede ist, über die das ZK der KPdSU in seinem Brief vom 12. Februar d. J.; den Bruderparteien eine kurze Mitteilung gemacht hat;

Ohne auf unsere Briefe zu antworten; habt Ihr unterdessen eine großangelegte Kampagne gegen die KPdSU und andere marxistisch-leninistische Parteien entfaltet, die fraktionelle Spaltertätigkeit in der internationalen kommunistischen Bewegung und in den demokratischen Organisationen jäh verstärkt. Die Zeitung „Renmin Ribao“ hat im Artikel vom 4. Februar d. J.; offen zur Spaltung der kommunistischen Bewegung aufgerufen und gezeigt, daß die Führung der KPCh nicht willens ist, auf die positiven Vorschläge zu antworten; die im Brief des ZK der KPdSU vom 29. November 1963 enthalten sind;

Unter diesen Umständen hat es das ZK der KPdSU im Interesse des Zusammenschlusses der kommunistischen Bewegung und im Wunsche; seinen marxistisch-leninistischen Standpunkt darzulegen, den die chinesische Presse verleumderisch angreift, für notwendig erachtet, die Frage auf dem Februar-Plenum des ZK zu prüfen und sodann seine Ansichten offen darzulegen. Das ZK der KPdSU beschloß, die Bruderparteien davon in Kenntnis zu setzen.

Wir mußten ihnen aufrichtig sagen, daß unsere Vorschläge auf keinerlei positives Echo seitens der Führer der KPCh gestoßen sind und daß letztere weiterhin ihre Angriffe auf den gemeinsamen Kurs der kommunistischen Weltbewegung verstärken und die Spaltertätigkeit erweitern. Wir erklärten, daß wir die Meinung aller Bruderparteien, die wirklich auf den Positionen der Deklaration und der Erklärung stehen, teilen; wonach man den Spaltern Widerstand entgegenzusetzen und kollektive Maßnahmen zur Festigung der Einheit der kommunistischen Bewegung auf der Grundlage der Prinzipien des Marxismus-Leninismus treffen muß. Wir haben nochmals zum Ausdruck gebracht, daß es zweckmäßig ist; eine Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien einzuberufen; was Ihr seinerzeit auch mehrmals erklärt habt.

In unserem Brief wird das Bestreben der Führung der KPCh verurteilt; unter ihrer Hegemonie einen fraktionellen Block mit einer besonderen Plattform zu schaffen;

Das ist es, wovon im Brief des ZK der KPdSU vom 12. Februar die Rede war;

Unser prinzipieller Standpunkt zu allen im Brief vom 12. Februar enthaltenen Fragen war Euch lange vor unserem Appell an die Bruderparteien bekannt; Ehe wir uns an sie mit diesem Brief gewandt hatten, versuchten wir mehrmals; mit dem Zentralkomitee der KP Chinas Fragen der Festigung der Einheit der kommunistischen Bewegung zu erörtern, und es ist nicht unsere Schuld; daß alle diese Versuche ergebnislos geblieben sind. Da Ihr darauf beharrtet; unsere wiederholten Briefe und Botschaften nicht zu beantworten und diese überdies als Äußerung unserer Schwäche dargestellt habt; war es nicht erforderlich; ja wäre es sogar nutzlos gewesen; Euch den Brief vom 12. Februar zu übersenden.

Nach all dem kann man sich nur über Eure Erklärung wundern, daß die KPdSU angeblich „eine neue Kampagne gegen die KPCh in Gang bringt“; „hinter ihrem Rücken“; mit „Doppelzüngigkeit“ eine „Spaltertätigkeit entfaltet“. Es ist nicht schwer zu sehen; daß die Bestrebung der Führung der KPCh; die Angelegenheit des Brie-



fes vom 12. Februar d. J. mit allen Mitteln aufzubauschen und den wahren Sinn dieses Schrittes des ZK der KPdSU zu entstellen, ein weiterer plumper Versuch ist, die Schuld auf andere zu schieben, die Verantwortung für die Schwierigkeiten, die in der kommunistischen Bewegung ausschließlich aus Verschulden der Führung der KPCh entstanden sind, auf die KPdSU überzuwälzen.

Das bedeutet, wie es bei uns im Volksmund heißt, die bekannte Methode anzuwenden, wenn der wahre Schuldtragende ruft: „Haltet den Dieb!“

Will man die wirklichen Doppelzüngler und Spalter suchen, die „hinter dem Rücken von Bruderparteien“ vorgehen, dann muß man von jenen sprechen, die im Laufe vieler Jahre eine Fraktionstätigkeit betreiben, dann muß man sich an jene wenden, die offen die Notwendigkeit einer Spaltung in der kommunistischen Bewegung begründen und sie sogar für „gesetzmäßig“ erklären. Wie nimmt sich zum Beispiel so eine Tatsache aus: Noch im Juni 1960 haben Gen. Liu Schao-tschü und andere Führer der KPCh im Gespräch mit der albanischen Delegation die KPdSU verleumdet, die Außen- und Innenpolitik unserer Partei absichtlich entstellt und den Versuch unternommen, die albanischen Funk-

tionäre gegen die KPdSU eingestellt zu machen; Solche Handlungen der chinesischen Führung haben die gerechte Empörung von Mitgliedern der albanischen Delegation hervorgerufen, die das auch offen den chinesischen Genossen erklärten und das ZK der KPdSU darüber informierten.

Das eben ist nichts anderes als eine echte Fraktionstätigkeit hinter den Kulissen gegen eine Bruderpartei.

Man kann eine endlose Zahl von Tatsachen anführen und, wenn nötig, Dokumente veröffentlichen, in denen die im Laufe einer Reihe von Jahren hinter den Kulissen betriebene Tätigkeit der Führung der KPCh gegen die KPdSU und andere Bruderparteien entlarvt wird. Darüber haben Euch Vertreter von Bruderparteien schon auf der Bukarester und Moskauer Beratung geradeaus ihre Meinung gesagt.

Was die KPdSU betrifft, so verheimlichen wir unsere Ansichten und Taten nicht vor einer einzigen Bruderpartei; darunter auch nicht vor der KPCh, deren Vertretern wir unsere Ansichten und unseren Standpunkt zu den wichtigsten Fragen wiederholt erklärt haben.

Das ZK der KPdSU hat von dem Recht Gebrauch gemacht, das jeder beliebigen kommunistischen Partei zusteht, nämlich von dem Recht auf Konsultation bezüglich dieser oder jener sie

bekümmerten Fragen: Trotz der Fieberphantasien, die Ihr in Eurem Artikel vom 4. Februar gegen unsere Partei und ihre Führung erdichtet habt, hat sich das ZK der KPdSU nicht provozieren lassen, auf ein Gezänke gemäß dem Prinzip „Schlag gegen Schlag“ nicht eingelassen. Da wir eine Abwehr Eurer Spaltertätigkeit für notwendig halten, beschloss wir, uns unter Ausnützung der Parteikanäle mit den Zentralkomitees der Bruderparteien abermals zu beraten; sie von den Schritten zur Festigung der Einheit der kommunistischen Bewegung, die wir vorhatten, zu unterrichten. Das entspricht voll und ganz den Normen der gegenseitigen Beziehungen unter den marxistisch-leninistischen Parteien, wie sie in der Deklaration und in der Erklärung der Moskauer Beratungen vorgesehen sind.

Der im Brief vom 12. Februar enthaltene Appell des ZK der KPdSU an die Bruderparteien war von der tiefen Sorge unserer Partei um die Liquidierung der abnormen Lage diktiert, die sich gegenwärtig in der kommunistischen Bewegung herausgebildet hat. Sie spiegelt die Grundinteressen aller marxistisch-leninistischen Parteien, die Interessen des Schutzes der Reinheit des Marxismus-Leninismus wider:

Was Eure Versuche betrifft, mit Redensarten wie „chauvinistische Großmachtmanieren“, „eigen-

mächtige Haltung“, „Selbstherrlichkeit“, „Allüren einer Vater-Partei“, „Gebot Gottes“ u. dgl. zu jonglieren, so müssen wir Euch sagen, daß der Gebrauch solcher Ausdrücke lediglich von der Schwäche Eurer Positionen und von Eurem Wunsch zeugt, auf diese Weise Eure eigenen Handlungen zuzudecken; die Ihr uns zuzuschreiben sucht.

Seit vier Jahren wenden sich die Bruderparteien der ganzen Welt an das ZK der KPCh mit dem Appell, es möge vom Gesichtspunkt der gemeinsamen Interessen an die Sache herangehen und die Versuche lassen, der kommunistischen Weltbewegung seine irrige „Generallinie“ aufzudrängen. Jedoch die Führung der KPCh schenkt nicht nur der Meinung der Bruderparteien kein Gehör, sondern gibt sich mit wachsendem Ehrgeiz als Alleinerben der Begründer des Marxismus-Leninismus, als obersten Richter für Theorie und Praxis des Kommunismus aus. Niemand anderer als die Führung der KPCh ist es doch, der den kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder zu diktieren sucht, wann die Revolution zu beginnen und auf welchem Wege sie durchzuführen sei. Die Führung der KPCh ist es, die unanfechtbare Urteile darüber fällt; welches Land als sozialistisch zu gelten hat und welches

nicht. Sie ist es; die ganzen Parteien die Etiketten „richtig“ und „unrichtig“ anhängt und; je nachdem, wer ihr gefällt, die einen für „hervorragende Marxisten“; die anderen aber für „moderne Revisionisten“ erklärt.

Eure chauvinistischen Großmachtmanieren kommen auch in Eurem letzten kurzen Brief zum Vorschein, indem Ihr, an das ZK der KPdSU gewendet, verlangt, daß Euch der Brief des ZK der KPdSU vom 12. Februar zugestellt werde. Ihr bittet nicht, sondern *verlangt*. Fragt sich, mit welchem Recht? Glaubt Ihr denn wirklich, daß jemand Euren Ton ernst nehmen; erschrecken und so rasch ihn nur seine Füße tragen dahineilen wird; um jede beliebige Forderung, die Ihr stellt; zu erfüllen? Das sieht schon nicht bloß rüde; sondern auch einfach lächerlich aus;

Euer Brief mit seinem absichtlich rüden Ton veranlaßt uns; nochmals darüber nachzudenken: Zu welchem Zweck wurde er abgesandt? Es wird doch niemand glauben; daß eine so unanständige Botschaft auf die Interessen der Festigung der Freundschaft mit der KPdSU gerichtet sei; was Ihr Eurem Volk und der internationalen kommunistischen Bewegung gegenüber unaufhörlich in betrügerischer Weise behauptet; Jeder,

der sich mit diesem Brief bekanntmacht, wird sehen, daß er auf eine Vertiefung der Meinungsverschiedenheiten, auf eine Verschärfung der Lage in der kommunistischen Bewegung gerichtet ist.

Wenn sich die Führer der KPCh wirklich um die Geschlossenheit und Einheit der kommunistischen Bewegung sorgten, müßten sie von ihrem Irrweg abgehen, die Spaltertätigkeit einstellen, sich unter alle Bruderparteien der Welt einreihen.

Das ZK der KPdSU ist seinerseits immer bereit, für den Zusammenschluß der kommunistischen Weltbewegung auf der prinzipiellen marxistisch-leninistischen Grundlage alles in seiner Macht Stehende zu tun.

Unsere Partei, welche die Interessen der Einheit der kommunistischen Weltbewegung über alles stellt, äußert ihre Bereitschaft, sich auch weiterhin um die Normalisierung der Beziehungen mit der KPCh zu bemühen.

Das ZK der KPdSU gibt seiner festen Überzeugung Ausdruck, daß die kommunistische Weltbewegung die bestehenden Schwierigkeiten überwinden, unter dem Banner von Marx, Engels und Lenin ihre Reihen noch enger zusammenschließen und neue Erfolge im Kampf für die

große Sache der Arbeiterklasse, für den Sieg der nationalen Befreiungsbewegung, für die Sache des Friedens und der Sicherheit der Völker, für den Sieg des Kommunismus erzielen wird.

Mit heißen brüderlichen Grüßen

Zentralkomitee der Kommunistischen  
Partei der Sowjetunion

BRIEF DES ZK DER KPdSU VOM 7. MÄRZ  
1964 AN DAS ZK DER KPCh

7. März 1964

An das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas

Liebe Genossen!

Das ZK der KPdSU hat Euren Brief vom 27. Februar 1964 erhalten. Wir haben ihn aufmerksam studiert. Wir müssen Euch offen sagen, daß Euer Brief bei uns große Verwunderung hervorgerufen hat. In diesem Brief verwendet Ihr wiederum reichlich solche Wörter wie „Spalter“, „Fraktionisten“, „Sektierer“, mit deren Hilfe Ihr den Versuch unternimmt, unsere Partei einer gegen die KPCh gerichteten Tätigkeit hinter den Kulissen zu beschuldigen.

In letzter Zeit versucht Ihr immer häufiger, die Schuld an den aufgetretenen Meinungsverschiedenheiten und an der Verschärfung des Kampfes auf die KPdSU zu schieben. Uns ist

der Sinn aller dieser Versuche völlig klar: Indem Ihr die Verantwortung anderen zuschiebt, wollt Ihr Eure eigenen Handlungen rechtfertigen und die Meinungsverschiedenheiten entfachen.

Wir können reinen Gewissens erklären, daß wir keinerlei Verantwortung für die entstandene Lage tragen. Die KPdSU und andere marxistisch-leninistische Parteien unternahmen und unternahmen alle Anstrengungen zur Überwindung der Meinungsverschiedenheiten mit der KP Chinas auf der Grundlage der Prinzipien der Deklaration und der Erklärung der Moskauer Beratungen. In seinem Verhalten Eurer Partei gegenüber ist das ZK der KPdSU stets davon ausgegangen, eine Verstärkung der Meinungsverschiedenheiten nicht zuzulassen. Anfangs dachten wir, daß die vor einigen Jahren aufgetretenen Differenzen zufällige wären. Es widerstrebt uns, der einlaufenden Information Glauben zu schenken, wonach die chinesischen Genossen hinter unserem Rücken vorgehen und Kurs auf eine Verschärfung des Kampfes nehmen. Wir suchten die ganze Zeit hindurch zu erreichen, daß unser Verhältnis das brüderlichste und vertrauensvollste sei.

Das ZK der KPdSU versteht gut, welche Bedeutung die Freundschaft zwischen der Kom-

munistischen Partei der Sowjetunion und der Kommunistischen Partei Chinas, zwischen der Sowjetunion und der Volksrepublik China hat; deren Verhältnis zueinander auf die marxistisch-leninistische Lehre gegründet sein muß. Wir haben Euch des öfteren geschrieben und erklärt — so zum Beispiel bei der Abreise des Botschafters der Volksrepublik China in der UdSSR; Gen. Liu Hsiao, aus Moskau im Oktober 1962 — daß wir aufrichtig danach streben, die Freundschaft der KPdSU und der KPCh möge ebenso gut sein wie bis zum Jahre 1958. Das war unser heißester Wunsch. Jetzt sehen wir aber leider, daß sich diese Hoffnungen nicht erfüllten.

Im Mittelpunkt des Briefes der KPCh vom 27. Februar steht faktisch der Vorschlag, die offene Polemik zu verstärken. Mit dem Vorschlag, ein Abkommen über die wechselseitige Veröffentlichung der gegeneinander gerichteten kritischen Materialien zu treffen, wollt Ihr eigentlich, daß die Polemik zwischen den Parteien die Völker unserer Länder erfasse.

Ihr müßt begreifen, Genossen, daß eine Veröffentlichung Eurer Artikel, in denen es so viele ungerechte Behauptungen, Verleumdungen der Innen- und Außenpolitik der Sowjetunion gibt; die sich dazu versteigen, in der UdSSR ginge eine „Restauration des Kapitalismus“ vor sich;

die UdSSR hätte sich „mit dem amerikanischen Imperialismus verschworen“ — daß dies alles bei den Sowjetmenschen nur ein Gefühl berechtigter Entrüstung hervorrufen wird; Die Sowjetpresse wird solche Angriffe selbstverständlich nicht unbeantwortet lassen. Das würde aber bedeuten, nicht auf eine Festigung der Freundschaft zwischen den großen Völkern der Sowjetunion und Chinas, sondern auf die Entfachung von Animosität, Mißtrauen und Feindseligkeit zwischen ihnen Kurs zu nehmen.

Die von Euch geführte Polemik hat doch schon längst den Rahmen eines ideologischen Disputs überschritten, ist von Euch in eine Waffe für den Kampf gegen die KPdSU, gegen die ganze internationale kommunistische Bewegung verwandelt worden. Ihr gießt Ströme von Schmutz auf unsere Partei und unser Land aus, betreibt dem Wesen nach dieselbe Taktik wie die Gegner des Sowjetstaates, die das Volk von der Partei und die Partei von der Führung zu trennen versuchen. Derartige Handlungen sind unzulässig und die mit ihnen verknüpften Berechnungen einfach naiv. Eure Angriffe auf die KPdSU, die reiche Erfahrungen im Kampf mit den Trotzkiisten, den rechten Abweichlern und den Nationalisten, Erfahrungen im Kampf mit äußeren Feinden hat, werden lediglich dazu beitragen, daß

sich die sowjetischen Kommunisten und das ganze Sowjetvolk noch mehr um ihre kommunistische Kampfvorhut zusammenschließen.

Wenn wir der Partei die Wahrheit über Eure Wühlaktionen sagen, bewahren wir stets Selbstbeherrschung, einen ruhigen Ton, vermeiden wir jegliche Beleidigung der brüderlichen kommunistischen Partei Chinas, ihrer Führer und des chinesischen Volkes. Stellt Euch jetzt vor, was sein wird, wenn auch wir Euren Weg beschreiten, Euch mit ebensolchen Schimpftiraden antworten werden wie Ihr sie auf uns loslaßt, uns an das chinesische Volk mit dem Appell wenden werden, gegen seine Führung zu kämpfen. Was für Kommunisten, Führer kommunistischer Parteien, was für Anhänger der Lehre des Marxismus-Leninismus, vor denen die Aufgabe steht, für den Aufbau der kommunistischen Gesellschaft zu kämpfen, werden wir denn sein, wenn wir diesen Weg beschreiten? Kommunismus heißt nicht Entfachung von Feindschaft zwischen den Nationen, sondern umgekehrt ihr Zusammenschluß zu einer brüderlichen Familie ohne Rücksicht auf Nationalität, Hautfarbe und Sprache; heißt unversöhnlicher Kampf gegen die Ausbeutung, gegen den Imperialismus;

Geleitet von eben diesen Erwägungen; hat das ZK der KPdSU in seinem Brief vom 29. Novem-

ber 1963 aufs neue vorgeschlagen, die offene Polemik einzustellen, und ein konstruktives Programm der Verbesserung der sowjetisch-chinesischen Beziehungen und der Normalisierung der Lage in der kommunistischen Bewegung vorgeschlagen. Gleichzeitig wurde in den sowjetischen Zeitungen und Zeitschriften die Veröffentlichung polemischer Materialien eingestellt. Alle Bruderparteien nahmen diese Handlungen als eine Bekundung des guten Willens der KPdSU auf und warteten voller Hoffnung darauf, daß die Führung der KPCh unsere Initiative unterstützt.

Leider ist das ZK der KPCh auf entgegengesetzte Weise vorgegangen. Ihr habt die offizielle Antwort auf unser Schreiben bewußt hinausgezögert und es in der Tat mit einer Entfaltung der Polemik, einer Verstärkung der Spaltertätigkeit in der kommunistischen Bewegung, mit noch verleumderischeren Anschuldigungen an die Adresse der KPdSU und anderer marxistisch-leninistischer Parteien beantwortet. Diese Kampagne erreichte ihren Kulminationspunkt in dem Artikel von „Renmin Ribao“ und „Hongqi“ vom 4. Februar 1964, in welchem die Sowjetunion zusammen mit dem amerikanischen Imperialismus zum „Hauptfeind“ Volkschinas

erklärt wird und unzulässige Insinuationen in bezug auf unsere Partei und ihr Zentralkomitee enthalten sind. Der Artikel vom 4. Februar stellt einen Versuch dar, der Spaltertätigkeit eine gewisse theoretische Grundlage zu geben und die Spaltung der kommunistischen Bewegung zu einer gesetzmäßigen Erscheinung zu erklären. Dieses schändliche Dokument wurde, ebenso wie andere derartige Materialien, in einer Riesenaufgabe verbreitet und durch den Rundfunk in russischer und anderen Sprachen über die ganze Welt ausgestrahlt.

Unter diesen Umständen konnten wir nicht länger schweigen, wir mußten die ganze Wahrheit über die Worte und die wirklichen Taten der chinesischen Führung sagen, damit das Plenum des ZK der KPdSU die entstandene Lage erörtern und abwägen, sein gewichtiges Wort sprechen könne. Nach der Erörterung der Frage des Kampfes der KPdSU für den Zusammenschluß der kommunistischen Bewegung billigte das Februar-Plenum des ZK der KPdSU; dem 6000 Parteiaktivisten beiwohnten, einmütig die Linie des ZK-Präsidiums;

In vollem Einklang mit den in der kommunistischen Bewegung üblichen Prinzipien der Beziehungen untereinander hielt es das ZK der

KPdSU für seine Pflicht, die Bruderparteien davon in Kenntnis zu setzen, daß wir beabsichtigen, die entsprechenden Materialien des Plenums in der Presse zu veröffentlichen, die spalterischen Handlungen der Führung der KPCh abzuwehren.

Es ist durchaus begreiflich, daß es keinen Sinn hatte, Euch unseren Brief, den wir an andere Bruderparteien gerichtet haben, zu übersenden. Das wäre schon deshalb nutzlos gewesen, weil wir uns bereits wiederholt mit denselben Fragen an Euch gewendet hatten, ohne jedoch eine Antwort erhalten zu haben. Im Brief des ZK der KPdSU vom 12. Februar gab es keinerlei Geheimnisse, nichts derartiges, was wir nicht schon lange vorher der Führung der KPCh gesagt hätten. Nichtsdestoweniger habt Ihr beschlossen, diesen Brief zum Vorwand zu nehmen, um die KPdSU einer „hinter den Kulissen“ betriebenen „antichinesischen“ Tätigkeit zu beschuldigen. Da ist es angebracht, zunächst einmal zu fragen: Ist denn eine kommunistische Partei des Rechtes beraubt, sich mit Briefen an jene zu wenden; denen zu schreiben sie für notwendig hält? Fordern wir denn vom ZK der KPCh Rechenschaft über seine Korrespondenz?

Es geht aber nicht allein darum; Wir haben Euch schon gesagt; wie albern derartige Be-

schuldigungen sind, besonders wenn sie von jenen erhoben werden, die im Laufe einiger Jahre wirklich hinter den Kulissen eine Wühltätigkeit gegen Bruderparteien ausüben. Man könnte eine große Zahl von Beispielen dafür anführen, daß das ZK der KPCh hinter dem Rücken marxistisch-leninistischer Parteien und deren Führung als Inspirator der Schaffung parteifeindlicher Spaltergruppen tätig ist, sie zu vereinigen und der kommunistischen Weltbewegung gegenüberzustellen trachtet.

Das ZK der KPCh hatte das Gefühl für die Realität verloren, als es versuchte, uns ein Ultimatum zu stellen: es verlangte, daß ihm der Brief der KPdSU vom 12. Februar zugestellt werde. Als wir aber höflich auseinandersetzten; daß sich keine einzige kommunistische Partei erlauben darf; mit einer anderen in der Sprache ultimativer Forderungen zu reden; habt Ihr, offensichtlich zwecks Vertuschung des Sinns der Angelegenheit, erklärt; daß es in der chinesischen Sprache angeblich keinen Unterschied zwischen den Wörtern „bitten“ und „verlangen“ gäbe.

Wir haben eine viel höhere Meinung von der chinesischen Sprache; Die Chinesen sind ein großes Volk mit einer alten Kultur und verstehen ausgezeichnet die Nuancen zwischen „bit-



ten“ und „verlangen“. Es kommt sogar vor, daß ein Wort gleich lautet, die Musik aber eine ganz andere ist. Übrigens hat sich doch in der chinesischen Sprache das Wort „bitten“ gefunden, sobald man es verwenden wollte. Hoffentlich wird in Hinkunft die Sprache von Ultimata ein für allemal aus unseren Beziehungen eliminiert sein.

Wozu war es jedoch nötig, einer Bruderpartei gegenüber eine solche Wendung zu gebrauchen? Warum ist Euer ganzer Brief vom 27. Februar, wie übrigens auch die vorhergegangenen Briefe, in einem überaus rüden, zügellosen Ton gehalten, voller Schimpfwörter und beleidigender Ausdrücke? Um uns in Gereiztheit zu versetzen und zu zwingen, daß wir die ideologischen und kommunistischen Grundsatzpositionen verlassen und uns auf ein Marktweibergezänke einlassen? Anscheinend ist gerade das Eure Absicht.

In dem Bestreben, daraus politisches Kapital zu schlagen, hüllt Ihr Euch andauernd in die Toga eines „Ritters“ der Gleichberechtigung und wollt zugleich glauben machen, daß sich die KPdSU an die Rolle einer „Vater-Partei“ klammere. Wir können nicht umhin, den Eindruck davonzutragen, daß Ihr das alles nur macht, um selbst den Platz einer „Vater-Partei“ einzuneh-

men. Die Zeiten haben sich aber geändert. Noch zu Lebzeiten Stalins war diese Rolle vertretet, obwohl er einen ähnlichen Standpunkt vertreten hat. Dadurch, daß er in unserer Partei und gegenüber Bruderparteien Mißbräuche beging, Menschen vernichtete, die eine eigene Meinung hatten, verlor er das Vertrauen der Menschen und zerstörte seine Autorität. Während des Krieges und hernach spürte anscheinend Stalin selbst, daß man nicht nach Gutdünken mit Parteien herumkommandieren könne. Das war ja auch einer der Gründe für die Auflösung der Komintern.

Nach dem Tode Stalins hat unsere Partei ehrlich, auf marxistisch-leninistische Art, alles das analysiert und Maßnahmen getroffen, um die entstandene Situation zu korrigieren. Das ZK der KPdSU hat aus eigener Initiative die Fehler Stalins gutgemacht, die leninistischen Prinzipien der Gleichberechtigung in den Beziehungen zu den Bruderparteien und -ländern wiederhergestellt. Wir haben unsere Truppen aus den Ländern abgezogen, wo sie früher stationiert waren, darunter auch aus Port Arthur. Wir haben die gemischten Wirtschaftsunternehmungen sowohl in China als auch in anderen Ländern liquidiert und eine Reihe anderer Maßnahmen

getroffen. Es ist nicht überflüssig, daran zu erinnern, daß das ZK der KPCh diese Schritte unserer Partei seinerzeit vollauf gutgeheißen und hoch bewertet hat.

Wir stehen auch jetzt auf demselben Standpunkt. Die Lage ist jetzt nicht die gleiche wie, sagen wir, im Jahre 1919: Jetzt gibt es keinen Lenin, und niemand unter den Lebenden kann ihn ersetzen. Nur kollektiv können die marxistisch-leninistischen Parteien die gemeinsame Linie der kommunistischen Bewegung erarbeiten. Es gibt weder „Vater“-Parteien noch „Söhne“-Parteien und es kann sie nicht geben, sondern es gibt und muß geben eine Familie gleichberechtigter Bruderparteien mit kollektiver Vernunft. Versuche, anderen ohne Rücksicht auf deren Meinung die eigenen Ansichten aufzudrängen und allen, die mit diesen Ansichten nicht einverstanden sind, Etiketten anzukleben, werden nie Erfolg haben. Deshalb appellieren wir an Euch auch heute, über Euren eigenen Standpunkt noch einmal gründlich nachzudenken und Euch reiflich zu überlegen; wohin er Euch führen kann. Und deshalb legen wir ungeachtet Eurer unaufhörlichen Angriffe gegen die KPdSU und andere marxistisch-leninistische Parteien nach wie vor Geduld an den Tag und sind bereit, alles zu tun, um die Lage zu normalisieren; die Ge-

schlossenheit der internationalen kommunistischen Bewegung zu festigen:

Das ZK der KPdSU äußerte mehrmals seine Meinung, daß es jetzt für die Interessen der Arbeiterklasse, der revolutionären Bewegung, der Sache des Sozialismus in der Welt am besten ist; wenn die offene Polemik zwischen den kommunistischen Parteien eingestellt wird. Wir machen nochmals den Vorschlag: Laßt uns in allem von den Prinzipien der Deklaration und der Erklärung ausgehen, die strittigen Fragen auf Zusammenkünften der Bruderparteien, auf ihren internationalen Beratungen erörtern. Erörtern und dabei Anstand und Würde wahren, die ganze Verantwortung seiner Handlungen begreifen, damit der Disput nicht zu einer Spaltung führe; damit er dem Allerheiligsten, der marxistisch-leninistischen Lehre und der Sache des Sozialismus, keinen Schaden bringe.

Wir haben nicht das Recht, das Vermächtnis W. I. Lenins zu vergessen; der warnend darauf hingewiesen hat; daß Zwistigkeiten unter den Kommunisten den Imperialisten zum Nutzen gereichen. „Gibt es Diskussionen“; sagte Lenin; „so gibt es Streit; gibt es Streit; so gibt es Zwist; und gibt es Zwist; so sind die Kommunisten geschwächt; also drauflos; den Moment abpassen, ihre Schwächung ausnutzen! Das ist zur

Losung der uns feindlichen Welt geworden. Das dürfen wir keinen Augenblick vergessen.“\*

Wäret Ihr wirklich an der Festigung der Einheit der internationalen Reihen der Kommunisten interessiert, dann hättet Ihr längst unsere Vorschläge annehmen, auf die Stimme der Vernunft hören, der Meinung der überwältigenden Mehrheit der marxistisch-leninistischen Parteien Rechnung tragen müssen. Je mehr Ihr halsstarrig auf Eurem Bestreben, die Polemik weiter zu entfachen, auf Eurer Spaltertätigkeit beharrt, desto mehr Grund haben die Kommunisten und alle fortschrittlichen Kräfte, davon überzeugt zu sein, daß sich das ZK der KPCh keineswegs von den Interessen des Sozialismus leiten läßt, sondern von falsch verstandenen nationalen, ja eigentlich von nationalistischen, eigensüchtigen Interessen.

Wir könnten die im Brief des ZK der KPCh vom 27. Februar nebenbei vorgebrachten verleumderischen Anschuldigungen gegen die KPdSU Punkt für Punkt widerlegen, halten es aber nicht für notwendig, dies jetzt zu tun. Welchen Nutzen haben Argumente, wenn Ihr nicht die Absicht habt, dem Wesen der Fragen ernsthaft auf den Grund zu gehen, und stattdessen

\* Lenin, Werke, Bd. 32, S. 167, Dietz Verlag, Berlin 1961.

einfach wieder einen Kübel Unrat auf unsere Partei ausschüttet?

Wir werden auf keine Provokationen hereinfliegen, wir werden zusammen mit den Kommunisten der ganzen Welt als eine einzige Familie den Leninschen Weg gehen. Das ZK der KPdSU gibt nochmals seiner Überzeugung Ausdruck, daß die KP Chinas früher oder später den richtigen Weg zum Zusammenschluß mit dieser Familie finden wird. Je früher dies eintritt, desto besser. Die Kommunistische Partei der Sowjetunion wird auch weiterhin für die Geschlossenheit aller Bruderparteien auf dem Boden der Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus, auf der Grundlage der programmatischen Dokumente der kommunistischen Weltbewegung — der Deklaration und der Erklärung — kämpfen.

Wir haben auch Euren Brief vom 29. Februar erhalten. Aus diesem Brief, der eine verspätete Antwort auf unser Schreiben vom 29. November 1963 ist, geht hervor, daß Ihr alle unsere Vorschläge, die auf eine grundlegende Wendung der sowjetisch-chinesischen Beziehungen zum Besseren, auf die Festigung der Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen den Völkern der UdSSR und der VR China, auf den Zusammenschluß der Reihen der kommunistischen Weltbe-

wegung gerichtet waren, abgelehnt habt. Der ganze Geist des Briefes zeigt, daß sich das ZK der KPCh nicht um eine Verbesserung des Verhältnisses zwischen unseren Parteien und Ländern sorgt, sondern sich verschiedene gegen die KPdSU und die Sowjetunion gerichtete Beschuldigungen ausdenkt. Wir weisen alle Eure verleumderischen Angriffe auf die KPdSU und die Sowjetunion entschieden zurück.

Das ZK der KPdSU wird Euren Brief beantworten, den wahren Sinn der von Euch vorgenommenen Entstellung der ideologisch-politischen Ansichten unserer Partei und ihrer praktischen Tätigkeit aufzeigen, die Wahrheit wiederherstellen.

Wir halten es aber für notwendig, schon in diesem Brief unseren Standpunkt zu einer Frage darzulegen, die die ganze kommunistische Bewegung beunruhigt, nämlich zur Frage nach den Wegen zur Überwindung der Meinungsverschiedenheiten, zur Herbeiführung der Einheit und Geschlossenheit der Bruderparteien.

Wir konstatieren, daß sich das ZK der KPCh nach viele Monate währenden Verschleppungen und Verzögerungen mit unserer Meinung einverstanden erklärt hat, wonach es notwendig ist, die zweiseitigen Besprechungen zwischen Vertretern der KPdSU und der KPCh fortzusetzen; um

hierauf eine Beratung aller kommunistischen und Arbeiterparteien vorzubereiten und einzuberufen.

Das ZK der KPdSU bewertet diese Tatsache positiv und hält es für seine internationalistische Pflicht, alles zu tun, um im Prozeß der ins Auge gefaßten Besprechungen und Beratungen zur Festigung der Einheit der kommunistischen Bewegung, zum Zusammenschluß der Bruderparteien auf der Plattform des Marxismus-Leninismus beizutragen.

Indes verstehen wir nicht die Motive, die Euch veranlassen, die Durchführung aller dieser durchaus herangereiften Maßnahmen auf ferne Termine hinauszuschieben. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist der Schaden, den die kommunistische Bewegung infolge der von Euch verursachten Verschärfung der Polemik und der Fraktions-tätigkeit in ihren Reihen davonträgt, vollkommen offenkundig geworden. Die ihrer Erörterung harrenden Fragen stehen durchaus fest, und es ist auch völlig klar, für welchen Zweck die Zusammenkünfte notwendig sind. Außerdem muß man damit rechnen, daß die Mehrheit der marxistisch-leninistischen Parteien immer beharrlicher die Frage der Notwendigkeit der Einberufung einer internationalen Beratung stellt.

Umso weniger erklärlich ist die Hinauszögerung der zweiseitigen Besprechungen von Ver-

tretern der KPdSU und der KPCh. Seit der ersten Begegnung sind schon 8 Monate verstrichen, und Ihr schlägt vor, die zweite Begegnung um eine weitere Frist von gleicher Länge hinauszuschieben, während es die Sache der Verbesserung der Beziehungen zwischen unseren Parteien und Ländern, die Interessen des Zusammenschlusses der kommunistischen Weltbewegung, aller demokratischen und revolutionären Kräfte für die Aktivierung des gemeinsamen Kampfes gegen den Imperialismus verlangen; daß die bestehenden Differenzen so rasch als möglich beigelegt werden. Für unsere Parteien ist es von großer Wichtigkeit, sich nicht auf endlose Dispute hin ablenken zu lassen; sondern ihr Hauptaugenmerk auf die Lösung der riesigen Aufgaben zu konzentrieren, die hinsichtlich des Aufbaus des Sozialismus und Kommunismus, hinsichtlich des Kampfes mit unserem gemeinsamen Feind, dem Imperialismus, vor uns stehen.

Euer Vorschlag, die Besprechungen von Vertretern der KPCh und der KPdSU erst im Oktober 1964 abzuhalten, bedeutet praktisch, daß die Konferenz der Bruderparteien mindestens um ein Jahr verschoben wird, womit die Überwindung der Meinungsverschiedenheiten in die Länge gezogen und letztere noch mehr verschärft

werden. Unserer Meinung nach würde das den Bruderparteien, der ganzen internationalen kommunistischen Bewegung lediglich Schaden bringen.

Uns sind ferner die Motive unbegreiflich, von denen Ihr Euch leiten ließt, als Ihr vorschlugt; eine vorbereitende Beratung einzuberufen, an der bloß 17 Bruderparteien vertreten sein sollen (Albanien, Bulgarien, Ungarn, Vietnam, DDR, China, Korea, Kuba, Mongolei, Polen, Rumänien, UdSSR, Tschechoslowakei, Indonesien, Japan, Italien, Frankreich).

Wir halten es für zweckmäßig, daß an der vorbereitenden Beratung die Vertreter aller jener Bruderparteien teilnehmen, die Mitglieder der Redaktionskommission der Moskauer Beratung von 1960 waren und gemeinsam den Entwurf der Erklärung vorbereitet haben (Albanien, Bulgarien, Ungarn, Vietnam, DDR, China, Korea, Kuba, Mongolei; Polen, Rumänien, UdSSR; Tschechoslowakei; Frankreich, Italien, Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien, Finnland; Argentinien, Brasilien; Syrien, Indien, Indonesien; USA, Japan und Australien).

Diese Zusammensetzung, bei der die wichtigsten Gebiete der revolutionären Bewegung berücksichtigt sind, wurde seinerzeit von allen Bruderparteien gutgeheißen und hat, wie die Erfahrung

zeigte, zur erfolgreichen Durchführung der Beratung von 1960 und zur Ausarbeitung ihrer Dokumente beigetragen. Unsere Partei, der es obliegt, internationale Konferenzen einzuberufen, wird sich selbstverständlich an alle Parteien wenden und sich mit ihnen beraten.

Geleitet von all diesen Erwägungen, schlägt das ZK der KPdSU vor:

1. *Die Besprechungen der Vertreter der KPdSU und der KPCh im Mai 1964 in Peking fortzusetzen.*

2. *Die vorbereitende Beratung von Vertretern der 26 Bruderparteien für Juni-Juli 1964 einzuberufen.*

3. *Die internationale Konferenz nach Übereinkunft mit den Bruderparteien im Herbst 1964 durchzuführen.*

Das ZK der KPdSU betont, daß es für die erfolgreiche Realisierung aller dieser Maßnahmen notwendig ist, die offene Polemik einzustellen; von jedweder subversiver und spalterischer Tätigkeit innerhalb der sozialistischen Gemeinschaft und der kommunistischen Bewegung Abstand zu nehmen.

Wir hoffen, daß sich das ZK der KPCh mit den unterbreiteten Vorschlägen einverstanden erklären und seinen konstruktiven Beitrag zur Vorbereitung und Durchführung der vorgesehe-

nen Maßnahmen leisten wird. Die von uns vorgeschlagenen Maßnahmen sind von der tiefen Sorge um die Überwindung der Meinungsverschiedenheiten und um den Zusammenschluß der internationalen kommunistischen Bewegung diktiert und entsprechen den Grundinteressen der Völker der sozialistischen Länder, der Arbeiterklasse, der Werktätigen aller Länder, den Interessen des Kommunismus.

Mit kameradschaftlichem Gruß

Zentralkomitee der Kommunistischen  
Partei der Sowjetunion

ANTWORT  
DES ZK DER KP CHINAS  
AUF DAS SCHREIBEN  
DES ZK DER KPdSU  
VOM 15. JUNI 1964

ANTWORT DES ZENTRALKOMITEES DER  
KOMMUNISTISCHEN PARTEI CHINAS AUF  
DAS SCHREIBEN DES ZENTRALKO-  
MITEES DER KOMMUNISTISCHEN  
PARTEI DER SOWJETUNION  
VOM 15. JUNI 1964

28. Juli 1964

An das Zentralkomitee der Kommuni-  
stischen Partei der Sowjetunion

Liebe Genossen!

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas hat das Schreiben des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion vom 15. Juni 1964 erhalten. Dieses Schreiben wurde uns erst am 20. Juni übergeben. Schon vorher war sein Inhalt in die bürgerliche Presse des Westens durchgesickert.

In Eurem Schreiben habt Ihr die in unserem Brief vom 7. Mai enthaltenen vernünftigen Vorschläge entstellt und abgelehnt sowie den Wunsch vieler Bruderparteien nach Einheit und!

VERLAG FÜR FREMDSPRACHIGE LITERATUR  
PEKING 1964

— 1 —

ihren Widerstand gegen eine Spaltung ignoriert. Ihr habt in Eurem Schreiben ein revisionistisches politisches Programm und eine spalterische organisatorische Linie für eine internationale Beratung der Bruderparteien festgelegt. Das zeigt, daß Ihr entschlossen seid, willkürlich, einseitig und rechtswidrig eine solche Konferenz, die zur offenen Spaltung der internationalen kommunistischen Bewegung führen würde, vorzubereiten und einzuberufen.

In der Frage der Einberufung einer internationalen Beratung der Bruderparteien hält sich die Kommunistische Partei Chinas seit jeher strikt an den Marxismus-Leninismus und den proletarischen Internationalismus und tritt dafür ein, daß nach gründlicher Vorbereitung und Erzielung einer Einmütigkeit durch Konsultationen eine Konferenz der Einheit auf marxistisch-leninistischer Grundlage einberufen wird; sie ist entschieden gegen die Einberufung einer Konferenz der Spaltung. Wir hielten und halten konsequent an diesem Standpunkt fest. Ihr habt in Eurem Schreiben behauptet, daß wir „eine

Kehrtwendung unternahmen“. Das heißt Tatsachen durch glatte Lügen ersetzen.

Wie sehen die Tatsachen aus?

Bereits im Frühjahr 1962, das heißt kurz nach dem XXII. Parteitag der KPdSU, hat die Kommunistische Partei Chinas energisch die Initiative der Kommunistischen Partei Indonesiens, der Partei der Werktätigen Vietnams und der Kommunistischen Partei Neuseelands für die Einberufung einer internationalen Beratung der Bruderparteien unterstützt, die zum Zweck haben sollte, die Differenzen zu beseitigen, die Ihr angesichts des Feindes der Öffentlichkeit preisgegeben hattet. Das ZK der KP Chinas hat in seinem am 7. April 1962 an Euch gerichteten Schreiben erklärt, daß es „aus ganzem Herzen den Vorschlag zur Einberufung einer Konferenz der Bruderparteien unterstützt“. Das ZK der KP Chinas hat auch festgestellt, ein Erfolg der Konferenz „hängt davon ab, daß vorher eine Reihe von Schwierigkeiten und Hindernissen überwunden werden und eine große Vorbereitungsarbeit geleistet wird“. Ihr habt anscheinend diese Worte entweder vergessen oder nicht begriffen. Habt Ihr sie vergessen, dann zeigt das, wie schwach Euer Gedächtnis ist; habt Ihr sie nicht begriffen, so zeigt das, wie sehr Euer Begriffsvermögen zu wünschen übrig läßt. Haben



wir nicht deutlich genug geschrieben, daß ein Erfolg der Konferenz „davon abhängt, daß vorher eine Reihe von Schwierigkeiten und Hindernissen überwunden werden und eine große Vorbereitungsarbeit geleistet wird“?

Wir haben einen solchen Standpunkt eingenommen, um die Differenzen zu beseitigen, die Einheit zu stärken und gemeinsam gegen den Feind zu kämpfen. Ihr habt jedoch in Eurem Schreiben vom 31. Mai 1962 den Vorschlag zur Einberufung einer internationalen Konferenz der Bruderparteien abgelehnt. Danach habt Ihr eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, die auf eine weitere Verschlechterung der Beziehungen zwischen unseren beiden Parteien und unseren beiden Ländern abgezielt waren. Darüber hinaus habt Ihr auf den Parteitag von fünf europäischen Bruderparteien, die im Winter 1962 nacheinander stattfanden, eine neue, widrige Strömung gegen die Kommunistische Partei Chinas und andere marxistisch-leninistische Bruderparteien hochgepeitscht.

Trotzdem schickte das ZK der KP Chinas im Juli 1963 eine Delegation nach Moskau zu Besprechungen zwischen der KP Chinas und der KPdSU. Wir hatten gehofft, daß diese Besprechungen positive Ergebnisse zeitigen und damit zur Vorbereitung der Einberufung einer

internationalen Konferenz der Bruderparteien beitragen würden. Doch habt Ihr in bezug auf diese Besprechungen jede Aufrichtigkeit vermissen lassen. Darüber hinaus habt Ihr im Laufe der Besprechungen den Offenen Brief des ZK der KPdSU an alle Parteiorganisationen und alle Kommunisten der Sowjetunion veröffentlicht und damit die Differenzen in der internationalen kommunistischen Bewegung erweitert und vertieft und auf den Weg zur Einberufung einer internationalen Konferenz noch mehr Hindernisse aufgetürmt.

Im Frühjahr 1964 haben wir erneut große Anstrengungen unternommen, um die zahlreichen von Euch in den Weg gelegten Hindernisse zu überwinden und die Einberufung einer Konferenz der Einheit auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus herbeizuführen. Da Ihr in Eurem an uns gerichteten Schreiben vom 29. November 1963 lediglich hohltönende Phrasen von der Einheit gebraucht, aber keinerlei konkrete Maßnahmen für die Einberufung einer internationalen Konferenz vorgeschlagen habt, unterbreiteten wir Euch in unserem Brief vom 29. Februar 1964 vier Vorschläge zur Vorbereitung und Einberufung einer internationalen Konferenz der Bruderparteien, und zwar: „1. Für die Einstellung der offenen Polemik ist es notwen-

dig, daß die chinesische und die sowjetische Partei sowie andere betroffene Bruderparteien verschiedene bilaterale und multilaterale Verhandlungen führen, um durch Konsultation eine gerechte und vernünftige, für alle annehmbare Lösung zu finden und zu einer gemeinsamen Vereinbarung zu gelangen. 2. Die Kommunistische Partei Chinas befürwortet seit jeher die Einberufung einer Konferenz von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien aller Länder und setzt sich aktiv dafür ein. Vor der Einberufung dieser Konferenz müssen entsprechende Vorbereitungen getroffen und die Schwierigkeiten und Hindernisse überwunden werden. Wir wollen uns mit anderen Bruderparteien darum bemühen, daß diese Konferenz eine Tagung der Einheit werde, die auf den revolutionären Prinzipien des Marxismus-Leninismus beruht. 3. Die Fortsetzung der Verhandlungen zwischen der chinesischen und der sowjetischen Partei ist eine notwendige Vorbereitungsmaßnahme für eine erfolgreiche Abhaltung der Konferenz der Bruderparteien. Wir schlagen vor, die Verhandlungen zwischen der chinesischen und der sowjetischen Partei in der Zeit vom 10. bis 25. Oktober 1964 in Peking fortzusetzen. 4. Um weitere Vorbereitungen für die Konferenz von Vertretern aller Bruderparteien zu treffen,

schlagen wir vor, nach Abschluß der chinesisch-sowjetischen Besprechungen eine Beratung von Vertretern der Bruderparteien aus folgenden 17 Ländern einzuberufen: Albanien, Bulgarien, China, der Deutschen Demokratischen Republik, Korea, Kuba, der Mongolei, Polen, Rumänien, der Sowjetunion, der Tschechoslowakei, Ungarn und Vietnam, sowie Indonesien, Japan, Italien und Frankreich.“

Was habt Ihr aber in den letzten Monaten getan?

Am 12. Februar dieses Jahres habt Ihr hinter unserem Rücken den Bruderparteien einen gegen die Kommunistische Partei Chinas gerichteten Brief geschickt, in der Absicht, „kollektive Maßnahmen“ gegen uns auszuhecken. Wir haben Euch wiederholt gebeten, uns ein Exemplar dieses Briefes zu schicken. Bis jetzt habt Ihr das nicht getan und seid es uns daher noch immer schuldig.

Ihr habt am 14. Februar 1964 dem Plenum des ZK der KPdSU einen chinafeindlichen Bericht vorgelegt und einen chinafeindlichen Beschluß gefaßt. Ihr habt mit großem Tamtam ein „offenes und entschiedenes Auftreten gegen die falchen Ansichten und gefährlichen Aktionen der Führung der KP Chinas“ angekündigt.

Ihr habt am 3. April dieses Jahres die gegen China gerichteten Dokumente des Februar-Plenums des ZK der KPdSU veröffentlicht und daraufhin eine neue Hetzkampagne gegen China angekurbelt. Nach unvollständigen Angaben haben Eure zentralen Zeitungen und die Zeitungen der Unionsrepubliken allein im April mehr als 1000 chinafeindliche Artikel und dergleichen Materialien veröffentlicht.

Ihr habt rücksichtslos einen politischen und organisatorischen Druck auf die Bruderparteien ausgeübt, innerhalb der Bruderparteien eine großangelegte Wühl- und Spaltertätigkeit entfaltet und noch mehr als bisher mit Abtrünnigen, Verrätern und Trotzlisten sowie mit der Tito-Clique und allerlei Reaktionären gemeinsame Sache gemacht. Beispielsweise habt Ihr den Hergang des Parteiverrats von Yoshio Shiga, Ichizo Suzuki und anderen inszeniert, um der Kommunistischen Partei Japans, die am Marxismus-Leninismus festhält, Schläge zu versetzen. Ihr seid eifrig dabei, Euch mit den Reaktionären Indonesiens zu verbünden, um der Kommunistischen Partei Indonesiens, die am Marxismus-Leninismus festhält, Schläge zu versetzen.

All das zeigt, daß Ihr intensiv eine offene Spaltung der internationalen kommunistischen Bewegung vorbereitet. Ihr habt in Eurem

Schreiben vom 7. März d. J. einen gedrängten Terminkalender für die überstürzte Einberufung einer Konferenz der Spaltung aufgestellt: im Mai dieses Jahres die Besprechungen zwischen der KP Chinas und der KPdSU, im Juni/Juli die vorbereitende Beratung von 26 Bruderparteien und im Herbst d. J. die internationale Konferenz der Bruderparteien abzuhalten. Damit habt Ihr die Maßnahmen aufgedeckt, die eine offene Spaltung beschleunigen sollen.

Wir haben die durch Eure Spaltertätigkeit hervorgerufene ernste Situation wiederholt sorgfältig geprüft und Eure Absicht durchschaut, eine Konferenz der Spaltung einzuberufen. Daher haben wir in unserem an Euch gerichteten Brief vom 7. Mai 1964 darauf hingewiesen, daß es unter den heutigen Umständen tunlich ist, die internationale Konferenz der Bruderparteien lieber später als früher einzuberufen, oder sie sogar überhaupt nicht einzuberufen. Eben deshalb schlugen wir in diesem Schreiben vor, daß es zweckmäßiger ist, die Besprechungen zwischen der chinesischen und der sowjetischen Partei bis zur ersten Hälfte des kommenden Jahres, zum Beispiel bis Mai 1965, zu verschieben. Wir stellten auch fest, daß nach der gegenwärtigen Situation die Vorbereitungen für eine internationale Konferenz

vielleicht vier bis fünf Jahre oder sogar noch länger dauern müßten.

Kurz, um die Differenzen zu beseitigen, die Einheit zu stärken und gemeinsam gegen den Feind zu kämpfen, treten wir immer dafür ein, „eine ganze Reihe von Schwierigkeiten und Hindernissen zu überwinden“ und „eine große Vorbereitungsarbeit zu leisten“, damit eine Konferenz der Einheit auf der Basis des Marxismus-Leninismus einberufen werden kann. Um die Einheit aufrechtzuerhalten und der Spaltung Widerstand entgegenzusetzen, haben wir damals, als Ihr noch keine konkreten Vorschläge zur Einberufung einer internationalen Konferenz machtet, in unserem Brief vom 29. Februar d. J. konkrete Vorschläge für die Vorbereitung der Einberufung einer solchen Konferenz unterbreitet. Ebenfalls zum Zwecke der Aufrechterhaltung der Einheit und des Widerstands gegen eine Spaltung halten wir jetzt, da Ihr entschlossen seid, eine Konferenz der Spaltung einzuberufen, gemäß unserem Schreiben vom 7. Mai eine noch längere Zeitspanne für notwendig, um die noch größeren Schwierigkeiten und Hindernisse zu überwinden und „eine Reihe von Vorbereitungsarbeiten“ zu leisten. Wir sind nach wie vor gegen die überstürzte Einberufung einer Konferenz und gegen die Spaltung der internationalen kommunistischen

Bewegung, denn das würde der Festigung der Geschlossenheit und dem gemeinsamen Kampf gegen den Feind Abbruch tun.

Früher sagtet auch Ihr, daß man eine internationale Konferenz nicht einberufen dürfe, bevor nicht eine große Vorbereitungsarbeit geleistet worden sei. Der Erste Sekretär des ZK der KPdSU, Chruschtschow, sagte am 16. Januar 1963, daß eine überhastete Durchführung der Konferenz „die Gefahr einer Spaltung mit sich bringen würde“. Warum habt Ihr jetzt eine Kehrtwendung um 180 Grad vollzogen und wollt nun mit der Methode des Blitzkriegs eine internationale Konferenz vorbereiten und einberufen?

Vermutlich seid Ihr der Ansicht, daß Eure sogenannten Vorbereitungen fast beendet sind. Man kann aus den obenerwähnten Tatsachen deutlich ersehen, daß Eure sogenannte Vorbereitungsarbeit nicht auf die Beseitigung der Differenzen und die Stärkung der Einheit, sondern auf eine Verschärfung der Differenzen und die Herbeiführung einer Spaltung hinausläuft. Ihr bereitet nicht die Einberufung einer Konferenz der Einheit, sondern die einer Konferenz der Spaltung vor.

Es ist völlig offensichtlich: Je mehr Ihr solche Vorbereitungen trefft, desto größer sind die Hindernisse, die Ihr der Einberufung einer Kon-

neue Probleme schöpferisch erörtern und lösen“, so verfolgt Ihr damit das Ziel, die marxistisch-leninistischen revolutionären Prinzipien der Deklaration und der Erklärung durch die revisionistische Linie des XX. und des XXII. Parteitags der KPdSU zu ersetzen.

Aus dem, was Ihr in den letzten Jahren immer gesagt und getan habt, ist das revisionistische Wesen der Hauptthesen, die Ihr in Eurem Brief darlegt und die Ihr der internationalen Beratung aufzuzwingen gedenkt, klar ersichtlich.

Ihr behauptet: „Die Länder des Sozialismus sind in ihrer Mehrheit dabei, eine wichtige Periode ihrer Entwicklung zu vollenden, und nähern sich neuen Zwischenzielen beim Aufbau der neuen Gesellschaft.“ Mit dieser Erklärung wollt Ihr dort nur die sogenannte „Partei des ganzen Volkes“ und den sogenannten „Staat des ganzen Volkes“ einschmuggeln, den proletarischen Charakter der kommunistischen Parteien ändern, die Diktatur des Proletariats beseitigen und der Restauration des Kapitalismus Tür und Tor öffnen.

Hinter Eurer „Vervollkommnung der Formen der Zusammenarbeit und der gegenseitigen Hilfe“ und „Koordinierung des politischen und wirtschaftlichen Vorgehens“ der sozialistischen Länder verbirgt sich nichts weiter als die Absicht,

die Bruderländer Eurem Befehlsstab unterzuordnen, sie wirtschaftlich, politisch und militärisch zu Euren Vasallen, zu Euren Kolonien zu machen.

Wenn Ihr behauptet, „viel Neues“ sei „auch in den Organisationsformen und Methoden des Kampfes der Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder . . . entstanden“, so bedeutet das in der Tat den „parlamentarischen Weg“ und die Theorie der „Strukturreformen“, bedeutet es den „friedlichen Übergang“ und den Verzicht auf die proletarische Revolution.

Eure Behauptung: „Der Zerfall des Kolonialsystems des Imperialismus ist in seine letzte Etappe eingetreten“ dient einfach dazu, die unterdrückten Nationen der Aufgabe des Kampfes gegen den Imperialismus, gegen den alten und neuen Kolonialismus zu entheben.

Wenn Ihr die Außenpolitik der sozialistischen Länder einseitig auf „die Erhaltung des Friedens“ und „die friedliche Koexistenz“ reduziert, so folgt daraus, daß sie darauf verzichten sollen, gegen den Imperialismus aufzutreten und die Revolutionen der unterdrückten Völker und der geknechteten Nationen zu unterstützen.

An Stelle der in der Erklärung von 1960 festgehaltenen These „Der amerikanische Imperialismus ist der Feind der Völker der ganzen Welt“

habt Ihr die Formulierung von einer „imperialistischen Reaktion mit den Ultras in den USA und in den anderen imperialistischen Staaten an der Spitze“ eingeschmuggelt. Damit wollt Ihr Euch mit den herrschenden Kreisen der USA, die Ihr als „vernünftig“ bezeichnet, verbünden, mit dem amerikanischen Imperialismus gemeinschaftlich die Welt aufteilen und gegen den revolutionären Kampf aller Völker vorgehen.

Euer Gerede von einer „Beseitigung der Differenzen“, von einer Suche nach den „Gemeinsamkeiten“, von der Notwendigkeit, „mit einem konstruktiven Programm zur Beratung zu kommen“, dient letzten Endes nur dazu, den marxistisch-leninistischen Parteien den ganzen revisionistischen Kurs des XX. und des XXII. Parteitages der KPdSU aufzuzwingen.

Ihr zehrt mit größter Vorliebe von dem Kapital, das Ihr mit der in der Deklaration von 1957 und in der Erklärung von 1960 enthaltenen Formulierung über den XX. Parteitag der KPdSU angelegt zu haben glaubt. Jedoch wißt Ihr ganz genau, daß die Kommunistische Partei Chinas stets gegen diese Formulierung war. Auf den beiden Beratungen der Bruderparteien batet Ihr wiederholt darum, diese Formulierung unbedingt aufzunehmen, da Ihr andernfalls in große

Schwierigkeiten geraten würdet. Nur mit Rücksicht auf Eure Schwierigkeiten haben wir uns auf den Kompromiß eingelassen. Die Delegation der Kommunistischen Partei Chinas hat auf der Beratung von 1960 erklärt, daß ihr damaliges Zugeständnis das letzte gewesen sei. Jetzt aber versteigt Ihr Euch dazu, diese Formulierung als einen Talisman für die Durchsetzung Eurer revisionistischen Linie und als Knüppel gegen die marxistisch-leninistischen Bruderparteien zu mißbrauchen. Das ist absolut unzulässig. Warum sollen sich alle Parteien unbedingt den Beschlüssen *einer* Partei unterwerfen? Warum ist es ein großes Verbrechen, wenn sie sich diesen Beschlüssen nicht unterwerfen? Es fragt sich, was das für eine Logik ist, was das für Normen sind, die die Beziehungen zwischen Bruderparteien regeln sollen?

Es muß darauf hingewiesen werden, daß gerade die revisionistische Linie Eures XX. und XXII. Parteitags die Wurzel der heutigen Differenzen in der internationalen kommunistischen Bewegung ist. Diese Eure revisionistische Linie stößt seit einigen Jahren auf den Widerstand von immer mehr marxistisch-leninistischen Parteien und Marxisten-Leninisten, sie nähert sich mit jedem Tag ihrem Bankrott. Soll die internationale Beratung der Bruderparteien eine Be-

ratung der Einheit auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus sein, dann muß man an Eurer revisionistischen Linie gründlich Kritik üben. Der Versuch, Eure revisionistische Linie der internationalen Beratung der Bruderparteien aufzuzwingen, zeigt nur, daß Ihr entschlossen seid, eine Beratung einzuberufen, die zur offenen Spaltung führen soll.

### III

Das Verfahren und die Schritte, die Ihr in Eurem Brief für die rechtswidrige Vorbereitung und Einberufung einer internationalen Konferenz vorseht, stellen einen ganzen Komplex organisatorischer Maßnahmen dar, die zur offenen Spaltung der internationalen kommunistischen Bewegung führen sollen.

Ihr habt alles genau eingeplant: welcher Art die Konferenz sein soll, wer sie vorzubereiten hat, wer an ihr teilnehmen darf und wer sie einberufen wird — für all das habt Ihr Euch das letzte Wort vorbehalten. In Euren Augen sind alle anderen Bruderparteien nichts anderes als Marionetten, die lediglich Euren Befehlen zu gehorchen haben. Eure ganze Handlungsweise

riecht nach Großmachtchauvinismus und „Vater-Partei“.

**I. Über die vorbereitende Beratung der internationalen Konferenz der Bruderparteien.** Bereits in unserem Brief vom 29. Februar d. J. haben wir eine vorbereitende Beratung der Vertreter von 17 Bruderparteien vorgeschlagen, womit Ihr jedoch nicht einverstanden wart. In unserem Brief vom 7. Mai haben wir erklärt, daß wir prinzipiell nicht gegen eine Erweiterung des Kreises der Teilnehmer an der vorbereitenden Beratung seien, doch kämen dann zuallererst jene Bruderparteien in Betracht, die am Marxismus-Leninismus festhalten. In Eurem letzten Schreiben geht Ihr nach wie vor auf unseren vernünftigen Vorschlag nicht ein, sondern besteht halsstarrig darauf, daß an der vorbereitenden Beratung Vertreter der 26 Parteien teilnehmen müßten.

Ihr erinnert Euch bestimmt daran, daß es das ZK der KP Chinas war, das die Bildung der Redaktionskommission der Moskauer Beratung von 1960 vorgeschlagen hatte, und zwar in seinem am Vorabend der Bukarester Beratung von 1960 an Euch gerichteten Schreiben, und daß die 26 Mitglieder dieser Redaktionskommission durch Konsultationen zwischen den einzelnen Bruderparteien bestimmt wurden. Diese 26 Bruderpar-

teien waren jedoch nur in der Redaktionskommission der Moskauer Beratung von 1960 vertreten; sie haben keinerlei Erbrechte und sind auch nicht Mitglieder eines ständigen Organs für die Vorbereitung aller internationalen Konferenzen, umso mehr, als es ein solches ständiges Organ überhaupt nicht gibt.

Wir haben bereits in unserem Schreiben vom 7. Mai darauf hingewiesen, daß zwischen der heutigen Situation und der im Jahre 1960 ein sehr großer Unterschied besteht. In manchen dieser 26 Länder gibt es jetzt schon zwei Parteien, und darüber, welche von ihnen auf der Beratung vertreten sein soll, gehen unsere und Eure Meinung auseinander. Außerdem haben auch viele andere Bruderparteien verschiedene Meinungen darüber.

Zur Frage der Einberufung und der Zusammensetzung der vorbereitenden Beratung einer internationalen Konferenz müssen die Bruderparteien durch Konsultationen zu einer einhelligen Meinung gelangen. Andernfalls ist jede vorbereitende Beratung, in welcher Form auch immer, rechtswidrig.

**II. Über die Besprechungen zwischen der KP Chinas und der KPdSU.** Die Kommunistische Partei Chinas und viele andere Bruderparteien vertreten die Ansicht, daß Besprechun-

gen zwischen der KP Chinas und der KPdSU ein notwendiger Schritt zur Vorbereitung der Einberufung einer internationalen Beratung sind. Das habt auch Ihr früher gesagt. Noch in Eurem Brief vom 7. März d. J. habt Ihr erklärt: „Es ist notwendig, die zweiseitigen Besprechungen zwischen Vertretern der KPdSU und der KP Chinas fortzusetzen, um hierauf eine Beratung aller kommunistischen und Arbeiterparteien vorzubereiten und einzuberufen.“

In Eurem letzten Schreiben nehmt Ihr jedoch die Besprechungen zwischen der KP Chinas und der KPdSU von den Vorbereitungen für eine internationale Beratung zwischen den Bruderparteien aus. Darüber hinaus weicht Ihr dem in unserem Brief vom 7. Mai enthaltenen konkreten Vorschlag für die Fortsetzung der Besprechungen zwischen der KP Chinas und der KPdSU aus, wobei Ihr eine verschwommene Andeutung macht, daß die Frage der Besprechungen zwischen unseren beiden Parteien „zu jeder Zeit im Einvernehmen zwischen der KPdSU und der KP Chinas entschieden werden kann“. Ihr haltet offenbar die Besprechungen zwischen der chinesischen und der sowjetischen Partei für belanglos, möchtet sie Euch am liebsten vom Hals schaffen und wollt eine internationale Beratung vorbereiten und einberufen, ohne daß noch die



Parteien Chinas und der Sowjetunion durch Konsultationen zu einem Einvernehmen gelangt wären. Was ist das anderes als der feste Entschluß, eine Konferenz der Spaltung einzuberufen?

**III. Über die Zusammensetzung der internationalen Konferenz der Bruderparteien.** In Eurem Schreiben heißt es, daß alle jene Parteien, die an den Beratungen von 1957 und 1960 teilgenommen und deren Dokumente unterzeichnet haben, an dieser internationalen Konferenz teilnehmen könnten. Was bedeutet das? Bekanntlich hat die verräterische Tito-Clique an der Beratung von 1957 teilgenommen und das „Friedensmanifest“ mit unterzeichnet. Offensichtlich bezweckt Ihr also, die Tito-Clique, die auf der Beratung der Bruderparteien im Jahre 1960 einmütig verurteilt wurde, in die internationale Konferenz der Bruderparteien einzuschmuggeln. Wir sind entschieden dagegen.

In Eurem Schreiben stellt Ihr ein beispieldloses läppisches Kriterium für neue Teilnehmer an der internationalen Konferenz auf. Danach wären ausschließlich jene Parteien teilnahmeberechtigt, die Eure revisionistische „Generallinie“ befürworten, während marxistisch-leninistische Parteien, die mit dem Revisionismus gebrochen und sich wiedergegründet haben, von der Teilnahme

ausgeschlossen sein sollten. Wir sagen Euch ehrlich, das wird Euch niemals gelingen. Wenn eine internationale Konferenz der Bruderparteien, eine Konferenz der Einheit auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus einberufen werden soll, dann sind diese wiedergegründeten marxistisch-leninistischen Parteien selbstverständlich berechtigt, daran teilzunehmen, und niemand hat das Recht, ihnen die Teilnahme zu verwehren. Wenn Ihr jedoch versucht, eine Revisionisten-Konferenz der Spaltung einzuberufen, und damit rechnet, daß die marxistisch-leninistischen Parteien bei Eurem heimtückischen Plan, die internationale kommunistische Bewegung zu spalten, mittun würden, so macht Ihr die Rechnung ohne den Wirt.

**IV. Über den Einberufer der internationalen Konferenz der Bruderparteien.** Ihr schreibt in Eurem Brief, die KPdSU trage hinsichtlich der Einberufung internationaler Beratungen eine „besondere Verantwortung“, und zitiert auch den Beschluß der Beratung von 1957 und die Rede von Genossen Mao Tse-tung. In dem betreffenden Beschluß steht jedoch schwarz auf weiß: „Die Kommunistische Partei der Sowjetunion wird beauftragt, die Funktion der Einberufung von Beratungen der kommunistischen und Arbeiterparteien unter Zurateziehung

der Bruderparteien zu übernehmen.“ Das heißt, die KPdSU muß vor der Einberufung einer Beratung die Bruderparteien zu Rate ziehen. Als Genosse Mao Tse-tung damals über die Verantwortung der KPdSU für die Einberufung internationaler Beratungen sprach, ging er gerade von der Voraussetzung aus, daß darüber vorher mit den Bruderparteien Konsultationen abgehalten werden müssen; das bedeutet nicht im entferntesten, daß Ihr nach Eurem Gutdünken handeln dürft. Wir möchten auch noch darauf verweisen, daß auf der Beratung der Bruderparteien von 1960 das Prinzip der Herbeiführung einer Einmütigkeit der Bruderparteien durch Konsultationen festgelegt wurde. Infolgedessen muß also die Einberufung einer internationalen Beratung von den Bruderparteien einstimmig befürwortet werden und ist es unzulässig, daß einige Bruderparteien den anderen Bruderparteien ihren Willen aufzwingen und diesen diktieren, sich mit der Einberufung einer Beratung einverstanden zu erklären. Wenn Ihr Euch erdreistet, dieses Prinzip zu verletzen, und Euch weigert, mit allen Bruderparteien durch Konsultationen zu einem Einvernehmen zu gelangen, dann werdet Ihr überhaupt kein Recht haben, eine internationale Beratung einzuberufen.

Zu allen obenerwähnten Fragen hinsichtlich des Verfahrens und der Schritte zur Vorbereitung und Einberufung einer internationalen Beratung werden die Bruderparteien der ganzen Welt, sowohl der alten wie der wiederaufgebauten und der neugegründeten, wohl verschiedene Meinungen haben; doch müssen alle diese Meinungen sorgfältig beachtet und voll berücksichtigt werden. Über diese Fragen müssen die Bruderparteien der ganzen Welt gemäß dem Prinzip der Konsultationen auf der Basis der Gleichberechtigung durch zweiseitige beziehungsweise mehrseitige Besprechungen ein Einvernehmen herstellen. Wenn Ihr Euch aber als Hegemon aufspielen und versuchen wollt, durch Befehl und Zwang eine internationale Beratung der Bruderparteien vorzubereiten und einzuberufen, so wird das absolut rechtswidrig sein und zugleich einen Beweis dafür liefern, daß Ihr entschlossen seid, eine Beratung einzuberufen, die zur offenen Spaltung führen soll.

#### IV

In den letzten Jahren haben sich überall in der Welt die marxistisch-leninistischen Kräfte im Kampf gegen den modernen Re-

revisionismus rasch entwickelt und sind gewachsen. In vielen Ländern haben die Marxisten-Leninisten sich mutig der Spaltertätigkeit der Revisionisten entgegengestellt, in kurzer Zeit aufs neue marxistisch-leninistische Parteien oder Gruppen errichtet, den großen revolutionären Mut und Heroismus kommunistischer Kämpfer bekundet und einen Aufschwung der revolutionären Bewegung in ihren Ländern herbeigeführt. In diesem Kampf haben die modernen Revisionisten immer deutlicher ihr wahres Gesicht, das Gesicht von Verrätern am Marxismus-Leninismus, gezeigt, und die revisionistische Führerschicht vieler Parteien wurde schon von den revolutionären Volksmassen beiseite geschoben. Das alles geschieht wider Euer Erwarten und ruft bei Euch Besorgnis und Unruhe hervor, versetzt Euch in grenzenlose Panik.

Ihr nehmt Euch in Eurem Schreiben heraus, uns einer „Verstärkung der fraktionellen, der Spaltertätigkeit“ und einer „maximalen Zuspitzung der Polemik“ zu beschuldigen. Das zeigt nur, daß Ihr durch den machtvollen Aufschwung der marxistisch-leninistischen Kräfte so sehr erschrocken seid, daß Ihr schon den Verstand verloren habt und sinnloses Zeug daherredet.

Die jetzt in den kommunistischen Parteien Australiens, Belgiens, Brasiliens, Ceylons und

vieler anderer Länder eingetretene Spaltung ist die Folge Eurer revisionistischen und spalterischen Linie, Eurer zügellosen Wühl- und Fraktionstätigkeit. Ihr seid es gerade, die den Taktstock geschwungen, einer Reihe von Bruderparteien die revisionistische Linie aufgezwungen und die revisionistischen Führer dieser Parteien angestiftet haben, die Marxisten-Leninisten willkürlich zu verdrängen und zu verfolgen, ja sogar aus der Partei auszuschließen, so daß eine Spaltung herbeigeführt wurde. Da nun diese Marxisten-Leninisten des Rechtes beraubt wurden, in ihrer Partei den Revisionismus zu bekämpfen, bleibt ihnen nichts anderes übrig, als aufs neue revolutionäre Parteien des Proletariats aufzubauen, um den Kampf gegen den Revisionismus fortzusetzen. Je hartnäckiger Ihr an der revisionistischen und spalterischen Linie festhaltet, desto mehr Marxisten-Leninisten werden auftreten, die revolutionäre Parteien des Proletariats wiedergründen und gegen Euch kämpfen werden. Das ist die unausweichliche und unerbittliche Logik des Kampfes.

Ihr spielt Euch als oberster Richter in der kommunistischen Weltbewegung auf und behauptet, daß die wiederaufgebauten beziehungsweise neuerrichteten marxistisch-leninistischen Gruppen und Parteien „außerhalb der Reihen

weigert, Eure Fehler öffentlich einzugestehen; werden wir ganz gewiß die große Polemik fortsetzen. Da Ihr ein durch und durch revisionistisches Programm aufgestellt habt und es halsstarrig der internationalen kommunistischen Bewegung aufzwingen wollt, werden wir als eine marxistisch-leninistische und seriöse Partei selbstverständlich Euren Revisionismus konsequent entlarven und verurteilen. Kann es überhaupt noch eine Basis für die Einheit der Bruderparteien geben und wie kann eine internationale Beratung der Bruderparteien erfolgreich abgehalten werden, wenn man in solchen wichtigen und prinzipiellen Fragen wie die fundamentalen Leitsätze des Marxismus-Leninismus und die Generallinie der kommunistischen Weltbewegung nicht klar und eindeutig zwischen Recht und Unrecht unterscheidet?

In Eurem Schreiben weist Ihr unseren Vorschlag, daß jeder von uns in seiner Presse die polemischen Artikel und Materialien der Gegenseite abdrucken sollte, abermals zurück. Ihr zittert wohl vor unserem Vorschlag. Ihr sucht nach Ausflüchten und rechtfertigt die Nichtveröffentlichung unserer Materialien damit, daß Ihr die „Freundschaft und Brüderlichkeit“, die das Sowjetvolk der Kommunistischen Partei Chinas und dem chinesischen Volk entgegenbringe, nicht

untergraben wolle. Das ist nun fürwahr eine seltsame Logik! Wenn Ihr mehrere tausend Artikel und Materialien veröffentlicht, in denen die Kommunistische Partei Chinas bösartig verleumdet und beschimpft wird, wenn Ihr alles nur Mögliche unternimmt, um Lügen zu fabrizieren und die Volksmassen hinters Licht zu führen, ist das etwa nicht eine Untergrabung der chinesisch-sowjetischen Freundschaft? In Eurem Schimpfwörterlexikon heißen wir „Pseudomarxisten“, „moderne Trotzlisten“, „kleinbürgerliche Utopisten in Reinkultur“, „direkte Sowjetfeinde“, „Anti-Kommunisten“, „kriegslüsterne Nationalisten“, „Rassisten“, „großchinesische Chauvinisten“, „Hegemonisten“, „Pekinger Abtrünnige“, „moderne Streikbrecher der Revolution“, „Pseudorevolutionäre“, „geistige Väter der heutigen Rechtssozialisten“, „Kumpane der imperialistischen Reaktionäre“, „Kumpane der eingefleischten Kolonisatoren“ usw. usf. Wollt Ihr denn wirklich mit solchen Schimpfkanonaden die chinesisch-sowjetische Freundschaft verteidigen? Es ist also völlig klar, daß Ihr unsere Vorschläge ablehnt und es nicht wagt, in Eurer Presse unsere Artikel und Materialien, die Tatsachen und unwiderlegbare Argumente enthalten, abzu drucken, weil Ihr Euch dessen wohl bewußt seid, daß die breiten Volksmassen der Sowjetunion

und die Mitglieder der KPdSU die chinesisch-sowjetische Freundschaft schätzen und zwischen Recht und Unrecht unterscheiden können, daß Ihr es, falls das Sowjetvolk und die Mitglieder der KPdSU unsere Materialien lesen und sich über die Wahrheit informieren könnten, immer schwerer haben würdet, Euer Dasein zu fristen.

Um Euch selbst Mut zu machen, behauptet Ihr in Eurem Schreiben, je mehr Zeit verstrichen sein werde, umso deutlicher würde das Leben beweisen, daß Ihr im Recht wäret, wir aber unrecht hätten. Wenn dem so ist, warum regt Ihr Euch dann so auf? Warum schreit Ihr Euch dann heiser über die neuauftretenden Kräfte des Marxismus-Leninismus? Warum fordert Ihr dann so ungeduldig die Einstellung der öffentlichen Polemik? Warum beeilt Ihr Euch dann so sehr mit der Einberufung einer internationalen Konferenz? Läge es dann nicht vielmehr in Eurem Interesse, der Zeit das Urteil zu überlassen, damit sie die Unrichtigkeit unserer Linie an den Tag bringe? Unter uns gesagt: Die Zeit arbeitet nicht für Euch, und Ihr habt Euer Vertrauen in die Zukunft verloren. Die Wirklichkeit ist unbarmherzig. Euer Brief ermangelt jeglicher Argumente, entbehrt der Überzeugungskraft; die Wut, die er äußert, zeugt von innerer Schwäche, und er zeigt, daß Ihr feige seid wie Mäuse — kurz:

er spiegelt genau Eure Geistesverfassung wider. Aber da kann man nichts machen! Ihr selbst habt ja das alles angerichtet. Wem wollt Ihr denn die Schuld geben, wenn der Stein, den Ihr gegen uns erhoben habt, Euch auf die eigenen Zehen fällt?

## V

Die Kommunistische Partei Chinas tritt konsequent dafür ein, eine gut vorbereitete internationale Konferenz der Bruderparteien, eine Konferenz der Einheit auf der Basis der Marxismus-Leninismus einzuberufen, und stellt sich mit aller Entschiedenheit Eurem Versuch entgegen, eine Konferenz der Spaltung zu organisieren.

Das ZK der KP Chinas erklärt feierlich: Wir werden unter keinen Umständen an irgendeiner internationalen Konferenz und deren vorbereitender Beratung teilnehmen, die Ihr lediglich zu dem Zweck einberufen wollt, die kommunistische Weltbewegung zu spalten.

Jedermann sieht deutlich, daß bei so schwerwiegenden Differenzen und so heftigen Auseinandersetzungen in der kommunistischen Weltbewegung eine überhastet einberufene internationale Konferenz nur schlimme Folgen nach sich ziehen

könnte, keinesfalls aber von Erfolg gekrönt sein würde. Wenn Ihr jedoch unsere ernststen Warnungen weiterhin in den Wind schlägt und das Prinzip der Herbeiführung einer Einmütigkeit durch Konsultationen verwerft, wenn Ihr weiterhin darauf besteht, rechtswidrig und einseitig eine internationale Konferenz einzuberufen, so wird das nur eines zum Ergebnis haben: die offene Spaltung.

Von der Auflösung der Kommunistischen Internationale im Jahre 1943 bis 1957 sind insgesamt 14 Jahre verstrichen. In dieser Zeitspanne hat keine einzige internationale Konferenz der kommunistischen Parteien aller Länder stattgefunden. Das hat aber keineswegs die Entwicklung der Sache des Kommunismus in der Welt aufgehalten. Im Gegenteil: Gerade während dieser 14 Jahre hat die chinesische Revolution gesiegt, haben Revolutionen verschiedenen Typs in einer Reihe von Ländern Osteuropas, Asiens, Afrikas und Lateinamerikas den Sieg errungen, ist auch in anderen Ländern die revolutionäre Sache bedeutend vorwärtsgekommen. Die Erfahrung lehrt, daß es das Wichtigste für die kommunistischen Parteien aller Länder ist, die allgemeingültige Wahrheit des Marxismus-Leninismus mit der konkreten Praxis der Revolution im eigenen Lande geschickt zu verbinden, an der revolu-

tionären Linie des Marxismus-Leninismus festzuhalten und den revolutionären Kampf unabhängig und selbständig zu führen. Jeder, der so handelt, wird die revolutionäre Sache des eigenen Volkes Schritt für Schritt zum Sieg führen und dadurch zur revolutionären Sache des internationalen Proletariats beitragen, während jeder, der anders handelt, der revolutionären Sache nur Rückschläge bringt und eine Niederlage bereitet.

Seit 1957 haben die kommunistischen Parteien der Welt bereits zwei internationale Beratungen abgehalten. Auf der Beratung der Bruderparteien von 1957 wurde ein gemeinsames Programm der kommunistischen Weltbewegung festgelegt. Doch habt Ihr schon kurz danach die revolutionären Prinzipien der Deklaration über Bord geworfen, habt begonnen, Eure revisionistische Linie rücksichtslos durchzusetzen und sie darüber hinaus den Bruderparteien aufzuzwingen. Auf der Beratung der Bruderparteien von 1960 haben wir sowie die anderen marxistisch-leninistischen Bruderparteien an Eurer revisionistischen Linie ernste Kritik geübt. Ihr aber seid bei Euren Fehlern geblieben, habt nun auch die revolutionären Prinzipien der Erklärung von 1960 über Bord geworfen, beharrt auf Eurem antimarxistisch-antileninistischen Standpunkt, erweitert und vertieft ununterbrochen die Differenzen in

der kommunistischen Weltbewegung. Wie kann man unter diesen Umständen eine Konferenz der Einheit auf der Basis des Marxismus-Leninismus einberufen?

Daher haben wir erklärt: „Unter den heutigen Umständen ist es tunlich, die internationale Konferenz der Bruderparteien lieber später als früher einzuberufen oder sie sogar überhaupt nicht einzuberufen.“ Seinerzeit fand innerhalb von 14 Jahren keine einzige internationale Konferenz der Bruderparteien statt, doch ergaben sich daraus keinerlei Nachteile, sondern ging im Gegenteil alles gut vonstatten. Warum dann jetzt solche Eile mit der Einberufung einer Konferenz?

Jetzt wollt Ihr eine große Konferenz der Spaltung einberufen, nein, richtiger: eine kleine Zusammenkunft von Spaltern; denn von der Gesamtzahl der Kommunisten in der Welt ist es nur eine Handvoll Leute, die wirklich an den Revisionismus glauben, und diese Leute werden letzten Endes eine Niederlage erleiden. Unter den Revisionisten der Welt herrschen Meinungsverschiedenheiten und große Zwistigkeiten. Es gibt zwar einige Leute, die sich bedingungslos Eurem Taktstock unterordnen, aber ihre Zahl wird immer kleiner. Deshalb wird die Geschichte den Beweis liefern, daß die sogenannte Konferenz, die Ihr ohne Konsultation und Zustim-

mung der Bruderparteien einseitig und mittels Zwang einberufen wollt, nur eine im Dienst der Bourgeoisie stehende antikommunistische, volksfeindliche und konterrevolutionäre Konferenz, eine bedeutungslose Versammlung sein würde, genauso wie die seinerzeitigen Quasi-Konferenzen, die von der II. Internationale gegen den Leninismus veranstaltet wurden.

Nun, wenn Ihr es schon so beschlossen habt, werdet Ihr die Konferenz wohl einberufen müssen. Andernfalls hieße es wortbrüchig werden. Würdet Ihr aber dann nicht für ewige Zeiten die Blamierten sein? Wie sagt doch das Sprichwort? „Ist auf den Rücken des Tigers gestiegen und kann nicht wieder heruntersteigen.“ Ihr befindet Euch in einem Dilemma! In die Grube, die Ihr gegraben habt, fallt Ihr selbst hinein und brecht Euch den Hals. Gebt Ihr jetzt die Einberufung der Konferenz auf, wird man sagen, daß Ihr die Ratschläge der Chinesen und aller marxistisch-leninistischen Parteien angenommen habt, und Ihr würdet das Gesicht verlieren. Beruft Ihr aber die Konferenz ein, dann geratet Ihr zwangsläufig in eine Sackgasse, aus der Ihr Euch nicht wieder herausfinden würdet. Das ist die überaus schwere Krise, die Ihr Revisionisten an diesem historischen Wendepunkt auf Euch selbst heraufbeschworen habt. Spürt Ihr das etwa

noch nicht? Wir sind fest davon überzeugt, daß das Datum Eurer sogenannten Konferenz der Tag sein wird, da Ihr ins Grab sinkt.

Liebe Genossen! Wir möchten Euch nochmals in aller Aufrichtigkeit raten, lieber vor dem Abgrund Halt zu machen, als Euer heuchlerisches, unnützes „Gesicht“ zu wahren. Wenn Ihr nicht auf unseren Ratschlag hört und es vorzieht, in eine Sackgasse zu gehen, dann bitte schön! Dann können wir nur sagen:

*Da stehst du machtlos da: die Blüten fallen  
nieder;*

*Die Schwalben — sollt' ich sie nicht kennen? —  
kehren wieder.*

Mit brüderlichen Grüßen

**Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas**

## ANHANG

BRIEF DES ZK DER KPdSU VOM 15. JUNI 1964  
AN DAS ZK DER KP CHINAS

15. Juni 1964

An das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas

Liebe Genossen!

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion hat Ihr Schreiben vom 7. Mai mit der Antwort auf unser Schreiben vom 7. März d. J. erhalten. In Ihrem Schreiben weisen Sie nicht nur alle Vorschläge der KPdSU und der anderen marxistisch-leninistischen Parteien zurück, die eine Überwindung der Schwierigkeiten in der kommunistischen Bewegung bezwecken, sondern Sie weigern sich faktisch auch, mit den Vertretern dieser Parteien zusammenzukommen, zu verhandeln und mit ihnen die gemeinsamen Probleme zu besprechen, die die Kommunisten der ganzen Welt bewegen. Nie zuvor hat das ZK der KP Chinas so offen seine Mißachtung der Meinung der Bruderparteien geäußert, seine Abneigung, ihrer Stimme



Gehör zu schenken und an der gemeinsamen Suche nach Wegen zur Überwindung der Differenzen teilzunehmen. Der ganze Inhalt Ihres Schreibens zeugt ebenso wie sein grober Ton davon, daß Sie, im Gegensatz zu den zahlreichen Erklärungen des ZK der KP Chinas, es sei bestrebt, es nicht zu einer Spaltung kommen zu lassen und für die Geschlossenheit einzustehen, die Differenzen nicht überwinden wollen und in der Tat gegen die Einheit der kommunistischen Weltbewegung vorgehen. Sie versuchen nicht einmal zu verbergen, daß Ihr Ziel darin besteht, sich die Hände für eine fraktionelle Spaltertätigkeit freizumachen. Nur so kann Ihr Schreiben von den marxistisch-leninistischen Parteien beurteilt werden, die über die Schwierigkeiten besorgt sind, zu denen es in unserer Bewegung gekommen ist.

Als das ZK der KPdSU Ihnen das Schreiben vom 7. März sandte, ging es davon aus, daß die in der kommunistischen Weltbewegung entstandene Lage einer kollektiven Erörterung bedarf, der gemeinsamen Ausarbeitung zweckmäßiger Wege zur Überwindung der Schwierigkeiten und zur Erzielung der Geschlossenheit aller Bruderparteien. Zu diesem Zweck schlugen wir vor, die Einberufung einer Zusammenkunft von Delegationen der KPdSU und der KP

Chinas zu beschleunigen, eine vorbereitende Beratung der Vertreter von 26 Parteien einzuberufen und schon in diesem Jahr im Einvernehmen mit den Bruderparteien eine internationale Beratung abzuhalten. Als notwendige Voraussetzungen für die erfolgreiche Durchführung dieser Maßnahmen betrachteten wir die Einstellung der offenen Polemik, den Verzicht auf jederlei Wühl- und Spaltertätigkeit in der sozialistischen Gemeinschaft und in der kommunistischen Bewegung, auf eine Tätigkeit, die unserer Sache bereits beträchtlichen Schaden zugefügt hat. Wir berücksichtigten den Willen der Mehrheit der Bruderparteien, die sich beharrlich dafür einsetzten, daß dieses Treffen von Vertretern der KPdSU und der KP Chinas stattfinde, daß ein kommunistisches Weltforum einberufen werde, welches der brüderlichen Familie der Kommunisten gestatten würde, die entstandenen Probleme in einer kameradschaftlichen Atmosphäre gemeinsam zu erörtern und die Differenzen zu beseitigen, die durch die Spaltertätigkeit der Führung der KP Chinas hervorgerufen worden sind.

Die Vorschläge des ZK der KPdSU in dem Schreiben vom 7. März fanden in der kommunistischen Weltbewegung aktive Unterstützung. Gegenwärtig hat sich die überwältigende Mehr-

heit der Bruderparteien bereits für die unverzügliche Einberufung der Beratung ausgesprochen. Einige Parteien, die im Prinzip für die Beratung sind, machen zugleich Vorbehalte in bezug auf die konkreten Termine für ihre Durchführung, wobei sie Ihre ablehnende Haltung hinsichtlich der Beratung in Betracht ziehen. Doch kennen wir keine einzige Partei außer der Kommunistischen Partei Chinas und der Partei der Arbeit Albaniens, deren Führung sich gegen die Notwendigkeit von kollektiven Maßnahmen zur Überwindung der Schwierigkeiten in der kommunistischen Bewegung und zur Festigung ihrer Einheit wenden würde.

Im Schreiben vom 7. Mai schlägt das ZK der KP Chinas vor, die Beratung auf „vier bis fünf Jahre oder sogar noch länger“ zu verschieben, und erklärt darüber hinaus, daß es tunlich sei, sie „sogar überhaupt nicht einzuberufen“. Das zweiseitige Treffen, das das ZK der KP Chinas vor kurzem noch für den Oktober d. J. vorschlug, haben Sie erneut auf lange verschoben, wobei Sie Ihre Einwilligung in dieses Treffen an Vorbehalte knüpfen, die daran zweifeln lassen, daß die chinesische Seite überhaupt an einer solchen Zusammenkunft interessiert ist.

Wir stellen auf diese Weise fest, daß das ZK der KP Chinas seine eigenen Vorschläge fallen

läßt. Die Führer der KP Chinas gaben sich lange Zeit hindurch als Initiatoren der schnellstmöglichen Einberufung einer Beratung aus und stellten die Sache so hin, als widersetzte sich die KPdSU deren Einberufung. Als die kommunistischen Parteien Indonesiens, Vietnams und Neuseelands im Winter 1962 den Vorschlag zur Einberufung der Beratung machten, haben Sie diesen Vorschlag unterstützt. Sie schrieben am 7. April 1962, daß die Einberufung der Beratung „aktuelle, positive Bedeutung für die Überwindung der heute zwischen den Bruderparteien bestehenden Differenzen“ habe. Ende 1962 wurde dieser Standpunkt des ZK der KP Chinas öffentlich in den Reden ihrer Delegationen auf den Parteitag der Bruderparteien in Ungarn und der Tschechoslowakei bestätigt. Später sprachen Sie sich in den Schreiben vom 9. März 1963 und vom 14. Juni 1963 an das ZK der KPdSU für die Einberufung der Beratung aus. Schließlich stand in Ihrem Schreiben vom 29. Februar 1964 schwarz auf weiß: „Die Kommunistische Partei Chinas befürwortet seit jeher die Einberufung einer Konferenz von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien aller Länder und setzte sich aktiv dafür ein.“

Das ZK der KPdSU und die anderen Bruderparteien brauchten aber nur die Frage der Bera-

tung konkret zu stellen, als Sie eine Kehrtwendung unternahmen. Daß der Standpunkt des ZK der KP Chinas äußerst widerspruchsvoll und unlogisch ist, fällt jedem auf. Vor kurzem traten Sie noch wärmstens für eine Beratung ein und waren sogar darauf stolz, daß Sie als erste den Vorschlag für ihre Einberufung unterstützt haben, da Sie sie als nützlich betrachteten. Jetzt sprechen die Führer der KP Chinas eine ganz andere Sprache: Es erweist sich, daß eine Beratung ihrer Ansicht nach nicht zeitgemäß ist und die kommunistische Bewegung sogar mit allerlei Unheil bedroht. Diese Haltung läßt sich offenbar nur damit erklären, daß sie weder früher noch jetzt ernstlich an die Einberufung einer Beratung dachten, da sie nicht darauf rechnen konnten, daß ein internationales Forum der Kommunisten ihre ideologisch-politische Plattform unterstützen würde. Man gelangt zu der berechtigten Vermutung, daß sich das ZK der KP Chinas wenig um die Probleme der Wahrung und Festigung der Einheit der kommunistischen Bewegung kümmert, und daß es die Frage der Beratung zum Gegenstand eines unwürdigen politischen Spiels gemacht hat, um so zusätzliche Schwierigkeiten heraufzubeschwören.

Obwohl sie auf jede Weise mit ihrer Gleichgültigkeit gegenüber den Ansichten der anderen

Parteien auftrumpfen und erklären, daß sie den „entschlossenen Widerstand“ dieser Parteien nicht fürchten, haben sie in der Tat Angst davor, zu einer internationalen kommunistischen Beratung zu kommen, und sind bestrebt, einer ehrlichen und offenen Aussprache, einer Konfrontation ihrer fehlerhaften Plattform mit der Linie der internationalen kommunistischen Bewegung aus dem Wege zu gehen.

Die Einwände, die Sie gegen die Einberufung einer Beratung vorgebracht haben, sind ganz und gar nicht stichhaltig. Sie behaupten, daß eine internationale Beratung ebenso wie die Zusammenkunft von Vertretern der KP Chinas und der KPdSU nur dazu führen werde, daß „man sich streitet, um dann ergebnislos auseinanderzugehen“, und daß es „zu einer offenen Spaltung kommt und jeder seine Wege geht“.

Die Frage so zu stellen und im voraus zu sagen, daß die Beratung zu einer Spaltung führen wird, kann nur derjenige, der selbst beschlossen hat, auf eine Spaltung hinzuarbeiten. In der Tat: Nimmt man auf der Beratung Kurs auf eine Vertiefung der Differenzen und sieht man das Ziel dieser Beratung darin, jemanden zu verurteilen und mit Beleidigung und mit verantwortungslosen Anschuldigungen zu überhäufen, so kann man nicht eine Festigung der Einheit,

sondern nur ein weiteres Auseinandergehen erzielen.

Doch die KPdSU und diejenigen Bruderparteien, die angesichts der Differenzen konsequent für eine neue internationale Beratung eintreten, weisen entschieden eine solche Linie und überhaupt ein solches Herangehen an die Beratung zurück. Für uns hängt die Beratung unlösbar mit dem Problem der Wahrung und Festigung der Einheit unserer Bewegung zusammen. Wir gehen davon aus, daß es angesichts der Differenzen, mit denen sich die kommunistische Bewegung zu befassen hat, vor allem notwendig ist, die Bemühungen auf die Suche nach den Gemeinsamkeiten zu konzentrieren, die alle Bruderparteien vereinen, und auf die Suche nach Wegen zur Überwindung der entstandenen Schwierigkeiten. Die Bruderparteien verfügen über keine bessere Methode zur Überwindung der Differenzen und zur Ausarbeitung gemeinsamer Standpunkte als den kollektiven Meinungsaustausch in einem internationalen Forum, das jeder Partei gestattet, ihre Selbständigkeit voll zu wahren und zugleich aktiv an der Formulierung der einheitlichen Linie der kommunistischen Weltbewegung teilzunehmen.

Die Differenzen und die Streitigkeiten, die in der kommunistischen Bewegung entbrannt

sind und ihr keinen geringen Abbruch tun, berühren ohne Ausnahme die Interessen aller Parteien, und deswegen hat jede von diesen Parteien das Recht und die Pflicht, ihren Beitrag zur Erörterung und Lösung der aktuellen Probleme, zur gemeinsamen Sache der Festigung der Einheit zu leisten. Gerade die Beratung gewährt jeder Partei die Möglichkeit, die Ansicht aller Seiten zu hören, ihren eigenen Standpunkt offenherzig und sachlich darzulegen, damit er in der Folge bei der Ausarbeitung der gemeinsamen Linie und der gemeinsamen Beschlüsse berücksichtigt wird.

Was die KPdSU betrifft, so möchte sie, wenn sie die Einberufung der Beratung vorschlägt, in völligem Einklang mit den Prinzipien, die nach dem XX. Parteitag der KPdSU und den Moskauer Beratungen von 1957 und 1960 in der kommunistischen Bewegung festen Fuß gefaßt haben, auf dieser Beratung den Kurs auf Zusammenschluß, auf eine Normalisierung der Lage in unserer Bewegung, auf eine sachliche Erörterung der Streitfragen verfolgen, die dazu beitragen würde, daß die Differenzen nicht vertieft werden, sondern daß die Einheit auf prinzipieller Grundlage gefestigt wird. Wir sind zutiefst davon überzeugt, daß es keine unüberwindbaren objektiven Hindernisse auf diesem Wege gibt.

Dazu ist lediglich notwendig, daß alle Teilnehmer der internationalen Zusammenkunft zumindest ein Minimum an gutem Willen bekunden und bereit sind, die Ansicht der anderen gewissenhaft anzuhören und zu begreifen und Wege zu einem Zusammenschluß und nicht zu einer Trennung zu suchen. Legen die Vertreter aller Parteien Interesse für eine Überwindung der Schwierigkeiten an den Tag, kommt die Delegation der Kommunistischen Partei Chinas mit dem Wunsch zu der Beratung, nach einer Verständigung mit allen andern Teilnehmern zu suchen, kommt diese Delegation mit einem konstruktiven Programm, wie dies die KPdSU und die anderen Parteien für notwendig halten, so kann die Beratung zu einer Wende in Richtung auf die Festigung der Geschlossenheit werden.

Das ZK der KPdSU ist sich völlig klar darüber, daß die Differenzen zwischen dem ZK der KP Chinas und den anderen Bruderparteien sehr ernster und weitreichender Natur sind. Im Verlauf der öffentlichen Polemik hat sich in den Beziehungen zwischen den Parteien nicht wenig Strandgut angehäuft, nicht wenig Erfundenes, das eine Verständigung behindert. Dabei trat eine ganze Reihe prinzipieller Differenzen in den wichtigsten Problemen der Gegenwart und der Politik des Weltkommunismus

zutage, Differenzen, die sehr akut geworden sind. In diesem Zusammenhang ist es möglich, daß es, so sehr die marxistisch-leninistischen Parteien auch danach streben, während der Beratung nicht sofort gelingen wird, zu einer einheitlichen Ansicht über alle Fragen zu gelangen. Doch wird, davon ist das ZK der KPdSU überzeugt, auch ein solcher Ausgang der Beratung nicht die Spaltung bedeuten, die die Führer der KP Chinas beharrlich voraussagen. Auch in diesem Fall sehen wir die Möglichkeit, auf der Beratung eine Vereinbarung darüber zu erzielen, daß die kommunistischen Parteien die Verpflichtung übernehmen, die Ansicht aller Teilnehmer an der Beratung, aller marxistisch-leninistischen Parteien zu berücksichtigen und gewissenhaft in den Fragen zusammenzuarbeiten, in denen sich eine Gemeinsamkeit der Standpunkte und Interessen herausstellen wird — die Verpflichtung, künftig von jeder Aktion Abstand zu nehmen, die die Schwierigkeiten vergrößert und nur den Klassenfeind erfreut. Es fragt sich, warum die Beratung bei einem solchen Herangehen zu einer Spaltung führen oder die Lage in der kommunistischen Bewegung verschlechtern sollte.

Wir betrachten die von uns vorgeschlagene Arbeitsweise der Beratung, welche voll und ganz den Normen und Prinzipien der Beziehungen

zwischen den kommunistischen Parteien entspricht, als durchaus real. Es kommt lediglich darauf an, sich tatsächlich elementar um Einheit, Toleranz und Gewissenhaftigkeit zu bemühen, die die kommunistische Bewegung mit Recht von jedem Trupp dieser Bewegung erwarten kann. Wenn alle Bruderparteien und ihre Führer sich der historischen Verantwortung für die Geschicke unserer Bewegung, des Ernstes der Lage und der eventuellen Folgen einer Spaltung bewußt werden, so können keinerlei Zweifel am Erfolg der Beratung bestehen.

Wenn sich das ZK der KPdSU für die Idee einer neuen internationalen Zusammenkunft einsetzt, so geht es davon aus, daß sich die Notwendigkeit dieser Beratung nicht nur im Interesse der Überwindung der Differenzen ergibt, so wichtig diese Aufgabe an und für sich auch sein mag. Die Kommunisten dürfen keinen Augenblick die Verantwortung vergessen, die sie im Kampf gegen Imperialismus, für Frieden, Demokratie und nationale Unabhängigkeit, für den erfolgreichen Vormarsch auf dem Wege des Sozialismus und Kommunismus tragen.

Seit der letzten internationalen Beratung sind etwa vier Jahre vergangen. In diesen Jahren haben sich in der Welt beträchtliche Wandlungen vollzogen, die eine Auswertung, eine Verall-

gemeinerung und Zusammenfassung verlangen. Das Weltsystem des Sozialismus hat in den vergangenen Jahren bedeutende Erfolge erzielt, seine wirtschaftliche Macht ist gewachsen, sein politischer und ideologischer Einfluß auf die Entwicklung in der Welt hat sich verstärkt. Die Länder des Sozialismus sind in ihrer Mehrheit dabei, eine wichtige Periode ihrer Entwicklung zu vollenden, und nähern sich neuen Zwischenzielen beim Aufbau der neuen Gesellschaft. Die Aufgaben ihres weiteren Vormarsches auf dem Weg zum Sozialismus und Kommunismus verlangen immer nachdrücklicher eine Vervollkommnung der Formen der Zusammenarbeit und der gegenseitigen Hilfe, des Erfahrungsaustausches und der Koordinierung ihres politischen und wirtschaftlichen Vorgehens.

In der Weltlage zeichnen sich noch deutlicher zwei entgegengesetzte Richtungen ab: eine ist gerichtet auf die Erhaltung des Friedens, die friedliche Koexistenz. Diese Richtung wird von den sozialistischen Staaten befolgt und von der überwältigenden Mehrheit der Menschheit unterstützt. Die zweite Richtung ist der Kurs auf Verstärkung der internationalen Spannung und Vergrößerung der Kriegsgefahr. Sie wird von der imperialistischen Reaktion befolgt, an deren Spitze die Ultras in den USA und in den an-

deren imperialistischen Staaten stehen. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, wie richtig die Schlußfolgerungen der kommunistischen Parteien hinsichtlich der Möglichkeit waren, einen Krieg zu verhüten und die Kräfte zu isolieren und zu zerschlagen, die gegen den Frieden auftreten.

In jüngster Zeit sind die Anzeichen einer Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus und der Zunahme der sozialen und politischen Gegensätze noch anschaulicher geworden, die das kapitalistische System sowohl innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft als auch in der internationalen Arena zersetzen. Viel Neues ist auch in den Organisationsformen und Methoden des Kampfes der Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder um ihre unmittelbaren Interessen und ihre Endziele entstanden. Der Zerfall des Kolonialsystems des Imperialismus ist in seine letzte Etappe eingetreten. Besonders klar trat in den letzten Jahren die unüberwindliche Neigung der befreiten Völker zum Sozialismus zutage, ihr Streben, den nichtkapitalistischen Entwicklungsweg zu beschreiten.

Der revolutionären Bewegung, den Kämpfern für Frieden und Sozialismus bieten sich neue große Möglichkeiten, und wir Kommunisten sollten darüber nachdenken, wie diese Möglich-

keiten besser im Interesse der Arbeiterklasse und aller Völker zu nutzen sind.

Wir sind zutiefst davon überzeugt, daß die Beratung gerade der passende Ort wäre, wo man die neuen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Erscheinungen und Prozesse kollektiv analysieren, die Einschätzungen und Standpunkte vereinbaren und im Einklang damit die gemeinsame politische Linie bereichern und konkretisieren könnte. Man kann mit Genugtuung feststellen, daß die Richtigkeit der Generallinie der kommunistischen Weltbewegung, die in den Dokumenten der Jahre 1957 und 1960 niedergelegt wurde, vollständig vom Leben bestätigt worden ist und den Bruderparteien neue Erfolge gebracht hat. Zugleich ist die Notwendigkeit herangereift, sich zu versammeln und gemeinsam das Fazit der zurückgelegten Etappe zu ziehen, Erfahrungen auszutauschen und die Gesamtheit der Probleme zu behandeln, vor die sich der Weltkommunismus gestellt sieht, sowie im Einklang mit den Veränderungen in der internationalen Lage die Ideen der Erklärungen aus den Jahren 1957 und 1960 zu ergänzen und weiterzuentwickeln und neue Probleme schöpferisch zu erörtern und zu lösen.

Angesichts all dieser Aufgaben wird der Vorschlag des ZK der KP Chinas, die Einberufung

einer neuen internationalen Beratung auf längere Zeit zu verschieben, um so mehr unannehmbar. Alles zeugt davon, daß eine Beratung notwendig bleibt und daß ihre Einberufung nicht auf die lange Bank geschoben werden darf.

Das Wichtigste besteht nach Ansicht des ZK der KPdSU darin, daß schon heute, unabhängig von den konkreten Fristen für die neue internationale Zusammenkunft, jede marxistisch-leninistische Partei ihren Beitrag zu der Sache leistet, der die Beratung dienen soll, das heißt zur Festigung der Einheit der Reihen der Kommunisten der ganzen Welt, zur Verstärkung der Bemühungen um die Erreichung der gemeinsamen Ziele. Wichtig ist jetzt, daß alle Bruderparteien noch aktiver um diese Ziele kämpfen. Jede Bruderpartei steht vor dringenden Aufgaben: Sie muß die in der kommunistischen Bewegung entstandene Lage eingehend prüfen, konstruktiv an der Erörterung und der Suche nach Wegen zur Überwindung der Schwierigkeiten teilnehmen und tagtäglich bei ihrem Handeln von den Interessen der Festigung der internationalen Geschlossenheit unserer Reihen ausgehen. Gerade das ist das praktische Mittel, seine Treue zu den Prinzipien und Forderungen des proletarischen Internationalismus, zum Geist des Marxismus-Leninismus zu beweisen. Zugleich ist

das auch der beste Weg, das internationale kommunistische Forum einzuberufen und mit Erfolg abzuhalten. Wir sind entschieden dagegen, daß die Frage des Termins für die Einberufung der Beratung zum Vorwand für einen neuen Streit, zum Stein des Anstoßes auf dem Weg zur Lösung der Hauptaufgaben wird, die vor der kommunistischen Bewegung stehen. Jedoch sind wir entschieden dagegen, die Beratung auf „vier bis fünf Jahre oder sogar noch länger“ zu verschieben, wie dies vom ZK der KP Chinas vorgeschlagen wird.

Das ist unser Standpunkt zur Hauptfrage, die in den letzten Schreiben angeschnitten wird, welche das ZK der KPdSU und das ZK der KP Chinas ausgetauscht haben, unser Standpunkt zu den Zielen und den Aussichten einer neuen internationalen Beratung.

Im Schreiben des ZK der KP Chinas vom 7. Mai wird auch eine Reihe anderer Probleme berührt, die mit der Durchführung eines internationalen Treffens zusammenhängen oder sich nicht direkt darauf beziehen. Zu diesen Problemen gehört beispielsweise die Prozedur der Einberufung einer Beratung.

Das ZK der KP Chinas behauptet, unter den gegenwärtigen Bedingungen habe niemand das Recht, internationale Beratungen einzuberufen,



da es kein ständiges Organ vom Typ der Komin-tern gebe. Geht man von den demokratischen Prinzipien aus, auf denen die kommunistische Bewegung beruht, so muß man anerkennen, daß eine solche Initiative von jeder Partei oder einer Gruppe von Parteien ausgehen kann. Solchenfalls ist es die Pflicht der anderen Trupps der kommunistischen Bewegung, diese Initiative aufmerksam zu prüfen und sie zu unterstützen, wenn sie unserer gemeinsamen Sache zu Nutzen gereicht. Was die KPdSU betrifft, so haben ihr bekanntlich die Bruderparteien eine besondere Verantwortung hinsichtlich der Einberufung internationaler Beratungen auferlegt. In dem Beschluß der Beratung von 1957 heißt es: „Die Kommunistische Partei der Sowjetunion wird beauftragt, die Funktion der Einberufung von Beratungen der kommunistischen und Arbeiterparteien unter Zurateziehung der Bruderparteien zu übernehmen.“ Dieser Beschluß wurde einstimmig unter Beteiligung der Delegation der Kommunistischen Partei Chinas angenommen. Darüber hinaus erklärte Genosse Mao Tse-tung in der Abendsitzung vom 14. November 1957, daß „die Anerkennung der KPdSU als Initiator der Einberufung von Beratungen notwendig ist“.

Wir führen diese Tatsachen an, um der Wahrheit wieder zum Recht zu verhelfen und keine

Möglichkeit zu lassen, die Frage der Initiative bei der Einberufung der Beratung zu einem neuen Streitobjekt, zu einem Vorwand für die Hinauszögerung der herangereiften internationalen Zusammenkunft von Vertretern der Bruderparteien zu machen.

Das ZK der KP Chinas errichtet ein Hindernis nach dem anderen auf dem Weg zu einer Beratung und schreibt dabei von der Notwendigkeit einer „großen Vorbereitungsarbeit“.

Unsere Partei ist nach wie vor der Ansicht, daß die Beratung sorgfältig vorbereitet werden muß, damit sie Erfolg hat; gerade deshalb schlugen wir ständig vor, die öffentliche Polemik einzustellen und die Methoden der Fraktionstätigkeit in den Reihen der kommunistischen Weltbewegung zu verwerfen.

Aus allem ist ersichtlich, daß das ZK der KP Chinas unter „Vorbereitungsarbeit“ etwas ganz Gegenteiliges, und zwar die Verstärkung der fraktionellen, der Spaltertätigkeit und die maximale Zuspitzung der Polemik versteht. Um es offen zu sagen, so liegen eigentlich gerade darin die wirklichen Ursachen für die Verschleppung der Einberufung der Beratung durch die chinesische Führung. Diese Führung rechnet, nach allem zu urteilen, darauf, in der Situation verschärfter Auseinandersetzungen einen Block von

Parteien und Gruppen zu schaffen, die Peking hörig sind. Davon zeugt auch die Tatsache, daß Sie sich jetzt offen dafür einsetzen, daß die von Ihnen in verschiedenen Ländern geworbenen Gesinnungsgenossen an den Beratungstisch gebeten werden.

Da jetzt auch die Frage der Zusammensetzung der Beratung vom ZK der KP Chinas zum Gegenstand von Differenzen gemacht wird, halten wir es für notwendig, unsere Einstellung zu dieser Frage zu äußern. Unserer Ansicht nach können diejenigen Parteien an der Beratung teilnehmen, die sich an den Beratungen von 1957 und 1960 beteiligten und ihre Dokumente unterzeichneten. Das ist um so richtiger, als die Differenzen in der kommunistischen Bewegung sich auf die Auslegung der Erklärungen dieser Beratungen beziehen. Es ist klar, daß eine richtige Deutung nur von einem Forum der Parteien gegeben werden kann, die diese Dokumente ausarbeiteten und unterzeichneten. Den Beschluß über die Einladung neuer Teilnehmer kann nur die Beratung selbst fassen. In den Jahren, die seit der letzten internationalen Beratung vergangen sind, sind in einigen Ländern (namentlich in Afrika) Parteien entstanden, die die Generallinie der kommunistischen Bewegung anerkennen, welche in den beiden Erklärungen festgelegt ist,

sie in die Praxis umsetzen und anerkannte Vertreter der Arbeiterbewegung ihrer Länder sind. Es ist natürlich, daß solche Parteien das Recht haben, eine Einladung zur Teilnahme an der neuen internationalen Beratung zu erwarten.

Wenn nun das ZK der KP Chinas die Frage der Einladung neuer Teilnehmer zur Diskussion stellt, so meint es dabei durchaus nicht solche Parteien, sondern die von ihm selbst geschaffenen parteifeindlichen Fraktionsgruppen, die lauthals „Parteien“ genannt werden. Doch diese Gruppen vertreten erstens nicht die Arbeiterbewegung ihrer Länder, sondern werden künstlich von außen gezüchtet. Man kann es nicht als Zufall betrachten, daß die parteifeindlichen Gruppen in Australien, Brasilien, Belgien, auf Ceylon und in einigen anderen Ländern ausgerechnet zu dem Zeitpunkt auftauchten, da das ZK der KP Chinas seine Fraktionstätigkeit in den Reihen der kommunistischen Weltbewegung entfaltete. Zweitens halten sich diese Gruppen weder in der Theorie noch in der Praxis an die Generallinie der kommunistischen Weltbewegung, wie sie in den beiden Erklärungen festgelegt ist. Im Gegenteil, die von ihnen gepredigten Anschauungen verraten sie voll und ganz als Gegner dieser Linie. Drittens bestehen sie aus oppositionellen parteifeindlichen Elementen, die aus den mar-

xistisch-leninistischen Parteien ausgeschlossen wurden und gegen die rechtmäßig gewählten Zentralkomitees, gegen die bewährten und angesehenen Führer dieser Parteien kämpfen. Für die Charakteristik des politischen Gesichts und der Zusammensetzung dieser Gruppen ist kennzeichnend, daß sich ihnen Trotzlisten, Anarchisten, allerlei Renegaten und Abtrünnige angeschlossen haben. Man muß offen sagen, daß solche Anhänger der Linie der chinesischen Führung durchaus keine Zierde für diese Führung sind. So sehr Sie sich auch bemühen, diese Usurpatoren als „wirkliche Revolutionäre“ hinzustellen, stehen letztere doch außerhalb der kommunistischen Bewegung, und es wird bei noch so großem Kraftaufwand nicht gelingen, diese Leute in die Reihen der Bewegung einzuschleusen.

Das ZK der KPdSU kann nicht an den im Schreiben des ZK der KP Chinas vom 7. Mai enthaltenen Versuchen vorübergehen, die bewährten marxistisch-leninistischen Parteien Australiens, Brasiliens und Indiens zu besudeln. Wir weisen entschieden die ungebührlichen Methoden zurück, zu denen die Führer einer Partei, und zwar der Kommunistischen Partei Chinas, greifen, wenn sie Ansprüche auf eine besondere Stellung in der kommunistischen Bewegung und

auf das Recht erheben, ein Urteil über andere Parteien und ihre Führer zu fällen und nach eigenem Gutdünken Fragen zu entscheiden, die nur von der Arbeiterklasse des einen oder des anderen Landes selbst entschieden werden können.

Wenn Sie auch künftig eine derartige „Vorbereitungsarbeit“ zur Beratung leisten, das heißt, danach streben werden, die Fraktionstätigkeit weiter zu entfalten, so werden Sie damit lediglich erneut die bereits vorhandene Ansicht bestätigen, daß die Führung der KP Chinas es direkt auf eine Spaltung abgesehen hat.

Das Bestreben des ZK der KP Chinas, die offene Polemik in der kommunistischen Bewegung zu verschärfen, liegt schon seit langem auf der Hand. Der von ihm entfesselte Propagandafeldzug hat alle Rahmen einer ideologischen Polemik gesprengt und ist zu einem offenen politischen Kampf gegen die marxistisch-leninistischen Parteien geworden. Dieser Kampf hat nichts mit einer Klärung der Wahrheit gemein; nichts mit einer Erarbeitung der dringendsten Probleme der Theorie und Politik unserer Bewegung. Der ganze Inhalt, die Methoden und der Ton Ihrer Äußerungen zeugen von dem Bestreben, den Kreis der strittigen Probleme mit Vorbedacht noch mehr zu erweitern, den tatsächlichen Stand-

punkt der marxistisch-leninistischen Parteien zu entstellen, ihre Führung zu verleumden und die Massen gegen die Führung dieser Parteien aufzubringen. Wer sähe nicht, daß dies keine Polemik, sondern die Entfaltung von Differenzen und Feindschaft ist. Sie erschüttert die Freundschaft der Völker der sozialistischen Länder, sät Verwirrung und Mißtrauen in den Reihen der revolutionären Arbeiterbewegung und der nationalen Befreiungsbewegung, führt zur Kompromittierung des Weltsozialismus. Damit gießen die Führer der KP Chinas Wasser auf die Mühlen der aggressiven Kreise des Imperialismus, die bekanntlich bereitwillig bei der Verbreitung von chinesischem Propagandamaterial helfen.

Wir fassen die Vorbereitung zur Beratung anders auf. Das ZK der KPdSU setzt sich nach wie vor dafür ein, während der Vorbereitung die wichtigen Probleme der kommunistischen Bewegung schöpferisch zu erörtern und dabei die Methoden des kameradschaftlichen Meinungsaustausches anzuwenden, wie sie in der Erklärung aus dem Jahre 1960 vorgesehen sind. Eine Diskussion zu diesen oder jenen aktuellen Problemen des Marxismus-Leninismus, zu den Fragen der Strategie und Taktik unserer Bewegung halten wir für normal und nützlich. Solche

Diskussionen helfen das marxistische Denken voranbringen, das Wirken der kommunistischen Parteien enger mit den Erfordernissen des Lebens verbinden und einen gemeinsamen Standpunkt im Sinne der Vorbereitung von Zusammenkünften und Beratungen ausarbeiten. Aber der feindselige Propagandafeldzug, den das ZK der KP Chinas gegen die kommunistische Bewegung entfaltet hat, kann in keiner Weise diesen Zielen dienlich sein.

Sie drohen, Sie hätten die Absicht, die „mehr als 2000 antichinesischen Artikel und Materialien“ zu beantworten, die angeblich in der sowjetischen Presse veröffentlicht wurden, sowie „zahlreiche Beschlüsse, Erklärungen und Artikel mehrerer Dutzend Bruderparteien“. Mit anderen Worten, sie haben vor, die öffentliche Polemik endlos weiterzuführen. Offenbar ist das gerade eines ihrer Ziele. Sie haben die Polemik begonnen, haben die Bruderparteien gezwungen, sich ihren falschen Anschauungen zu widersetzen und wollen jetzt unter dem Aushängeschild von „Antworten“ den politischen Kampf gegen die marxistisch-leninistischen Parteien immer mehr ausweiten.

Der im Schreiben des ZK der KP Chinas vom 7. Mai enthaltene Vorschlag, ein Abkommen zwischen den beiden Parteien über die ge-

gegenseitige Veröffentlichung von Materialien der anderen Seite in der Presse zu schließen, entlarvt Ihre Pläne besser als alles andere. Dieser Vorschlag bezweckt eine weitere Entfachung der Polemik.

Wir möchten in diesem Zusammenhang bemerken, daß wir einiges chinesisches Material in unserer Presse abgedruckt haben, solange man hoffen konnte, die Diskussion würde nicht den Rahmen einer prinzipiellen Erörterung theoretischer und politischer Fragen überschreiten. Als aber offenkundig wurde, daß es nicht um eine prinzipielle Diskussion, sondern um feindliche Propaganda geht, mußten wir uns anders verhalten. Keine einzige kommunistische Partei hat je die Verpflichtung übernommen, Verleumdungen abzudrucken, zu verbreiten und zu propagieren, die der Sache des Sozialismus fremd sind. Ganz gleich, von wem solches Material ausgeht, es hilft lediglich den reaktionären Kreisen des Imperialismus in ihrem Kampf gegen den Weltsozialismus.

Der Abdruck der Artikel, in denen unsere Partei, unser Land einer „Verschwörung mit dem amerikanischen Imperialismus“, eines „Verrats an der Revolution“, einer „Restauration“ kapitalistischer Zustände beschuldigt werden, hätte nichts anderes zur Folge, als daß bei un-

serem Volk das Gefühl der Freundschaft und Brüderlichkeit gegenüber der Kommunistischen Partei Chinas und dem chinesischen Volk untergraben würde, die natürlich nicht die Verantwortung für das heutige Vorgehen ihrer Führer tragen können. Würde die Sowjetpresse von diesen Artikeln einen nach dem andern veröffentlichen, so müßte sie jeden beantworten. So würde die Polemik mit der chinesischen Führung zum Hauptinhalt des ganzen ideologischen Lebens in unserem Lande werden. Das aber würde bedeuten, die Aufmerksamkeit der Partei und des Volkes von den Hauptaufgaben abzulenken, von den Aufgaben des kommunistischen Aufbaus, des Kampfes gegen den Imperialismus, der Hilfe für die revolutionäre Arbeiterbewegung und die nationale Befreiungsbewegung. Es ist klar, daß unsere Partei dies nicht tun wird.

Wir müssen noch einmal feststellen, daß alle Ihre Absichten eine weitere Zuspitzung der Polemik, eine Verstärkung der Fraktionstätigkeit, einen Verzicht auf die Methoden der kollektiven Erörterung der Probleme bezwecken, vor die sich die kommunistische Bewegung gestellt sieht. In allen Fragen, die die Kommunisten der Welt bewegen, hat das ZK der KP Chinas einen Standpunkt bezogen, der den gemeinsamen In-

teressen unserer Bewegung, den Interessen der Festigung der Einheit ihrer Reihen widerspricht.

Angesichts dessen laufen die Worte, daß das ZK der KP Chinas „unentwegt auf dem Standpunkt der Verteidigung der Einheit und des Kampfes gegen die Spaltung“ steht und daß es „sich unermüdlich um die Beseitigung der Differenzen bemüht“ voll und ganz den Tatsachen zuwider. Der Kampf um die Einheit verlangt unter den heutigen Bedingungen wie nie zuvor praktische konstruktive Handlungen. Ihre Handlungen aber zielen darauf ab, aus allen Kräften und mit allen Mitteln eine Überwindung der Differenzen zu erschweren und die Lage zu verschärfen. Das negative Herangehen, von dem das ganze Schreiben des ZK der KP Chinas vom 7. Mai durchdrungen ist, die vollständige Abneigung, der Initiative der Bruderparteien entgegenzukommen, können nur so erklärt werden: Die chinesischen Führer wollen nicht mit der Ansicht und den Interessen der überwältigenden Mehrheit der kommunistischen Parteien rechnen und führen einen erbitterten Kampf gegen diese Parteien, wobei sie mit Vorbedacht eine Spaltung der kommunistischen Bewegung anstreben.

Jedem in der kommunistischen Bewegung ist klar, daß das ZK der KP Chinas mit der Ver-

schiebung der internationalen Beratung auf einen fernen Zeitpunkt damit rechnet, inzwischen die Zahl seiner Anhänger zu vergrößern, sie zu einem willigen Werkzeug seiner Politik zu machen und so den Versuch zu unternehmen, sich günstige Bedingungen auf der künftigen Beratung zu schaffen. Man braucht kein Prophet zu sein, um das völlige Scheitern dieser Berechnungen vorauszusagen. Bei uns bestehen keinerlei Zweifel daran, daß das Leben, je mehr Zeit vergeht, um so mehr beweisen wird, daß die ideologisch-politische Plattform und die taktische Linie, die die Führer der KP Chinas der kommunistischen Weltbewegung aufzwingen wollen, nicht stichhaltig sind. Immer stärker werden die abstoßenden Ziele zutage treten, die die chinesische Führung verfolgt, werden sich die Augen derer öffnen, die zeitweilig von dieser Führung irregeleitet wurden. Selbstverständlich kann die Spaltertätigkeit des ZK der KP Chinas der kommunistischen Bewegung, insbesondere den Teilen dieser Bewegung, die unter den komplizierten Bedingungen der kapitalistischen Länder für die Sache der Arbeiterklasse, gegen die imperialistische Reaktion kämpfen, Abbruch tun und tut dies bereits. Doch jeder Fortschritt im Kampf der Arbeiterklasse, jeder neue Erfolg bei der Entwicklung des sozialistischen Weltsystems wird

den fehlerhaften, von der Realität weit entfernten Leitsätzen der chinesischen Führung einen neuen Schlag zufügen und beweisen, daß der Leninsche Kurs der kommunistischen Bewegung richtig und lebenswahr ist.

In seinem Schreiben berührt das ZK der KP Chinas einige Fragen der ideologischen und politischen Differenzen mit der KPdSU und den anderen marxistisch-leninistischen Parteien. Unsere Partei hat ihren Standpunkt zu diesen Problemen wiederholt dargelegt. Deswegen halten wir es nicht für notwendig, erneut in diesem Schreiben auf diese Probleme zurückzukommen, um so weniger, als Ihre Anwürfe nichts Neues enthalten. Sie befassen sich schon lange mit grobem Geschimpfe und damit, Etiketten anzuhängen, anstatt die Fragen, in denen das ZK der KP Chinas eine besondere Meinung hat, gewissenhaft zu erörtern. Das ZK der KPdSU weist Ihre verantwortungslosen Behauptungen, daß die KPdSU angeblich „mit allen Fasern ihrer Seele ein Bündnis mit dem amerikanischen Imperialismus anstrebt“, „sich gegen die nationale Befreiungsbewegung und gegen die proletarische Revolution wendet“, „eine große Verschwörung plant, und zwar die offene Spaltung des sozialistischen Lagers und der kommunistischen Weltbewegung“, entschieden als offenkundige Ver-

leumdung zurück. Solche Erklärungen diskreditieren nur ihre Urheber, die sich dazu versteigen, mit solch böswilligen Anwürfen gegen das erste Land des siegreichen Sozialismus aufzutreten, gegen das Land, das die Hauptlast im Kampf gegen den Imperialismus trägt. Für wen sind solche unsinnigen Erfindungen bestimmt? Hoffen Sie etwa im Ernst, Einfaltspinsel zu finden, die solchen Verleumdungen Glauben schenken? Der wirkliche Sinn Ihrer Behauptungen besteht darin, daß Sie die Volksmassen Chinas irreführen und sie gegen das Sowjetvolk, gegen den Freund und Bruder der chinesischen Arbeiter und Bauern, aufbringen wollen. All das spielt nur der imperialistischen Reaktion in die Hände, die sich nichts sehnlicher wünscht, als die Völker der sozialistischen Länder zu entzweien, Feindschaft zwischen ihnen säen und sie gegeneinander auspielen zu können.

Mit solchen Methoden versuchen Sie den wahren Inhalt der Differenzen zu verschleiern, die Sie in Wirklichkeit mit der außenpolitischen Linie der kommunistischen Weltbewegung haben. Die Marxisten-Leninisten der ganzen Welt haben schon längst begriffen, daß die Ansichten der chinesischen Führer in so grundlegenden und lebenswichtigen Fragen nicht mit den Ansichten der kommunistischen Bewegung übereinstimmen

wie Krieg und Frieden, die friedliche Koexistenz von Staaten mit verschiedener Gesellschaftsordnung, die Formen der Durchführung der sozialistischen Revolution, die Rolle und die Entwicklungswege der nationalen Befreiungsbewegung, der Kampf gegen die Ideologie und Praxis des Personenkults sowie die Methoden des Aufbaus von Sozialismus und Kommunismus.

Sie wiederholen an allen Straßenecken, daß Sie unversöhnliche Gegner der Ideen des XX. Parteitags der KPdSU sind. Sie sollten nicht darauf stolz sein. Genossen, denn dies verrät Sie mehr als alles andere als Leute, die heute auf einem überholten Standpunkt stehen, der längst vom Leben, von der Praxis der ganzen Befreiungsbewegung der Welt verworfen ist. Der XX. Parteitag der KPdSU hat, wie es die ganze kommunistische Weltbewegung anerkannte und wie es auch in den Erklärungen der Moskauer Beratungen verankert ist, eine neue Etappe in der Entwicklung unserer Bewegung eingeleitet, er ist zum Symbol des schöpferischen Geistes des Leninismus, der neuen Linie der ganzen kommunistischen Weltbewegung geworden, zum Symbol der Wende von der Ideologie und Praxis des Personenkults um Stalin zu den Leninischen Prinzipien und Normen.

Gerade diese Wende schuf die Voraussetzungen für neue Erfolge im Kampf gegen den Imperialismus, für Frieden und Sozialismus, für das Wachstum der Autorität und des Einflusses der kommunistischen Weltbewegung, für ihren Übergang zu einer neuen Offensive gegen die Kräfte der Reaktion und des Krieges. Die erbittertsten Angriffe auf die Beschlüsse des XX. und des XXII. Parteitages der KPdSU, auf die Thesen und Leitsätze, die in den Erklärungen der Moskauer Beratungen verankert sind — all das ist nichts weiter als eine Reaktion der konservativen Kräfte in der kommunistischen Bewegung auf den schöpferischen Marxismus-Leninismus der gegenwärtigen Epoche.

Sie bemerkten offenbar nicht einmal, wie sehr das Schreiben des ZK der KP Chinas vom 7. Mai selbst von der Ideologie des Personenkults durchdrungen ist. Ihre demonstrative Mißachtung des Willens der Bruderparteien, Ihr unverhülltes Bestreben, einer kollektiven Erörterung der entstandenen Probleme auszuweichen, Ihre Methoden der Polemik durch Auftürmung allerlei politischer Verleumdungen und phantastischer Anschuldigungen, der Intoleranz und Gehässigkeit in den Beziehungen zu den Genossen im gemeinsamen Kampf — all das trägt das unauslöschliche Gepräge der Praxis des Personenkults.



Das ZK der KP Chinas sucht seine Abkehr von der gemeinsamen Linie der kommunistischen Bewegung mit der für alle Kommunisten heiligen Flagge der Revolution und des Kampfes gegen den Imperialismus zu verhüllen. Doch was dieses „Revoluzzertum“ wirklich wert ist, zeigen die praktischen Taten der Führung der KP Chinas, ihre ganze Tätigkeit, die eine Entzweiung der revolutionären Kräfte der Gegenwart bezweckt. In letzter Zeit ist beispielsweise besonders klageworden, welchen Sinn die Führer der KP Chinas ihrer berüchtigten Theorie von der sogenannten „Zwischenzone“ verleihen, zu der außer China die Imperialisten Japans, der deutschen Bundesrepublik, Frankreichs und Englands gezählt werden. Wie sehr sich die Imperialisten über die Erscheinungen von Spaltung in der kommunistischen Bewegung und im sozialistischen Lager freuen, merkt man an ihren Versuchen, irgendwelche Wege der Annäherung an die Leute zu finden, die diese Spaltung ins Leben rufen. Haben die Führer der KP Chinas beachtet, daß gerade jetzt, da die chinesische Propaganda am lautesten von „Revolution“ und vom „Kampf gegen den Imperialismus“ lärmt, die herrschenden Kreise dieser Mächte eine besondere Bereitschaft an den Tag legen, engere Beziehungen zu Peking anzuknüpfen? Auch die

amerikanischen Imperialisten stellen ja, wie viele Erklärungen offizieller Persönlichkeiten der USA bezeugen, fest, daß China ungeachtet des streitbaren Tons der chinesischen Propaganda sich „gemäßigt“ verhält und daß die Vereinigten Staaten deshalb „die Tür“ für eine mögliche Änderung der Beziehungen zu China „offenhalten müssen“.

Die Marxisten-Leninisten der ganzen Welt sehen heute immer klarer, daß die „linken“ Phrasen im Munde der Führer der KP Chinas nur eine Tarnung ihrer Großmachtbestrebungen und ihrer Hegemonieansprüche sind, die sich immer deutlicher in ihren Praktiken in der Weltarena und in der kommunistischen Bewegung äußern. Wir möchten Sie, Genossen, warnen: Der Weg, den Sie beschreiten, ist ein äußerst gefährlicher Weg, bei dem die Geschicke des chinesischen Volkes, seine revolutionären Errungenschaften aufs Spiel gesetzt werden.

Sie suchen die Kritik an Ihren antileninistischen Anschauungen und Standpunkten als „antichinesische Kampagne“ hinzustellen. Sie wissen sehr wohl, daß in allen Dokumenten unserer Partei die freundschaftlichsten Gefühle der sowjetischen Kommunisten für das chinesische Volk besonders hervorgehoben werden, dem wir alle erdenkliche Hilfe beim Aufbau des Sozialismus

gewährleisteten, wozu wir auch künftig bereit sind. Das ZK der KPdSU befaßt sich nicht damit, bei seinem Volk Mißtrauen und feindselige Gefühle gegen China, gegen sein großes Volk zu entfachen, ebensowenig wie gegenüber den Völkern aller anderen Länder.

Gerade weil uns die Freundschaft des sowjetischen und des chinesischen Volkes, die Einheit der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und der Kommunistischen Partei Chinas, die Interessen der Geschlossenheit der ganzen weltumspannenden Befreiungsbewegung teuer sind, lassen wir in unseren Bemühungen um die Normalisierung der Beziehungen zur KP Chinas nicht nach, obwohl die chinesische Führung immer offener ihre Abneigung zur Schau trägt, diese Beziehungen zu verbessern. Unsere große Geduld und Ausdauer erklären sich damit, daß wir den Leninschen Prinzipien des Internationalismus treu sind, in die Zukunft blicken und daran glauben, daß diese Prinzipien im Endergebnis in der sozialistischen Gemeinschaft und in der kommunistischen Bewegung triumphieren werden.

Wir bekräftigen erneut unseren Standpunkt in bezug auf die Notwendigkeit der Einberufung einer internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien als verlässliche und bewährte Methode zur Gewährleistung der Ein-

heit der marxistisch-leninistischen Parteien. Wir schlagen vor, sich schon in allernächster Zeit im Prinzip darüber zu verständigen, daß die Beratung einberufen werden soll und daß sie nicht auf längere Zeit zu verschieben ist. Was die Frage der konkreten Termine der Beratung sowie ihrer Tagesordnung und Zusammensetzung betrifft, so soll man sich in weiteren Konsultationen mit den Bruderparteien hierüber einigen.

Das ZK der KPdSU ist der Ansicht, daß man sich in der gegenwärtigen Etappe hauptsächlich um die Durchführung einer vorbereitenden Beratung bemühen soll. Wir bekräftigen erneut unseren Vorschlag, die vorbereitende Beratung unter Teilnahme von Vertretern der 26 Parteien einzuberufen, die im Jahre 1960 von der internationalen Beratung der kommunistischen Parteien als Mitglieder des Redaktionsausschusses bestätigt wurden und die die Interessen der Kommunisten der wichtigsten Gebiete der Welt vertreten. Wir halten es für notwendig, sich schon in allernächster Zeit mit den Bruderparteien über den konkreten Zeitpunkt für die Einberufung dieser Beratung zu einigen.

Das ZK der KPdSU äußert nach wie vor die Bereitschaft zu einem zweiseitigen Treffen von Vertretern der KPdSU und der KP Chinas zu

jedem beliebigen Zeitpunkt, über den man sich verständigt. Diese Frage kann zu jeder Zeit im Einvernehmen zwischen der KPdSU und der KP Chinas entschieden werden.

Die Methode der kollektiven Beratung von Problemen der kommunistischen Bewegung ist gegenwärtig die einzig richtige, von allen kommunistischen Parteien anerkannte Methode. Deswegen kann keine Partei, ohne mit dem Internationalismus zu brechen, der Einberufung einer Beratung entgegenwirken oder im Alleingang ihre Bedingungen für die Abhaltung dieser Beratung diktiert. Alle Parteien sind gleichberechtigt und entscheiden gemeinsam auf der Basis der demokratischen Prinzipien, die sich aus den Erklärungen der Moskauer Beratungen ergeben, über die Fragen, die unsere ganze Bewegung betreffen.

Abschließend hält es das ZK der KPdSU für notwendig zu betonen, daß die Kommunistische Partei der Sowjetunion am leninistischen Kurs festhalten wird, den ihr XX. und ihr XXII. Parteitag vorgezeichnet haben, daß sie konsequent die Generallinie der kommunistischen Weltbewegung einhalten wird, die in den Erklärungen aus den Jahren 1957 und 1960 niedergelegt ist. Unsere Partei, das ganze Sowjetvolk steht vor der welthistorischen Aufgabe, die kommuni-

stische Gesellschaft aufzubauen. Zusammen mit allen Friedenskräften tragen wir die Verantwortung für die Verhütung eines atomaren Weltkrieges, für den Sieg der Sache des Friedens, der Demokratie, der nationalen Unabhängigkeit und des Sozialismus. Wir werden im Kampf um die Lösung dieser großen Aufgaben der Gegenwart keine Mühe scheuen.

Von diesem Standpunkt aus gehen wir an die Überwindung der Schwierigkeiten in der kommunistischen Weltbewegung, an die Verstärkung der Einheit ihrer Reihen heran. Die Interessen des Weltkommunismus stehen uns über allem, und wir lassen uns in unseren Beziehungen zur Kommunistischen Partei Chinas ebenso wie zu jeder anderen Partei von diesen Interessen leiten.

Das ZK der KPdSU will hoffen, daß das Zentralkomitee der KP Chinas mit allem Ernst an die in diesem Schreiben gemachten Vorschläge herangeht, noch einmal alle möglichen Folgen des von ihm bezogenen Standpunkts erwägen und seinerseits Schritte unternehmen wird, die nicht eine Spaltung, sondern den Zusammenschluß aller marxistisch-leninistischen Parteien bezwecken.

Mit brüderlichem Gruß

Zentralkomitee der Kommunistischen  
Partei der Sowjetunion

# ANTWORT

DES ZK DER KP CHINAS  
AUF DAS SCHREIBEN  
DES ZK DER KPdSU  
VOM 30. JULI 1964

VERLAG FÜR FREMDSPRACHIGE LITERATUR  
PEKING 1964

ANTWORT DES ZENTRALKOMITEES DER  
KOMMUNISTISCHEN PARTEI CHINAS  
AUF DAS SCHREIBEN DES ZENTRAL-  
KOMITEES DER KOMMUNISTI-  
SCHEN PARTEI DER SOWJET-  
UNION VOM 30. JULI 1964

30. August 1964

An das Zentralkomitee der Kommunisti-  
schen Partei der Sowjetunion

Liebe Genossen!

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas hat das Schreiben des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion vom 30. Juli 1964 erhalten. In diesem Schreiben habt Ihr den Wunsch vieler Bruderparteien nach Einheit und ihren Kampf gegen eine Spaltung völlig ignoriert, die Tür zu Konsultationen über die Frage der Einberufung einer internationalen Konferenz der Bruderparteien zugeschlagen und den Befehl zur offenen Spaltung

— 1 —

der internationalen kommunistischen Bewegung erlassen.

Wir haben in unserem Brief vom 28. Juli d. J. an Euch festgestellt, daß „Ihr entschlossen seid, willkürlich, einseitig und rechtswidrig eine solche Konferenz, die zur offenen Spaltung der internationalen kommunistischen Bewegung führen würde, vorzubereiten und einzuberufen“. Ihr habt bereits „ein revisionistisches politisches Programm und eine spalterische organisatorische Linie für eine internationale Beratung der Bruderparteien festgelegt“. „Ihr habt alles genau eingeplant: welcher Art die Konferenz sein soll, wer sie vorzubereiten hat, wer an ihr teilnehmen darf und wer sie einberufen wird — für all das habt Ihr Euch das letzte Wort vorbehalten. In Euren Augen sind alle anderen Bruderparteien nichts anderes als Marionetten, die lediglich Euren Befehlen zu gehorchen haben.“ Wir haben Euch in unserem Brief auch die Folgen Eures Vorgehens dargelegt und Euch darauf aufmerksam gemacht, daß Ihr durch die Einberufung einer kleinen spalterischen Zusammenkunft, die antikommunistisch, volksfeindlich und konterrevolutionär ist, nach Eurem eigenen Willen in eine Sackgasse geraten werdet, und Euch in aller Aufrichtigkeit geraten, vor dem Abgrund Halt zu machen.

Ihr habt in Eurem Schreiben vom 30. Juli unseren Brief vom 28. Juli an Euch völlig ignoriert. Den Appellen vieler Bruderparteien, die in letzter Zeit gegen die überstürzte Einberufung einer Konferenz der Spaltung Stellung genommen haben, schenkt Ihr ebenfalls kein Gehör.

In Eurem letzten Schreiben habt Ihr eigenmächtig festgelegt: Ohne die vorherige Erzielung einer einmütigen Vereinbarung durch bilaterale und multilaterale Verhandlungen zwischen der KP Chinas und der KPdSU und den anderen betroffenen Bruderparteien solle eine Beratung der Redaktionskommission abgehalten werden. Dieser Redaktionskommission müßten die von Euch bestimmten 26 Parteien angehören, nicht mehr und nicht weniger, eine weitere Diskussion darüber sei ausgeschlossen. Die Parteien, die Mitglieder der Redaktionskommission sind, müßten Euch so schnell wie möglich eine Liste ihrer Delegationen vorlegen, die sich bis zum 15. Dezember d. J. in Moskau zu melden hätten. Eine Verspätung könne nicht geduldet werden.

Ohne erst abzuwarten, bis die von Euch ernannte Redaktionskommission zusammentritt, schreibt Ihr sogar schon vor, daß die internationale Konferenz für Mitte nächsten Jahres einzuberufen sei.

Darüber hinaus erklärt Ihr in Eurem Schreiben selbstherrlich, daß die Beratung der von Euch eingesetzten Redaktionskommission termingemäß ihren Betrieb aufnehmen und die von Euch einseitig einzuberufende internationale Konferenz ebenso termingemäß stattfinden würde, ganz gleich, ob Bruderparteien fernbleiben oder nicht.

Somit wird der Tag, an dem die von Euch für Dezember dieses Jahres einberufene Beratung der Redaktionskommission beginnt, als Tag der großen Spaltung der internationalen kommunistischen Bewegung in die Geschichte eingehen.

Um die Öffentlichkeit hinters Licht zu führen, bedient Ihr Euch in Eurem Schreiben vieler schönklingender Worte. Ihr sagt, Ihr wollet eine internationale Konferenz einberufen, um die Einheit zu „erhalten“ und zu „festigen“, nicht aber eine Spaltung herbeizuführen. Wenn dem so wäre, müßte zumindest in allen Fragen der Prozedur und der Schritte zur Vorbereitung und Einberufung einer internationalen Konferenz der Bruderparteien eine Vereinbarung zwischen allen Bruderparteien der Welt durch bilaterale bzw. multilaterale Besprechungen gemäß dem Prinzip der Konsultationen auf Basis der Gleichberechtigung in Einmütigkeit erreicht werden. Ihr habt jedoch das Prinzip der Herbeiführung einer Einmütigkeit durch Konsultationen unter den Bru-

derparteien von Grund auf umgestoßen, die Einwendungen der Bruderparteien gegen eine überstürzte Einberufung der Konferenz völlig ignoriert und seid entschlossen, ohne Rücksicht auf die Teilnahme oder das Fernbleiben von Bruderparteien eine Konferenz abzuhalten. Ist hier noch die geringste Spur eines Wunsches nach Einheit vorhanden? Liegt es nicht klar auf der Hand, daß Ihr auf eine Spaltung hinarbeitet?

Ihr behauptet, daß Ihr eine internationale Konferenz einberufen wollt, um „jenes Gemeinsame zu finden, das alle Bruderparteien verbindet“. Das ist purer Schwindel. Die Bruderparteien haben tatsächlich etwas Gemeinsames, und zwar die revolutionären Grundsätze der Deklaration von 1957 und der Erklärung von 1960. Dieses Gemeinsame habt Ihr aber schon längst über Bord geworfen, und Ihr geht Euren revisionistischen Weg immer weiter und weiter. Nicht genug damit, daß Ihr auch nicht die leiseste Absicht erkennen laßt, Eure revisionistische Linie aufzugeben, versucht Ihr jetzt hartnäckig, diese Linie der internationalen Konferenz aufzuzwingen. Wo gibt es dann da noch etwas Gemeinsames zwischen Euch und den Marxisten-Leninisten in der ganzen Welt?

Heute ist die dringlichste gemeinsame Aufgabe, vor die sich die Kommunisten und die revolu-

tionären Volksmassen der ganzen Welt gestellt sehen, die, gegen den USA-Imperialismus und seine Lakaien zu kämpfen. Doch Ihr seid mit Leib und Seele dabei, mit den amerikanischen Imperialisten gemeinsame Sache zu machen, und sucht nach dem Gemeinsamen, das Euch mit ihnen verbindet. Ihr habt den amerikanischen Imperialisten wiederholt zu verstehen gegeben, daß Ihr Euch von allen Fronten des Kampfes gegen den USA-Imperialismus zurückziehen wollt. Als die amerikanischen Imperialisten kürzlich eine bewaffnete Aggression gegen einen sozialistischen Bruderstaat, die Demokratische Republik Vietnam, unternahmen, habt Ihr, statt ausdrücklich zu erklären, daß Ihr den Kampf Vietnams gegen die amerikanische Aggression unterstützt, den amerikanischen Imperialisten sogar unter die Arme gegriffen und bei ihrem Versuch, sich über die UNO in Vietnam einzumischen, aktiv Beistand geleistet. Wie könnten die Marxisten-Leninisten unter solchen Umständen, da Ihr diesen antikommunistischen, volksfeindlichen und konterrevolutionären Kurs verfolgt, mit Euch irgendeine Vereinbarung erreichen und irgendwelche gemeinsame Aktionen unternehmen?

Darüber hinaus versucht Ihr mit allen möglichen Drohungen, uns und andere Bruder-

parteien einzuschüchtern. Ihr setzt dabei natürlich auf die rücksichtslose subversive und Wühl-tätigkeit, die Ihr im Bündnis mit dem Imperialismus und den Reaktionären aller Länder sowie unter Ausnutzung der rechten Sozialdemokraten, Troztkisten, Abtrünnigen und Rengaten gegen die Bruderparteien ausübt. Doch ist das alles nichts Aufregendes; denn in der gleichen Weise seid Ihr früher schon allzu oft vorgegangen. Je mehr Ihr so handelt, desto weiter entwickeln sich die Dinge in einer Euren Wünschen entgegengesetzten Richtung. Ihr seid nicht in der Lage, die Bruderparteien, die am Marxismus-Leninismus festhalten, umzustürzen oder zu unterwühlen. Diese werden umgekehrt im Kampf gegen Euch nur noch fester und stärker. Durch Euer schändliches Vorgehen zeigt sich Euer wahres Gesicht als Verräter an der Revolution nur noch deutlicher. Ein chinesisches Sprichwort lautet: „Wie können Ameisen einen Baum schütteln?“ Die Imperialisten, die Reaktionäre aller Länder und die Revisionisten sind nur eine Handvoll Leute, die auf dem Müllhaufen der Geschichte enden werden.

Wir haben bereits wiederholt betont, daß in allen Fragen der Vorbereitung, Einberufung und Zusammensetzung der internationalen Konferenz eine Einmütigkeit durch Konsultationen zwischen

allen Bruderparteien der Welt, d. h. den alten, den wiedererrichteten und den neugegründeten, erzielt werden muß. Andernfalls ist jegliche Redaktionskommission bzw. internationale Konferenz, die Ihr einberufen möget, rechtswidrig.

Wir werden uns weder durch Eure schönklingenden Worte irreführen lassen, noch uns Euren Drohungen und Erpressungen unterwerfen, weder Komplizen bei Eurer Spaltertätigkeit werden, noch mit Euch zusammen die Verantwortung für die Spaltung der internationalen kommunistischen Bewegung übernehmen. Würden wir an Eurer Spalterkonferenz teilnehmen, so wäre das gleichbedeutend mit einer Legalisierung Eures rechtswidrigen Vorgehens, mit der Anerkennung Eures Rechtes auf Mißachtung der in der Deklaration und der Erklärung festgelegten Normen für die Beziehungen zwischen den Bruderparteien, mit der Akzeptierung Eurer Position als „Vaterpartei“. Da wir uns zur Einhaltung der Grundsätze verpflichtet und vor der Geschichte verantwortlich fühlen, werden wir selbstverständlich darauf nie eingehen.

Wir bekräftigen nochmals unseren Standpunkt, der bereits in dem Brief des ZK der KP Chinas vom 28. Juli an das ZK der KPdSU dargelegt wurde:

**„Die Kommunistische Partei Chinas tritt konsequent dafür ein, eine gut vorbereitete internationale Konferenz der Bruderparteien, eine Konferenz der Einheit auf Basis des Marxismus-Leninismus einzuberufen, und stellt sich mit aller Entschiedenheit Eurem Versuch entgegen, eine Konferenz der Spaltung zu organisieren.**

**Das ZK der KP Chinas erklärt feierlich: Wir werden unter keinen Umständen an irgendeiner internationalen Konferenz und deren vorbereitender Beratung teilnehmen, die Ihr lediglich zu dem Zweck einberufen wollt, die kommunistische Weltbewegung zu spalten.“**

Da Ihr einseitig beschlossen habt, für Dezember dieses Jahres eine Redaktionskommission und für Mitte nächsten Jahres eine internationale Konferenz einzuberufen, habt Ihr die Verantwortung für alle Folgen der sich daraus ergebenden offenen Spaltung der kommunistischen Weltbewegung zu tragen.

Die Kommunistische Partei Chinas ist entschlossen, zusammen mit den marxistisch-leninistischen Bruderparteien und den Marxisten-Leninisten der ganzen Welt das revolutionäre Banner des Marxismus-Leninismus, das Banner der Einheit auf dem Boden des proletarischen



Internationalismus und das Banner des Kampfes gegen den Imperialismus noch höher zu halten und bis zum Endsieg gegen Euren Revisionismus, Euer Spaltertum und Euer Kapitulantentum zu kämpfen.

Wir haben bereits warnend darauf hingewiesen, daß das Datum Eurer Spalterkonferenz der Tag sein wird, da Ihr ins Grab sinkt. Euer Schreiben vom 30. Juli zeigt, daß Ihr ohne Rücksicht auf alle Folgen einen weiteren großen Schritt auf das von Euch selbst gegrabene Grab zu gegangen seid. Wir hoffen, daß Ihr in diesem kritischen Augenblick das Für und Wider sorgfältig abwägen und wählen werdet, ob Ihr in den Abgrund gehen oder noch an seinem Rande kehrumachen wollt.

Mit brüderlichen Grüßen

**Zentralkomitee der Kommunistischen  
Partei Chinas**

*ANHANG*

**BRIEF DES ZK DER KPdSU VOM 30. Juli  
1964 AN DAS ZK DER KP CHINAS**

30. Juli 1964

An das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas

Liebe Genossen!

Das Zentralkomitee der KPdSU hat allen Bruderparteien den an das Zentralkomitee der KP Chinas gerichteten Brief vom 15. Juni übermittelt. In diesem Brief wurde der Standpunkt bezüglich der mit den bestehenden Meinungsverschiedenheiten in der internationalen kommunistischen Bewegung zusammenhängenden Hauptfragen dargelegt und wurden auch konkrete Vorschläge über Maßnahmen zur Festigung der Einheit der kommunistischen Weltbewegung gemacht.

Bis jetzt hat die absolute Mehrheit der Bruderparteien ihre Ansicht zum Ausdruck gebracht, daß zur Überwindung der in unseren Reihen

aufgetretenen Schwierigkeiten kollektive Taten notwendig seien. Diese Parteien treten für die Abhaltung einer neuen internationalen Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien ein, wobei viele Parteien darauf bestehen, daß der Termin, für den eine solche Beratung einberufen wird, nicht lange hinausgeschoben werde.

Das ZK der KPdSU erblickt in einer solchen Haltung der Bruderparteien einen neuerlichen Beweis ihrer großen Sorge um das Schicksal der kommunistischen Bewegung und des Bewußtseins der hohen Verantwortung, die die gegenwärtige Lage den Kommunisten auferlegt.

Die Marxisten-Leninisten können nicht davor die Augen verschließen, daß die Meinungsverschiedenheiten, die vor vier Jahren in unseren Reihen entstanden, nicht nur ihre Schärfe nicht verloren, sondern immer ernster geworden sind. Die ideologischen Differenzen haben sich zu einem offenen Konflikt ausgewachsen, der, wenn keine Maßnahmen getroffen werden, zur Spaltung der internationalen kommunistischen Bewegung führen kann. All das hat einen sehr negativen Einfluß auf die Tätigkeit der kommunistischen Parteien, besonders in den kapitalistischen Ländern, fügt der ganzen kommunistischen Weltbewegung Schaden zu, untergräbt die Einheit

des sozialistischen Weltsystems und kann die Anziehungskraft der Ideen des Sozialismus schwächen.

Immer mehr Tatsachen zeugen davon, daß unser Klassegegner auf jegliche Weise damit rechnet, sich die Unstimmigkeit in den Reihen der Kommunisten zunutze zu machen. Die imperialistische Reaktion, besonders in den USA, wird aktiv, ist bestrebt, ihre Positionen zu stärken, die Offensive gegen die Arbeiterbewegung, die nationale Befreiungsbewegung und die demokratische Bewegung zu entfalten, sucht die Einheit der sozialistischen Länder zu erschüttern und verstärkt die Drohung eines Krieges.

Keine einzige echte marxistisch-leninistische Partei kann angesichts einer solchen Entwicklung der Ereignisse gleichgültig bleiben. Niemand kann für uns Kommunisten die Probleme lösen, denen sich die kommunistische Bewegung gegenüber sieht. Keine einzige Partei ist imstande, die Lösung der Probleme, von denen die Interessen und die Geschicke der ganzen Bewegung berührt sind, allein auf sich zu nehmen. Hier sind gemeinsame, kollektive Anstrengungen aller Bruderparteien, aller Marxisten-Leninisten notwendig. Das eben sind die Schlußfolgerungen, zu denen die Bruderparteien gelangen, die sich beharrlich für die Organisierung einer neuen in-

ternationalen Zusammenkunft als einer bewährten Methode zur Überwindung von Meinungsverschiedenheiten und zur Erarbeitung eines gemeinsamen Standpunktes aussprechen.

Bekanntlich haben die Bruderparteien auf der Konferenz von 1957 einmütig folgenden Beschluß gefaßt: „Die Kommunistische Partei der Sowjetunion wird beauftragt, die Funktion der Einberufung von Beratungen der kommunistischen und Arbeiterparteien unter Zurateziehung der Bruderparteien zu übernehmen.“

Jetzt sind die erforderlichen Konsultationen bereits durchgeführt, die Frage der Einberufung einer internationalen Beratung der kommunistischen Parteien wurde hinreichend detailliert und allseitig erörtert und die Positionen aller kommunistischen Parteien wurden klargestellt. Augenblicklich geht es darum, die Lösung dieser Frage auf eine praktische Grundlage zu stellen. In Anbetracht des deutlich geäußerten Willens der absoluten Mehrheit der Bruderparteien ist das ZK der KPdSU der Ansicht, daß der Zeitpunkt gekommen ist, mit den Vorarbeiten für die Einberufung der internationalen Beratung zu beginnen. Wir meinen, daß noch in diesem Jahr eine Redaktionskommission einberufen werden sollte. Da es sich schon im Laufe des präliminären Meinungsaustausches herausgestellt hat,

daß die Frage der Zusammensetzung der Redaktionskommission ein neues Hindernis für deren Einberufung werden kann, sehen wir den einzig vernünftigen Ausweg darin, daß die Kommission in der gleichen Zusammensetzung einberufen wird, in der sie bei der Vorbereitung der Beratung von 1960 tätig war, d. h. aus Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien folgender 26 Länder bestehen soll: Australien, Albanien, Argentinien, Bulgarien, Brasilien, Großbritannien, Ungarn, Vietnam, Deutsche Demokratische Republik, Westdeutschland, Indien, Indonesien, Italien, Volksrepublik China, Korea, Kuba, Mongolei, Polen, Rumänien, USA, Syrien, UdSSR, Finnland, Frankreich, Tschechoslowakei und Japan.

Das ZK der KPdSU lädt die Vertreter der aufgezählten Bruderparteien ein, bis zum 15. Dezember 1964 in Moskau einzutreffen, um mit der praktischen Arbeit zur Vorbereitung der internationalen Konferenz zu beginnen.

Zweifellos würde es dem allgemeinen Wunsch entsprechen, wenn die Kommission von Anfang an vollzählig an die Arbeit ginge. Doch soll die Kommission unserer Meinung nach auch dann mit ihrer Arbeit beginnen, wenn irgendeine der 26 kommunistischen Parteien ihre Vertreter nicht

bis zum angegebenen Zeitpunkt entsandt haben wird.

Die Redaktionskommission wird gemäß den bei den früheren Beratungen gemachten Erfahrungen die Entwürfe der Hauptdokumente vorbereiten, die der internationalen Konferenz zur Erörterung unterbreitet werden sollen. Die Kommission könnte alle Fragen, die mit der Abhaltung der internationalen Konferenz zusammenhängen, diskutieren und dazu ihre Vorschläge machen. Ihre Vorschläge und Empfehlungen zu allen diesen Fragen wird dann die Redaktionskommission allen Bruderparteien zustellen müssen.

Das ZK der KPdSU gibt seiner Überzeugung Ausdruck, daß es ungeachtet der komplizierten Lage in der kommunistischen Bewegung allen Grund gibt, daß die Redaktionskommission sich ihrer Aufgaben erfolgreich entledigen kann. Nachdem die Kommission die nötige Vorbereitungsarbeit abgeschlossen haben wird, soll für einen von ihr zu bestimmenden Zeitpunkt die internationale Konferenz einberufen werden.

In seinem Brief vom 15. Juni hat das ZK der KPdSU seine Meinung über die Ziele und Perspektiven der Konferenz dargelegt. Wir möchten nochmals betonen, daß für uns die Frage der Konferenz mit dem Problem der Erhaltung und

Festigung der Einheit der kommunistischen Weltbewegung unlöslich verbunden ist. Die Konferenz wird nicht dazu einberufen, um irgendwen zu verurteilen, aus der kommunistischen Bewegung und dem sozialistischen Lager zu „entfernen“, beleidigende Etiketten anzubringen, unverantwortliche Anschuldigungen gegeneinander zu erheben — damit könnte man keine Festigung der Einheit, sondern lediglich eine weitere Trennung herbeiführen. Wir sind der Ansicht, daß die Konferenz ihre Bemühungen darauf konzentrieren soll, jenes Gemeinsame zu finden, das alle Bruderparteien verbindet, jene Wege aufzusuchen, auf denen die entstandenen Meinungsverschiedenheiten überwunden werden könnten.

Nach Meinung des ZK der KPdSU könnte auf der Konferenz jede Bruderpartei freimütig und sachlich ihren Standpunkt darlegen, damit er bei der Ausarbeitung der gemeinsamen Linie und der gemeinsamen Beschlüsse Berücksichtigung finde und sie auch die Meinungen der anderen Parteien anhöre.

Ausgangspunkt für den Beginn der Arbeiten der neuen Konferenz werden augenscheinlich die Entschlüsse der vorhergegangenen Beratungen sein, also die Deklaration von 1957 und die Erklärung von 1960, in denen die Generallinie der kommunistischen Weltbewegung fixiert ist.

Überdies könnte die neue Konferenz, indem sie die Prinzipien der Deklaration und der Erklärung bestätigt, die Bilanz der durchlaufenen Etappe ziehen, einen Meinungsaustausch durchführen, die Gesamtheit der Probleme, denen sich der Weltkommunismus gegenüber sieht, durchgehen und, in Übereinstimmung mit den Veränderungen in der internationalen Lage, die Ideen der Deklaration und der Erklärung ergänzen und weiterentwickeln, neue Probleme schöpferisch untersuchen und lösen. Die neuen ökonomischen und gesellschaftlich-politischen Erscheinungen und Prozesse, die in den seit der letzten internationalen Beratung verflossenen vier Jahren aufgetreten sind, einer kollektiven Analyse zu unterziehen, die Einschätzungen und Standpunkte in Übereinstimmung zu bringen, im Einklang mit diesen die gemeinsame politische Linie zu bereichern und zu konkretisieren — das ist unserer Meinung nach die wichtigste Aufgabe der neuen internationalen Konferenz.

Ebenso wie andere Bruderparteien ist sich auch die KPdSU darüber völlig im klaren, daß die Durchführung der Beratung unter Umständen, da es akute Differenzen gibt, eine schwere und komplizierte Sache ist. Möglicherweise wird es, wie sehr auch alle konsequenten Anhänger der Einheit danach streben sollten, im Laufe der

Beratung nicht gelingen, sofort zu einer einheitlichen Meinung in allen Fragen zu gelangen. Doch würde dies — davon sind wir zutiefst überzeugt — nicht bedeuten, die Spaltung „formell zu vollziehen“, ein weiteres Suchen nach Wegen zur Einheit zu behindern. In diesem Fall könnte man den Versuch machen, darin übereinzukommen, daß die Konferenzteilnehmer die Verpflichtung übernehmen, auf die Meinungen aller Bruderparteien Rücksicht zu nehmen, auf jenen Gebieten, wo sich eine Gemeinsamkeit der Standpunkte und Interessen zeigt, gewissenhaft zusammenzuarbeiten und fernerhin von jeglichen Handlungen Abstand zu nehmen, welche die Schwierigkeiten vertiefen und nur die Klassenfeinde erfreuen.

Wir hoffen, daß alle Bruderparteien diese Vorschläge mit der gebotenen Aufmerksamkeit in Erwägung ziehen und die Zeit bis zur Einberufung der Konferenz dazu benützen werden, die in der kommunistischen Bewegung eingetretene Situation gründlich zu studieren und ihren konstruktiven Beitrag zur Erörterung und zur Ermittlung der Wege zu einer Überwindung der Schwierigkeiten zu leisten.

Unserer tiefen Überzeugung nach gibt es keine unüberwindlichen Hindernisse dafür, daß die internationale Konferenz an die Arbeit geht, so-

bald nur die Redaktionskommission die Dokumente entworfen haben wird, also ungefähr in der Mitte des Jahres 1965. An der Konferenz könnten die Vertreter aller 81 Parteien teilnehmen, die an der Beratung des Jahres 1960 teilgenommen haben. Wenn die eine oder andere Partei es ablehnt, sich an der kollektiven Arbeit zu beteiligen, dann kann das nicht als ein Grund dafür dienen, daß die Durchführung herangereifter Maßnahmen, die auf die Ausarbeitung von Wegen und Methoden für die Festigung der internationalen Einheit der Marxisten-Leninisten der ganzen Welt abzielen, weiter verschleppt wird.

In der Überzeugung, daß die dargelegten Vorschläge den höchsten Interessen des Weltkommunismus entsprechen, den Interessen der Festigung der Einheit aller fortschrittlichen, revolutionären Kräfte der Gegenwart, daß sie den Willen der absoluten Mehrheit der marxistisch-leninistischen Parteien ausdrücken, rechnet das ZK der KPdSU damit, daß die ins Auge gefaßten Maßnahmen rechtzeitig durchgeführt und von Erfolg gekrönt sein werden.

Damit wir alle Bruderparteien über die Vorarbeiten für die Konferenz auf dem laufenden halten können, bitten wir Euch, uns die Zusam-

mensetzung Eurer Delegation mitzuteilen, die an der Arbeit der Radaktionskommission teilnehmen wird.

Mit kommunistischem Gruß

Zentralkomitee der Kommunistischen  
Partei der Sowjetunion